



Udo Ulfkotte

**So lügen
Journalisten**

So lügen Journalisten

Der Kampf um Quoten und Auflagen

Udo Ulfkotte

1. Auflage 2013

„Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit.“

(Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann)

Inhalt

- [Prolog](#)
- [Im „Staatsinteresse“: Bundeskanzlerin Merkel fordert Journalisten zum Lügen auf](#)
- [Wenn Politiker sich mit Transvestiten prügeln](#)
- [Der Niedergang des Landes der Dichter und Denker](#)
- [Mediale Enten: Die Lügenmärchen der Energiepolitik](#)
- [Wo ist denn nun der „ökologische Holocaust“?](#)
- [Zu wahr, um schön zu sein: Das Märchen vom Aussterben der Eisbären](#)
- [Mediale Hetzjagd auf ein Vergewaltigungsopfer](#)
- [Geschlagen und erwürgt: Susannas Tod im Asylbewerberheim](#)
- [Friedensnobelpreisträger Kissinger und die Gaskammern](#)
- [Vorsicht „Bioforelle“: Gewinne mit dem umstrittenen Öko-Label](#)
- [Heizen mit Weizen: Wenn Journalisten wegschauen](#)
- [Sex auf Kosten der Steuerzahler: Die Bordellbesuche unserer Politiker](#)
- [Wie aus Schwindlern Prominente werden](#)
- [Fliegende Kühe, Missbildungen und gestohlene Tassen](#)
- [Frontal aufgelaufen](#)
- [Blut aus der Ketchup-Flasche](#)
- [Achtung, lebende Tiere](#)
- [CNN live?](#)
- [Amerikanische Medien in Afrika](#)
- [„Diese Nachricht ist falsch“](#)
- [Pulitzerpreis für ein Lügenmärchen](#)
- [Ideenklau](#)
- [Hitlers „Tagebücher“](#)
- [Erfundene Zitate](#)
- [Streicheleinheiten für einen Mörder](#)
- [Legende am Ende](#)
- [Dunkle Kapitel der Geschichte](#)
- [Historische \(Un-\)Wahrheiten](#)
- [Wissenschaftliche Sensationen](#)
- [Und ewig lockt das Sommerloch](#)
- [Manipulierte Statistiken](#)
- [Enttarnter Ufo-Mythos](#)
- [Auf dem Holzweg - Waldsterben](#)
- [Ein ziemlich dickes Ei](#)
- [Öko-Irrtümer](#)
- [Angst vor einem Wurm](#)
- [Vergiftete Babynahrung?](#)
- [Ökologisch wertvoll - journalistisch bedenklich](#)
- [Audi: Unternehmen am Pranger](#)
- [Nike: Trubel um Trikots](#)

- [Radioaktivität aus der Flasche](#)
- [Regenwald-Holz in Nivea-Creme?](#)
- [Greenpeace: Piratenstück vor laufenden Kameras](#)
- [Von Greenpeace eingeseift](#)
- [Shell: Blutige Hände?](#)
- [Pest-Panik](#)
- [Fütterung der Medien](#)
- [Tumulte beim Gipfeltreffen](#)
- [Propaganda auf dem Balkan - verlogene Wahrheiten](#)
- [Consulting-Agenturen an der Kriegsfront](#)
- [Nachrichtenjagd im Kosovo-Krieg](#)
- [Information als Waffe](#)
- [Schaurige Greuelgeschichten](#)
- [„Kollateralschäden“](#)
- [Lügen beim Untergang des russischen U-Bootes „Kursk“](#)
- [Die unbekannt Seite des Sklavenhandels](#)
- [Spendenaufrufe - bereitwillig gedruckt](#)
- [Geschichte der Desinformation](#)
- [Umschmeichelter Schwachsinn](#)
- [Dementis als Publikumstäuschung](#)
- [Eine Nachrichtenagentur im Besitz der Moon-Sekte](#)
- [Unglaublich - aber dennoch wahr](#)
- [„Fünf Fische und vier Enten“](#)
- [Sprengsatz am Benzintank](#)
- [Exklusiv, exklusiv](#)
- [Irreführung der Öffentlichkeit](#)
- [Nessie und die Boa constrictor](#)
- [Der Ruch des Unseriösen](#)
- [Polizeiliche Ruffel](#)
- [Der Glockenschwindel](#)
- [Brodelnde Gerüchteküche](#)
- [Totgesagte leben länger](#)
- [Der Kummer mit Tom](#)
- [Retuschiert](#)
- [Ethik und Journalismus - Publizistische Grundsätze](#)
- [Über den Autor](#)

Prolog

Manipuliert, verfälscht und erfunden. So sind viele unserer „Nachrichten“. Reißerische „Nachrichten“ bringen Quote, steigern die Auflage, stillen den Durst der Öffentlichkeit nach „Information“. Doch oft genug sind die „Fakten“ manipuliert, verfälscht oder gar erfunden. Was steckt hinter den Lügenmärchen? Wem nützen sie? In diesem Buch finden Sie eine brisante Bestandsaufnahme der aktuellen Medienlandschaft, mit großem Insiderwissen und hintergründiger Ironie.

Ich habe 17 Jahre als Journalist bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) gearbeitet, einige weitere Jahre für den Hamburger Verlag *Gruner + Jahr*, für Zeitungen und Zeitschriften wie *Die Welt* und *Cicero* geschrieben. Und ich habe bei meinen berufsbedingten Reisen in mehr als sechzig Länder unendlich viele Journalisten kennengelernt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Erfahrungen: Traue keinem Journalisten. Wenn man selbst interviewt wird, dann hat man als Befragter häufig den Eindruck, dass einem das Wort im Mund herumgedreht wird, wenn man später fassungslos betrachtet, was in den Berichten daraus geworden ist. Offenkundig wird das, was nicht passt, von Journalisten gern passend gemacht. Das gilt für fast alle Arten der Berichterstattung.

Da warnte der Dortmunder Wirtschaftsprofessor Walter Krämer die Deutschen in Hinblick auf die angebliche Euro-Rettung im Oktober 2013 vor den Medien. Er sagt: „Die Leute werden systematisch für dumm verkauft. Von der Politik, aber auch durch Ihre Kollegen Journalisten. Was *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung* bis hin zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk für Unsinn in Sachen Euro-Rettung verbreiten, ist erschreckend. Dort wird einseitig über die angeblichen Vorteile der Gemeinschaftswährung berichtet. Ich glaube, den genannten Medien sind die Probleme zu komplex.“ Die Wahrheit ist nun einmal oftmals mehr als unschön. Sie ist brutal und wird den Menschen da draußen von den Medien häufig verschwiegen. Bleiben wir doch kurz im Oktober 2013. Da forderte der *Internationale Währungsfonds* (IWF) eine Abgabe von zehn Prozent auf unser privates Vermögen. Haben Sie auch nur ein Wort davon in den Nachrichten gehört? Und zeitgleich bereitete die Bundeswehr schon einmal angehende Generalstabsoffiziere auf die Niederschlagung von Bevölkerungsunruhen in Deutschland vor. In den deutschen Medien gab es in jenen Tagen keine Nachricht dazu. Dabei gab es einen entsprechenden „Informationslehrgang“ für den militärischen Führungsnachwuchs zum „Kampf gegen Aufständische in städtischen Ballungsgebieten“ mit 3500 Soldaten und mehr als 700 Land- und Luftfahrzeugen. Trainiert wurde bis zum 10. Oktober 2013 auf den Truppenübungsplätzen Bergen und Munster in der Lüneburger Heide. Und zwar mit scharfer Munition. Schließlich wurde für den Fall der angesprochenen Enteignungen der Bürger erwartet, dass sich diese nicht so einfach Teile ihrer Ersparnisse wegnehmen lassen werden. Getarnt wurde der erwähnte Lehrgang für Generalstabsoffiziere als Einmarsch in den fiktiven Staat „Obsidia“, bei dem die Kriegführung „im urbanen Umfeld“ im Vordergrund steht. Man kann nun viel darüber spekulieren, ob es solche Enteignungen

geben wird (das ist schließlich eine Entscheidung der Politiker), klar wurde bei den beschriebenen militärischen Übungen jedenfalls, dass die deutsche Militärpolizei schon jetzt über Spezialeinheiten zur Bekämpfung von inneren Unruhen verfügt („Crowd Riot Control“), die mit Schild, Schlagstock und Schutzanzügen ausgestattet sind und beispielsweise Greiftrupps und Hundeführer mit Diensthund umfassen. Diese sogenannten CRC-Kräfte haben auch schwere gepanzerte Wasserwerfer des Typs „YAK“, die neben der Wasserkanone auch mit einer Waffenstation ausgestattet sind. Das alles lässt nichts Gutes erahnen. Dummerweise haben die Medien uns das schlicht verschwiegen. Warum nur? Was beim Thema *Zwangsweise Enteignung* im Frühjahr 2013 erst ganz vorsichtig in Zypern getestet wurde, das will man irgendwann später offenbar auch europaweit vollstrecken. Der weiter oben schon erwähnte neue IWF-Report liest sich jedenfalls streckenweise wie ein Handbuch zur Ausplünderung der Bürger, um marode Banken und verschuldete Staaten zu retten.

Im Oktober 2013 war also die Katze aus dem Sack. Da veröffentlichte der *Internationale Währungsfonds* (IWF) in Washington seinen „Fiscal monitor“. Was ziemlich langweilig klingen mag, hatte es in sich. Doch die Bürger bekamen es nicht mit, weil die Medien es verschwiegen: Auf Seite 49 plädieren die IWF-Ökonomen ganz klar für eine Zwangsabgabe auf Vermögen („capital levy“). Und vermögend ist jeder, der mindestens einen Euro hat. Es geht hier wohlgerne nicht etwa um Millionäre. Zur Rettung des maroden Papiergeldsystems und damit der Finanzelite schlagen die Washingtoner Abzocker eine Steuer „von etwa 10 Prozent für Haushalte mit einem positiven Vermögensstand“ vor. Wer also zum Beispiel ein entschuldetes Häuschen im Verkehrswert von 300.000 Euro, Spareinlagen und Aktien in Höhe von 80.000 Euro und Ansprüche aus Lebensversicherungen von 120.000 Euro besitzt, würde dann mit 50.000 Euro zur Kasse gebeten. Außerdem könnte der Spitzensteuersatz in Deutschland nach Einschätzung der IWF-Abzocker auf bis zu 70 Prozent erhöht werden.

Im „Staatsinteresse“: Bundeskanzlerin Merkel fordert Journalisten zum Lügen auf

Bleibt die Frage, warum die Medien uns das vorenthalten haben. Eine kleine Lüge nennt man „Notlüge“, große Lügen „Wahlkampf“ und viele Lügen „Politik“. In Deutschland haben Politiker in den vergangenen Jahren viel Politik gemacht und entsprechend viel gelogen. Sie haben behauptet, die aus unseren Steuergeldern nach Athen überwiesenen Euro-Rettungsmilliarden seien nicht verloren. Und sie haben behauptet, die Ersparnisse der Bürger seien sicher. Und die Medien haben das genauso weiterverbreitet. Aber warum? Die Antwort lautet ganz einfach: Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die deutschen Medien dazu aufgefordert, die Bevölkerung nicht über die wahre Lage und über den bevorstehenden Crash zu unterrichten. Das ist unstrittig und wurde mittlerweile sogar von Systemmedien am Rande erwähnt. Die Fakten: Merkel hat schon vor längerer Zeit die wichtigsten Chefredakteure Deutschlands dazu aufgefordert, nicht länger wahrheitsgemäß über die Lage im Land zu berichten. Schon am 8. Oktober 2008, einem herbstlich-sonnigen Mittwoch, hatte sie die wichtigsten Medienvertreter und Verlagsleiter zu einem abendlichen Treffen eingeladen. Drei Tage zuvor hatte die Kanzlerin vor den Fernsehkameras dreist behauptet: „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.“ Doch in Wahrheit war und ist die Lage für die Ersparnisse der Bundesbürger alles andere als sicher. Und deshalb sollten Journalisten und Verlagsleiter im Auftrag unserer Kanzlerin in den deutschen Medien die Unwahrheit verbreiten. Merkel sagte den vor ihr aufmarschierten Journalisten, die deutschen Medien hätten bei der Wirtschafts- und Finanzkrise eine „wichtige Rolle“. Und aus Gründen der Staatsraison dürften die Bürger nicht die volle Wahrheit über die schlimme Lage der Staatsfinanzen und der sich entwickelnden Wirtschaftskrise erfahren. Die Medien sollten sich zurückhalten, lieber positive Nachrichten unters Volk bringen. Angela Merkel forderte die Journalisten dazu auf, zurückhaltend über die tatsächliche Lage zu berichten. Sonst gerate das Land möglicherweise außer Kontrolle. Es liege jetzt in der Macht der Journalisten, eine Panik zu vermeiden. Die Aufforderung zur Ablenkung von der Realität war eindeutig. Die *Zeit*, die *Süddeutsche* und die *taz* haben ganz klein am Rande über dieses Treffen und über die Aufforderung zur Ablenkung der Bevölkerung von der Realität berichtet. In der *Zeit* wurde der entsprechende Bericht etwa am 29. Januar 2009 unter der Überschrift „Jetzt mal ehrlich“ veröffentlicht. Nochmals im Klartext: Politiker wie Angela Merkel fordern die wichtigsten Medienvertreter in der Bundesrepublik Deutschland ganz offen zum Lügen auf. Im angeblichen Staatsinteresse. Und die Journalisten machen brav mit. Was unterscheidet unsere Journalisten da eigentlich noch von jenen in Nordkorea?

Um der politischen Ausgewogenheit Willen sollen Sie wissen, dass dieses Fernhalten der Bevölkerung von der Realität keineswegs eine Spezialität der Regierung von Angela

Merkel ist. Schon der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wusste um die schlimme finanzielle Lage dieses Landes – und schob sie weit von sich weg. Die Fakten: Schon im Februar 2003 (!) gab es im Kanzleramt ein erstes geheimes Spitzengespräch zwischen Bankenvertretern und der Bundesregierung über die wachsende Zahl fauler Kredite. Niemand in dieser Gesprächsrunde zweifelte damals daran, dass faule Kredite die Banken irgendwann in der Zukunft in den Abgrund reißen würden. Man sprach hinter verschlossenen Türen über „angeschlagene Banken“. Schon damals – das heißt 2003 (!) – hatte man die Idee zur Gründung einer „bad bank“ zur Rettung der Finanzwelt. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der damalige Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) und führende Vertreter der deutschen Kreditwirtschaft haben nachweislich im Kanzleramt darüber gesprochen. Nochmals – das war im Jahre 2003. Nur bekannt werden sollte das auf keinen Fall. Denn man hatte zu jenem Zeitpunkt im Kanzleramt beschlossen, den Crash einfach auf die Bevölkerung zukommen zu lassen. Volldampf voraus in die Krise. Noch ‘ne Zigarre und noch ‘ne Flasche Wein! Schaden abwenden vom deutschen Volke? Wozu denn? Nach uns die Sintflut! Sie glauben das nicht? Das renommierte *Handelsblatt* berichtete damals gleich in einer ganzen Serie von Artikeln über die geheimen Finanzkrisen-Treffen im Kanzleramt, etwa unter der Überschrift „Erfolge beim Management fauler Kredite“. Viele renommierte Führungskräfte erwarteten eben schon damals künftige Zusammenbrüche von Banken – das war für jene, die die Basisfakten kannten, abzusehen. Nur das dumme Volk sollte davon nichts mitbekommen. Man blieb damals auf Seiten der Bundesregierung faul und untätig. Es gab noch ein weiteres Treffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Frühjahr 2003 mit Bankenvertretern. Wieder sprach man hinter geschlossenen Türen über Auffanggesellschaften für faule Bankenkredite. Doch die damalige Bundesregierung hat die Idee verworfen, weil die Bevölkerung um keinen Preis die Wahrheit über die irgendwann bevorstehende Finanzkrise erfahren sollte. Das hätte ja Wählerstimmen bei der Bundestagswahl 2005 gekostet. Man wusste also, dass die Spekulations- und Immobilienblasen an den Finanzmärkten eines Tages platzen würden. Es war eine reine Frage der Zeit. Sollte es passieren, dann würde man sich völlig überrascht zeigen ... Als der Knall dann 2009 eintrat, da war Kanzler Gerd Schröder längst in gut bezahlten Diensten des russischen Gaskonzerns *Gazprom*. Und deutsche Medien konnten sich angeblich nicht mehr daran erinnern, dass die Schröder-Regierung vor Jahren schon um die sich abzeichnenden Gefahren der vielen faulen Kredite gewusst hatte. Jeder Wirtschaftsjournalist gab sich völlig überrascht. So läuft das da draußen bei unseren Journalisten. Immer schön die von der Politik vorformulierten Pressemitteilungen abschreiben, die Bürger für dumm verkaufen und sich dabei noch gaaaanz wichtig vorkommen. Das ist Journalismus in Deutschland. Sie haben das alles nicht gewusst?

Wussten Sie eigentlich, dass fast alle Journalisten, die angeblich über Korruption in Unternehmen aufklären wollen, selbst korrupt sind und dreist bis zu 50 Prozent „Journalistenrabatt“ von Unternehmen einfordern? Wussten Sie, dass nur noch 35 Prozent der Bürger deutschen Journalisten glauben? Wussten Sie, dass deutsche Medien zu faul zur Recherche sind und ständig die Titelgeschichten großer amerikanischer Medien abschreiben und als eigene „Berichte“ verkaufen? Wussten Sie, dass Zeitschriften wie der *SPIEGEL* manchmal Werbetexte Wort für Wort abschreiben und im redaktionellen Text

unkritisch übernehmen? Wussten Sie, dass führende deutsche Journalisten nach der „Friedman-Affäre“ ebenfalls als Kunden eines Netzes von Prostituierten und Kokain-Händlern enttarnt wurden? Wussten Sie, dass der *SPIEGEL* in den siebziger Jahren vor einer kommenden neuen Eiszeit auf der Erde warnte? Wussten Sie, dass alle großen deutschen Zeitungen hysterisch prognostizierten, im Jahre 2000 werde es in Deutschland keinen Wald mehr geben? Und wissen Sie, welche Nebeneinkünfte bekannte Fernsehmoderatoren haben oder welche deutschen Journalisten in den vergangenen Monaten als Straftäter verurteilt wurden? Wenn Sie das alles gelesen haben, dann wissen Sie, warum schon Konrad Adenauer, der erste deutsche Bundeskanzler, über Journalisten sagte: „Mit kleinen Jungen und Journalisten soll man vorsichtig sein. Die schmeißen immer noch einen Stein hinterher.“

Wenn Politiker sich mit Transvestiten prügeln

In einer einzigen Tageszeitung stehen heute weitaus mehr Informationen als ein durchschnittlicher Mensch im Mittelalter während seines ganzen Lebens erfahren hat. Die Reizüberflutung an ständig neuen Informationen ist gigantisch. Niemand ist heute in der Lage, all die Informationen da draußen komplett zu verarbeiten. Im Klartext: Information ist mehr denn je Vertrauenssache. Doch wem vertrauen wir? Wenn es nach Auflagenhöhe, Quoten und Reichweite geht, dann sind es *Bild-Zeitung* und Privatsender wie *RTL*. Das aber sind ganz sicher nicht eben die seriösesten Quellen für Informationen. Wo also bekommt man Informationen, denen man bedingungslos vertrauen kann?

Wie wir in diesem Buch sehen werden, gibt es wahrscheinlich keinen renommierten Anbieter, der nicht schon einmal eine Falschmeldung veröffentlicht hat. Da berichtete die *Deutsche Welle* im Juni 2013, dass der frühere südafrikanische Präsident und Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela verstorben sei. Der war zwar immerhin 94 Jahre alt, aber er lebte. Solche Fehler passieren Journalisten jeden Tag. Im Dezember 2012 berichtete die Nachrichtenagentur *AFP* etwa: „Flugzeug mit Dutzenden Menschen an Bord in Sambia abgestürzt“. Die Wahrheit? *AFP* hatte eine Übung mit einem realen Absturz verwechselt.

Mitunter haben Falschmeldungen verheerende Folgen. So berichteten ausnahmslos alle deutschen Medien 2013 über einen Organspende-Skandal, bei dem ein Arzt angeblich zahlungskräftige Patienten bei der Organspende bevorzugt hatte. Die Folge? Schlagartig ging die Zahl jener zurück, welche noch Organe spenden wollten. Dabei stimmte die Falschmeldung so gar nicht. Die Verdachtsberichterstattung, wonach Geld für die Bevorzugung gezahlt worden sei, wurde später von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Doch sie hat sich wahrscheinlich tief in das Gedächtnis von Millionen Menschen eingegraben. Und es wird viele Jahre dauern, das Vertrauen der Bürger in die Organspende zurückzugewinnen.

Falschmeldungen können auch grauenvolle finanzielle Folgen haben. So berichtete die amerikanische Nachrichtenagentur *Associated Press* (AP) Ende April 2013 über einen Anschlag auf das Weiße Haus in Washington. Da hieß es: „Eilmeldung: Zwei Explosionen im Weißen Haus und Barack Obama ist verletzt“. Verbreitet wurde das von AP über den Kurznachrichtendienst Twitter. In Wahrheit war der Twitter-Zugang von AP gehackt worden. AP stellte das kurz darauf klar und schaltete das Konto vorübergehend ab. Doch an den Finanzmärkten sorgte die Nachricht für kräftigen Wirbel. Der Dow Jones Index stürzte um 143 Punkte ab, innerhalb von nur drei Minuten wurden knapp 136 Milliarden Dollar (etwa 100 Milliarden Euro) an Börsenwerten vernichtet. Man sieht an diesem

winzigen Beispiel, welchen ungeheuren Einfluss Informationen haben.

Weil Informationen nicht nur Wirtschaftskurse, sondern vor allem auch das Auf und Ab der Wählergunst von Politikern beeinflussen, gibt es Fachleute, die uns Bürgern die Welt schönreden sollen. In der Politik nennt man diese Medien- und Image-Berater „Spin Doktors“. Sie sollen jedem Medienereignis einen bestimmten „Dreh“ (englisch „spin“) geben. Politik wird also inszeniert, etwa bei Fototerminen, Interviews und den vielen anderen Ereignissen, bei denen Politiker auftreten. Das, was wir allabendlich in den Nachrichtensendungen sehen, sind besonders schöne Illusionen. Wenn unsere Politiker ins Ausland fliegen, eine Veranstaltung eröffnen oder eine Schule besuchen, dann wird das bis ins kleinste Detail vorbereitet. Die Kameraleute bekommen Anweisungen, wann sie wo Fotos machen dürfen, weil nur dann das Licht besonders gut auf den zu Fotografierenden fällt. Mit Demokratie hat das alles nicht mehr zu tun. Es ist die Illusion von Demokratie. Letztlich sind Fototermine in Nordkorea nicht anders als im deutschen Bundeskanzleramt. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel 2009 zur Eröffnung einer Veranstaltung ein helles Sommerkleid trug und sich unter ihrer Achsel ein deutlicher Schweißfleck abzeichnete, da machten die anwesenden Fotografen natürlich Fotos. Doch die staatstragenden Medien – etwa der *Bayerische Rundfunk* – retuschierten den unschönen Schweißfleck einfach weg. In Nordkorea wäre das nicht anders.

Und wo in einer Demokratie frei und ungehindert berichtet werden dürfte, da setzt bei uns längst die Zensur ein. Es fing an in den 1970er-Jahren, als der damalige CSU-Spitzenpolitiker Franz-Josef Strauß 1971 in New York von drei Prostituierten, die er dort aufgesucht hatte, bestohlen wurde. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der sich seine Gespielinnen im Kanzleramt vom Berliner Bordellbetreiber Steffen Jakob zuführen ließ, verhängte einfach eine Nachrichtensperre. Das ist bis heute so geblieben. Jedenfalls schreibt man die Namen von Politikern in Zusammenhang mit pikanten Vorfällen nicht mehr. Egal, ob sich 2009 in Berlin-Kreuzberg ein 44 Jahre alter CDU-Politiker morgens um 4:20 Uhr mit einem Transvestiten prügelt, weil man sich nicht auf den Lohn einigen konnte, oder der adelige FDP-Politiker und Mittfünfziger J. Freiherr von H. die 26 Jahre alte Transvestitin L. aufgabelt – man berichtet nicht oder kaum darüber.

Schnell wird klar: Das, was wir im Fernsehen präsentiert bekommen, im Radio hören oder in den Zeitungen lesen, das ist vielleicht ein Teil der Realität. Aber eben nur ein Teil. Oft werden uns Informationen (bewusst) vorenthalten, unterdrückt oder verfälscht. Nehmen wir nur den 20. Oktober 2012. Da besuchte die ehemalige FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, Angela Merkel, den Stuttgarter Marktplatz. Ihre Mission war es, das Blatt für den parteilosen Oberbürgermeister-Kandidaten Sebastian Turner (CDU) im Wahlkampf gegen den Grünen Fritz Kuhn zu wenden. Tausende Menschen buhten Frau Merkel und Sebastian Turner aus. Und die staatlichen Sender? Sie mischten einfach Jubel auf die Tonspur. Sie haben richtig gelesen: Aus dem Pfeifkonzert gegen Merkel wurde in den Nachrichtensendungen Jubel. Erich Honecker wäre gewiss stolz auf seine frühere Propagandasekretärin.

Man erkennt da schnell, dass Information ganz sicher nichts mit Wahrheit oder Wahrhaftigkeit zu tun haben muss. Denn mit Nachrichten werden vor allem Meinungen gemacht. Erinnern Sie sich an den tiefen Fall des Limburger Bischofs Tebartz-van-Elst, der im Herbst 2013 in allen Medien als Verschwender dargestellt wurde, weil er 30 Millionen Euro für seinen neuen Verwaltungssitz ausgegeben hatte? Der Mann wurde Tag für Tag auf den Titelseiten als Inbegriff eines Geldverschwenders präsentiert und von der ihn hetzenden Medienmeute dem Volke zum Fraß vorgeworfen. Zeitgleich kostete das neue Bischöfliche Ordinariat in Rottenburg mit 40 Millionen Euro und 22.500 Quadratmetern Wohnfläche immerhin zehn Millionen mehr, als jenes in Limburg. Doch mit Ausnahme des *Schwarzwälder Boten* berichtete keine Zeitung darüber, der Rottenburger Bischof wurde nicht von den Medien gehetzt.

Der Niedergang des Landes der Dichter und Denker

Aus dem Land der Dichter und Denker ist inzwischen in Hinblick auf die Medien ein Volk von Feiglingen geworden. Das freie Nachdenken, die Voraussetzung für unseren einstigen Wohlstand, gilt inzwischen als unanständig. Da erschütterte im Spätherbst 2013 eine Nachricht den deutschsprachigen Raum, in der es hieß, die Deutschen könnten kaum noch lesen und schreiben. Fast jeder Nachrichtensender berichtete darüber. Auch eine Studie der deutschen Kultusminister über die Kompetenzen der Neuntklässler bestätigte das Ergebnis. Einzig die *Stuttgarter Zeitung* berichtete wahrheitsgemäß, woran das lag. Das hieß es, Deutsche „zeigten in allen untersuchten Fächern bessere Leistungen als Schüler mit Migrationshintergrund. Dabei gibt es große Unterschiede je nach Herkunftsland. Während Schüler, deren Eltern aus der ehemaligen Sowjetunion gekommen sind, deutlich höhere Werte erzielten, hatten türkische Jugendliche die schlechtesten Kompetenzwerte“. Im Klartext bedeuten die schlechten „Kompetenzwerte“ der Türken: Diese Zuwanderung macht Deutschland ganz sicher nicht schlauer. Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hatte schon 2012 unter der Überschrift „Die Zuwanderung macht die Differenz“ darüber berichtet. Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der Bildung werde erklärbar, „wenn man den Anteil der Migranten aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika in den Blick nimmt (in Bayern 5 Prozent, in Bremen 11,7 Prozent). Hier ist der Zusammenhang zwischen Schülerleistungen und Migrantenanteil hochsignifikant negativ“. Nur sprechen sollten wir besser nicht darüber. Aus Gründen der politischen Korrektheit. Denn hinter „schlechten Kompetenzwerten“ und „hochsignifikant negativen Schülerleistungen“ verbirgt sich schließlich nichts anderes geringe Klugheit.

Diese schlechten „Kompetenzwerte“ haben inzwischen viele Bürger. Wie sonst ist es erklärlich, dass sie Politikern und Medien glauben, wenn diese über die großen Erfolge der „Energiewende“ berichten. In Wahrheit werden die Bürger da draußen – Pardon – verarscht. Die Deutschen zahlen ja inzwischen weltweit mit die höchsten Energiepreise. Und dafür leben sie in der Gewissheit, politisch korrekt aus der Atomenergie auszusteigen. Das jedenfalls ist die Botschaft, welche uns Politik und Medien beständig vermitteln. Für die hohen Preise erkaufen wir uns also zumindest ein ruhiges Gewissen. Dummerweise ist das nicht die Wahrheit. Denn die EU ließ im Dezember 2012 verlauten, dass Deutschland nicht nur auch in 40 Jahren noch Atomstrom haben wird – sondern sogar auch noch neue Kernkraftwerke bauen wird. Kein Wort davon in den Fernsehnachrichten. Der entsprechende Bericht dazu im *Handelsblatt* vom 31. Dezember 2012 trug die Überschrift „Noch 40 Jahre Atomstrom in Deutschland“. Haben Sie das gewusst? Man kann von der Energiewende halten, was man will – die Wahrheit bekommen wir Bürger ganz sicher nicht präsentiert. Verweilen wir kurz beim Thema Energiewende und bringen ein typisches Beispiel dafür, wie sehr uns Medien und Politik dabei an der Nase herumführen.

Mediale Enten: Die Lügenmärchen der Energiepolitik

Die damals im Bundestag vertretenen Parteien wollten es sich vor den Bundestagswahlen 2013 mit den Wählern nicht verderben. Und deshalb versprachen sie ihnen stets das, was die einzelnen Bevölkerungsgruppen gern hören wollten. Es war wie Weihnachten: Die Energiepreise sollten nicht weiter steigen, die Mieterhöhungen sollten angeblich begrenzt werden und Familien sollten mehr entlastet werden. Kurz: Das ganze Leben sollte noch bunter und noch viel schöner werden. Man musste dafür nur die Partei A, B oder C wählen. Es gab keine Partei und kein journalistisches Medium, welche uns auf harte Zeiten, auf sinkenden Lebensstandard und auf steigende Preise vorbereitete. Doch ausgerechnet da wurde vor der Bundestagswahl 2013 in Frankreich ein Geheimdienstbericht bekannt, welcher einige Lügen der deutschen Bundesregierung enthüllte. Und zwar zu einem höchst unpassenden Zeitpunkt. Die Fakten: Der französische Auslandsgeheimdienst *Direction Générale de la Sécurité Extérieure* (DGSE, übersetzt „Generaldirektion für Äußere Sicherheit“) hatte einen Bericht über die Energiesicherheit in Europa erstellt. In diesem finden sich viele Prognosen für den Energieverbrauch einzelner europäischer Staaten. Das ist der – aus deutscher Sicht – langweilige Teil. Wirklich spannend sind vielmehr die Aussagen zu den deutschen Stromnetzen. Denn auf diesem Gebiet schien die Bundesregierung die Bürger nach Kräften zu belügen, wenn man den Franzosen Glauben schenken darf. Auf den Punkt gebracht berichtet die DGSE, die Bundesregierung lasse unter dem Vorwand der Einspeisung von Windstrom tausende Kilometer neuer Trassen gegen den Willen der Bevölkerung durchs Land bauen, um dann tatsächlich russischen Atomstrom einspeisen zu können. Es ist bekannt, dass die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat. Und ebenso will sie den Ausbau von Stromtrassen („Stromautobahnen“) vorantreiben, mit denen der im Norden erzeugte Windstrom zu den Verbrauchern im Westen und Süden geleitet werden kann. Es geht, je nach Modell, um 2.800 bis 3.800 Kilometer neue Stromleitungen, die meist gegen den Willen der Anwohner quer durch Deutschland gebaut werden sollen. Nach Angaben des Berichts „*énergie 2020*“ des französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE täuscht die Bundesregierung die Bürger vorsätzlich, weil über die neu zu bauenden Trassen vor allem russischer Atomstrom in die deutschen Netze eingespeist werden soll. Das Geheimprojekt trägt demnach den Namen „*Interconnection Kaliningrad Region Power System – German Power System*“. Bis zum Jahr 2018 werden demnach von der russischen Enklave Kaliningrad 560 Kilometer Unterseekabel und zwanzig Kilometer Landkabel durch die Ostsee gebaut, welche dann an die der Öffentlichkeit schon bekannten neu geplanten Stromautobahnen angeschlossen werden sollen. In Kaliningrad wird 2016 der erste Reaktorblock des neu gebauten Kernkraftwerks AKW Baltijskaja ans Netz gehen, 2018 der zweite Block (die Baukosten werden auf etwa 12 Milliarden Euro geschätzt, die Gesamtleistung beträgt 2.300 Megawatt). Deutschland bekommt dann durch die Leitungen etwa 1.300 Megawatt Atomstrom. Die insgeheim gebauten Leitungen für den russischen Atomstrom enden im Mecklenburg-Vorpommerschen Lubmin, wo es noch die Netzinfrastruktur des 1995 stillgelegten Atomkraftwerks „Bruno Leuschner“ gibt. Die

Stromautobahnen von Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Westen und Süden Deutschlands werden derzeit unter dem Hinweis auf die teuren *Erneuerbaren Energie* ausgebaut. Dafür zahlen die deutschen Stromverbraucher die höchsten Strompreise in Europa. Und wenn sie gebaut sind, dann wird am Ende russischer Atomstrom in sie eingespeist. Der französische Geheimdienstbericht kam der Bundesregierung höchst ungelegen. Denn er enthüllte, dass noch viele weitere östliche Atomkraftwerke an die neuen deutschen Stromautobahnen angeschlossen werden sollen, etwa das im Bau befindliche AKW *Astravjeca* in Weißrussland und das litauische AKW *Visagina*. Die Blöcke von *Visagina* werden ab etwa 2018 jährlich 3.400 Megawatt Strom produzieren. Die Baukosten in Höhe von fünf Milliarden Euro werden vom deutschen Steuerzahler bezuschusst, weil die Technik von Siemens mitentwickelt wurde. Der französische Auslandsgeheimdienst weiß auch zu berichten, warum das deutsch-russische Atomstrom-Geheimprojekt bislang in Deutschland nicht die geringste Aufmerksamkeit gefunden hat: die Stromleitungen werden parallel zur Trasse der *Nord-Ström-Gas-Pipeline* gebaut, die russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland liefert. So braucht man kein neues Raumordnungsverfahren und kann die schon existierende Pipeline-Baugenehmigung gleich noch für die Stromtrassen mitnutzen. Die Deutschen zahlen also die hohen finanziellen Sonderabgaben für die *Erneuerbaren Energie* völlig umsonst, weil parallel dazu der Import von Atomstrom vorangetrieben wird – und zwar abermals mit deutschen Geldern. Der französische Geheimdienstbericht hebt dann auch noch hervor, dass die Bundesregierung die Deutschen beim Thema Energie wie eine Diktatur in der Dritten Welt betrügt. Da heißt es, dass die großen Energiekonzerne in Deutschland kostenlos Braunkohle abbauen und den daraus gewonnenen Strom teuer an die Bürger verkaufen dürfen, obwohl gesetzlich vorgeschrieben sei, dass die Konzerne eine „Förderabgabe“ in die Kasse des jeweiligen Bundeslandes in Höhe von zehn Prozent des Marktwertes zahlen müssen. Allen Bundesländern, in denen Braunkohle gefördert wird, steht das Wasser finanziell bis zum Hals. Doch sie alle verzichten auf viele Millionen Euro „Förderabgabe“: Allein Nordrhein-Westfalen könnte durch eine gesetzlich mögliche „Förderabgabe“ mindestens 149 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Brandenburg brächte die Abgabe mindestens 78 Millionen Euro. Und auch Sachsen und Sachsen-Anhalt verzichten demnach auf viele Millionen Euro. Der Grund? Die so vom Steuerzahler geförderten Konzerne bieten den politischen Parteien regelmäßig gut dotierte Versorgungsjobs (etwa Beratungs- oder Aufsichtsratsposten) für jene Politiker an, die aus der Politik ausscheiden oder abgewählt wurden. Man versteht jetzt, warum der auf den ersten Blick völlig unverfängliche Bericht des französischen Auslandsgeheimdienstes zum Thema Energie der Zukunft der deutschen Bundesregierung höchst ungelegen kam. Weil es dazu keine vorformulierte Pressemitteilung gab, die man einfach nur per copy & paste kopieren oder abschreiben konnte, fand der französische Geheimdienstbericht kaum Eingang in die Berichterstattung deutscher Medien. Außerdem hätte er schließlich den Vorgaben der Politischen Korrektheit widersprochen. Für viele Journalisten ist das inzwischen mit das Wichtigste: Hauptsache politisch korrekt! Bloß nicht auffallen und schön im Strom mitschwimmen. Das alles habe ich auch schon in meinem Buch „Der Krieg im Dunkeln – die wahre Macht der Geheimdienste“ dargestellt, aber eine Berichterstattung in den Medien hat es dazu bislang nicht gegeben. Journalisten tun sich offenkundig sehr schwer damit, Fehler einzugestehen.

Wo ist denn nun der „ökologische Holocaust“?

So war es ja auch bei den jahrelangen medialen Falschmeldungen über das Waldsterben. Wir widmen dem Thema in diesem Buch ein eigenes Kapitel, wollen aber hier schon einmal kurz auf dieses für alle Journalisten extrem peinliche Thema eingehen. Vor drei Jahrzehnten schienen die Tage des deutschen Waldes gezählt. Im Schwarzwald und in anderen Mittelgebirgen fiel Spaziergängern eine Häufung vergilbter Tannen und Fichten auf. Und dann begann die große mediale Panikmache. Weil damals bekannte Ursachen der Austrocknung von Baumkronen wie etwa die Verbreitung des Borkenkäfers auszuschließen schienen, belegten unsere Medien das Syndrom kurzerhand mit dem wenig phantasievollen Begriff „neuartige Waldschäden“. Umso mehr Phantasie entwickelte dagegen die seit der Gründung der Partei „Die Grünen“ im Jahre 1980 erstarkte Öko-Bewegung. „Erst stirbt der Wald, dann der Mensch“, sagt ein Sprichwort. Man weiß nicht genau, ob es schon älter ist oder eigens erfunden wurde, um auf das „Waldsterben“ als vermeintlich objektive Begründung der sich damals in Deutschland ausbreitenden Endzeitstimmung aufmerksam zu machen. Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen hatten diesen Spruch im Herbst 1983 auf einer „Aktionskonferenz gegen das Waldsterben“ in Freudenstadt im Schwarzwald aufgegriffen und dafür gesorgt, dass die behauptete Gefahr eines „ökologischen Holocaust“ zum beherrschenden Thema des damals gerade laufenden Bundestagswahlkampfes wurde. Schon im Herbst 1981 hatte der Göttinger Bodenkundler Bernhard Ulrich im *Spiegel* prophezeit, in spätestens fünf Jahren würden die Wälder absterben. Der Hauptgrund dafür sei der „saure Regen“ infolge des massiven Ausstoßes von giftigem Schwefeldioxid (SO₂) durch die Kohlekraftwerke. Das Schreckensbild kahler deutscher Mittelgebirge, bedeckt von eintönigen Grasflächen, in der kein Baum mehr Wurzeln fasst und kaum noch ein Vogel singt, schien in rasendem Tempo von der Wirklichkeit eingeholt zu werden. In den Kammlagen des Erzgebirges, an der Grenze zwischen den heute schon beinahe vergessenen sozialistischen Volksrepubliken DDR und ČSSR, konnten die wenigen, die damals dorthin kamen, diese Zukunft besichtigen. Doch das Absterben ganzer Baumbestände hatte dort greifbare Ursachen. Sozialistische Mangelwirtschaft hatte dazu geführt, dass große Kohlekraftwerke ihren Rauch völlig ungefiltert in Rübezahls Heimat bliesen.

Die im Westen beobachteten Symptome erwiesen sich dagegen als vorübergehend und hatten mit der großflächigen Waldzerstörung im Osten nichts zu tun. Das belegten in den folgenden Jahren vor allem schweizerische und französische Fortwissenschafthler. Sie wiesen nach, dass die Nadelverluste auf die Trockenjahre 1976 und 1983 zurückgingen und die Vergilbung auf Magnesiummangel zurückzuführen war. Nach einer Düngung mit Kalk und Magnesiumsalz (Kieserit) wurden die Bäume wieder grün. Die deutschen Forstbehörden fuhrten derweil mit der bürokratischen Zeremonie der jährlichen Waldschadenserhebung fort. Eine Initiative von privaten Waldbesitzern und Umweltverbänden forderte vom Staat Schadensersatz für forstwirtschaftliche Ertragsausfälle durch das „Waldsterben“. Sie konnte allerdings nicht belegen, dass sich

der Zuwachs der Holzvorräte in Deutschland verlangsamte. Wie auch? Die in größeren Abständen durchgeführten Bundeswaldinventuren zeigten, dass sich das Baumwachstum im Gegenteil beinahe explosionsartig beschleunigte. Die Förster mussten die ihren Planungen zugrunde liegenden Ertragstabellen deutlich nach oben korrigieren, während die Medien vom Waldsterben sprachen. Die Gründe für das damalige explosionsartige Baumwachstum sind bis heute nicht bekannt. Botaniker und Forstwissenschaftler vermuten eine bessere Düngung der Bäume durch Automobil- und Industrieabgase oder einen positiven Einfluss der Klimaerwärmung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die letzte große Bundeswaldinventur von 2003/2004 hat ergeben, dass Deutschland schon damals mit fast 3,4 Milliarden Kubikmetern über die mit Abstand größten Holzvorräte in Europa verfügte. Es stellt damit selbst die „klassischen“ Waldländer Finnland und Schweden in den Schatten. Seit 1960 hat die Waldfläche in Deutschland im Schnitt in jedem Jahr um 10.000 Hektar zugenommen. Ob die Ende Februar 1983 eilig verabschiedete Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der darin vorgeschriebene Bau riesiger Rauchgasentschwefelungsanlagen dazu nennenswert beigetragen hat, bleibt umstritten. Der Waldertrag hat sich in Deutschland seit dem Jahre 1950 um den Faktor 1,3 erhöht. So wachsen bei uns heute in jedem Jahr auf jedem Hektar Wald mehr als 12 Kubikmeter Holz nach (auf den 31 Prozent Waldfläche Deutschlands also insgesamt über 120 Millionen Kubikmeter).

Offiziell ist das „Waldsterben“ in Deutschland bis heute nicht für beendet erklärt worden. Weiterhin legen die zuständigen Länderministerien Jahr für Jahr ihre Waldzustandsberichte vor, welche die Journalisten begierig in sich aufsaugen. Im Angsthaushalt der Deutschen spielen aber nun andere Themen wie die Eurokrise eine wichtigere Rolle. Selbst vor einer drohenden „Klimakatastrophe“ fürchten sich die Deutschen, schenkt man neuesten Meinungsumfragen Glauben, immer weniger. Daraus hätte man lernen können, dass Gelassenheit ein besserer Ratgeber ist als Angst. Aber wer lernt schon hinzu, ohne erst einmal teures Lehrgeld zu zahlen? Es ist nun einmal politisch korrekt, an das Waldsterben zu glauben. Auch wenn der Waldbestand da draußen immer größer wird.

Zu wahr, um schön zu sein: Das Märchen vom Aussterben der Eisbären

Noch deutlicher wird die Verlogenheit unserer Journalisten beim Thema Umwelt, wenn man sich die Eisbären näher anschaut. Unsere Klimawandel-Journalisten haben schließlich ein Standardfotomotiv: Den verzweiferten Eisbären, der angeblich aussterben muss. Doch das Lieblingstier der Umweltaktivisten denkt in der Realität nicht daran, medienwirksam auszusterben. Nur die wenigsten Menschen haben in der Vergangenheit die vielen Öko-Geschichten über das angebliche Abschmelzen der Polkappen in Frage gestellt. Man glaubte parallel zu den früheren Horrorgeschichten über das Waldsterben, das Eis werde in wenigen Jahren schon getaut sein. Die Eisbären müssen dann verhungern oder ertrinken, jedenfalls elendig sterben. Knut, das knuddlige Berliner Pelzknäuel, musste als Sympathieträger und Aufhänger für unzählige aufrüttelnde Reportagen herhalten. Grundschulkinder, die nicht einmal wussten, wo auf dem Klassenglobus Grönland oder die Arktis zu finden ist, schlachteten ihre Sparschweine, um all die süßen kleinen Knuts vor dem Aussterben zu retten. Wie kam das alles? Die „Polar bear specialist Group“ (PBSG) hatte gute Drähte zu den internationalen Massenmedien. Nach den Darstellungen dieser von Spendengeldern lebenden Gruppe ist der Bestand der Eisbären angeblich äußerst gefährdet. Von 19 Eisbärenpopulationen wachse nur noch eine, drei hielten sich (noch) stabil und acht stürben aus. Für die restlichen sieben Populationen stehe nicht genügend Datenmaterial zur Verfügung. Die Eisbärenexperten schätzen die Gesamtzahl der heute lebenden Eisbären auf zwanzig- und fünfundzwanzigtausend Exemplare. Man muss nun erst einmal wissen, dass die Gesamtzahl der Eisbären zwischen 1950 und 1960 auf fünftausend bis zehntausend Tiere geschätzt wurde. Das sagt die auf Spenden hoffende Gruppe natürlich nicht.

Fachkundige haben sich also immer wieder erstaunt über die von PBSG veröffentlichten Zahlen geäußert. Und so gestand die Gruppe PBSG erst einmal ein, dass die ihnen vorliegenden Informationen „sehr unterschiedlicher Art“ seien. Man erfasse die verschiedenen Unterpopulationen eben „ungenau“, so dass sich hier „viel Raum für Irrtümer ergeben“ habe. Natürlich sind die Spendenjäger nur dann optimistisch, dass die Menschheit „die Effekte der globalen Erwärmung und andere Bedrohungen gegen die Eisbären mildern“ könnte, wenn sie finanziell unterstützt wird. Die Schreckensszenarien des großen Eisbärensterbens stammen aus einem Computerprogramm der PBSG, das mit ein paar eingegeben Daten eine Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte erstellt. Wissenschaftlern und Zukunftsforscher zweifeln an den Angaben. Die Eisbärenpopulation werde bis 2050 etwa um zwei Drittel reduziert werden, hat das Programm errechnet. Sofort war das Aussterben der schönen Tiere für die Massenmedien eine beschlossene Sache. Auch die einstmals renommierte *Süddeutsche Zeitung* schlug im Februar 2006 Alarm: „Klimawandel gefährdet Eisbären - Warum die Raubtiere demnächst auf der Liste der bedrohten Arten verzeichnet werden könnten“ und fabulierte munter los: „Wissenschaftler fürchten, die Eisbären könnten bis Ende des Jahrhunderts ausgestorben sein“. Wer auch immer dem Redakteur von der Süddeutschen diesen Eisbären

aufgebunden haben mag, er hat es brav verbreitet: „Eisbären verbringen nur die Sommermonate auf dem Festland, wo sie von Fettreserven leben.“ Klar. Die Tiere sind demnach so dumm, die lassen das Futter ratlos an sich vorbeilaufen und verhungern, nur weil die Beute nicht auf Eisschollen herumturnt. Die Nunavut, Kanadas nördliche Ureinwohner, finden die Prognosen der Wissenschaftler über das angebliche Eisbärensterben weniger witzig und eher befremdlich. Sie müssen die angeblich vom Aussterben bedrohten Tiere nämlich ständig aus ihren Städten und Dörfern verjagen, wo die Bären sich gern aus den Abfällen bedienen. Die Nunavut kennen die Eisbärenbestände sehr genau. Sie bejagen die Tiere. Und sie beobachten, dass deren Zahl deutlich zunimmt. Sie sehen auch, dass die Bärinnen in den letzten Jahren oft drei Junge haben, was ungewöhnlich ist. Eine Eisbärin wirft im Normalfall ein bis zwei Junge. Aber das reichhaltige Angebot an Jungrobben ermöglicht es den Bärinnen, auch einen größeren Wurf problemlos zu versorgen. Auch der Vorsitzende des „Nunavut Wildlife Management Boards“ in Igaluit, Harry Flaherty, bestätigt, dass die Eisbärenbevölkerung sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt habe. Die Wissenschaftler, die hier zu Zählungen angereist kämen, hätten keine Ahnung, sagt er. Die Herren Wissenschaftler fliegen mit den Hubschraubern herum, gucken und zählen aus der Luft, was sie sehen, erzählt er. „Sie kommen schnell mal her, fliegen eine oder zwei Wochen mit dem temperierten Hubschrauber herum und sehen die Eisbären ja gar nicht alle. Wir bekommen täglich von den Jägern und unseren Leuten ganz andere Sachen zu hören“. Der Biologe Dr. Mitchell Taylor, der seit 35 Jahren im Nunavut-Territorium die Eisbären erforscht, bestätigt diese Angaben. Was er an Zahlen ermittelt hat, stimmt mit den Erzählungen der Jäger überein. Auch Gabriel Nirlungayuk, der Direktor der „Nunavut Tuungavik Gesellschaft“ für Wild- und Naturschutz, hält nicht viel von den Hubschrauber-Zählungen. Er kennt die Vorgehensweise: „Hubschrauber sind sehr beschränkt in ihren Einsatzmöglichkeiten. Schon durch die Treibstoffbeschränkung. Die können nicht weit auf die offene See rausfliegen“, erzählt er. „Aber die Jäger, die mit ihren Schneemobilen mit Hundemeuten oder auf Booten kreuz und quer übers Land ziehen, finden die Eisbären da, wo Wissenschaftler in Hubschraubern überhaupt nicht hinkommen“. Unterdessen breiten die Eisbären sich immer weiter nach Süden aus. Alteingesessene in der Hudson Bay erinnern sich, dass man vor vierzig Jahren dort selten mal einen Eisbär zu Gesicht bekam. Heutzutage ist es normal, sie in der Gegend der James Bay anzutreffen. Mittlerweile wird die wachsende Zahl an Eisbären mancherorts zum echten Problem. Im Sommer und Herbst ist es für Familien gefährlich, die Freizeit draußen bei Sport und Spiel oder Wanderungen zu verbringen. Man muss ständig auf der Hut vor den Bären sein. Bei Outdoor-Aktivitäten benötigt man heute Jäger zum Schutz. In der westlichen Hudson Bay wurde die Abschussquote um 80 Prozent gesenkt. Jetzt beschweren sich die Anwohner und die Kommunalverwaltung über die Eisbärenplage. „Nicht selten kann man bis zu 20 Eisbären entlang der Treibeisgrenze herumlungern sehen, wenn man aus dem Fenster guckt“ erzählt Harry Flaherty. Und Gabriel Nirlungayuk berichtet, dass alle Bären, die im Vorjahr eingefangen werden mussten, innerhalb des Stadtgebietes aufgegriffen wurden. Die Tiere brechen in die Holzhütten ein und verwüsten dort alles. Von einer Klimakatastrophe wollen die Menschen dort nichts wissen. Die Eisbären beeinträchtigen das Klima nicht, meint Flaherty. Sie jagen in den Buchten und auf dem frischen Treibeis, nicht in den alten Gletschern im Landesinneren. „Wir sehen keine negativen Auswirkungen auf die Eisbärenpopulation durch den so genannten Klimawandel“. Er ist

überzeugt davon, dass einige Wissenschaftler diese Eisbären Geschichte ganz bewusst benutzen, um den Menschen Angst vor der „globalen Erwärmung“ einzujagen. Und er sagt, dass auch die meisten Nunavut das so sehen.

Der Norden Kanadas ist nicht die einzige Region, in der die Eisbären auf dem Vormarsch in die Städte sind. In Russland - in Jakutien - musste gerade erst wieder ein großes Rudel Eisbären mit lärmenden Hubschraubern aus der Nähe menschlicher Ansiedlungen vertrieben werden. Das Bärenrudel von 14 Tieren war (nachdem es zum ersten Mal entdeckt worden war) schnell auf dreiundzwanzig Tiere angewachsen. Weil in Russland Eisbären nicht abgeschossen werden dürfen, wurden sie nur mit dem Lärm der Hubschrauber vertrieben, um Gefahr von den Bewohnern der umliegenden Dörfer abzuwenden. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann müssen die Eisbärenschützer demnächst ihre Spendengelder nicht mehr dafür ausgeben, um Eisbären vom Hubschrauber aus zu zählen, sondern um diese aus der Nähe der Menschen zu vertreiben. Auch das könnte ein einträgliches Spendengeschäft werden.

Immer mehr Medien folgen vorgefertigten und politisch korrekten Denkschablonen. Und in denen gibt es immer mehr Tabus. Haben Sie als Journalist etwa Zweifel am „Klimawandel“? Bloß nicht darüber sprechen. Das ist so schlimm, als ob Sie dreist leugnen, dass der erstarkende Islam eine große Bereicherung für den deutschsprachigen Raum ist. Haben Sie vielleicht auch Zweifel daran, dass der Euro stabiler ist als D-Mark und Schilling es je waren? Und glauben Sie tief im Innern, dass jene Milliarden, mit denen wir südliche Pleitestaaten „retten“, rausgeworfenes Geld sind? Pssst! Behalten Sie auch das besser für sich. Denn das ist mindestens ebenso schlimm als ob Sie in Ihrem Wohnviertel kein Asylbewerberheim für diskriminierte Roma haben wollen. Unsere Medien sind umzingelt von einem engmaschigen Netz der Tabus und politischen Korrektheiten. Durchbrechen wir also die Tabus. Und schauen wir einmal, wie weit die Berichterstattung unserer Journalisten und die Realität auseinanderklaffen.

Mediale Hetzjagd auf ein Vergewaltigungsopfer

Geben Sie einfach einmal in eine Suchmaschine die Worte „Köln“, „Vergewaltigungsopfer“ und „abgewiesen“ ein. Dann werden Sie erschlagen von Meldungen aus dem Januar 2013, die ein bezeichnendes Licht auf deutsche Journalisten werfen. Damals sorgte eine Meldung für großes Aufsehen, nach der ein mutmaßliches Vergewaltigungsopfer an zwei kirchlichen Kölner Krankenhäusern angeblich abgewiesen wurde. Bei näherer Betrachtung entspricht nichts davon der Wahrheit.

Da hat sich sogar der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner bei einer Frau entschuldigt, die nach einer Vergewaltigung angeblich bei zwei kirchlichen Kölner Kliniken abgewiesen worden war. Der Bischof sagte im Januar 2013: „Dieser Vorgang beschämt uns zutiefst, denn er widerspricht unserem christlichen Auftrag und Selbstverständnis“. Was der Frau widerfahren sei, hätte nie geschehen dürfen. Es gebe keine kirchliche Anweisung, Vergewaltigungsopfer abzuweisen. Doch was war wirklich geschehen? Kirchliche Würdenträger knickten jedenfalls unter dem ungeheuren Druck der Medien sofort ein. Und zwar, ohne zuvor zu recherchieren, was überhaupt geschehen war. Schließlich erklärten sogar die Sprecher der politischen Parteien, sie wollten katholische Krankenhäuser künftig dazu zwingen, auch Vergewaltigungsopfer zu behandeln. Sogar der Düsseldorfer Landtag debattierte über das Thema. Ebenfalls, ohne überhaupt zu wissen, was zuvor geschehen war. Keiner kam auf die Idee, einmal nachzufragen. Man glaubte selbstverständlich den ersten reißerischen medialen Berichten, bezichtigte die Kirche schwerster Verfehlungen – und alle Zuhörer wurden sofort zu Gläubigen der Medien. Schauen wir uns also einmal die Wahrheit an.

Ins Rollen gebracht wurde die Berichterstattung durch einen Artikel im *Kölner Stadtanzeiger*. Im Januar 2013 hatte Redakteur Peter Berger als erster berichtet. Und zwar unter der Überschrift „Katholische Kliniken weisen Vergewaltigte ab“. In dem Artikel fielen lauter Reizwörter. Da passte alles für eine ganz üble Geschichte, die beim Leser sofort einen Reflex auslösen würde, zusammen. Der Kölner Stadtanzeiger hatte am 16. Januar 2013 unter der Überschrift „Kliniken weisen Vergewaltigte ab“ folgendes berichtet: „Eine Notärztin, die eine Vergewaltigung nicht ausschließen konnte“, habe zwei katholische Kliniken „um eine Spurensicherung gebeten, um mögliche Tatspuren gerichtsverwertbar zu sichern. Sie wurde mit der Begründung abgewiesen, die gynäkologischen Untersuchungen zur Beweissicherung seien seit zwei Monaten untersagt, weil damit ein Beratungsgespräch über eine mögliche Schwangerschaft und deren Abbruch sowie das Verschreiben der Pille danach verbunden seien. Ärzte, die sich dieser Regelung widersetzen, müssten mit fristloser Kündigung rechnen.“ Soweit jener Bericht, der den medialen Trubel auslöste.

Sofort war klar, dass die Kirche auf der Anklagebank saß. Es gab keine Unschuldsvermutung für die Bezichtigten. Der Ärztliche Direktor eines der beiden angeblich betroffenen Krankenhäuser, Professor Dietmar Pennig vom Kölner

Vinzenzhospital, sagte zu dem Fall etwas, das in den Medien einfach unterging. Professor Pennig hob im WDR hervor: Die Patientin „befand sich in den Räumen der ärztlichen Notdienstpraxis“. Sie sei zu diesem Zeitpunkt also bereits „unter ärztlicher Aufsicht“ und Betreuung gewesen. Die betreuende Ärztin habe eine „telefonische Anfrage“ an die diensthabende gynäkologische Ärztin des benachbarten Vinzenzhospitals gestellt. Die diensthabende Ärztin, „die sich zwischen mehreren Geburten befand“, habe empfohlen, „ein städtisches Haus aufzusuchen, das der anonymen Spurensicherung angeschlossen ist“. Denn sonst hätte die Patientin im Fall von „Anzeichen dieser Gewalttat“ „ihre Geschichte in einem anderen Krankenhaus“ noch „ein drittes Mal erzählen müssen“. Doch sei dies der diensthabenden Gynäkologin als „eine zu große Belastung für die Frau“ erschienen. Professor Pennig sagte zudem, der kirchlichen Klinik fehlten die technischen Möglichkeiten, um einen sicheren Nachweis zu führen, ob eine Vergewaltigung vorliegt. Tatsache ist, dass nur fünf Kölner Kliniken berechtigt sind, nach einer Vergewaltigung die „Anonyme Spurensicherung“ (ASS) durchzuführen. Alle anderen Kölner Krankenhäuser müssen einen Vergewaltigungsfall sofort an eine dieser fünf Kliniken weiterüberweisen, sobald eine Spurensicherung erfolgen soll. Und die kirchlichen Kliniken gehören nun einmal nicht dazu. Tatsache ist: Das Vergewaltigungsopfer befand zum Zeitpunkt der telefonischen Anfrage an die kirchliche Klinik in den Räumen einer ärztlichen Notdienstpraxis, war also unter qualifizierter ärztlicher Aufsicht und Betreuung gewesen. Und die diensthabende Ärztin der kirchlichen Klinik empfahl, eine jener städtischen Kliniken aufzusuchen, welches der anonymen Spurensicherung angeschlossen ist. Man kann von kirchlichen Kliniken und Religion halten, was man will. Aber was die Medien hier gemacht haben, war nichts anderes als Hetze gegen eine kirchliche Einrichtung.

Überrascht wurde damals vor allem die Pressestelle der in den Fall verwickelten Krankenhäuser. Träger ist der katholische Orden der Cellitinnen. Und deren Sprecher Christoph Leiden musste plötzlich im Minutentakt Anfragen beantworten. Vor allem, weil die Reizworte Vergewaltigung, Abweisung und Kirche in den Artikeln vorkamen. Christoph Leiden sagt rückblickend: „Diese Worte natürlich, die sind so stark, die haben eine solche Bildkraft, dass natürlich sich ganz viele Pressevertreter sich draufgestürzt haben. So wurde gar nicht mehr die Geschichte recherchiert. Es gab also nur wenige Medien, die sich die Mühe gemacht haben, da auch wirklich mal der Sache nachzugehen und zu schauen, hat es da jetzt einen Kontakt gegeben, wie fiel der aus?“ Die Realität wurde von den Journalisten einfach ausgeblendet. Es ging einfach nur um den Skandal. Für Lars Harden ist das typisch. Der Mann muss es wissen. Er ist Professor für Kommunikation und hat selbst die evangelische Kirche bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit beraten. Er sagt: „Typisch ist auch, dass am Ende der Skandalphase sich die Medien gar nicht mehr so sehr für die zugrundeliegenden Fakten interessieren, sondern es eine Folgeberichterstattung gibt, die sich an den handelnden Akteuren aufhängt. Und auch da bietet die Katholische Kirche natürlich Stoff.“ Wenige Tage nach den ersten Veröffentlichungen über den angeblich skandalösen Fall ging es auf einmal um die Frage, ob die Kirche nicht zu viel Einfluss die Kirchen als Träger sozialer Einrichtungen habe. Und ob Katholische Krankenhäuser, Kindergärten und Altenheime noch zeitgemäß seien. Der eigentliche Fall um die Frau trat völlig in den Hintergrund. Es ging jetzt nur noch um christliche Moralvorstellungen und Werte. Und die Bürger da draußen wurden durch solche Berichte in ihren Meinungen beeinflusst. Das war das eigentliche Ziel der Berichterstattung. Mit Wahrheit und Wahrhaftigkeit hatte das alles nicht zu tun.

Geschlagen und erwürgt: Susannas Tod im Asylbewerberheim

Im Dezember 2009 wurde in Dresden wurde eine 18 Jahre alte Abiturientin ermordet. Den Journalisten war das kaum eine Zeile wert. Denn der Täter, so stellte sich schnell heraus, war ein Pakistaner. Hätte ein Deutscher einen Pakistani ermordet – das hätte Riesen-Schlagzeilen gegeben und für einen wunderschönen Skandal gesorgt. Aber so? Selbst die Bild-Zeitung berichtete damals nur in der Dresdner Regionalausgabe unter der Überschrift „Dresdner Gymnasiastin Susanna H. (18) starb in Plattenbau“. Nochmals: Es ging um einen grauenvollen Mord. Normalerweise hätte die Bild in Riesen-Lettern auf der Titelseite darüber berichtet. Doch der Mord war politisch nicht korrekt.

Der Fall ist typisch für die politische Korrektheit unter deutschen Journalisten. Und die Eltern der getöteten Deutschen stellen den Behörden nun viele unangenehme Fragen stellen. Denn der Mörder hätte schon vor vielen Jahren abgeschoben werden müssen. Es gab da allerdings noch einen anderen Hintergrund. Denn der Mord an der Deutschen passte gerade nicht in die Betroffenheitskultur. Zu jener Zeit hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gerade erst tief empört über den Mord an einer muslimischen Ägypterin in einem Dresdner Gerichtsaal geäußert. Das Tötungsdelikt an der Ägypterin sorgte damals weltweit für Aufsehen. Es gab Schweigemärsche für das Opfer. Und Gedenkveranstaltungen. Und dann ereignete sich in Dresden abermals ein schrecklicher Mord – dieses Mal aber mussten alle wegschauen. Denn der mutmaßliche Mörder war Moslem und das Opfer eine tiefgläubige Christin. Auch die Bundeskanzlerin schaute da lieber ganz fest weg.

Die blonde Dresdner Abiturientin Susanna H. stammt aus einer tiefgläubigen christlichen Familie. Sie fuhr gern Kanu und war Mitglied in einem Sportverein. Weihnachten 2009 wollte sie mit dem Jazz-Chor ihrer Schule zwei öffentliche Konzerte geben. Darauf freute sie sich. Doch am Tag des Auftritts war sie schon tot. Sie war zu hilfsbereit und zu gutgläubig. Das kostete sie das Leben. Sie wurde erwürgt und erschlagen. Der Täter heißt Syed Azif Raza.

Syed Azif Raza wurde 1977 im Dorf Sahiwal in Pakistan geboren. Am 6. Januar 2007 reiste er in die Bundesrepublik ein und stellte einen Asylantrag (Vorgangsnummer 1930253). Der wurde am 8. Dezember 2007 endgültig abgelehnt. An jenem Tag erlosch auch die Aufenthaltsgenehmigung des schiitischen Moslems, der unter mehreren Alias-Namen Asylanträge stellte und als Geburtsort auch die Dörfer Moltan, Lalamusa und Seywal angegeben hatte. Die einzigen Fähigkeiten, die man bei dem Mann erkannte, waren große Bereitschaft zum Lügen und die fortgesetzte sexuelle Belästigung von Frauen. Viele seiner Belästigungen sind bei den sächsischen Polizeibehörden aktenkundig. Doch obwohl der Mann nach deutschem Recht seit Ende 2007 hätte abgeschoben werden müssen, verlängerte das Dresdner Amt für Ausländerangelegenheiten insgesamt mindestens sieben Mal die Aufenthaltsgenehmigung des umtriebigen Mannes. Wann auch immer der Pakistaner wollte, bekam er in Dresden eine „Bescheinigung über die

Aussetzung der Abschiebung“ – sprich die Duldung. Am 15. Mai 2008 bekam er sie unter der Vorgangsnummer T03084624 (befristet bis 14. August 2008), am 15. August 2008 befristet bis 18. November 2008, am 5. November 2008 befristet bis 26. Februar 2009, am 3. März 2009 befristet bis 8. September 2009, am 4. September 2009 befristet bis 8. Dezember 2009 und am 8. Dezember 2009 – wenige Tage vor dem Mord – befristet bis 9. März 2009. Nochmals in Kurzform: Asylantrag abgelehnt im Jahre 2007, Aufenthaltsgenehmigung erloschen 2007, Abschiebung angedroht 2007, auch eine unanfechtbare Ausweisungsverfügung liegt vor. Und dennoch bekommt der Mitbürger eine Unterkunft, wird rundum vom deutschen Steuerzahler versorgt und muss offenkundig nur mit den Fingern schnippen, um die nächste Verlängerung für seinen Aufenthalt zu bekommen. Monat für Monat, Jahr für Jahr erschlich sich der Abzuschiebende staatliche Förderleistungen und belästigte in seiner reichlich bemessenen Freizeit Frauen.

Auch die 18-jährige Schülerin Susanna H. aus der Abiturklasse des katholischen am St. Benno Gymnasiums wurde von Syed Azif Raza angesprochen. In seiner Zwei-Zimmer-Wohnung im 8. Stock im Asylantenheim (Zimmer 803) in der Florian-Geyer-Straße fand man sie am 16. Dezember 2009 ermordet auf. Zwei Wochen lang veröffentlichten die sächsischen Polizeibehörden kein Fahndungsfoto des mutmaßlichen Mörders Syed Azif Raza. Weil man in Sachsen nicht als „rassistisch“ gelten und unbedingt politisch korrekt sein wollte, hatte man Syed Azif Raza über Jahre hin nicht abgeschoben. Wohl aus den gleichen Gründen scheute man sich auch davor, in Vorweihnachtszeit ein Fahndungsfoto zu veröffentlichen. Man wollte in Ostdeutschland nicht als „rassistisch“ gelten, schon gar nicht nach dem Mord eines Russlanddeutschen an einer muslimischen Ägypterin in einem Dresdner Gerichtssaal, der weltweit für Aufsehen gesorgt hatte.

Die politisch korrekte Zurückhaltung gab Syed Azif Raza viel Zeit und einen großen Vorsprung bei der Flucht. In Calais/Frankreich wurde er später festgenommen und in Deutschland zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Eltern der ermordeten Abiturientin Susanna H. wohnen im sächsischen Cossebaude. Sie stellen den Behörden seither viele unangenehme Fragen stellen. Denn ihre Tochter könnte ganz sicher noch leben, wenn die Dresdner Ämter nicht regelmäßig eine „Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung“ ausgestellt hätten. Die vorerst letzte war großzügig befristet bis 9. März 2010. Wie es aussieht, wird Syed Azif Raza viele Jahre in Deutschland im Gefängnis bleiben dürfen. Man spricht besser nicht über den Fall in der Öffentlichkeit. Es gibt auch keine Schweigemärsche für Susanna H. Und keine Gedenkveranstaltung. Das wäre politisch nicht korrekt. Sie wissen nun, dass Journalisten ganz sicher nicht neutral oder wahrhaftig berichten. Ihre Geschichten müssen vor allem in vorgefertigte Denkschablonen passen.

Friedensnobelpreisträger Kissinger und die Gaskammern

Mitunter ist auch interessant, was von Journalisten unterdrückt oder verschwiegen wird. Auch das ist bezeichnend für den Zustand des deutschen Journalismus. Nazis etwa gibt es aus Sicht der deutschen Journalisten offenkundig nur in Deutschland. Und wenn einer einmal einen großen Namen hat, dann kann er Juden beleidigen, wie er will. Man sieht ihm das dann nach. Wie im Falle Henry Kissinger.

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger wird weltweit geachtet. Immerhin wurde ihm 1973 der Friedensnobelpreis verliehen. Doch 2010 wurden in den USA Tonbänder aus dem Weißen Haus veröffentlicht, in denen er eine völlig andere Gesinnung zeigte.

Henry Kissinger war 1973 unter Präsident Richard Nixon US-Außenminister. Wenn Kissinger sich im Weißen Haus zusammen mit Nixon unbeobachtet wähnte, dann sagte er Dinge, die man heute kaum glauben mag. Als Nixon und Kissinger etwa über die Wiederannäherung mit der damaligen kommunistischen Sowjetunion sprachen, da ging es auch um die Auswanderung sowjetrussischer Juden. Und Kissinger, der selbst aus einer jüdischen Familie stammt und Verwandte in den Gaskammern der Nazis verloren hat, sagte in aller Offenheit kaltherzig über die Moskauer Machthaber: „Selbst wenn sie die Juden in Gaskammern stecken, dann interessiert es uns als Amerikaner nicht“ („And if they put Jews into gas chambers in the Soviet Union, it is not an American concern“). Möglicherweise sei das dann eine humanitäre Frage, aber keine, die für die amerikanische Außenpolitik von Interesse sei, sagte Kissinger. Zuvor hatte die damalige israelische Premierministerin Gold Meir die Amerikaner darum gebeten, Druck auf Moskau auszuüben, damit mehr Juden aus der Sowjetunion ausreisen können. Kissinger wusste damals nicht, dass seine Gespräche im Weißen Haus insgeheim aufgezeichnet wurden. Nach der Veröffentlichung hat er sich Ende 2010 in der Washington Post bei allen Juden für seine damaligen Äußerungen entschuldigt.

Es ist allerdings nicht das erste Mal, das Kissinger mit jüdenfeindlichen Äußerungen für weltweite Empörung sorgt. So zitierte ihn sein Biograf Walter Isaacson mit folgendem Satz über die Juden: „Ein Volk, das seit zweitausend Jahren verfolgt wird, muss doch irgendetwas falsch machen“ (Kissinger - A Biography, S. 561). Kissinger wurde 1923 in Fürth/Bayern als Sohn jüdischer Eltern geboren, emigrierte 1938 aus Deutschland und arbeitete sich in den USA als Übersetzer des US-Militärgeheimdienstes und Nationaler Sicherheitsberater (1969 bis 1973) und US-Außenminister (1973 bis 1977) hoch. Kissinger ist seit 1998 Ehrenbürger seiner Heimatstadt Fürth, erhielt 2005 den Bayerischen Verdienstorden, 2007 die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg, 2009 den Ewald-von-Kleidt-Preis der Münchner Sicherheitskonferenz. Niemand kam bislang auf die Idee, dem Friedensnobelpreisträger Kissinger wegen seiner jüdenfeindlichen Äußerungen eine der vielen Ehrungen wieder abzuerkennen. Und nicht ein deutscher Journalist hat Kissinger wegen seiner jüdenfeindlichen Äußerungen

kritisiert. Kissinger ist wegen seiner Hilfestellung für Militärputsche (etwa in Chile 1973, bei dem Präsident Salvador Allende ums Leben kam) und die Operation Condor ins Visier von Menschenrechtlern geraten. Als Lügner bekannt wurde Kissinger bei der indonesischen Invasion Osttimors, die von Dezember 1975 bis Februar 1976 etwa 60.000 Opfer kostete. Kissinger bestritt, überhaupt von den Plänen für die Invasion gewusst zu haben, bis durch die US-Behörden aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes (Freedom of Information Act) freigegebene Dokumente das Gegenteil aufzeigten. In deutschsprachigen Medien wurde bislang nicht einmal über die judenfeindlichen Äußerungen des Friedensnobelpreisträgers berichtet.

Wir kennen dieses merkwürdige Verhalten deutscher Journalisten ja auch aus anderem Zusammenhang. Denken Sie nur an den Schriftsteller Günter Grass. Der wird von deutschen Journalisten wie ein Heiliger verehrt. Dabei ist er ein früherer SS-Mann.

Vorsicht „Bioforelle“: Gewinne mit dem umstrittenen Öko-Label

Am 16. Dezember 2008 veröffentlichte die *Süddeutsche* einen Bericht über „Bio-Fisch“. Da hieß es, die Öko-Ware aus dem Wasser finde zunehmend Käufer – trotz deutlich höherer Preise. In dem Bericht ging es auch um Forellen, die „bio“ sind. Viele Verbraucher greifen gern etwas tiefer in die Geldbörse, wenn ein Produkt mit dem Hinweis „Bio“ verkauft wird. Dummerweise belegt eine Studie am Beispiel der Bio-Forelle, wie die Verbraucher dabei getäuscht werden. Doch aus der Sicht von Journalisten ist „bio“ nun erst einmal gut. Dabei ist es doch die Aufgabe von Journalisten, kritisch an Themen heranzugehen.

In einer Fachzeitschrift der Lebensmittelwirtschaft, dem „Tiefkühlreport“, wurde vor geraumer Zeit über die Absatzversuche von „Bioforellen“ berichtet. Das Produkt ist teuer. In der Fachzeitschrift hieß es: „Das Grundproblem ist der hohe Einkaufspreis für den Einzelhandel. Dieser ist durch die Produktion und durch die Verarbeitung in meist kleineren Unternehmen begründet.“ Doch angeblich naturnah produzierte Forellen sind ja etwas ganz Besonderes. Und deshalb bezahlen viele Kunden den hohen Preis für „Bioforellen“. Teure Forellenfuttermittel, geringere Bestandsdichten und hohe Zertifizierungskosten für Bio- oder Öko-Siegel machen die „Bioforellen“ im Vergleich zur konventionellen Erzeugung deutlich kostspieliger. Doch lohnt sich der Kauf wirklich?

Echte „Bioforellen“ kann es niemals geben, weil die Forelle ein Raubfisch ist und ihr Futter etwa aus Fischmehl oder verarbeiteten Schlachtabfällen besteht. Das Raubtier Forelle müsste mit Kleingetier gefüttert werden, um völlig natürlich leben zu können. Oder mit hochwertigem Fleisch. Doch eine „Bioforelle“, die beispielsweise vorwiegend mit dem Fleisch von ökologisch gehaltenen freilaufenden Rindern gefüttert würde, wäre wahrscheinlich pro Kilogramm teurer als viele begehrte Edelmetalle. Das Fischfutter auch der „Bioforelle“ besteht also üblicherweise aus Fischmehl (also Abfällen) und Fischöl, das aus der marinen Industriefischerei gewonnen wird, und in geringen Anteilen aus pflanzlichen Komponenten. Das wichtigste Merkmal von teuren „Bioforellen“ ist die Haltung im natürlichen Erdteich, nicht in einem Betonbecken. Tausende Eigentümer von Kleinteichen halten Forellen seit alters her in Erdteichen, ohne die Tiere beim Verkauf als „Bioforellen“ anzupreisen. Wenn Sie bislang noch nicht wussten, was „Bio“ bei einer zertifizierten „Bioforelle“ in Wahrheit bedeutet, dann können Sie nun nachdenklich werden: Im Betrieb soll eine gewisse Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren, insbesondere Vögeln und Insekten des Wasser-Land-Übergangs ermöglicht werden. Davon hat die in Europa ohnehin nicht heimische Regenbogenforelle allerdings nichts, auch ihr Geschmack oder Aussehen ändert sich dadurch nicht im Geringsten. Zudem ist bei „Bioforellen“ eine extensive Bestandsdichte zu vermeiden - eine Definition dafür gibt es allerdings nicht. Und das Futter sollte keine gentechnisch veränderten Substanzen enthalten. Die dürfen allerdings auch im konventionellen Futter nicht ohne Deklaration eingesetzt werden. Es besteht also der Verdacht, dass die „Bioforelle“ ein teurer Marketinggag für unwissende Stadtbewohner ist.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat im Institut für Fischerei eine Studie zu „Bioforellen“ durchgeführt und diese mit konventionellen Forellen verglichen. Darin heißt es nach 55 Wochen Versuchszeit zum Fleisch der Forellen: „Die prozentualen Gehalte von Wasser, Protein, Fett und Asche sind in beiden Haltungsformen nahezu identisch. Es gibt keine bedeutenden Unterschiede im Nährstoffgehalt zwischen biologisch und konventionell erzeugten Forellen.“ Auch bei der Festigkeit des Fleisches gab es keinen Unterschied. Konventionell gezogene und „Bioforellen“ schmecken nach Angaben der Studie völlig gleich, haben die gleiche Farbe, die gleiche Festigkeit des Fleisches und riechen gleich, haben auch den gleichen Nährstoffgehalt. Weiter heißt es in der Studie: „Die Qualität der biologisch gehaltenen Forellen unterschieden sich nicht signifikant von der der konventionell gehaltenen Forellen. Die Betrachtung des Parallelversuchs in Österreich bestätigt, dass es keine wesentlichen Qualitätsunterschiede zwischen den Haltungsformen gibt.“

Wer „Bioforellen“ kauft, der erwirbt allerdings möglicherweise häufig kranke Tiere, in der Studie heißt es: „Bei der Schlachtung der 20 Versuchsfische aus der biologischen Haltung ist bei 5 Tieren eine starke Verkalkung der Nieren aufgefallen. (...) Hier lagert sich Calcium in den renalen Tubuli ab, was zu Verlusten in der Produktion führen kann. Wachstumsstörungen, unansehnliche Auswüchse und wässrige Filets können die Folge sein“. Das Fazit der Studie lautet: „Die Forellenproduktion nach derzeitigen Vorgaben von Ökoverbänden ist in Deutschland für die meisten Betriebe wirtschaftlich uninteressant. (...) Die Tiergesundheit ist bei der biologischen Produktion im vorliegenden Versuch als schlechter zu beurteilen.“ Argumente der Bio-Verkäufer für die „Bioforellen“ seien die Futterzusammensetzung und Verbraucher- und Tierschutz sowie die Umweltverträglichkeit. Dazu schreiben die Fachleute: „Vergleicht man diesen aktuellen Stand der deutschen Bioforelle mit der Informationsbroschüre der CMA „Ökologische Teichwirtschaft in Deutschland“ wird deutlich, dass die Verbrauchererwartungen nicht erfüllt werden. Die herausgestellte „höchste Qualität“ wird nicht erreicht, sondern ist als normal einzustufen. (...) Verbrauchererwartungen werden derzeit nicht erfüllt, da die Bioforelle weder eine Premiumqualität aufweist, noch umweltschonend produziert wird.“ Im Klartext: Wer „Bioforellen“ kauft, der erwirbt eine Mogelpackung.

Wenn Sie also das nächste Mal einen lobenden Artikel über Bioforellen lesen, dann wissen Sie, dass Sie für blöd verkauft werden. Nicht anders ist es ja beim Lachs. Lachs gilt immer noch als wertvolles Lebensmittel - wenn schon nicht geschmacklich, so wenigstens aus gesundheitlicher Sicht. Umso bemerkenswerter erscheint, was 2013 aus dem Lachszuchtland Norwegen bekannt wurde. Da warnt die Regierung immer eindringlicher vor seinem Genuss. Nicht weil der Fettfisch wegen neuer, zunehmend vegetarischer Fütterung zu „schwimmendem Gemüse“ ohne nennenswerten Omega-3-Gehalt verkommt. Sondern weil er laut Jérôme Ruzzin von der Uni Bergen einfach zu viel gefährliche Giftstoffe enthält. Die EU hat noch im Jahr 2013 prompt reagiert. Aber wie: nicht etwa mit einem Einfuhrverbot, sondern ganz im Gegenteil mit massiver Lockerung der Grenzwerte, wodurch zuvor als verseucht eingestuft Lachs plötzlich unbedenklich wird - im Fall des Nervengifts Endosulfan sogar beim Zehnfachen bisheriger Höchstwerte! Gibt es etwa neue Forschungen, die eine geringere Gefährlichkeit von Endosulfan nahelegen? Keineswegs. Nach Angaben der norwegischen Zeitung Aftenposten ist der Erfolg vielmehr auf „intensives Lobbying der Lachsindustrie“

zurückzuführen. Und nun schauen Sie einmal, welches Lebensmittel von deutschen Journalisten ständig als besonders gesund angepriesen wird. Sie ahnen es schon: Lachs. Wie lange wollen Sie sich solche Berichterstattung noch schmecken lassen?

Heizen mit Weizen: Wenn Journalisten wegschauen

Regelmäßig empören sich unsere Medien darüber, dass wir Bürger einen beachtlichen Teil der gekauften Lebensmittel nicht essen, sondern wegwerfen. Die Journalisten, welche darüber berichten, begutachten Mülltonnen und befragen Privatpersonen. Das alles ist so völlig in Ordnung, wenn die gleichen Medienunternehmen aus Gründen der politischen Korrektheit nicht fest die Augen davor verschlössen, wie viel Grundnahrungsmittel ökologisch korrekt verheizt werden. Ich spreche hier nicht von Biogasanlagen, die mit Raps oder Mais betrieben werden, sondern von unserem Getreide. Schon seit vielen Jahrzehnten wird bei uns (etwa in der Landwirtschaft) mit dem Grundnahrungsmittel Getreide, dem Sinnbild für Brot und Ernte, geheizt. Viele Bürger wissen das nicht. Und die Europäische Union will auch noch Förderprogramme auflegen, um den Einbau von Getreideheizungen in Privathäusern voranzutreiben. Wie ist das bei jenen vereinbar, die sich (zu Recht) über das Wegwerfen von Lebensmitteln empören? Warum verschweigen uns die Medien das alles?

Dänische Schweinemäster heizen ihre Stallungen schon seit mehr als zwanzig Jahren fast ausschließlich mit Getreide. Der Rohstoff wächst vor der Tür, der Anbau wird von der EU pro Hektar und Jahr mit 45 Euro subventioniert, wenn das Getreide später der Energieerzeugung dient (Verordnung-EG Nr. 1782/03) - billiger kann man Heizmaterial als Bauer kaum beschaffen. Denn 12,5 Kilogramm Getreide haben den gleichen Heizwert wie 10 Kilogramm Pellets oder 5 Liter Heizöl, kosten aber im Großhandel weniger als die Hälfte. Auch in Deutschland gibt es inzwischen schon weit mehr als 2.000 Getreidekraftwerke bei den Schweinemast- und Geflügelzuchbetrieben, in denen Weizen und andere Getreidearten für die Energiegewinnung verbrannt werden. Technisch ähneln Getreideheizungen den Heizkesseln für Holzpellets. Das Getreide wird über eine Förderschnecke von einem Vorratsbehälter automatisch in den Brennraum transportiert. Der nachwachsende Brennstoff kann dank der feinen Körnung des Getreides optimal dosiert werden. Bei der Getreideverbrennung fällt allerdings fünfmal soviel Asche an wie bei der Holzverbrennung. In der Klimabilanz schneidet Getreide gut ab: Was die Pflanze an Kohlendioxid aufnimmt, gibt sie in der Verbrennung wieder ab. Und deshalb will die EU solche Anlagen künftig möglicherweise auch in Privathaushalten fördern. Das Projekt firmiert bei der EU unter der Rubrik „nachwachsende Rohstoffe“. Holzpellet-Heizungen können ohne große Probleme auf Getreide umgerüstet werden. Getreidekessel kosten heute etwa 6.000 Euro und werden inzwischen von den Herstellern auch schon diskret für den Einsatz in Mehrfamilienhäusern angeboten. Das Problem in Deutschland: Für den Privatmann ist Getreide nicht als „Regelbrennstoff“ zugelassen, darf in Deutschland bislang nur von Landwirten verbrannt werden. In den Niederlanden und Dänemark gibt es solche Regelungen nicht. Doch je teurer Rohöl wird, umso lohnender werden die mit nachwachsenden Rohstoffen befeuerten Getreidekessel – so die Brüsseler Sicht. Nach Auffassung der EU hat „Energiegetreide“ (eine Form der erneuerbaren Energien) neben den ökologischen auch viele wirtschaftliche Vorteile: Ein deutscher oder österreichischer

Haushalt verbraucht pro Jahr etwa 3.000 Liter Heizöl. Bei einem Literpreis von 80 Cent muss er pro Jahr 2.400 Euro an Heizkosten bezahlen. Die vergleichbare Menge Getreide kostet nur die Hälfte. Mit einer Getreideheizung könnte ein Haushalt somit Energiekosten sparen. Und die Anlagen sind CO₂-neutral. Mögliche Nebenwirkung: Die Abgase sind bei der Getreideverbrennung stärker mit Staub belastet als bei Holz und auch die Konzentration der Stickoxide ist höher. Und je mehr Getreide verheizt wird, umso teurer werden Getreideprodukte wie Brot oder Nudeln in der EU. In Deutschland werden rund 45 Millionen Tonnen Getreide geerntet, von denen inzwischen etwa ein Drittel für die Energiegewinnung verbrannt werden. Die „Allgemeine Bäcker-Zeitung“ berichtete schon 2007 über die gewaltigen Getreidemengen, die in Deutschland pro Jahr verbrannt werden. Die Überschrift des Artikels lautete damals „Getreide verheizen ist verwerflich“.

Sex auf Kosten der Steuerzahler: Die Bordellbesuche unserer Politiker

Erinnern Sie sich noch an das Frühjahr 2011? Alle deutschen Medien berichten damals genüsslich über die intimen Kontakte des in jener Zeit in Rom regierenden italienischen Staatspräsidenten Silvio Berlusconi zu Prostituierten. Sie verdrängen dabei, dass es in Deutschland nicht anders ist. Das aber ist für deutsche Journalisten augenscheinlich ein Tabu-Thema. Mal wieder aus Gründen der Politischen Korrektheit. Fast jeden Tag enthüllten deutsche Medien süffisant immer neue Namen von Prostituierten, die Silvio Berlusconi gefällig gewesen sein sollen. In Italien wurden diese Fälle zwischenzeitlich schonungslos von Medien und Justiz aufgearbeitet. Ganz anders ist es in Deutschland. Denn in der Bundesrepublik sind Staatsanwälte weisungsabhängig. Im Klartext heißt das: Wenn Ermittlungen gegen Politiker aus politischen Gründen unerwünscht sind, dann müssen sie auf Weisung der Politik still und leise eingestellt werden. Zumindest darf die Öffentlichkeit nichts über solche Verfahren erfahren. Deutsche Journalisten sind häufig Diener der Macht – und halten sich daran, obwohl sie eine Aufklärungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit haben.

Erinnern Sie sich noch an die „Friedmann-Affäre“, an osteuropäische Zwangsprostituierte und Kokain? Damals war Otto Schily (SPD) deutscher Innenminister. Sofort nach dem Bekanntwerden der „Friedmann-Affäre“ zog der damalige Innenminister die Ermittlungsakte an sich. Denn als Kunde der Zwangsprostituierten tauchten dort neben Michel Friedmann eben auch mehr als 160 weitere bekannte Namen aus Politik, Wirtschaft, Sport und Medien auf (unter ihnen ein Fußballtrainer, drei Fußballer der Bundesliga, zwei Schlagersänger, 17 Politiker, acht Unternehmer und 34 Journalisten). Manch einer, der 2011 über die Call-Girl-Affären von Berlusconi die Nase rümpfte, stand 2003 selbst auf der von Schily beschlagnahmten Liste, die bis heute wie ein Staatsgeheimnis gehütet wird.

Nicht anders war es im Falle des ehemaligen rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsgeschäftsführers Markus Hebgen, der mit der CDU-Kreditkarte (also auf Kosten der Steuerzahler) seine Bordellbesuche finanziert hatte. Schnell war klar, dass nicht nur bei Hebgens Besuch im Berliner Edel-Bordell „Rascona“ (der ebenfalls wie die Mainzer Rotlicht-Eskapaden mit der CDU-Kreditkarte bezahlt wurde) auch andere Parteigrößen dabei gewesen waren. Das Ergebnis: Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein. Denn Zeugen wie der CDU-Landtagsabgeordnete Michael Billen wiederum, der „laut Presseberichten“ über den Bar-Besuch Bescheid gewusst haben soll, hatte gegenüber der Staatsanwaltschaft angegeben, „keine sachdienlichen Angaben machen zu können“.

Ein bekannter baden-württembergischer CDU-Politiker reist seit Jahren schon gern nach Dubai. Dort fördert er im Auftrage der Partei offiziell die Verständigung mit der islamischen Welt. Irgendwie scheint er den Auftrag missverstanden zu haben. Denn wer ihn in den Fünf-Sterne-Hotels trifft, sieht ihn häufig in Begleitung junger ukrainischer oder bulgarischer Mädchen. Die aber arbeiten in Dubai auf einem völlig anderen Gebiet.

Die Sucht deutscher Politiker und ihrer Referenten nach Prostituierten treibt selbst jenen, die ihnen Kontakte zu willigen Damen vermitteln, mitunter die Schweißperlen auf die Stirn. Der Berliner „Rotlicht-Prinz“ Steffen Jacob, in Berlin eher unter dem Namen „Prinz vom Stutti“ bekannt, begann seine „Karriere“ zu Zeiten Willy Brandts (SPD). Jacob musste Brandt und dessen Parteifreunden die Prostituierten besorgen, nachdem Politiker wie der Berliner Senator Heinrich Albertz und Erich Mende nach Besuchen im Berliner-Edel-Bordell „Pension Clausewitz“ erpresst worden waren. Die Politik brauchte fortan einen verlässlichen Gehilfen, der die Verbindungen zur Damenwelt diskret zu regeln vermochte. Steffen Jacob war damals jung und kannte viele lebensfrohe Damen. Seither hat Steffen Jacob mit den ihn umgebenden Frauen in Berlin und Bonn Karriere gemacht. Zu ihm kamen über Jahrzehnte die Mächtigen mit ihren ausgefallenen Wünschen aus dem Auswärtigen Amt, dem Kanzleramt, dem Bundestag und dem Bundeskriminalamt. Bezahlt hat stets der deutsche Steuerzahler. Und unsere Medien schauten fleißig weg. Eine Table Dance Bar am Stuttgarter Platz (daher sein Spitzname („Prinz vom Stutti“)) war einer der Treffpunkte der Gäste von Steffen Jacob – in den Schaukästen an der Wand hingen dort hinter Glas die Fotos der vielen Polit-Prominenten, die sich gern bei den strippenden Mädels des Steffen Jacob vergnügten und die schwere Last des Alltags vergessen wollten. Steffen Jacob ist inzwischen etwas älter und ruhiger geworden. Zusammen mit einem ehemaligen Personenschützer will er nun seine Memoiren verfassen – *Unter der Gürtellinie* könnte das Werk heißen, das unsere Polit-Prominenz aus völlig ungewohnter Perspektive präsentieren wird. Man darf gespannt sein, ob das Buch tatsächlich jemals erscheinen wird. Denn immerhin weiß Jacob zu berichten, dass zwei Damen, die ein deutscher Verteidigungsminister immer wieder bei ihm bestellte, sich nach den Treffen regelmäßig übergeben mussten – so pervers waren die Sonderwünsche des Ministers, der im Fernsehen stets so seriös wirkte.

Nicht viel anderes war es wohl auch an Bord der von der landeseigenen nordrhein-westfälischen Landesbank (WestLB) gecharterten Flugzeuge, mit denen die bekanntesten deutschen Politiker, Wirtschafts- und Medienvertreter auf Kosten der Steuerzahler zu ihren Terminen reisten. An Bord der Maschinen gab es auf solchen Flügen regelmäßig „Bord-Partys“, bei denen mitunter auch Nacktfotos gemacht wurden. Prostituierte bekamen 2.500 Euro pro Flugstunde. Der frühere Co-Pilot bestätigte das vor einem Untersuchungsausschuss, der allerdings nie zu einem Ergebnis kam, weil die Parteien ihn zum Ende der Legislaturperiode einstellen ließen. Es wäre zu peinlich gewesen, was da alles auf Kosten der Steuerzahler an sexuellen Ausschweifungen für unsere Politiker finanziert wurde. Allein der frühere österreichische Bundeskanzler Vranitzky (SPÖ) war 15 Mal zu Gast bei den allseits beliebten Flügen der WestLB. Auch ranghohe Vertreter der CDU oder der SPD-Politiker reisten gern in dem steuerfinanzierten Bordell-Jet. Die WestLB hat inzwischen bei ihren kriminellen Machenschaften, zu denen eben auch die Bordell-Flüge gehörten, Milliarden Schulden gemacht – bezahlen muss die nun ebenfalls der Steuerzahler.

Der Steuerzahler ist am Ende immer der Dumme. Ein weiteres Beispiel: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Uhl vergnügte sich bei Sexreisen im Ausland, beteiligte sich an Sexpartys auf Kosten von Volkswagen. Lange Zeit stritt er alles ab. Als seine Lüge enttarnt wurde, musste er zurücktreten. Trotzdem standen ihm eine Versorgungsabfindung in Höhe von mehr als 60.000 Euro, Diäten, Kostenpauschalen und

Übergangsgelder zu. Insgesamt rund 100.000 Euro. Bezahlen mussten auch die Steuerzahler.

Verheimlichen wollen wir unseren Lesern natürlich nicht, dass neben den großen Volksparteien auch Abgeordnete der PDS die Nähe zum Rotlicht offenkundig für völlig normal halten: Der Politiker Gert Winkelmeier – er ist inzwischen aus der PDS ausgetreten – vermietete an Call-Girls, etwa an eine „tabulose Kindfrau mit Konfektionsgröße 32“, eine „Farbige mit viel Gefühl“ und eine „Schwedin mit Körbchengröße 80 DD“ und besserte sich so seine vom Steuerzahler finanzierte Abgeordnetendiät in Höhe von monatlich 7.009 Euro plus steuerfreie Kostenpauschale von 3.647 Euro auf. Die männlichen Abgeordneten des Brandenburger Landtags „beziehen“ ihre Prostituierten heute auf Wunsch per Kurierdienst vom Hackeschen Markt. In einer Wohnung des Kölner CDU-Politikers Werner Marx wurde 2009 ein illegales Schwulen-Bordell ausgehoben. Der Politiker beteuert heute, das alles habe ohne sein Wissen stattgefunden. Aber seitdem SPD-Bundeskanzler Gerd Schröder Prostitution zum ganz normalen Beruf erklärt hat, ist so etwas in Deutschland ja offenkundig völlig „normal“. Und weil Bordelle in Deutschland seither ganz „normale“ Betriebe sind, müssen sie auf Druck der Politik Lehrlinge ausbilden oder Strafabgaben zahlen. Es fördert in Deutschland wohl auch die Karriere, wenn man wie die frühere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SDP) auch schon mal als Bardame in einem Rotlichtbetrieb gearbeitet hat. Auch Oskar Lafontaine (früher SPD, jetzt Die Linke) haben seine dubiosen Rotlicht-Kontakte ja nicht etwa geschadet, sondern wohl eher neue Freunde beschert.

In Österreich geriet erst der Referent des Nationalratspräsidenten unter Druck, nachdem er im Bordell „Pour Platin“ am Wiener Gürtel zusammengeschlagen wurde. In der Schweiz wollte der parteilose Abgeordnete Peter Favre in der Zürcherstrasse 308 in Winterthur ein „edles und diskretes“ Bordell bauen. Jeder könne sein Geld anlegen, wie er wolle, sagte Favre gegenüber dem Schweizer „Landboten“. Und der frühere französische Kulturminister Frédéric Mitterrand gestand freimütig ein, regelmäßig nach Thailand zu reisen, um dort Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen zu haben. Deutsche Bundestagsabgeordnete haben demgegenüber ein Gesetz beschlossen, nach dem solcher Sex-Tourismus für Deutsche nach Thailand unter Strafe steht. Man muss dazu allerdings wissen, dass deutsche Abgeordnete nicht etwa nach Thailand reisen. Sie müssen vom Berliner Reichstag nicht einmal zwei Kilometer fahren, um sich in der Kurfürstenstraße auf dem Kinderstrich minderjährige Mädchen auszusuchen. Die Polizei muss seit Jahren hilflos zuschauen, denn ihr ist es untersagt, dort einzugreifen. Der Bundesrechnungshof kann das alles leicht nachprüfen, sind manche der Abgeordneten doch so dreist, mit einem Taxischein (also auf Kosten der Steuerzahler) zum Berliner Kinderstrich in die Kurfürstenstraße zu fahren. Daran soll sich bis heute nichts geändert haben. Wer als Abgeordneter in der Vergangenheit auf kleine Jungs stand, der fuhr in Berlin in die Fuggerstraße, Ecke Eisenacher Strasse. Auf dem dortigen Kinderspielplatz hatten skrupellose Menschenhändler Kinder spielen lassen, die sich Perverse dann beim langsamen Vorbeifahren aus dem Auto aussuchen konnten. Ebenso wie ein Kinderbordell „im orientalischen Stil“, das auch von Politikern in Berlin frequentiert wurde, ist zumindest der beschriebene Kinderspielplatz heute wirklich nur noch Kinderspielplatz. Die schmutzigen Homo-Kneipen in der Umgebung der Fuggerstraße werden allerdings immer noch auch von jenen Abgeordneten frequentiert, die mit ihrer Arbeit im Bundestag

nicht ausgelastet zu sein scheinen. Und die Medien schauen fleißig weg, obwohl das alles seit Jahren bekannt ist. Sie berichten lieber über die Eskapaden des Herrn Berlusconi.

Unsere Straßburger EU-Politiker protestierten unlängst dagegen, dass der EU-Kommissionspräsident ihnen Übernachtungen in Straßburg nur noch aus Steuermitteln bezahlen will, wenn sichergestellt ist, dass sie in den Hotels schlafen statt sich mit Prostituierten zu vergnügen. Das alles scheint bei den Journalisten, welche die Politiker beobachten sollen, niemanden zu interessieren. Vielmehr wird von Politik und Medien der Eindruck geschürt, als ob es nur der Italiener Silvio Berlusconi besonders schlimm treibe. Betrachtet man den Politiker Berlusconi im europäischen Vergleich, dann verhält er sich nicht anders als viele seiner Kollegen. Bei denen allerdings spricht man nicht darüber.

Dabei gibt es derzeit eine weitaus schlimmere Politik-Sex-Affäre als die Eskapaden des Silvio Berlusconi: Nach Angaben der EU-Disziplinarbehörde haben EU-Bürokraten während ihrer Arbeitszeit ein Bordell betrieben. Sie erschienen monatelang nicht zur Arbeit und kümmerten sich nur um ihre Etablissements. Bis heute haben die betroffenen Eurokraten ihren aus unseren Steuergeldern finanzierten hochdotierten Job behalten. Österreichische Medien berichteten etwa im November 2010 erstmals darüber. Die deutschen Medien haben auch das bis heute noch nicht mitbekommen. Oder sie wollen es gar nicht wissen. Sie widmen sich weiterhin ganz den Ereignissen im fernen Italien. Alles andere könnte ja vielleicht auch der eigenen Karriere hinderlich sein.

Das alles ist nicht neu. Das zeigt ein Blick in die Geschichte. Schauen wir uns also einmal in aller Ruhe an, wie uns die Medien betrügen und belügen. Der Blick in die Geschichte ist hilfreich dabei.

Wie aus Schwindlern Prominente werden

Wer wird schon gern angelogen? Natürlich niemand - doch als Konsumenten der Medien haben wir uns offenbar daran gewöhnt, dass ein Teil der täglich präsentierten Geschichten erstunken und erlogen ist. Nur die wenigsten Fälschungen werden später richtig gestellt. Der Reiz, Zeitungsenten, Fälschungen und Legenden nicht nur zu erfinden, sondern auch zu verbreiten, ist groß, gilt es doch, in einem täglich sich verschärfenden Konkurrenzkampf um Auflagen und Quoten zu bestehen. Und selbst wenn solche Enten später entlarvt werden, müssen ihre Verursacher nicht unbedingt mit dem Schlimmsten rechnen. Nicht selten, das belegt ein Blick in die Geschichte, werden aus begnadeten journalistischen Lügnern sogar historische Berühmtheiten.

Einer von ihnen war Edgar Allan Poe. Die amerikanische Tageszeitung *New York Sun* überschrieb einen aus seiner Feder stammenden Artikel am 13. April 1844 mit den Worten: „Atlantik mit einer Flugmaschine in drei Tagen überquert“. Gemeint war ein Heißluftballon. War Edgar Allan Poe etwa ein Hellseher? Denn erst 1873 kam es zu dem Ereignis, bei dem drei Männer den Atlantik in einem Ballon zu überqueren gedachten. Sie gelangten aber nicht weiter als bis Long Island. Und erst am 10. August 1978 schafften es Abruzzon und Newman, mit dem „Double Eagle II“ von Pennsylvania bis nach Frankreich durch die Lüfte zu schweben.

Wie also konnte Edgar Allan Poe für die *New York Sun* schon 1844 über eine Atlantik-Überquerung im Heißluftballon berichten? Der Ursprung dieser Geschichte liegt wie auch bei vergleichbaren Fällen der Gegenwart im Konkurrenzkampf. Die *Sun* befand sich damals mit dem *Herald* seit Jahren in einem erbitterten Wettstreit um die Gunst der Leser. Es ging um Schnelligkeit. Wer eine Spitzennachricht vor dem Konkurrenten gedruckt hatte, erzielte hinsichtlich der Auflagenhöhe einen Punktsieg. Und es war Edgar Allan Poe, der der *New York Sun* mal wieder ein solches Erfolgserlebnis verschaffen wollte.

Der heute für seine Kriminal- und Kurzgeschichten weltweit bekannte Poe war im Frühjahr 1844 alles andere als ein renommierter Autor. Er war fast pleite, hatte gerade einmal viereinhalb Dollar in der Tasche, eine kranke Frau und Mutter zu versorgen und wohnte in einer heruntergekommenen Behausung in der New Yorker Greenwich Street. Poe brauchte Geld, dringend. Und eine Sensationsmeldung für eine Zeitung versprach seine chronische Finanzknappheit zumindest vorübergehend zu lindern. Deshalb lieferte er eine 5000 Wörter umfassende Geschichte ab, die den Konkurrenten der *New York Sun* zumindest am Erscheinungstag vor Neid erblassen lassen musste. Um den Bericht glaubhafter erscheinen zu lassen, wählte Poe die Namen außer Landes weilender Persönlichkeiten. Natürlich beichtete die *New York Sun* ihren Lesern zwei Tage nach dem Erscheinen des sensationellen Artikels von Poe - am 15. April 1844 -, dass es sich bei ihrem Aufmacher um eine Ente gehandelt hatte. Doch Poe schadete die Lügengeschichte nicht – im Gegenteil: Er ging als einer der begnadetsten Literaten des Landes in die Geschichte ein.

Es war nicht die erste bedeutende Zeitungssente, die Furore machte und weitblickend ihrer Zeit voraus war. Die *New York Sun* hatte schon neun Jahre zuvor einen Reinfall erlebt. Am 25. und 28. August 1835 druckte sie auf der zweiten Seite eine Artikelserie, die angeblich aus dem *Edinburgh Journal of Science* stammte. Das aber gab es zu jener Zeit ebenso wenig wie die daraus entnommene unglaubliche Geschichte. Mit Staunen las man in dem Blatt, ein gewisser Sir John Herschel habe am Kap der Guten Hoffnung einige sensationelle astronomische Entdeckungen gemacht: Durch sein Teleskop habe er auf dem Mond üppige Vegetation und Lebewesen erblickt. „Gewiss, sie ähneln Menschen...“, hieß es in dem Artikel. Die Mondmenschen hätten „kupferfarbenes Haar“ und „filigrane Flügel“. Ihre Gesichter seien „gelblich“, auch seien sie am ganzen Körper „ähnlich einem Orang-Utan behaart“. Mit der ersten Folge dieser Serie verkaufte die *New York Sun* 15 000 Exemplare, mit der zweiten waren es schon 19360, zu damaliger Zeit ein Weltrekord. Es folgte ein Bericht über „aus Saphiren gebaute Tempel auf dem Mond mit einem Dach aus reinem Gold“.

Für die *New York Sun* brachen nun goldene Zeiten an. Von Tag zu Tag wurden mehr Exemplare verkauft. Und deshalb Futterte man die Leser mit weiteren „Mondgeschichten“, bis man am 16. September 1835 eingestehen musste, dass es allesamt Zeitungssenten gewesen waren. Die Leser reagierten amüsiert und belohnten den Verleger mit Abonnements.

Nun war es in damaliger Zeit - vor der Verbreitung des Telegrafen - fast unmöglich, den Wahrheitsgehalt einer weit entfernt spielenden Geschichte schnell zu überprüfen. Das nutzten viele Journalisten, um ihre Blätter zu füllen, Rivalen mit Sensationsstorys zu übertrumpfen und die Leser zu unterhalten. Einer von ihnen war Mark Twain. 1861 war er nach Nevada gezogen, eigentlich auf der Suche nach Silber und Gold. Doch Twain wurde nicht fündig. Deshalb beschloss er - wie schon Jahre zuvor -, wieder Artikel für Zeitungen zu verfassen. Der Herausgeber der *Territorial Enterprise* in Virginia City war so begeistert von Twains Geschichten, dass er ihm bald eine Stelle anbot.

Eine der ersten Zeitungssenten, die Mark Twain gleich nach seiner Anstellung erfand, war jene über einen „versteinerten Mann“, der mehr als hundert Jahre zuvor verstorben sein sollte. Twain hatte eigentlich erwartet, dass kein Leser den amüsant zu lesenden Bericht glauben würde. Doch er irrte sich. Die Fülle der Zuschriften und das Interesse an dem „Versteinerten“ waren überwältigend. 1858 hatte die in San Francisco erscheinende Tageszeitung *Alta* schon eine ähnlich absurde Geschichte veröffentlicht - zwar nur in Form eines Leserbriefes von einem gewissen Dr. Friedrich Lichtenberger, der behauptete, sein preußischer Freund Ernst Flukterspiegel sei bei einer Expedition versteinert -, aber immerhin war Twains Ente nicht völlig neu. Wie langlebig und zäh solche Phantasieprodukte sind, belegt die Ausgabe der Wochenzeitung *Rusk Country Journal*, die in Wisconsin erschien, vom 21. Januar 1926. Dort war es nun nicht mehr ein preußischer, sondern ein französischer Forscher, der 1663 verschollen und dann angeblich versteinert war. Wieder schrieben tausende Leser der Redaktion, um Näheres zu erfahren. Niemand wollte einsehen, dass es sich um eine uralte Zeitungssente handelte, die in dieser oder ähnlicher Form seit fast hundert Jahren durch die Welt geisterte. Zu allem Überfluss

erschien 1982 ein Buch mit dem Titel „*Wisconsin's Famous and Historic Trees*“, in dem die Geschichte vom „versteinerten Mann“ seitenlang abgehandelt wird - ohne Hinweis darauf, dass sie längst als Zeitungssente entlarvt wurde.

Traf man in vergangenen Jahrhunderten nur hin und wieder auf Medienmärchen, so erleben sie im Zeitalter der Massenkommunikation, in dem weltweit Zehntausende Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und Fernsehsender miteinander konkurrieren und nach Neuigkeiten gieren, eine neue Blüte.

Fliegende Kühe, Missbildungen und gestohlene Tassen

Haben Russen etwa kein Herz für Tiere? Diesen Eindruck musste unweigerlich jeder bekommen, der im April 1997 in Zeitungen, Radio, Fernsehen und Internet Berichte über „fliegende Kühe“ fand. Russische Soldaten, so hieß es immer wieder, hatten die Kühe im Fernen Osten per Flugzeug entführt, sie dann aber in der Luft aus dem Flugzeug geworfen, weil die unruhigen Tiere die Maschine ins Trudeln zu bringen drohten. Eine der Kühe sei dabei auf ein japanisches Fischerboot geprallt und habe dieses versenkt.

Es war die deutsche Botschaft in Moskau, die das Auswärtige Amt angeblich in einer Depesche über den unglaublichen Vorfall unterrichtet hatte. Nicht nur die *Hamburger Morgenpost* servierte ihren Lesern die Nachricht brühwarm. Doch weder die Nachrichtenagentur Reuters, auf die sich viele Zeitungen beriefen, noch andere westliche Agenturen in Moskau hatten Kenntnis von dem Vorfall. Konnten sie auch nicht - denn die Entstehung der Geschichte war ebenso mysteriös wie ihr Inhalt.

Ihren Ursprung nahmen die „fliegenden Kühe“ wohl in dem russischen Spielfilm „Eigenheiten der Nationaljagd“. Dort wurden in einer Szene Kühe in Militärflugzeugen transportiert. Dann wartete die Moskauer Tageszeitung *Komsomolskaja Prawda* unter der Rubrik „erfundene Begebenheiten“ mit einer kleinen Geschichte über das Phänomen der „fliegenden Kühe“ auf. Per Internet wurde diese erfundene Begebenheit als „Nachricht“ weiterverbreitet. In der amerikanischen Botschaft in Moskau lachte man über den Scherz und erzählte ihn auch deutschen Diplomaten. Doch diese nahmen ihn augenscheinlich ernster, als er gemeint war. So erreichte die Legende von den „fliegenden Kühen“ über das hauseigene Informationsnetz schließlich auch das Auswärtige Amt. Und die Lecks, die es in bürokratischen Apparaten überall auf der Welt gibt, sorgten für die weitere Verbreitung des unheimlichen Vorfalls. Wladimir Uwatenco, damals Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, bekniete nachfragende Journalisten, die Geschichte als das zu werten, was sie war - als ein Märchen: „Die Geschichte ist reiner Unsinn. Kein Wort davon ist wahr.“ Doch in Deutschland regten sich kaum Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser unglaublichen Geschichte. Sie wurde millionenfach gedruckt. Bei unseren Schweizer Nachbarn im Lande der lila Kühe war es anders. Dort herrschte gesundes Misstrauen. So war die *Neue Zürcher Zeitung* eine von wenigen Zeitungen, die die Stellungnahme des russischen Verteidigungsministeriums druckte. Die meisten Deutschen aber nahmen die Geschichte für bare Münze.

Die Weite Russlands hat schon oft für die seltsamsten Geschichten gesorgt. So ist der Anblick von Missbildungen bei Menschen für die sibirische Wissenschaftlerin Walentina Zyrenowa Alltag. Als Leiterin des gentechnischen Labors von Ulan-Ude hatte sie schon so manches gesehen: Kinder mit mehr als zehn Fingern, Frauen mit einer dritten Brust- all das soll es in Sibirien geben. Im Januar 1999 sah sie jedoch ein Foto, das ihr Interesse weckte: einen Mann mit einem fingerkuppengroßen Horn. Die Boulevardzeitung *Nummer*

Eins schrieb unter dem Foto: „In Ulan-Ude lebt ein gehörnter Mensch.“ Natürlich interessierte sich auch die sibirische Ärztin für den obskuren Mann, wurde aber nicht fündig. Den gab es nämlich gar nicht. Die Redaktion von *Nummer Eins* hatte ihn im Ringen um eine Auflagensteigerung schlicht erfunden. Das Foto war eine Montage, und die ganze Geschichte ist der Redakteurin Inna Sawtschenkowa inzwischen mehr als peinlich. Nicht so offenbar der *Bild*-Zeitung. Die titelte am 17. Januar 1999 mit Riesenbuchstaben: „Gen-Defekt. Russen wachsen Hörner.“ Doch als gehörnt dürften mittlerweile auch die *Bild*-Redakteure gelten. Der *Spiegel* hat sich dankenswerterweise die Mühe gemacht, die Geschichte nachzurecherchieren. Er fand heraus, dass *Bild* gleich mehrfach seinen Lesern Hörner aufsetzte, machte doch das Springer-Blatt die Ärztin Zyrenowa zu einer Mitarbeiterin des örtlichen Gesundheitsamtes, verlegte Ulan-Ude an den Baikalsee - der rund 100 Kilometer von der Stadt entfernt ist - und dozierte: „Größter Umweltverschmutzer“ am Baikalsee sei eine Papierfabrik. Dazu der *Spiegel*: „Doch die liegt bei Irkutsk, rund 250 Kilometer von Ulan-Ude entfernt. Und das bezieht sein Trinkwasser aus örtlichen Brunnen und nicht aus dem Baikalsee. Aber Russland ist eben weit.“ Zu allem Überfluss liegt die Zahl der Missbildungen in der Region innerhalb des statistischen Durchschnitts vergleichbarer anderer Regionen der Welt. Sie haben nichts mit Umweltverschmutzung am Baikalsee zu tun. Deshalb schreibt der *Spiegel* zu der *Bild*-Geschichte: „Gehörnt fühlen dürfen sich in jedem Fall gutgläubige Boulevardleser - auch westlich von Sibirien.“

Frontal aufgelaufen

Selbst an Gedenktagen wie dem Tag des Mauerfalls verstehen manche Zuschauer die Welt nicht mehr. So erging es jedenfalls vielen nach einem Bericht des ZDF-Magazins „Frontal“ vom 9. November 1999. Der Radiosender Antenne Brandenburg kommentierte, dass sich in dem „Frontal“-Beitrag „nicht nur der Fernsehzuschauer in Frankfurt an der Oder an finstere DDR-Berichterstattung erinnert fühlt“. Das ZDF erhielt Protestbriefe aus dem Osten Brandenburgs. Manch einer der Zuschauer hatte seinen Ohren nicht getraut. Das Ergebnis, zu dem ein Reporterteam von „Frontal“ nach tagelanger Recherche in der Oderstadt kam - oder es vielleicht auch schon aus Mainz mitgebracht hatte -, ließ sich so zusammenfassen: In Frankfurt an der Oder lebt die finstere alte DDR fort, ein Umstand, den es zu beweisen galt, „koste es, was es wolle“, so Antenne Brandenburg in einem späteren Kommentar.

„Auferstanden aus Ruinen...“, trällerte in dem Beitrag von „Frontal“ ein Chor. Und der „Frontal“-Reporter kommentierte: „Frankfurt/Oder, eine Stadt ganz tief im Osten. Heute noch stimmt hier der Chor der Volkssolidarität begeistert die DDR-Hymne an.“ Doch das ZDF verschwieg, dass die Chorleiterin Anneliese Wolf vom Fernsehteam massiv bedrängt worden war, irgendein Arbeiterkampflied zu intonieren. Es hätte ja so gut gepasst, stattdessen musste aber die Chorleiterin passen. Frau Wolf zu Antenne Brandenburg über den ZDF-Reporter: „Und dann sagt er, das kann doch wohl nicht wahr sein. Aber wenigstens die Nationalhymne können Sie doch? - Ich sag, tut mir leid, kann ich auch nicht. Und da hat er also laufend uns alle wieder bekniert, bis wir dann bereit waren, mal zu probieren, ob wir den Text überhaupt noch zusammenkriegen.“

Das Ergebnis bot den Fernsehzuschauern ein erschütterndes Bild von angeblichen DDR-Nostalgikern. „Ganz zufällig“ gab es dann auch noch eine Nachfrage des westdeutschen Reporterteams auf dem Arbeitsamt. Antenne Brandenburg kommentierte dazu: „... offenbar beseelt von dem Gedanken, dass hoffentlich nicht zusammenwächst, was auch nicht zusammengehört“.

Wie hieß es dann doch gleich in dem „Frontal“-Beitrag? „Die DDR als Kuschelwiese, die DDR-Gesellschaft ein perfekter Versorgungsbetrieb. Viele Bürger in Frankfurt/Oder wünschen sich das zurück.“ Und „Frontal“ fand denn auch einen „Ossi“, der in die Kamera sagte: „... auf jeden Fall die DDR wieder zurückhaben wollen. Wir haben damals nicht schlecht gelebt, und die Westdeutschen verdienen alle mehr als wir.“ Westdeutsche, die sich über Frankfurt/Oder positiv äußern, passen nicht in den Beitrag. Ebenso nicht die international renommierte Europa-Universität in Frankfurt/Oder. Eine Chance hatte in dem Beitrag offenbar nur, wer die Mauer wiederhaben wollte oder wenigstens ein Arbeiterkampflied anstimmen konnte. Antenne-Brandenburg-Reporter Rainer Marschel fiel in dem „Frontal“-Beitrag auf: „Und damit die Bilder vom allgemeinen Niedergang des Ostens passen, werden vom aufs feinste sanierten Stadtteil Alt-Beresinchen nur die beiden einzigen noch nicht wiederhergerichteten Häuser gezeigt.“ Dann auch noch Bilder von dem Kabarett „Die Oderhähne“, ein Volkspolizist in Uniform. Drinnen lief als Programm „Made in GDR“, eine schonungslose Abrechnung mit 40 Jahren sozialistischer

Verklärung. Doch das musste der „Frontal“-Zuschauer ja nicht erfahren. Kabarettchef Hermann Bunsen kommentierte denn auch am 11. November den „Frontal“-Beitrag sarkastisch: „Die Genossen der Aktuellen Kamera West haben mit ihrem Beitrag bewiesen, dass sie die eigentlich besseren Schnitzler sind.“ Eine böse Anspielung auf den Propaganda-Apparat der DDR.

Nun hatte „Frontal“ auch noch berichtet, zugezogene Westdeutsche wie etwa Ulrike und Werner Pieper hätten sich von den Osis weg in die Idylle des Ortsteils Rosengarten zurückgezogen, „wie in eine Wagenburg“. Doch in Wahrheit machten zum Sendezeitpunkt die Westdeutschen in dem Stadtviertel nicht einmal ein Prozent aus, keine Rede also von einer Hoch- oder Wagenburg.

„Frontal“-Chef Kienzle sah sich anschließend genötigt, die Wogen zu glätten: „Das war ein Zehn-Minuten-Beitrag, der natürlich in seiner Tendenz zugespitzt hat. Das ist normaler Magazin-Journalismus.“ Doch für die Ostdeutschen hätte es ihm zufolge sogar noch schlimmer kommen können: „Was wir nicht gesendet haben, waren nämlich O-Töne, die wirklich unerträglich waren und die das Bild von Frankfurt an der Oder entstellten hätten. Also, wir haben durchaus Rücksicht genommen...“ Wie fragte *Zeit*-Autor Burkhard Straßmann doch gleich in seinem Artikel „Gut gefälscht ist halb gewonnen“? „Sehen wir nicht längst »Die Reporter« von ProSieben und die Räuberpistolen von »Frontal« als Märchenstunde?“

Dass selbst jene, die dem Zuschauer aussagekräftige Wahrheiten - sprich Einschaltquoten - liefern sollen, manchmal hanebüchenen Unsinn erfahren, belegt ein anderes Vorkommnis: Im November 1994 wunderten sich die Manager der Fernsehsender wochenlang über ungewöhnliche Flops oder Einschaltquoten. RTL und RTL2 verbuchten über Nacht angeblich rasante Zuwächse in der Zuschauergunst, während Pro 7 steil abstürzte und gar Stornierungen der Werbewirtschaft hinnehmen musste. Grund der ungewöhnlichen Verschiebungen: Die mit der Ermittlung der Einschaltquoten beauftragte Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hatte Testhaushalte mit falsch programmierten Messgeräten ausgestattet. Für einige Sendungen wurden bis zu zwei Millionen Zuschauer weniger, als sie tatsächlich hatten, registriert. Selbst Einschaltquoten muss man seit jenen Tagen mit Vorsicht genießen.

Blut aus der Ketchup-Flasche

Es war eine unrühmliche Karriere, die im Dezember 1996 mit einem Schuldspruch endete: Filmemacher Michael Born wurde wegen zahlreicher Lügengeschichten zu vier Jahren Haft verurteilt. Angetrieben von Ehrgeiz und Eigennutz, hatte er zahlreichen Fernsehsendern verkauft, was Quote versprach - Sensationen. Doch seine Geschichten waren frei erfunden, angeblich authentische Szenen nachgestellt.

Jäger knallen Katzen ab - das rührte Millionen Tierschützer. Schlepper bringen Asylbewerber illegal über die Grenze - Aufschreie über die Parteigrenzen waren garantiert. PKK-Terroristen basteln Bomben für Anschläge auf Touristen - ein Volk von Urlaubern war verschreckt. Der Ku-Klux-Klan verbrennt im Widerschein von Fackeln Bücher in einer Eifelhöhle - das erregt die Nation. Spiegel-TV, SternTV, der WDR, das Fernsehmagazin der *Süddeutschen Zeitung*, Vox und das Schweizer Fernsehen DRS - sie alle kauften begierig, was Quote versprach.

Als Born ein angebliches Ku-Klux-Klan-Treffen in der Eifel filmte, hatte seine Mutter die Kutten genäht. Unter dem Schutz einer solchen Kutte stieß dann ein Freund Beschimpfungen gegen Frankfurter Juden aus. Das machte niemanden stutzig. Die Dummen waren nicht nur hier jene Gläubigen, die den heimtückischen Slogan der Politiker: „Mehr Programmauswahl - mehr Meinungsfreiheit“ ernst genommen hatten. Born war lediglich ein winziges Rädchen in einem Mediengetriebe, das seinen inhaltlichen Aufwand stetig verringert, damit das Publikum immer schneller die Ware Nachricht konsumieren kann. Seine Verurteilung war eigentlich auch eine Verurteilung seiner Abnehmer. Und sein Fall zeigt, dass der gigantische technische Apparat der Fernsehsender längst schon in keinem sinnvollen Verhältnis mehr zur Qualität der Mitteilungen steht.

Born war mit seinen Fälschungen nur die Spitze des Eisbergs. Der Richter wies jedenfalls in seiner Urteilsbegründung darauf hin, dass der ständig wachsende Quotendruck eine Gefahr für die klare Trennung zwischen Fakt und Fiktion darstelle. Und im Wettlauf zwischen Fakten und Sensationen drohen im Fernsehen immer öfter die Sensationen zu gewinnen. Dass Magazinsendungen wie SternTV in die „Born-Affäre“ stärker verwickelt waren als bislang bekannt, deutete eine französische TV-Dokumentation mit dem Titel „Fernseh-Lügen“ an, die am 19. März 2000 bei Arte gesendet wurde. Darin hieß es etwa über den von Born gedrehten Beitrag „Katzenjäger“, den SternTV 1994 ausstrahlte: Als die Katze schon eine Woche tot gewesen sei, habe SternTV noch eine Einstellung gefordert, die zeigte, wie ein Jäger den Kadaver in den Rucksack packte. Das Tier habe daraufhin wieder ausgegraben werden müssen. Born sagte in dem Arte-Film: „Die Zuschauer wollen so etwas sehen. Fernsehen ist Unterhaltung. Die Leute wollen keine Informationen.“ Es seien Politmagazine im „Hollywood-Stil“.

Doch aus dem Fall Born hat in Deutschland offenbar niemand etwas gelernt. Zumindest die kleineren Betrügereien am Zuschauer gibt es weiterhin. Die Berliner Zeitung Tagesspiegel hat – willkürlich herausgegriffen - in der Zeit des Born-Prozesses eine solche

Schummelei gegenüber dem Zuschauer bei „RTL aktuell“ dokumentiert:

„Christof Lang sitzt im Kölner Studio und bereitet »RTL aktuell« vor, die Nachrichtensendung um 18 Uhr 45. Bislang war dieser 23. November ein ereignisarmer Tag. Dann meldeten die Agenturen den Absturz einer entführten äthiopischen Verkehrsmaschine. Um 18 Uhr, eine Dreiviertelstunde vor Sendebeginn. Noch sind keine Bilder von der Absturzstelle vor den Komoren verfügbar, nur Material von wartenden Angehörigen in Nairobi. Die Zeit drängt. Der verantwortliche Redakteur entscheidet sich mangels Bildern für eine Grafik... An das Ende des Beitrags hängt er eine siebensekundige

Bilder-Sequenz an. Das jedoch waren Archivaufnahmen von irgendeinem Meer, auf jeden Fall kein aktuelles Material von den Komoren, zudem überflüssig, weil die falschen Bilder keinen Informationswert besitzen... So spiegelte der Schluss des Beitrags den Zuschauern eine Authentizität vor, die er gar nicht hatte.“

Als Fernseh-Fälscher Born vor Gericht stand, empörten sich viele angeblich nicht betroffene Kollegen in den Magazin-Sendungen über seine Machenschaften. Doch eine große Anzahl der Kommentatoren war selbst in solche Machenschaften verwickelt. In Sondersendungen schoben sich die Fernsehmacher des investigativen Journalismus gegenseitig die Schuld zu und zeigten jene Fälschungen, die die Konkurrenz von Born gekauft und gesendet hatte. In den Kommentaren warfen sie den Konkurrenten dann „mangelnde Sorgfalt“ bei der Recherche vor. Das Thema wurde um der Quote willen ausgeschlachtet. Nur sich selbst vergaß man dabei. Born hätte auch heute keine Schwierigkeit, Komparsen für gefälschte Filme zu finden. Bei Arte führte er jedenfalls vor, dass der Gang in eine willkürlich ausgewählte Kneipe und ein dort angebotener Stundenlohn von 25 Euro genügten, um sogleich einige „Schauspieler“ zu finden, die bereit wären, etwa einen Drogenkurier für einen Magazin-Beitrag zu spielen.

Der *Tagesspiegel* berichtete, wie weit manche Sender gingen, auch wenn ihr Zulieferer nicht Born hieß: Ursprung der Begehrlichkeit eines Senders war die Agenturmeldung, dass der Bundesgrenzschutz Nachtsichtgeräte brauchte, um damit die erwarteten illegalen Grenzgänger im Osten besser ausfindig machen zu können. Einer der Magazin-Sender wollte einen Beitrag dazu drehen lassen und schickte einen Mann vor, um das Terrain zu sondieren. Doch vor Ort entpuppten sich die vermeintlichen neuen Infrarotgeräte des Grenzschutzes als Bestände aus dem Zweiten Weltkrieg. Von Hightech war keine Spur. Die Grenzschützer verließen sich lieber auf ihren Instinkt. Nun war aber schon Geld für die Recherche angefallen: Reise, Hotel und Personal. Eine Nachfrage beim Fernsehen ergab, dass trotz der Widrigkeiten gedreht werden sollte. Und so machte man aus Weltkriegs-Relikten Hightech-Geräte. Auf Wunsch des Senders hielten die Grenzer sie auch mal in der Hand. Weil man nicht hindurchfilmen konnte, wurden die entsprechenden Szenen nachgestellt: „Aufnahmen in der Dämmerung, schön grob gekörnt, und dann im Studio ein paar bunte Filter davor - fertig: ein wunderbar grün gekrüseltes Bild“, so der *Tagesspiegel*.

Nun mussten nur noch illegale Grenzgänger gefilmt werden. Doch es ließ sich niemand blicken. Und so wurde aus einem Mitarbeiter des Fernseheteams „ein Bulgare“. Der *Tagesspiegel* berichtete weiter: „Kurze Zeit später erwischte der Grenzschutz an einer anderen Stelle ein paar echte Bulgaren - gerade rechtzeitig, um auf dem Heimweg noch

ein paar Aufnahmen zu machen. Einer der ertappten Bulgaren wurde später zu dem Schemen erklärt, der im Nachtsichtgrün über die Lichtung rannte - zumindest im Fernsehen. Kaum gefilmt, schon erwischt. So geht's. Gewundert hat sich fast niemand... Richtig falsch war der Film übrigens nicht. Nur ein wenig aufgepeppt, etwas gewagt getextet und um ein paar Bilder ergänzt, wie es üblich war und wie es auch Born tat.“

In der Folgezeit wurde es offenbar zu einem Sport, Magazin-Sendern Fälschungen vorzuwerfen. Dabei gab es auch Vorwürfe, die gar nicht stimmten. In Verruf kam etwa der bekannte „Frontal“-Redakteur Friedrich Kurz. Am 18. März 1997 war in mehreren deutschen Zeitungen zu lesen, Kurz habe 1993 einen Bericht über eine bosnische Eliteeinheit inszeniert. 1989, so die Vorwürfe, habe er eine Festnahme von vier Flüchtlingen an der ungarisch-österreichischen Grenze arrangiert, um einen reißerischen Film zu drehen. Zudem sei die Geschichte über ein „kleines Wunder“ in Bihac eine Fälschung: Im Frühjahr 1995 ließ ein Mädchen in Hannover einen Ballon mit einer Friedensbotschaft steigen, der im 1000 Kilometer entfernten Bihac landete. Nach Recherchen von „Frontal“ fanden ihn zwei deutsch sprechende bosnische Mädchen. Ein Reporter der *Berliner Zeitung*, der früher für SternTV gearbeitet hatte, verbreitete die Behauptung, Kurz habe alle genannten Berichte gefälscht. Hinter diesen Vorwürfen vermutete Kurz damals eine „Rachegeschichte“, wie er der *Süddeutschen Zeitung* sagte. Die Vorwürfe gegen Kurz waren jedenfalls mehr als schlimm - und lagen unterhalb der Gürtellinie. So hieß es in der *Berliner Zeitung* über Kurz etwa: „Kurz hat in der Branche einen miserablen Ruf. 1987 muss er die Redaktion von *Bild*-München verlassen. »Seine Arbeit hat nicht meinen Vorstellungen von Wahrheit und Objektivität entsprochen«, sagt Chefredakteur Wilhelm Hellmuth. »Er hat die Geschichten so hingedreht, bis sie stimmten«, ergänzt sein damaliger Stellvertreter Wolfgang Bläß. Auch beim Bayerischen Rundfunk (BR), wo Kurz danach als freier Mitarbeiter unterkommt, gilt er als unseriös. Detlev Kleinert, heute Berliner Büroleiter des Bayerischen Fernsehens, attestiert ihm »einen Journalismus, den man mit Worten nicht beschreiben kann«. Eberhard Büssum, jetzt Redakteur beim österreichischen ORF, fällt Kurz' »seltsames Verhältnis zur journalistischen Wahrheit auf.«

Die *Berliner Zeitung* und ZDF-„Frontal“ schlossen vor Gericht einen Vergleich. In ihm verpflichtete sich die *Berliner Zeitung*, nachfolgende Erklärung abzudrucken: „Die *Berliner Zeitung* hatte in der Ausgabe vom 18.03.1997 berichtet, der TV-Journalist Friedrich Kurz habe bei Reportagen für das ZDF-Magazin »Frontal« manipuliert, und darauf unter der Überschrift »Achtung Fälschung« auf der Titelseite hingewiesen. »Frontal« hatte im Gegenzug behauptet, die *Berliner Zeitung* habe diesbezüglich nicht richtig recherchiert. Jetzt haben die *Berliner Zeitung* und »Frontal« ihre gegenseitigen Rechtsstreitigkeiten für beendet erklärt. Wir bedauern, wenn durch den Fälschungsvorwurf dem journalistischen Ansehen von Friedrich Kurz Schaden zugefügt wurde.“ Die *Berliner Zeitung* darf seither nicht mehr behaupten, Friedrich Kurz habe „nachweislich in mindestens zwei Fällen Bilder und Informationen für Sendungen des ZDF-Magazins »Frontal« manipuliert“.

Achtung, lebende Tiere

Als der Fall Born publik wurde, reagierten die öffentlich-rechtlichen deutschen TV-Anstalten mit unverhohlener Schadenfreude. Doch sie sollten sich zu früh gefreut haben, wurde doch auch in ihren Reihen 1997 ein Fälscher entlarvt. Am 19. Februar jenes Jahres sendete das ZDF in der Reihe „Achtung, lebende Tiere“ einen Beitrag über rechtswidrige Praktiken bei der Jagd auf Eisbären in Kanada - Autor: Peter Radtke. Gezeigt wurde ein angeblich amerikanischer Jagdtourist, der im kanadischen Nordwesten einen Eisbären mit seinem Motorschlitten hetzte und schließlich erlegte. Filmautor Peter Radtke hatte jedoch offenkundig nicht mit aufmerksamen Zuschauern vom Schlage eines Rüdiger Klotz gerechnet, seines Zeichens Chef vom Dienst bei der deutschen Jagdzeitschrift *Wild und Hund*. Diesem war aufgefallen, dass der vermeintliche US-Nimrod weder gekleidet war, wie Jagdtouristen es in der arktischen Wildnis zu sein pflegen, sondern eher ärmlich aussah und ein Gewehr ohne Zielfernrohr hatte, mit dem sich ein amerikanischer Jäger wohl kaum an einen Eisbären heranwagen würde. Klotz schickte daher eine Videokopie des Mitschnitts an die kanadische Wildschutzbehörde. Die fand schnell heraus, dass es sich bei dem „amerikanischen Jäger“ in Wahrheit um einen Inuit (Eskimo) gehandelt hatte, der als Eingeborener legal die Jagd betrieb. Nun hatte Radtke in seinem Film behauptet, alles, was gesendet worden sei, sei illegal gewesen. Doch die kanadischen Behörden widersprachen: Der Inuit war im Besitz einer gültigen Jagdlizenz (Nr. 7040049147), und die sieben bis acht Jahre alte Bärin führte keine Jungen. Für das ZDF war es mehr als peinlich, als *Wild und Hund* seine Rechercheergebnisse veröffentlichte. Radtke gestand schließlich die Fälschung.

Doch bei der Eisbäregeschichte handelte es sich keineswegs um eine einmalige Entgleisung. Auch „Frontal“ hatte einen Beitrag von Radtke gesendet - einen Tag vor der Ausstrahlung der Jagdszenen. In der „Frontal“-Geschichte ging es um Antilopen-Jagd mit Pfeil und Bogen in Südafrika. „Der große Kick: Tierquälerei mit Pfeil und Bogen“, hieß es da. Dieser Beitrag entpuppte sich bei näherer Betrachtung ebenfalls als Fälschung, da das erlegte Tier keine Rappenantilope -wie behauptet -, sondern ein Blessbock war. Und auch jene Szene, welche die Bogenjagd als tierquälerisch anprangern sollte, war gestellt. Der Jäger war entgegen der Behauptung auch kein Veranstalter von Jagdreisen mit dem Bogen nach Südafrika. Radtke hatte dem deutschen Bogenjäger vielmehr den Trip nach Südafrika finanziert. Und dort ist die Jagdmethode nicht verboten.

Radtke war schon früher einschlägig aufgefallen, so etwa mit der „Saustecher-Geschichte“, die SternTV 1993 gesendet hatte. Eckhard Fuhr schrieb in der *FAZ* dazu: „In diesem Film erstach ein Tierarzt und Jäger mit der Saufeder, einem Jagdspieß, eine Wildsau, die allerdings schon von einer Kugel tödlich getroffen und fast verendet war. Zuvor hatte, so bestätigten Mitglieder des Kamerateams, Radtke versucht, dramatische Szenen dadurch zustande zu bringen, dass er den Tierarzt mit der Saufeder auf ein tiefgefrorenes Wildschwein einstecken ließ... Der Tierarzt hatte nie im Leben vorher eine Sau mit der Saufeder abgestochen.“

„Frontal“ ließ nach den peinlichen Enthüllungen seine Zuschauer in einer Pressemitteilung wissen, Filmemacher Radtke habe die Redaktion „hintergangen“. Und das ZDF trennte sich „mit sofortiger Wirkung“ von dem Mann, der mit der Sensationsgier des Fernsehens spekulierete. Der Autor habe, so hieß es, seit 1996 für das ZDF gearbeitet und „bislang zu keinem Zweifel an seiner journalistischen Kompetenz und Aufrichtigkeit Anlass gegeben“.

Oscar Wilde soll einmal gesagt haben: „Die Wahrheit ist niemals rein und selten einfach.“ Die wundersame Vermehrung der Fernsehsender hat bislang jedenfalls wenig Erhellendes zur Wahrheitsfindung beigetragen. Was uns auf diesem Gebiet noch blühen könnte, machen uns die Vereinigten Staaten vor. Dort sprießen die Sender wie Pilze aus dem Boden. Alle jagen der Quote hinterher. Seit der spektakulären Festnahme des O. J. Simson vor laufender Kamera gilt dort „Reality TV“ als das Nonplusultra im sogenannten Infotainment. Diese Art von Sensationsberichterstattung droht als sicherer Quotenhit auch den europäischen Fernsehmarkt zu überschwemmen. Und zweifellos sind es diese Auswüchse des Medienmarkts, die bei Fälschern wie Born und Radtke auch die letzten Hemmungen fallen lassen. Born rechtfertigte sich vor Gericht mit der Aussage, Fernsehen sei eben Showbusiness - nicht mehr und nicht weniger. Fälscher bedienen eine Nachfrage. Aber während wir Zuschauer die Medien für ihren Voyeurismus geißeln, können wir zugleich nicht genug davon bekommen. Das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ist jedoch keine Einbahnstraße.

CNN live?

Wer traut nicht den Berichten des amerikanischen Nachrichtenkonzerns CNN? Den Autor dieser Zeilen hätte solch blindes Vertrauen in die Berichterstattung von CNN am 17. Juni 1997 ebenso wie den *FAZ*-Fotografen Marcus Kaufhold, den belgischen Sabena-Piloten Pierre und seinen früheren Fluglehrer Andre Decort leicht das Leben kosten können.

Zu jener Zeit hatte der kongolesische Diktator Laurent-Désiré Kabila längst seinen Vorgänger Mobutu in Kinshasa gestürzt und sonnte sich im obersten Stockwerk des dortigen Intercontinental-Hotels in der Beachtung, die ihm nun international zuteil wurde. Während Kabila westlichen Politikern das Übliche versprach, was er als neuer afrikanischer Potentat zu tun gedenke, nämlich die Einführung von „Demokratie, Menschenrechten und Reformen“, tobte auf der anderen Seite des Kongo-Flusses in Brazzaville ein mörderischer Bruderkrieg. Mit Granaten und Mörsern schossen verfeindete Fraktionen aufeinander. Französische Fremdenlegionäre sorgten dafür, dass alle Ausländer Brazzaville verlassen konnten. Über den zwischen Kinshasa und Brazzaville vielleicht zwei Kilometer breiten Strom hörte und sah man die Granaten auch von Kinshasa aus am anderen Flussufer auf den Straßen einschlagen.

Es war schwer, von Kinshasa aus nach Brazzaville zu kommen, wurden doch auch die einzigen Transportmittel, Pirogen genannte kleine Holzboote, kaum dass sie die Flussmitte erreicht hatten, aus Brazzaville beschossen. Tag für Tag berichtete CNN-Afrikakorrespondentin Catherine Bond in jenen Tagen wagemutig und „live“ aus der Hölle Brazzaville. Die Bilder sich brutal bekämpfender Jugendlicher gingen nicht nur um die Welt, sie flimmerten auch über die Fernsehschirme auf dem gegenüberliegenden Ufer des Kongo in Kinshasa, wo *FAZ*-Fotograf Marcus Kaufhold und der Autor sie sahen. Stunde um Stunde sendete CNN die Bilder aus Brazzaville als Aufmacher der Nachrichtensendungen. Hin und wieder kommentierte auch Catherine Bond persönlich vor laufender Kamera ihre Reportagen.

Catherine Bond hatte den Berichten zufolge ihr Hauptquartier in einem Gebäude des Flughafens von Brazzaville eingerichtet, dort, wo auch die französischen Fremdenlegionäre für das Wohlergehen der westlichen Ausländer Sorge trugen. Wenn man also mit der Piroge nicht über den Fluss nach Brazzaville kam, wieso dann nicht ein Flugzeug mieten und in wenigen Minuten von Kinshasa nach Brazzaville fliegen? Immerhin war ja auch CNN dort am Flughafen und sendete noch „live aus Brazzaville“.

Lars Brizelli, 1963 als UN-Soldat nach Kongo-Kinshasa gekommen, vermietete für 500 Dollar die Stunde neben einer 1941 gebauten DC-3 auch eine sechssitzige Cessna, die schon bessere Zeiten gesehen hatte. Der Propeller drehte sich auf dem internationalen Flughafen von Kinshasa an jenem 17. Juni 1997 jedenfalls ächzend erst dann, nachdem das Verbindungskabel zur Batterie eines in der Nähe abgestellten Lastwagens den nötigen Strom geliefert hatte. Zehn Minuten dauerte der Flug nach Brazzaville - lang genug, um zu erfahren, dass unser belgischer Pilot Pierre im Hauptberuf für die Luftfahrtgesellschaft Sabena arbeitete und am Sonntag wieder mit einer Boeing 747 von Kinshasa nach Brüssel fliegen würde. Pierre hatte zehn Jahre in Kinshasa gelebt und dort früher bei dem Belgier

André Decort seinen ersten Pilotenschein gemacht. André, 1997 Teilhaber von Lars Brizelli, saß auf dem Kopilotensitz der Cessna. „Es sind 350 Tonnen weniger als bei meiner Boeing“, beruhigte uns Pierre beim Abheben, „aber sonst ist es kaum ein Unterschied.“ Kaum hatten wir die kongolesisch-kongolesische Grenze erreicht, da schauten sich die beiden Piloten an und murmelten: „Jetzt wird es spannend.“ Wir waren in Reichweite Dutzender Katjuscha-Raketenwerfer, schwerer Artillerie, Mörser, Maschinengewehre und wussten nicht, ob die verschiedenen Milizen in Brazzaville nicht möglicherweise auch über Boden-Luft-Raketen verfügten. In der Gewissheit, dass wenigstens CNN, deren neuesten Bericht aus Brazzaville wir nur kurze Zeit vor dem Abflug in Kinshasa gesehen hatten, unseren Abschuss aus ihrem Quartier am Flughafen filmen und unsere Familien unterrichten würde, näherten wir uns dem Ziel. Weit und breit gab es keine andere Flugbewegung. Am Boden wurde sporadisch über die Landebahn hinweg geschossen. Aber auf das waren wir ja schon dank CNN im Hotel Interconti in Kinshasa vorbereitet.

Pierre und André hatten den Tower des Maya-Maya-Flughafens von Brazzaville nicht über unsere bevorstehende Ankunft unterrichtet, da die Milizen die Funkkanäle abhörten. Wir tauchten mit unserer Cessna deshalb offenkundig so unvermittelt zwischen ihren Stellungen auf, dass sie das Feuer einstellten und zunächst von ihren jeweiligen Kommandeuren wissen wollten, ob wir Freund oder Feind seien. Doch bis darüber entschieden war, landeten wir sicher und rollten in die Obhut der französischen Fremdenlegionäre, die uns mit blankem Entsetzen anstarrten: „Macht, was ihr wollt, aber wir können euch hier nicht schützen. Wir müssen selbst zusehen, wie wir unseren Arsch wieder heil hier rauskriegeln!“ brüllte einer von ihnen.

Es war der späte Vormittag des 17. Juni 1997, und noch immer flimmerten die Berichte von Catherine Bond über den Bildschirm. Irgendwo hier musste sie doch stecken. Das einzige, was man auf den ersten Blick in der feuchtheißen Luft ausmachen konnte, waren Hunderte von Plastik-Wasserflaschen. Die Fremdenlegionäre hatten sie an jene letzte Gruppe ausländischer Zivilisten verteilt, die nun mit einer Militärmaschine ausgeflogen werden sollten. Wohin man auch blickte - überall nur Plastikflaschen, angespannt blickende Fremdenlegionäre und ein Häuflein Ausländer, die sich immer im Windschatten ihrer Beschützer herumdrückten.

Dort drüben, im Flughafengebäude, da musste das Team von CNN Quartier bezogen haben. Doch das einzige, was sich dort fand, war ein stinkender Müllhaufen. Leere Cola-Dosen, Marlboro-Schachteln - allzu weit konnten unsere Kollegen nicht sein. Es war wichtig, sie zu finden, bevor man sich auf den gefahrvollen Weg vom Flughafen in die Stadt begab, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Nur die Kollegen von CNN, angeblich seit Tagen hier am Flughafen ausharrend, würden wissen, welche Orte zu meiden sein würden.

Raum für Raum stöberten wir das Flughafengebäude durch, sofern uns die Fremdenlegionäre nicht daran hinderten. Merkwürdig, wann auch immer wir sie nach dem Team von CNN fragten, behaupteten die Soldaten, dieses sei schon einen Tag zuvor abgereist. Vor einem Tag? Das konnte doch unmöglich sein. Hatten wir nicht am Morgen noch einen aktuellen Bericht aus Brazzaville gesehen?

Die Suche verlief ergebnislos. CNN-Afrikakorrespondentin Catherine Bond war am

späten Vormittag des 17. Juni 1997 überall, nur nicht auf dem Flughafen von Brazzaville. Fassungslos berichteten wir unseren beiden Piloten von unserem Misserfolg. Diese sahen es wesentlich gelassener: „Ist halt Fernsehen. Man darf nicht alles glauben, was die zeigen“, meinte Pierre lakonisch. Als wir am Abend von einem mehr als gefährlichen Ausflug ins Hotel Interconti in Kinshasa zurückkamen, schalteten wir sofort den Fernseher ein. Und jetzt dürfen Sie raten, wer dort immer noch unter augenscheinlicher Lebensgefahr aufopferungsvoll für den amerikanischen Nachrichtensender aus Brazzaville berichtete...

Nein, es war nicht die Zeitverschiebung, die uns einen Streich spielte - bei unserer Rückkehr nach Kinshasa war das CNN-Team seit mindestens 24 Stunden nicht mehr in Brazzaville. Es war unsere eigene Gutgläubigkeit Bildern gegenüber - eine Vertrauensseligkeit, die wir seither eingebüßt haben. Wir hatten Aufnahmen gesehen, die zwar unbestreitbar Schießereien am Flughafen von Brazzaville zeigten, aber nicht von dem Tag stammten, an dem sie ausgestrahlt wurden. Das einzige, was uns von CNN an jenem Tag in der Realität zu Augen gekommen war, war zurückgelassener Wohlstandsmüll im Zimmer eines Flughafengebäudes. Hätten wir nicht eine solide Original-Quittung für die gecharterte Cessna (Air Kasai - Bon de Recetto No. 102768 vom 17. Juni 1997) und einige Rollen voller Fotografien von jenem Tag, wir würden CNN wohl heute noch blind vertrauen...

Berühmt wurde CNN einst mit Golfkriegs-Berichterstatter Peter Arnett. Dessen angeblich so reine Weste weist bei näherem Hinsehen allerdings einige Flecken auf. Für die Nachrichtenagentur Associated Press berichtete Arnett am 1. Februar 1968 als erster, Vietcong-Soldaten hätten zu Beginn der Tet-Offensive die amerikanische Botschaft in Saigon besetzt. In Wahrheit waren die Vietcong zu jenem Zeitpunkt nicht in das Gebäude, sondern nur in den Garten eingedrungen. Es war eine voreilige Falschmeldung, nicht etwa der von Arnett immer so herbeigesehnte „scoop“ (Knüller), sondern ein schlichter „flash“ (Strohfeuer). Der legendäre amerikanische Kolumnist Joseph Alsop ist einer der ärgsten Kritiker von Arnett. Alsop bezichtigte Arnett der Erfindung von Zitaten. Und *Focus* urteilte nach dem Erscheinen seines Buches „*Unter Einsatz des Lebens*“: „Arnett hat viel gesehen und wenig begriffen.“

Amerikanische Medien in Afrika

Bemerkenswert einseitig berichten amerikanische Zeitungen, Radio- und Fernsehsender aus Afrika. Das zeigte sich etwa beim schon erwähnten Vormarsch der Truppen des kongolesischen Rebellenführers Kabila, der im Frühjahr 1997 in Richtung Kinshasa marschierte und dort den Diktator Mobutu stürzte. Erstaunlich war vor allem die Blindheit jener amerikanischen Reporter, die Kabila bei seinem Sturm auf Kinshasa immer mal wieder begleiten durften. Sie lobpriesen zwar das schnelle Vorrücken der Truppen Kabilas, legten sich jedoch vornehme Zurückhaltung auf, wenn es darum ging, den Grund dafür zu nennen: Kabila wurde von Washington stets mit den aktuellen Satellitenbildern jener Gebiete versorgt, in denen Mobutu-treue Truppen standen. Das kann den amerikanischen Reportern (unter ihnen stets auch die von CNN) nicht entgangen sein, wurden Kabilas Truppen doch auf Schritt und Tritt von amerikanischen Soldaten begleitet. Es war ein Stellvertreterkrieg, mit dem Washington das bislang frankophone, rohstoffreiche riesige Land, von dem es schon das Uran für die ersten beiden Atombomben bezogen hatte, unter seine Kontrolle bringen wollte. Mit der Wiederherstellung der Menschenrechte - wie amerikanische Medien und allen voran CNN suggerierten - hatte die von Washington so nachhaltig geförderte Machtübernahme Kabilas nicht zu tun. Schon damals war klar, dass dieser keinen Deut besser war als sein Vorgänger Mobutu, dem die Amerikaner schwerste Menschenrechtsverletzungen vorwarfen. Noch während Kabilas Truppen marschierten, schloss der zukünftige Despot Verträge mit Washington - und vergab die profitabelsten Rohstoff-Konzessionen an amerikanische Unternehmen.

„Diese Nachricht ist falsch“

CNN gehörte nach Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Hilfsorganisation „Cap Anamur“, Rupert Neudeck, zu jenen amerikanischen Sendern, die bei Kabilas Eroberungsfeldzug Falschmeldungen verbreiteten und so auch Menschen töteten. In einem Beitrag für die *Tageszeitung* berichtete Neudeck am 7. Dezember 1996, wie die einen Journalisten in Kongo 200 000 Menschen in Not sahen, andere 700 000. Weil aber kaum ein Korrespondent an den Kämpfen unmittelbar beteiligt war, nahm man Propagandabehauptungen der Rebellen für bare Münze. So interviewte CNN am 2. Dezember 1996 Kabila und ließ sich erzählen, dass seine Truppen Kisangani, die zweitgrößte Stadt in Zaire, eingenommen hätten. Neudeck berichtete dazu: „Während CNN das weltweit verbreitete, telefonierte ich mit dem Unternehmerpräsidenten Mokeni Ekopi Kapa Raymond. »Ich kann Ihnen bestätigen, diese Nachricht ist falsch«, meldete er sich lachend aus Kisangani.“ Am 5. Dezember gestand ein Sprecher von Kabila dann ein, dass Kisangani doch nicht erobert worden war. Am selben Tag meldeten die großen Nachrichtenagenturen der Welt, auch die Stadt Kindu sei in der Hand der Rebellen. Und die „Hafenstadt“ Kisangani sei zumindest umzingelt. Neudeck schrieb zu diesem Unsinn: „Wenn dem so ist, dann sind Potsdam, Dessau, Halle und Berlin auch »Hafenstädte«, denn Kisangani ist weder Hafenstadt noch umzingelt. Am 5.12. und am 6.12. ist die reguläre Fluglinie »Zaire Express« in Kisangani gelandet; kein Rebell weit und breit!“

Wie blind sich amerikanische Medien beim Blick auf Afrika und dortige Menschenrechtsverletzungen gebärden können, belegt ein Besuch der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright im krisengeschüttelten Sierra Leone im Oktober 1999. In einem der grausamsten afrikanischen Bürgerkriege hatten Rebellen dort vor allem Frauen und Kindern Arme und Beine abgehackt. Etwa 30000 Kinder des Landes vegetieren heute infolge dieser barbarischen Verstümmelungen vor sich hin und sind auf fremde Hilfe angewiesen. Nun sollte man meinen, dass Washington sich dafür einsetzen würde, die Hintermänner dieser Verbrechen zu verfolgen. Das Gegenteil war der Fall. Die Vereinigten Staaten drängten darauf, die Rebellenführer (allen voran den Schlächter Foday Sankoh) an der Macht zu beteiligen, um den Konflikt zu beenden. Drei Monate nach der Unterzeichnung eines auf amerikanischen Druck hin formulierten Friedensvertrags durften Massenmörder, Kinderschänder, Folterer und Vergewaltiger am Kabinetttisch in der Hauptstadt Freetown Platz nehmen. Jene Schlächter, die Tausenden Kindern Arme und Beine abhacken ließen, leiteten danach die Ministerien für Energie, Kultur, Handel und Planung in Freetown. Zudem erhielten sie die Kontrolle über Diamantenminen, um deren Besitz sie mit kaum vorstellbarer Gewalt gekämpft hatten. Washington, das zu diesem Vertrag gedrängt hatte, vergaß jedoch die Opfer. Für sie war es der blanke Hohn, ihren früheren Peinigern zuzubeln zu müssen. Die Opfer konnten Washington auch Doppelzüngigkeit vorwerfen, weil es - anders als im Kosovo - ein Kriegsverbrechertribunal verhindert hat.

Der *Washington Post* ist es zu verdanken, dass diese Politik nicht ganz ohne

Widerspruch blieb. Als Madeleine Albright im Oktober in Freetown auch noch mit den Verursachern der Massaker konferierte, sich beim Händeschütteln mit diesen jedoch nicht fotografieren lassen wollte, zitierte die *Washington Post* in Sierra Leone tätige amerikanische Diplomaten, die vor diesem Hintergrund von einer „Hollywood-Diplomatie“ sprachen. Die *Washington Post* war die einzige amerikanische Tageszeitung, die diese merkwürdige amerikanische Politik kritisierte. In TV-Sendungen dagegen wurde Albrights Afrikareise den Zuschauern als „großer Erfolg“ verkauft. Das war sie jedoch ebensowenig wie die anderthalb Jahre zuvor gefeierte Afrikareise des Präsidenten Clinton. Im Sommer 2000 fand das von Washington geförderte Schauspiel in Freetown mit der Landung britischer Fallschirmjäger ein Ende. Massenmörder Sankoh, den die Vereinigten Staaten an den Kabinetttisch gelobt hatten, wurde endlich inhaftiert und wartet auf seinen Prozess.

Viele versprochene amerikanische Initiativen - Hilfe für den Kontinent - waren in Wahrheit eine Mogelpackung, galten sie doch von vornherein einzig dem Ziel, heimische - amerikanische - Arbeitsplätze zu sichern. Der Ankündigung Clintons, sich zukünftig finanziell tatkräftig in Afrika zu engagieren, folgten keine Taten. Stattdessen torpedierte Washington im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zeitweise zwei UN-Ersuchen um afrikanische Friedensmissionen (Sierra Leone und Kongo-Kinshasa) und reduzierte seinen Beitrag für die nigerianischen Friedenstruppen um zwei Drittel. Während die versprochenen Gaben ausblieben, nahm zugleich die zunächst sanfte Forderung Washingtons, doch künftig mehr amerikanische Produkte zu importieren, auf dem Kontinent stetig an Lautstärke zu.

Im Jahre 1998, als die amerikanischen Exporte überall auf der Welt rückläufig waren, stiegen die US-Ausfuhren nach Afrika um acht Prozent. In den USA sind heute mehr als 100 000 Arbeitsplätze vom Afrikaexport abhängig. Kevin Callwood, der im April 1999 in Houston eine Afrikakonferenz organisierte, definierte das Ziel in unmissverständlicher Weise. Er sagte bezüglich der Interessen in Afrika: „Amerikanischen Unternehmen kam in der Vergangenheit die Rolle eines Zuschauers auf dem afrikanischen Markt zu. Wir mussten zuschauen, wie die Projekte europäischer Konkurrenten von ranghohen europäischen Politikern gefördert wurden. Jetzt ist auch Washington mit im Rennen.“ Und der Council of Foreign Relations ließ sich mit der Forderung vernehmen: „Jetzt, da eine Reihe afrikanischer Staaten zu möglichen Handels- und Investitionspartnern werden, sollten sich die Vereinigten Staaten bei der Jagd nach neuen Chancen an die Spitze der Industrienationen stellen.“ Letztlich geht es bei amerikanischen Afrikainitiativen also nicht vorrangig um uneigennützig Hilfe für den von Bürgerkriegen und Unterentwicklung gezeichneten Kontinent, sondern um die Sicherung heimischer Arbeitsplätze. Um dem Kontinent wirksam zu helfen, wären hohe finanzielle Zuwendungen erforderlich. Sie jedoch stellt Washington nicht bereit. Die amerikanische Entwicklungshilfe für Schwarzafrika beträgt im Jahr rund 620 Millionen Dollar - ein Viertel des Betrages, mit dem die Vereinigten Staaten alljährlich Israel subventionieren. Doch welches deutsche Medium wagt es schon, darauf hinzuweisen?

Neben dem Absatz amerikanischer Markenprodukte gibt es jedoch ein weiteres Feld, das

die Interessenlage deutlich belegt: die Jagd nach strategischen Rohstoffen. Afrikas Westküste lockt die amerikanischen Ölkonzerne - trotz schwieriger Produktionsbedingungen - heute wie einstmals Saudi-Arabien. Zudem ruhen in afrikanischer Erde die größten Kobalt- und Kupfervorkommen der Welt, Platin, Gold, Diamanten, Silber, Zink, Schwefel, Kadmium und Uranerze. Um ihre Ausbeutung konkurrieren auf dem Kontinent heute vor allem französische und amerikanische Unternehmen. Das sind die wahren Gründe dafür, dass Washington Diktatoren vom Schlage eines Laurent-Désiré Kabila zum Sieg über Mobutu verhalf und Madeleine Albright vor laufenden Kameras Kinder herzt, denen man die Arme abgehackt hat - hinter den Kulissen aber den dafür Verantwortlichen peinlicherweise die Hände schüttelt.

Auch der ugandische Präsident Museveni, Zögling und Liebling der Amerikaner, scheint derweil nicht mehr so gut auf Washington zu sprechen zu sein. Er redete vor dem Hintergrund des Wettlaufs um afrikanische Rohstoffe von „schmarotzerhafter Globalisierung“ und fügte hinzu: „Afrika ist weder anglophon noch frankophon. Mein Name ist Yoweri Museveni, Sohn von Kaguta. Ich bin bantuphon.“ Afrika, so belegt auch das folgende Kapitel, ist groß und geduldig - und immer wieder auch für grandiose Fälschungen empfänglich.

Pulitzerpreis für ein Lügenmärchen

„In dem Dorf Juffure, vier Tagereisen stromaufwärts an der Küste von Gambia in Westafrika, wurde im Frühjahr 1750 dem Omoro Kinte und seiner Frau Binta ein Knabe geboren.“ Mit diesen Worten begann Alex Haley sein Buch „*Wurzeln - Roots*“. Es wurde ein Mega-Bestseller, mit dem Pulitzerpreis und mehr als 300 Literaturpreisen ausgezeichnet, lief weltweit (auch in Deutschland) als Fernsehserie und machte das gambische Dorf Juffure zum Wallfahrtsort nicht nur für Afroamerikaner, die sich ebenfalls fortan auf die Suche nach ihren familiären Wurzeln in Afrika begaben. Haley konnte sich eine 32 Millionen Dollar teure Farm leisten, wurde Duzfreund des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter und Held der Afroamerikaner. Haleys „Cousine“ Binta Kinte reicht heute noch in Juffure stolz ein Foto herum, das sie gemeinsam mit ihrem 1992 verstorbenen berühmten „Verwandten“ zeigt. Die Geschichte, die Millionen lasen und Hunderte Millionen tiefbewegt am Bildschirm verfolgten, hat nur einen Schönheitsfehler: Sie ist erstunken und erlogen.

Mitnichten fand Alex Haley, wie er immer behauptete, 1967 in Juffure die Sippe seiner Ahnen. Ein Griot (Sänger und Stammeshistoriker) namens Kebba Kanji Fofana hatte Haley von Menschen berichtet, die der amerikanische Schwarze aus den Erzählungen seiner Großmutter wiedererkannt haben will. Er entdeckte angeblich den Namen eines Vorfahren auf der Preisliste einer Sklavenversteigerung und schrieb die Familiensaga „*Roots*“.

Die britische BBC drehte 1997 eine Dokumentation, in der die Fälschungen und Schritte der Legendenbildung um „*Roots*“ nachgezeichnet wurden. Amerikanische Fernsehgesellschaften weigerten sich später, den BBC-Bericht auch in den Vereinigten Staaten auszustrahlen. John Harlow, Feuilletonist der Londoner *Times*, schrieb dazu am 7. September 1997 unter der Überschrift „American TV boycotts exposé of Haley's »Roots«“, die Verantwortlichen fürchteten „Rassenspannungen - vor allem im tiefen Süden, wo Haley, der vor fünf Jahren starb, am meisten verehrt“ werde.

Times, *Sunday Times* und die BBC entlarvten nicht nur den von Alex Haley als Hauptzeugen für seine Geschichte erwähnten gambischen selbsternannten „Stammeshistoriker“ Kebba Kanji Fofana als Lügner. Sie zitierten auch Philip Nobile, der über Jahre hinweg die Quellen von „*Roots*“ zurückverfolgte. „Fast jede angebliche Tatsache in »Roots« ist eine Fälschung“, sagte Nobile der *Times*. Warum die Mär von Kunta Kinte weiterhin als angebliche Sternstunde der Literatur um die Welt eilt, ist mit Vernunftgründen kaum zu erklären.

Hillary Rodham Clinton, die Gattin des Zigarrenliebhabers und affärengeschädigten US-Präsidenten Bill Clinton, wertete im März 1999 die 32-Millionen-Dollar-Farm des „*Roots*“-Erfinders Haley mit ihrem Besuch auf (sie war inzwischen zu einem nationalen Tagungszentrum ausgebaut worden), und es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht die „Alex Haley Foundation“ oder amerikanische Verleger einen Preis verleihen, der dem Andenken jenes Mannes gewidmet ist, der angeblich über sechs Generationen seine Familiengeschichte wieder in die afrikanische Heimat zurückverfolgen konnte.

Millionen wurden mit diesem Lügenmärchen betrogen. Im Mai 1976, als die Saga auch im britischen Fernsehen lief, beschwerte sich ein Fabrikarbeiter in Essex per Leserbrief bei der Zeitung *Sun* darüber, dass aufgrund der herzerreißenden Geschichte in jedem Laden seiner Stadt die Kleenex-Packungen ausverkauft seien. Und für die schwarzen Amerikaner, schrieb der *Telegraph*, sei es so gewesen, als ob Haley ein „schwarzes Gegenstück zum Tagebuch der Anne Frank“ geschrieben hätte, eine authentische Geschichte, die statt anonymer Sklaven von Gesichtern und wahren Begebenheiten lebte.

Haley wollte schon im Alter von 17 Jahren, als er bei der amerikanischen Küstenwache Dienst tat, Schriftsteller werden. Zu jener Zeit dichtete er im Auftrag der Crew Liebesbriefe. Angeregt durch diese „journalistischen Erfahrungen“, betätigte er sich in den sechziger Jahren auch als Interviewer für den *Playboy*, bevor er als Ghostwriter eine Biographie des Schwarzenführers Malcolm X verfasste. Doch Haley wollte lieber seine eigene Geschichte zu Papier bringen. Angeblich, so die Legende, verbrachte Haley dann lange Zeit mit Recherchen in 50 alten Büchereien, Standesämtern und anderen Einrichtungen, immer auf der Suche nach der Herkunft seiner Familie.

Professor Gary Mills von der University of Alabama sagt dazu: „Ich habe versucht, »Roots« als Unterrichtsmaterial einzusetzen. Ich musste aber feststellen, dass Haley alles falsch niederschrieb, was in der Genealogie vor dem Bürgerkrieg lag, und dass nicht einer seiner Verwandten auf den Plantagen tatsächlich existierte.“

Haley hat weite Teile seiner Familiensaga nicht nur erfunden, sondern dabei auch noch schlampig gearbeitet, was ein merkwürdiges Licht auf die Kriterien für die Verleihung des Pulitzerpreises wirft. So schreibt Haley, im Jahre 1762 seien die Sklaven mit der „Lord Ligonier“ nach Virginia gebracht worden, und in ebendiesem Jahr sei der erste seiner Vorfahren in den Vereinigten Staaten an Bord des Schiffes eingetroffen. Die „Lord Ligonier“ kam jedoch erst fünf Jahre später - 1767 - in Virginia an. Professor Gary Mills, der „Roots“ eingehend auf seinen genealogischen Wahrheitsgehalt untersuchte, sagt deshalb: „Seine Forschungen sind eine Illusion.“

Die Krönung setzte Pulitzerpreisträger und Jimmy-Carter-Freund Alex Haley seinem Bestseller durch etwas anderes auf: Er schrieb ab. Dabei beschränkte er sich nicht etwa auf einen Satz oder auf einen Absatz. 80 Passagen seines Buches stammen Wort für Wort aus Harold Courlanders Novelle „*The African*“, Courlander schilderte in seiner Geschichte die Erfahrungen eines jungen Schwarzen, der von Weißen verschleppt wurde. Im Gegensatz zu Haley war Courlander jedoch nicht so anmaßend zu behaupten, der von ihm gewürdigte erniedrigte Schwarze sei einer seiner Vorfahren gewesen. Wohl deshalb erhielt er auch keinen Literaturpreis für seine Arbeit.

Natürlich fiel Courlander auf, dass der geschäftstüchtige Haley von ihm abgekupfert hatte, und er verklagte ihn wegen Plagiats. Acht Stunden vor der Gerichtsverhandlung gab Haley nach und zahlte Courlander 650 000 Dollar. Allerdings war Haley zum Zeitpunkt seiner Enttarnung schon so berühmt, dass Kritik an ihm einer Majestätsbeleidigung gleichgekommen wäre. Befreundet mit der Schauspielerin Brooke Shields, der Talkmasterin Oprah Winfrey und vielen anderen Sternchen, hatte er sich einen Platz am Firmament der Legenden erkämpft, von dem man ihn nun nur noch schwer wieder

vertreiben konnte. Kritik an seinen eigenwilligen Konstruktionen hielt er sich mit der schärfsten aller scharfen Waffen vom Leibe: Der Schwarze Haley bezichtigte seine Kritiker schlicht des Rassismus. So einfach war es, die Legende am Leben zu erhalten.

Heute wandeln in Gambia Touristen auf den Spuren von Kunta Kinte, dort, wo Haley einst nach eigenem Bekunden eine sagenhafte Entdeckung machte: die Erzählung des „Griot“, der ihm angeblich berichtete, wie sein Urahn von den Briten verschleppt wurde, als er im Wald Holz zum Bau einer Trommel holen wollte. Der BBC aber lagen für eine neuere Fernsehdokumentation Filmaufnahmen der Begegnung von Haley mit Einwohnern im Dorf Juffure vor, die 30 Jahre lang in den Privatarchiven von Haley verborgen waren und eine andere - wahre - Geschichte erzählen.

Zunächst einmal fiel dieses Zusammentreffen weitaus weniger freundlich aus, als Haley es schilderte. Denn die gambischen Geheimdienstler und Regierungsbeamten, die Haley auf seiner Tour von Banjul nach Juffure begleitet hatten, bedrohten die verschreckten Dorfbewohner. Die Beamten waren auf der Fahrt von Haley darüber unterrichtet worden, dass er die Strapaze nur auf sich genommen habe, um einen Ahnen namens Kinte aufzuspüren. Aus seinen eigenen Filmaufnahmen wird ersichtlich, dass Haley die Beamten aufforderte, eine „Geschichte, so um das Jahr 1760“ zu finden. Doch in den filmisch festgehaltenen Stunden, während derer ihm der „Griot“ die Geschichte des Dorfes erzählt, taucht der Name Kinte nicht auf. In einer anderen Filmeinstellung erwähnt der gambische Geschichtenerzähler dann zwar einen Kinte, handelt aber erkennbar auf Anweisung und verwechselt alle Daten, die man ihm offenkundig zuvor genannt hatte.

Der New Yorker Journalist Philip Nobile sagte der Zeitung *Telegraph* dazu: „Es zeigt, dass er die Existenz von Kunta Kinte frei erfunden hat.“ Die BBC recherchierte weiter. Der Geschichtenerzähler des gambischen Dorfes, Hauptzeuge für Haleys Geschichte, entpuppte sich als alternder Playboy, der bei der Aufnahmeprüfung für das Priesteramt durchgefallen war.

1978 kam die insgesamt zwölf Stunden lange Serie „Roots“ - ein Jahr zuvor das Medienereignis schlechthin in den Vereinigten Staaten - auch ins deutsche Fernsehen. Millionen waren begeistert. Im März 1995 sendete RTL2 dann eine Neuverfilmung des Märchens - die allerdings in Wahrheit aus dem Jahr 1988 stammte.

Die amerikanische Fachzeitschrift *Publishers Weekly* fragte im Oktober 1997 zu „Roots: „Fact or fiction?“ Dennoch lebt die Legende weiter. Im Frühjahr 1999 erfuhr der Märchenerzähler Alex Haley eine weitere Ehrung. Posthum wurde ein amerikanisches Küstenwachtschiff nach ihm benannt, eines von der Art, auf der er als Dichter von Liebesbriefen der Crew seine Karriere einst begonnen hatte. Und in Gambia feiert man - mit Zehntausenden Touristen - alljährlich das „Roots-Festival“.

Ideenklau

Abgeschrieben hat er also, der gute Alex Haley. Wenigstens damit befand er sich in guter Gesellschaft. Nur der erste Mensch durfte sich sicher sein, dass jeder Gedanke auch von ihm stammte. Seither werden Menschen Preise für Leistungen verliehen, die sie nicht vollbracht haben. Den Vorwurf des Raubes von geistigem Eigentum musste sich Autor Michail Scholochow, der 1965 für „Der Stille Don“ den Literaturnobelpreis erhielt, ebenso gefallen lassen wie *Spiegel*-Chef Rudolf Augstein. Der soll 1996 für einen Aufmacher des *Spiegel* über Heinrich Schliemann bei einem Sachbuch des Bestsellerautors Philip Vandenberg abgekupfert haben. Nach der Aufdeckung versuchte Augstein den Vorwürfen mit der Ausrede einer „technischen Panne“ zu entgehen. Bestsellerautor Joseph Heller („*Catch 22*“) soll sich ebenso bei einem anderen Autor bedient haben wie Walter Kempowski für seinen Roman „*Aus großer Zeit*“. Gernot Rotter überführte 1991 den ARD-Korrespondenten Gerhard Konzelmann des geistigen Diebstahls.

Stilblüten trieb der Ideenklau Ende 1998, als eine in der schleswig-holsteinischen Justizvollzugsanstalt Lauerhof inhaftierte Frau bei einem Literaturwettbewerb unter dem Titel „Knastgeflüster“ mit den eingereichten Versen den ersten Preis erhielt. Niemandem fiel auf, dass die prämierten Verse aus Gedichten des österreichisch-jüdischen Lyrikers Erich Fried gestohlen waren. Erst als das preisgekrönte Werk in mehreren Tageszeitungen veröffentlicht wurde, erkannte eine Leserin das Sieergedicht. Der erste Preis, eine Schreibmaschine, ging dann an den Zweitplatzierten.

Sven Boedecker schrieb im Mai 1998 in der *Woche* über den renommierten Autor Michael Schulte: „Für seine Ambrose-Bierce-Biografie »*Allein in schlechter Gesellschaft*« vor einigen Wochen im Frankfurter Schöffling-Verlag erschienen, hat er massiv von dem amerikanischen Biografen Roy Morris und dessen »*Ambrose Bierce: Alone in Bad Company*« von 1995 abgeschrieben... Seitenweise wird wortwörtlich, aber ohne jede Kennzeichnung übernommen..., auch Anekdoten und Struktur der Vorlage finden sich größtenteils bei Schulte wieder. Verleger Klaus Schöffling ließ den Vorwurf überprüfen und kam zu einem niederschmetternden Ergebnis: »Die Beweise waren so schlagend, darüber brauchte man nicht zu diskutieren.«“ Die komplette Auflage musste zurückbeordert und eingestampft werden. Autor Schulte war geständig. Im Gegensatz zu Augstein versuchte er sich nicht mit „technischen Pannen“ herauszureden. Der *Woche* gestand er zerknirscht: „Ich habe schlicht Scheiße gebaut.“

Reingelegt hat auch eine australische „Aborigine“ Literaturkritiker und Journalisten. Wanda Koolmatrie, eine „Angehörige der australischen Ureinwohner“, veröffentlichte 1995 „*My own sweet time*“ und erhielt dafür den australischen Literaturnachwuchspreis für Frauen, „Dobbie Award“. Zwei Jahre lang entzog sich „Wanda“ Interviews, weil die „Dame“ angeblich entweder zu Lesungen in Übersee weilte oder aber im australischen Busch an einem neuen Werk arbeitete und nicht erreichbar war. Erst dann stellte sich heraus, dass „Wanda“ in Wahrheit ein männlicher weißer Australier war, ein ehemaliger Taxifahrer und Gelegenheitsarbeiter, der die australische Literaturszene aufs Glatteis geführt hatte. Nicht einer der Journalisten, die seine Biografie zitiert hatten, hatte sich die

Mühe gemacht, selbst über den neuen Stern am australischen Literaturhimmel zu recherchieren. Erst als der „Aborigine“ sein zweites Werk „*Door to Door*“ vorstellen wollte, flog der Schwindel auf.

Es war nicht der erste Fall einer gewichtigen australischen Literaturente, hatten zuvor doch schon die beiden aus Sydney stammenden Dichter James McAuley und Harold Steward die Literaturzeitschrift *Angry Penguins* mit einer dort von ihnen abgedruckten Lobeshymne auf den - weithin unbekanntem - genialen Schriftsteller „Ern Malley“, der jedoch von ihnen erfunden worden war, genarrt. Auch die damals 24 Jahre alte australische Autorin Helen Demidenko ging in die Geschichte ein. Berühmte Literaturpreise wie den „Vogel Literar Award“, die Goldmedaille der australischen „Literature Society“ und den mit umgerechnet 25 000 Mark dotierten „Miles Franklin Award“ erhielt sie für ihren Debütroman „*The Hand that Signed the Paper*“. Helen Demidenko behauptete, bei dem Roman, der Kriegsverbrechen in einem ukrainischen Konzentrationslager schilderte, handle es sich eigentlich um eine Autobiografie. Ihr Vater sei dank Polio von der deutschen Besatzungsmacht nicht in die SS eingezogen worden. Als Analphabet habe Vater Markov Demidenko die Familie nur als Taxifahrer am Leben erhalten können. Es sei eine ärmliche Kindheit gewesen, und dennoch habe sie es bis zur Rechtsanwältin gebracht. „Wahr“ und „authentisch“ stand auf dem Umschlag des Buches. Doch dann stellte sich heraus, dass Helen nicht Rechtsanwältin, sondern Jurastudentin ohne Abschluss war. Und auch einen Taxifahrer Demidenko hatte es nicht gegeben. Ihre Eltern stammten nicht aus der Ukraine, sondern waren Briten. Sie hießen nicht Demidenko, sondern Darville. Helen „Demidenko“ verteidigte sich mit dem Hinweis darauf, sie habe schon als Kind gern Geschichten erfunden, um aus der Realität zu fliehen.

Diese Worte hätten wohl auch von einer anderen literarischen Berühmtheit stammen können, deren Werk - wieder einmal - mit dem Pulitzerpreis geehrt wurde: Janet Cooke von der *Washington Post* erhielt die renommierte Auszeichnung 1981 für eine Reportage über einen acht Jahre alten heroinabhängigen Jungen. Wie eine Sternschnuppe fiel sie vom Himmel, als sich herausstellte, dass die Geschichte von vorn bis hinten erfunden worden war. Den acht Jahre alten schwarzen Jungen „Jimmy“ mit „sandfarbenem Haar, samtigen braunen Augen und Nadelstichen auf der Babyhaut seiner dünnen Arme“, den sie in 2200 Wörtern beschrieben hatte, gab es nicht.

Anderthalb Jahrzehnte später vertraute sie der deutschen Tageszeitung *Die Welt* an, warum sie einen der größten Skandale der US-amerikanischen Pressegeschichte heraufbeschworen hatte. Ihre Kindheit sei schwer gewesen, der Vater ein strenger Mann. „Damals“, so Janet Cooke, „lernte ich zu lügen.“ Mit der Summacum-laude-Promotion an einer angesehenen amerikanischen Hochschule und perfekten Sprachkenntnissen in Französisch und Spanisch wurde sie von der *Washington Post* eingestellt. Erst viel später wurde bekannt, dass auch diese Angaben des schwarzen Mädchens nicht stimmten. Ein Gerücht, demzufolge ein acht Jahre alter, heroinabhängiger Junge in einem Krankenhaus behandelt wurde, war einer jener Aufträge, dem sie nachging, aber nichts herausfinden konnte. „Da“, sagte sie der *Welt*, „begann mir allmählich zu dämmern, dass man so eine Geschichte einfach erfinden kann.“ Es war eine Bombenstory, ein „scoop“, mit dem keine andere Zeitung aufwarten konnte. Man war stolz auf sie. Bis die Lüge entlarvt wurde. „Es waren Umstände, die in meiner Kindheit begannen und die in der Atmosphäre des harten Wettbewerbs plötzlich wieder ausbrachen“, erklärte sie der *Welt*. Wahrscheinlich haben

viele Journalisten eine schwere Kindheit gehabt - die Ursache dafür, dass Medien immer wieder Märchen fabrizieren...

In Verruf geriet der Pulitzerpreis abermals, nachdem die Nachrichtenagentur Associated Press (AP) am 29. September 1999 eine aufwendig recherchierte Geschichte über ein amerikanisches Massaker an Zivilisten zu Beginn des Koreakriegs im Juli 1950 veröffentlichte und dafür im April 2000 die begehrte Auszeichnung erhielt.

Schon einen Monat später tauchten Zweifel an der Geschichte auf: Ed Daily, einer der von AP benannten Zeugen, hatte den Koreakrieg als Mechaniker hinter den Linien verbracht und dem von AP belasteten 7. Kavallerieregiment erst 1951, und da auch nur für wenige Wochen, angehört. *US News & World Report* wie auch die *Baltimore Sun* behaupteten, AP habe „fahrlässig“ recherchiert. Das Pulitzer-Preiskomitee sah jedoch keinen Grund, AP die Auszeichnung wieder abzuerkennen. Vielleicht sollte man bei jeder Verleihung dieses Preises daran erinnern, dass auch sein Namensgeber ein begnadeter Nachrichtenfälscher war.

Die große Anzahl der Preise, die weltweit für gefälschte oder komplett abgeschriebene „Meisterwerke“ vergeben werden, müsste eigentlich aufhorchen lassen. Kein Land und keine Jury scheint davor gefeit, ausgerechnet Fälschern einen Preis zuerkennen zu wollen oder diese doch zumindest mit einer Laudatio zu ehren. Auch Deutschland bildet darin keine Ausnahme. So erwähnte die renommierte Jury des Adolf-Grimme-Preises lobend den beim MDR ausgestrahlten Dokumentarfilm „Verschlussache Atomtod - Chronik einer verschwiegenen Strahlenkatastrophe im Ural“. Es waren dramatische Bilder, die der Salzburger Fernsehmacher Martin Lettmayer zusammengestellt hatte: Verstümmelte und entstellte Babys schockierten die Zuschauer. Erst später wurde bekannt, dass die Bilder gar nicht aus dem Ural stammten - sondern aus einer Moskauer Kinderklinik. Mit dem Inhalt des Films, der „verschwiegenen Strahlenkatastrophe im Ural“, hatten sie nichts zu tun.

Hinter der Fülle zu Unrecht erhaltener Preise gehen jene unter, die fast aufgrund einer Falschmeldung aberkannt worden wären. Zu den Opfern solcher Irrtümer gehörte der Schriftsteller Martin Walser. Der Berliner *Tagesspiegel* hatte über ihn behauptet, er habe zu Protesten gegen das Berliner Holocaust-Mahnmal aufgerufen. *Tagesspiegel*-Reporter Harald Martenstein hatte sich jedoch verhört, als er einer Podiumsdiskussion lauschte, an der auch Walser teilgenommen hatte. Und so nahm die verhängnisvolle Affäre einen noch verhängnisvolleren Lauf, als der *Tagesspiegel* sich nicht nur damit begnügte, das vermeintlich Gehörte zu drucken, sondern dies auch gleich noch über die Nachrichtenagenturen verbreitete. Andreas Nachama, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, beschimpfte Walser, der nicht wusste, wie ihm geschah, plötzlich als „Feind der freiheitlichen Grundordnung Deutschlands“ und forderte, Walser den „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ umgehend abzuerkennen. Politiker entrüsteten sich, und die *Berliner Zeitung* fragte, ob man Walser überhaupt „noch ernst nehmen“ könne. Gottlob glätteten sich die Wogen der Erregung, als der *Tagesspiegel* klein beigab und den Fauxpas eingestand.

Vielleicht erhält ja auch der Bestsellerautor Michael Crichton einen Literaturpreis für

sein Buch „*Timeline*“. Die *Welt am Sonntag* fasste dessen Inhalt am 12. März 2000 in der Schlagzeile „Zeitreise in den Schwachsinn“ zusammen. Der Verriss, der an der Plazierung auf den Bestsellerlisten nichts änderte, endete mit der Feststellung: „*Timeline*“ ist wie alle Bücher von Crichton natürlich geklaut. Und zwar, wie der Titel schon aufhorchen lässt, von dem Roman „*Up the Line*“ des Science-fiction-Autors Robert Silverberg. Es wäre natürlich von Journalisten zu viel verlangt, solche literarischen Feinheiten zu kennen .

Hitlers „Tagebücher“

Eigentlich hätte der Monat des Abdrucks den *Stern*-Lesern eine Warnung sein müssen. Doch als der *Stern* am 28. April 1983 titelte „Hitlers Tagebücher entdeckt“, schien eine Sensation perfekt. Es war die Jahrhundert-Blamage. Schon am 6. Mai 1983 nannte das Bundesarchiv in Koblenz die Tagebücher eine „Fälschung“. Am 7. Mai traten die Chefredakteure Peter Koch und Felix Schmidt zurück. Im Juli 1985 wurden *Stern*-Reporter Gerd Heidemann und Fälscher Konrad Kujau zu mehr als vier Jahren Haft verurteilt. Und der *Stern* selbst hatte mehr als ein Imageproblem, hatte er doch 9,34 Millionen für den Schwindel ausgegeben. 2,7 Millionen davon waren an Kujau gegangen.

Aufschlussreich über die Entstehungsgeschichte der Hitler-Tagebücher ist ein Gespräch, das *Focus* am 26. April 1993 druckte. Auf die Frage, ob sich Kujau nicht mal wieder mit dem früheren *Stern*-Mann Heidemann treffen wolle, antwortete Kujau: „Ich treffe mich überhaupt nicht mit diesem Trottel. Der hat ein krankes Gehirn. Den hätte man nicht bestrafen dürfen, sondern mal richtig untersuchen müssen. Wenn der mir damals gesagt hätte, was er wirklich vorhat, hätte ich die Tagebücher anders gefälscht. Dann würden sie heute als Sensation gelten, und der *Stern* hätte sein Geschäft gemacht.“ Kujau nannte das Geld als Hauptantriebskraft für die Fälschungen: „Als der Heidemann bei mir auf der Couch saß und was von zwei Millionen abzüglich zehn Prozent für ihn erzählte, war für mich klar: Wenn du die Literatur hast, kannst du das alles belegen. Dann tust du das. Sehen Sie doch, für wie wenig Geld manche Politiker ihre Karriere aufs Spiel setzen...“ Kujau baute sogar Hinweise in die Tagebücher ein, an denen der Fachmann sofort hätte erkennen können, dass sie nicht echt waren. So schrieb er etwa Hitler den Eintrag zu: „Ich sitze Professor Heidemann Modell.“ Doch es hatte nie einen Maler namens Heidemann gegeben, der Hitler porträtiert hatte. Stattdessen bescheinigte ein weltbekannter Historiker den Tagebüchern die Authentizität. Er hatte Passagen darin entdeckt, die seine Erkenntnisse bestätigten. Was der Historiker nicht wusste - seine Veröffentlichungen hatten Kujau als Vorlage für die Fälschung gedient...

Erfundene Zitate

Richtig peinlich sollte es eigentlich werden, wenn Zitate von Medien frei erfunden oder historisch aus dem Zusammenhang gerissen werden. Auch der Autor dieses Buches bekennt freimütig, unwissentlich zu den Verbreitern erfundener Zitate gehört zu haben, als er im Mai 2000 in einem *FAZ*-Leitartikel „Klick zurück im Zorn“ aus dem Gutachten eines bayerischen Ärztekollegiums zitierte, das anlässlich der ersten Eisenbahnfahrt von Nürnberg nach Fürth verfasst sein soll. Angeblich hieß es dort: „Die schnelle Bewegung muss bei den Reisenden unfehlbar eine Gehirnkrankheit, eine besondere Art des delirium furiosum, erzeugen. Wollen aber dennoch Reisende dieser gräßlichen Gefahr trotzen, so muss der Staat wenigstens die Zuschauer schützen, denn sonst verfallen diese beim Anblick des schnell dahinfahrenden Dampfwagens genau derselben Gehirnkrankheit. Es ist daher notwendig, die Bahnstrecke auf beiden Seiten mit einem hohen, dichten Bretterzaun einzufassen.“ Offenbar war auch der Autor von einer Gehirnkrankheit befallen, wies ihn doch ein freundlicher Leser auf die *FAZ* vom 22. Mai 1985 hin, in der ein kleiner Bericht über eine „150 Jahre alte Ente“ stand; eben jenes soeben erwähnte Zitat. Es machte die Sache nicht besser, dass Politiker wie etwa Franz Josef Strauß das — erfundene — Zitat immer wieder in ihre Reden einarbeiteten. Es ist und bleibt eine historische Fälschung - und der Autor wird sie künftig auch als solche behandeln.

Viele Zitate werden heute verfälscht wiedergegeben. Eines der beliebtesten lautet: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“ Es stammt von Rosa Luxemburg und wird regelmässig im Zusammenhang mit Toleranz in Texte eingefügt. Die meisten Journalisten wissen jedoch nicht, dass Rosa Luxemburg mit jenem Satz nur die Andersdenkenden innerhalb des kommunistischen Blocks meinte. Sie selbst hat dem Satz nie eine größere Bedeutung zugemessen und ihn lediglich in einem unvollendeten Manuskript über die russische Revolution gebraucht. Wer Rosa Luxemburg als Wegbereiterin der Toleranz darstellt, sollte einmal ihren Aufruf vom 24. November 1918 nachlesen: „Der Diktatur des Proletariats gehört der Tag und die Stunde. Wer sich dem Sturmwagen der sozialistischen Revolution entgegenstellt, wird mit zertrümmerten Gliedern am Boden liegen bleiben.“ So tolerant war also Rosa Luxemburg.

Ebenso häufig bemühen Journalisten den Bertolt Brecht zugeschriebenen Satz: „Stell dir vor, es ist Krieg, und niemand geht hin.“ Doch in den Originalausgaben von Brecht sucht man vergeblich nach diesem Zitat. Man kann es auch gar nicht finden, denn es wurde seinem Gedicht „Wer zu Hause bleibt“ erst in den siebziger Jahren von einem unbekanntem Lektor vorangestellt. In der Originalfassung, die in Erinnerung an die österreichischen Arbeiteraufstände von 1934 geschrieben wurde, steht genau das Gegenteil von dem, was heute in den Medien als vermeintliches Brecht-Zitat erhalten muss: „Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt, und lässt andere kämpfen für seine Sache, der muss sich vorsehen, denn: Wer den Kampf nicht teilt, wird teilen die Niederlage. Nicht einmal den Kampf vermeidet, wer den Kampf vermeiden will: Denn er wird kämpfen, für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“

Vielleicht sollten wir Redakteure und Journalisten einmal wieder die Klassiker des

Volkes der Dichter und Denker aus den angestaubten Redaktionsregalen holen, ehe wir Mythen und Legenden verbreiten. Dann würden wir erkennen, dass nicht nur Rosa Luxemburg und Bertolt Brecht heute viele Sprüche zugeschrieben werden, die nicht von ihnen formuliert wurden. Gleiches gilt auch für andere prophetische Sätze, die aus der Ferne stammen. Viele international verwendete Falschzitate stammen vom amerikanischen Drehbuchautor Ted Perry, der um das Jahr 1970 herum eine Rede des Indianerhäuptlings Seattle veröffentlichte, die dieser 1854 bei Vertragsverhandlungen mit amerikanischen Beamten gehalten hatte. Perry vermischte die Rede mit eigenen Ansichten über den Gang der Welt und fügte dieses Sammelsurium in den weltweit bekannten Film „Söhne der Erde“ ein. Darin lässt Perry den Indianerhäuptling etwa sagen: „Die Erde ist eure Mutter. Die Erde gehört nicht dem Menschen, der Mensch gehört der Erde“, oder: „Erst wenn der letzte Baum...“ Vielleicht würden sich die mit solchen Zitaten Umschmeichelten ja geehrt fühlen. Vielleicht aber würden sie sich in Anbetracht dessen, was aus ihren Sätzen gemacht wurde, auch im Grabe umdrehen.

Streicheleinheiten für einen Mörder

Der schon erwähnte „Roots“-Autor Alex Haley machte vor, wie man als Schwarzer den Begriff Rassismus als Waffe benutzt. Immer dann, wenn er auf seine Fälschungen angesprochen wurde, schleuderte er den Kritikern dieses unheilvolle Wort entgegen. Fast alle haben es geschluckt - und geschwiegen. Doch es hat Nachahmer gegeben, einen verurteilten Mörder etwa, der seine Kritiker und Richter ebenfalls Rassisten nennt und sich so als Liebling der Medienschaffenden einschmeicheln konnte und mit Preisen und Auszeichnungen geehrt wurde. Die Rede ist von dem schwarzen US-Amerikaner Mumia Abu-Jamal.

Am 9. Dezember 1981 erschoss er in einem heruntergekommenen Stadtviertel von Philadelphia den Polizisten Daniel Faulkner, als dieser gerade die Papiere seines Bruders nach einem Verkehrsverstoß kontrollierte. Dreimal feuerte Mumia Abu-Jamal seine Waffe auf den Polizeibeamten ab, zuerst in seinen Rücken und dann, als sein Opfer am Boden lag, in dessen Kopf. Dafür haben ihn die Geschworenen zum Tode verurteilt. Bis dahin ist sein Schuldspruch ein Urteil wie viele Todesurteile der Welt.

Zu einem Mythos, für den sich Politiker, Kampfgruppen, Schriftstellerverbände, Umweltschützer und sonstige Berufene einsetzten, wurde der Verurteilte wegen einer gelegentlichen Nebenbeschäftigung: Der damals 27 Jahre alte Taxifahrer Mumia Abu-Jamal (seinen Geburtsnamen Wesley Cook hatte er abgelegt, weil dieser ihm zu rassistisch klang) lieferte örtlichen Radiosendern hin und wieder Reportagen. Einst Mitglied der „Black Panthers“, entfachte der Todeskandidat in den Medien das weltweit als Tatsache aufgefasste Gerücht, er sei ein bekannter Journalist gewesen, ein unbequemer dazu, der nun von einem rassistischen Geschworenengericht verurteilt worden sei, weil man ihn aus dem Weg schaffen wollte. Der Anhänger der Move-Sekte sah sich als unschuldig Opfer einer gewaltigen weißen Konspiration. Unter radikalen Schwarzen war er bis dahin vielleicht als Aktivist bekannt, die Vorstellung aber, er sei ein angesehener Reporter gewesen, entbehrte jeder Grundlage. Dennoch nahm das Märchen seinen Weg um die Welt.

Der Internationale PEN-Club setzte sich ebenso für ihn ein wie der deutsche Außenminister, der französische Starphilosoph Jacques Derrida behauptete sogar, Abu-Jamal sei ein politischer Gefangener. In der *Frankfurter Rundschau* durfte Derrida behaupten, das Todesurteil gegen Abu-Jamal sei eine Drohung, die bezwecke, „durch Mord, Gefängnis, Exil oder Zensur so viele Intellektuelle und Schriftsteller, so viele Journalisten mundtot zu machen, so viele Männer und Frauen, die auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung pochen“. Die Meinungsäußerung des Mörders Abu-Jamal in Form mehrerer tödlicher Kugeln schien vielen Medien zu gefallen: Naomi Campbell, Günter Grass, Sting und Whoopie Goldberg waren nur die berühmtesten einer Schar seiner neuen Anhänger, die sich seinem Aufruf anschlossen, ihn doch bitteschön nicht hinzurichten. Die angesehene *New York Times* druckte Artikel, die Abu-Jamal im Gefängnis schrieb. Auf einmal wurde der verurteilte Mörder zu einem angesehenen Schriftsteller und durfte in der *New York Times* auch das Vorgehen der amerikanischen Polizei gegen die Davidianer-

Sekte in Waco als staatliche Brandstiftung brandmarken. Der Polizistenmörder wurde hernach heroisiert - nicht nur vom internationalen Schriftstellerparlament.

Während seines Prozesses hatte Abu-Jamal - statt Beweise für seine angebliche Unschuld beizubringen - eher politische Erklärungen abgegeben. Seinen Bruder, dem er bei der Verkehrskontrolle zu Hilfe geeilt war und der ihn - falls der Tathergang wirklich anders gewesen sein sollte - hätte entlasten können, berief er nicht in den Zeugenstand. Dieser Bruder tauchte später in der Masse der Obdachlosen von Philadelphia unter. Abu-Jamal beschimpfte während des Prozesses die Geschworenen und drohte ihnen. Selbst die *Frankfurter Rundschau* mochte den Tatsachenverdrehungen des Angeklagten nicht folgen und schrieb in einem Bericht, der die Überschrift „Als der Traum von der Gerechtigkeit zerstob“ trug, im Juli 1995: „Abu-Jamal ist gewiss nicht wegen seiner Arbeit als Journalist verurteilt worden. Aber im Hintergrund hat sie damals eine Rolle gespielt und tut es auch noch.“ Artikel wie dieser förderten auch in Deutschland die Heroisierung des verurteilten Mörders. So ereifert sich der Verfasser, Abu-Jamal trage den Ehrentitel „Stimme der Sprachlosen“.

Burkhard Müller-Ullrich, Autor der *Süddeutschen Zeitung*, sieht das anders: „Es gibt eine Art von Empörungslogik, welche die ernsthafte Erörterung der Wahrheit gar nicht mehr zulässt. Und es gibt eine Art von Menschenrechtsfolklore, die darin besteht, sich mit der Gefährlichkeit des Schriftstellerberufs zu brüsten... Edelmut allein reicht nicht, er muss auch allgemein auffallen.“ Die Berliner Fachgruppe der IG Medien vertrat wohl einen ähnlichen Standpunkt - und ernannte Abu-Jamal zu ihrem Ehrenvorsitzenden. All das muss die Witwe des ermordeten und zum Todeszeitpunkt gerade einmal 25 Jahre alten Polizisten hinnehmen. Sie kann sich nicht einmal dagegen wehren, dass Hörkassetten und CD's mit den verquerten Ansichten des Abu-Jamal heute wie Bestseller gehandelt werden. Das Leid der Witwe ist den Medien, die immer wieder für die Wiederaufnahme des Verfahrens stritten, bislang jedenfalls nicht eine Zeile wert gewesen.

Legende am Ende

Das Erstellen von Legenden scheint Vergnügen zu bereiten, vor allem wenn man sich später genüsslich darüber auslassen kann. Unvergessen ist in diesem Zusammenhang der kanadische Diskjockey Pierre Brassard, der es immerhin schaffte, 14 Minuten mit der britischen Königin zu telefonieren, der er suggerierte, der kanadische Premierminister zu sein. Erst als er sie fragte, ob sie sich zu Halloween maskieren werde, wurde Ihre Majestät hellhörig. Doch die britische Monarchie nimmt solche Scherze gelassen hin, erinnert man sich doch bei solchen Anlässen stets jener Kameraden, die es schafften, als angebliche Mitglieder des äthiopischen Königshauses nicht nur an Bord des Kriegsschiffes „MS Dreadnought“ gelassen, sondern dort auch noch mit 21 Salutschüssen geehrt zu werden.

Weniger gelassen reagiert man in Deutschland auf britischen Humor. So verurteilte der Deutsche Journalisten-Verband die Ausstrahlung eines Interviews mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder durch den Berliner Privatsender 104,6, das ein Stimmenimitator geführt hatte. Das half jedoch offenkundig nichts, denn schon im Juli desselben Jahres verkündete ein Stimmenimitator im WDR-Hörfunksender „Eins Live“ den angeblichen Rücktritt Schröders während eines gestellten Funktelefonanrufs aus der Toskana: „... habe ich mich deshalb dazu entschlossen, von allen meinen Ämtern zurückzutreten, um mich fortan voll und ganz dem Sektor Medien und Unterhaltung zu widmen“. Er müsse allerdings dementieren, dass er zukünftig die Moderation von „Wetten dass?“ übernehmen werde. Ein anderer Stimmenimitator gaukelte Schröder im März 1999 vor, er sei mit dem damaligen Bundespräsidenten Herzog verbunden. Vielleicht werden diese Gespräche ja eines Tages auch als Legenden Eingang in die Geschichtsschreibung finden. An solcher Legendenbildung haben Medien einen großen Anteil.

Dass Legenden unangreifbar sind, beweist die Geschichte des Atlantikfliegers Charles Lindbergh. Wagemutiger Pilot, treusorgender Vater und glühender Patriot - das sind die Eigenschaften, die man nicht nur in den Vereinigten Staaten mit seinem Namen verbindet. In Wahrheit war Lindbergh zeitlebens Antisemit und zeitweise ein begeisterter Verfechter des deutschen Nationalsozialismus. Als er 1936 von Hermann Göring eine Auszeichnung erhielt, würdigte er Hitler als „großen Staatsmann, der viel für das deutsche Volk getan hat“. Und 1941 warnte er in einer Rede vor dem wachsenden jüdischen Einfluss auf die amerikanische Gesellschaft. Doch nicht nur das - Lindbergh war Sadist. Betty Gow, sein Kindermädchen, schilderte in einer 1998 von Scott Berg geschriebenen Biographie über Lindbergh, wie dieser seinem kleinen Sohn Metallkappen um die Finger schnürte, um ihm das Fingerlutschen abzugewöhnen. Wenn der später entführte kleine Charles jr. schrie und seinen Vater damit nervte, musste er stundenlang vor dem Haus in der Kälte sitzen. Das entführte und getötete Kind war mongoloid. Lindbergh konnte mit diesem Leiden nicht umgehen. So sagte die 92 Jahre alte Gattin Lindberghs dem Autor Scott Berg, sie habe ihren Mann niemals weinen sehen. Und er habe ihr auch verboten, öffentlich um den getöteten mongoloiden Sohn zu trauern.

Lindbergh war zudem nicht der erste Atlantikflieger, auch wenn viele diese Legende heute glauben. Er war vielmehr bereits der 67. Mensch, der den Ozean durch die Lüfte

durchquerte. Pionier dieser tollkühnen Männer war der amerikanische Offizier Albert Read, der im Mai 1919 - mit zwei Zwischenstopps - in 57 Stunden von Rockport (Bundesstaat New York) aus die englische Stadt Plymouth erreichte. Einen Monat später schafften im Juni 1919 die Engländer John Alcock und Arthur Whitton den ersten Nonstop-Transatlantikflug. Sie wurden später dafür geadelt. Als Charles Lindbergh 1927 mit seiner „Spirit of St. Louis“ von New York nach Paris flog, war das vielleicht medienwirksamer als die wagemutigen Transatlantikflüge seiner 66 Vorgänger, jedoch kein besonderes Ereignis.

Die größten aller großen Legenden aber wurden um den ermordeten amerikanischen Präsidenten Kennedy gestrickt. Minuten nachdem ihn am 22. November 1963 die tödliche Kugel traf, setzte die Legendenbildung ein, an der bis heute fleißig weitergebastelt wird. Es war Robert Kennedy, sein Bruder, der den ersten Schritt dazu tat. Noch bevor Lyndon B. Johnson zwei Stunden nach dem Attentat ins Oval Office kam, erteilte Robert dem Sicherheitsberater John F. Kennedys telefonisch den Auftrag: „Entfernen Sie sofort alle Dokumente und Privatpapiere meines Bruders aus dem Oval Office.“ Diese Anweisung förderte die Errichtung eines Schutzwalls um die amerikanische Ikone John F. Kennedy. Es galt, der Öffentlichkeit die andere Seite des Ermordeten zu verheimlichen, der am Nachmittag regelmäßig Prostituierte ins Weiße Haus kommen ließ, nackt mit ihnen im Pool badete. Das aber war nur die harmloseste seiner Verfehlungen. Zudem ist sie mittlerweile weithin bekannt. Neuere Veröffentlichungen entlarven John F. Kennedy auch als Mafia-Freund, „der nicht nur Sex-Partnerin Judith Campbell Exner mit dem Cosa-Nostra-Ganoven Sam Giancana teilte, sondern ihn auch zum (misslungenen) Attentat auf Fidel Castro überredete.“ Eine der Kennedy-Affären schlug Wellen bis nach Bonn. So lud JFK Ellen Rometsch, die Frau eines Militärattachés in der deutschen Botschaft - ein Partygirl -, ins Weiße Haus ein. Mit dieser Eskapade übernahm sich Kennedy allerdings, denn Ellen Rometsch, die Elizabeth Taylor ähnlich sah, stammte aus der früheren sowjetischen Besatzungszone, hatte der Kommunistischen Partei angehört und Kontakte zu Walter Ulbricht unterhalten. Kennedys Umgebung war entsetzt. Im August 1963 wurde die Dame nach Deutschland abgeschoben. Wer Legenden wie die sich um Kennedy rankenden zerstört, muss denn auch mit wütenden Protesten rechnen. Seymour Hersh, gefürchteter amerikanischer Investigativ-Journalist und Pulitzerpreisträger, der in seiner Biographie an der glänzenden Fassade Kennedys zu kratzen wagte, bekam das zu spüren. Arthur Schlesinger jr. sagte über das Buch: „Das ist eine Studie in politischer Pornographie.“

So ist das eben mit Legenden - über die Schattenseite soll die Öffentlichkeit großzügig hinwegsehen. Das trifft auch auf viele deutsche Legenden zu. Eine von ihnen ist der Seeheld und Erfolgsautor Felix Graf von Luckner. Der selbsternannte „Seeteufel“, ein Münchhausen der Meere, Nazi-Propagandist und 1953 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, war zeit seines Lebens ein begnadeter Selbstdarsteller. Der 1966 gestorbene ehemalige Kaperfahrer der kaiserlichen Marine, der Telefonbücher mit den Händen zerreißen konnte und seine lustigen Piratengeschichten allein in Deutschland mehr als 600 000 Mal verkaufte, hatte noch eine verschwiegene

Kehrseite: Er war ein Kinderschänder. Im Hotel Excelsior in Berlin verging er sich mehrfach an seiner kleinen Tochter - um die er sich ansonsten nie kümmerte. Auch über die damals acht und elf Jahre alten Töchter seines Rechtsanwalts in Hannover fiel er her. Einem der Mädchen sagte Luckner: „So machen es die Großen, wenn sie Kinder haben wollen.“ Gleichwohl forderte die Marinekameradschaft Halle/Saale 1998 von der Verwaltung ihrer Stadt, die Legende Graf Luckner posthum mit einer nach ihm benannten Straße zu ehren.

Dass der frühere rumänische Diktator Nicolae Ceaușescu größenwahnsinnig war, ist zweifelsohne bekannt. Erhalten hat sich jedoch die Legende von seinem Aufstieg. Dabei birgt selbst dieses kommunistische Schreckgespenst ein großes Geheimnis: Seine politische Karriere verdankte der Bauernsohn aus Oltenien dem späteren Staatschef Gheorghe Gheorghiu-Dej. Beide waren zu Beginn der vierziger Jahre im Zuchthaus von Doftana interniert und „pfl egten intensive homosexuelle Kontakte“. Dafür gab es auch einen Zeugen namens Chivu Stoica, der zwar mehr als einfältig war, es aber den noch bis zum rumänischen Staatspräsidenten brachte. Weil Chivu Stoica um die homosexuellen Neigungen Ceaușescus wusste, hielt dieser schützend seine Hand über ihn - auch noch, als Chivu Stoica unter der Wahnvorstellung litt, dass er ein Stück Seife sei, und deshalb jeden Kontakt mit Wasser ablehnte....

Auch die Legende vom edlen Rebellen der „Bounty“ erweist sich bei näherem Hinsehen als weitaus weniger romantisch. Der junge Offizier Fletcher Christian, in den Hollywood-Filmen über die „Bounty“ stets als Opfer des teuflischen Menschenchinders Kapitän Bligh dargestellt, handelte keineswegs als Streiter für Liebe und Gerechtigkeit. Fletcher Christian war abhängig von Laudanum, einer Essenz aus Opium, Nelken, Zimt und Safran, einem Rauschgift, das damals als schmerzlinderndes Beruhigungsmittel zum Bestand der Bordapotheke der Schiffe gehörte. Der trunksüchtige Schiffsarzt der „Bounty“ gab es ihm, doch während des langen Aufenthalts auf Tahiti ging der Vorrat zu Ende. Nicht das literarisch verklärte Aufbegehren gegen einen angeblich sadistischen Vorgesetzten war in Wirklichkeit am 28. April 1789 Handlungsursache, sondern der Rauschgiftentzug. Darüber berichtet auch die australische Dokumentarserie „Blight of the Bounty“, die von Bruce und Rolf Harris produziert und 1998 ausgestrahlt wurde. An der Beliebtheit des Hollywood-Klamauks „Meuterei auf der Bounty“ änderte sich dennoch nichts.

Dass Hollywood-Filme historische Wahrheiten zumindest verzerrt wiedergeben, belegt nicht zuletzt die blutrünstige Szene in dem Epos über die homosexuelle Kultfigur T. E. Lawrence, in der er anlässlich der Erstürmung eines türkischen Eisenbahnzuges immer wieder auf seine Opfer einsticht. Weggelassen haben die Verfasser des Drehbuchs eine zum Verständnis entscheidende Passage: T. E. Lawrence wurde im November 1917 beim Ausspähen des syrischen Eisenbahnknotenpunkts Deraa erwischt und von vier türkischen Soldaten vergewaltigt.

Längst ihres Glorienscheins enthoben ist die Legende vom Sieg der Amerikanerin Rosie

Ruiz beim New Yorker und Bostoner Marathon. 1980 „siegte“ die damals 26 Jahre alte angebliche Marathonläuferin mit der drittbesten Zeit, in der eine Frau diese Marathonstrecke je zurückgelegt hatte. Kein Wunder also, dass sie wenig später auch den Marathon in Boston gewann. Durch Zufall wurde bekannt, dass Rosie Ruiz nur die letzten zwei Kilometer gelaufen war. Dennoch gilt sie weiterhin als Siegerin des Boston-Marathons von 1980, kann sich doch niemand mehr an den Namen der „Zweitplazierten“ erinnern.

Am Lack einer weiteren Legende möchte eigentlich niemand so recht kratzen. Gemeint sind die Geigen des Antonio Stradivari (1644 - 1737). Groß ist die Zahl der Legenden, die sich um ihren angeblich außergewöhnlichen Klang ranken. Das Geheimnis dieses Wunders, so wurde vermutet, sei Pferdeurin gewesen, in dem Stradivari das Holz präpariert habe. Andere wussten zu behaupten, das Holz sei ausschließlich bei Vollmond geschlagen worden. Man wird es wohl nie aufklären können - und braucht es auch gar nicht. Denn die jahrhundertealten Instrumente werden bezüglich ihres Klangs hoffnungslos überschätzt. Vielleicht sind es ja wirklich nur die „Seelen der früheren Besitzer“, die etwa Yehudi Menuhin in den alten Instrumenten zu spüren glaubte. Dem Magazin *Focus* sagte der Bonner Geigenbauer Peter Greiner: „Die Mythenbildung um Stradivari ist purer Hokusfokus... Vom verklärten Stradivari profitieren nur Auktionshäuser und die Händler alter Geigen.“ Im Akustiklabor und auf dem Röntgenbildschirm haben Wissenschaftler herausgefunden, dass es sich bei den angeblichen Geheimnissen der Stradivaris um eine Illusion handelt. Holzwurmfraß und gekittete Bruchstellen machen die meisten von ihnen nach Auffassung von Ingolf Bork, einem Mitarbeiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig, „bestenfalls zu gut reparierten Ruinen“. Weil Computertomographen und Frequenzmessgeräte längst Abrisse und Frequenzverläufe der alten Geigen gemessen haben, gibt es für einen Bruchteil des Preises einer solchen „Ruine“ heute längst Nachbauten, die nicht nur genauso aussehen, sondern auch ebenso klingen. Da dennoch viele an den Mythos Stradivari glauben, sich jedoch nicht jeder Fan sie auch leisten kann, werden in den Vereinigten Staaten sogar schon Stradivari-Fonds angeboten, bei denen man Anteile an den Instrumenten erwerben kann.

Große Komponisten werden für ihre Werke zu Recht gerühmt. Doch was macht ein Virtuose, dessen eigene Werke niemand hören mag? Vor dieser Frage stand der Komponist Fritz Kreisler (1875 - 1962). Um das Jahr 1890 herum waren sich die Kritiker zwar einig, dass er das Geigenspiel glänzend beherrschte, nur an seinen Kompositionen war niemand interessiert. Und so kam er auf die geniale Idee, sie anderen Komponisten zuzuschreiben. Kreisler behauptete, er habe bislang unbekannte Kompositionen von Antonio Vivaldi, Gaetano Pugnani, François Couperin und Padre Martini entdeckt. Mit fremden Namen, deren Werke er angeblich uraufführte, wurde Kreisler zu einem gefeierten Weltstar. Als ein Kritiker des *Berliner Tagblattes*, ein gewisser Dr. Leopold Schmidt, sich in einem Artikel beschwerte, Kreisler habe die Violinstücke von Pugnani falsch interpretiert, griff Kreisler zum ersten Mal zur Feder und ließ ihn wissen, er selbst habe die angeblichen Werke des Italieners komponiert, könne diesen also gar nicht falsch interpretiert haben.

Der Kritiker war düpiert, behielt es aber für sich. Erst aus Anlass einer gewaltigen Gala-Veranstaltung zum 60. Geburtstag von Kreisler enthüllte dieser einer erstaunten Öffentlichkeit, dass alle von ihm angeblich entdeckten neuen Werke großer Violinkomponisten in Wirklichkeit aus seiner Feder stammten.

In der Welt der Musik findet sich eine Fülle solch amüsanter Manipulationen. Noch heute erinnern Feuilletons regelmässig an den legendären Jazzmusiker Billy Tipton, der 1954 zusammen mit Dick O'Neal und Ron Kilde am Bass das „Billy-Tipton-Trio“ gründete. Auch Tipton schleppte ein großes Geheimnis bis an sein Lebensende mit sich herum. 1960 hatte er die Tänzerin Kitty Oakes geheiratet und später gemeinsam mit ihr drei Kinder adoptiert. Er war ihnen ein guter Vater und wurde ihnen zuliebe sogar Pfadfinder-Führer. Als Tipton 1989 starb, eröffnete das Bestattungsinstitut den drei Söhnen etwas Unglaubliches: Billy Tipton war in Wahrheit eine Frau. Sie hatte im Alter von 19 Jahren keine andere Chance als die Verkleidung gesehen, um in der Männerdomäne Jazz in Oklahoma Fuß zu fassen. Selbst ihre/seine Frau Kitty, die sie/er zehn Jahre vor ihrem/seinem Tod verließ, hatte keine Ahnung davon, dass sie mit einer Frau verheiratet war. „Billy“ hatte ihr erklärt, er habe bei einem Unfall seinen Penis verloren, und sich somit schon einer stürmischen Hochzeitsnacht entzogen.

Dunkle Kapitel der Geschichte

Falschmeldungen spielen auch Revisionisten in die Hände, dann etwa, wenn Zeitungen Unwahrheiten drucken und Revisionisten diese dann aufgreifen. Ein Beispiel dafür ist der Titelseiten-Bericht der *Berner Tagwacht* vom 24. August 1945. „13 Millionen Ermordete in Dachau“, hieß es dort, und: „26 Millionen in deutschen Konzentrationslagern ermordet.“ Die von der Nachrichtenagentur Reuters stammende Meldung führte zu einer paradoxen Situation: Holocaust-Leugner benutzten die offensichtlich unwahre Meldung, um die historisch gesicherte Wahrheit der Massenvergasung in Zweifel zu ziehen.

Eine weitere Stilblüte dieser dunklen Zeit ist die sich hartnäckig haltende Legende, auf der Konferenz von Jalta hätten Churchill und Roosevelt Mittel- und Osteuropa im Februar 1945 an Stalin ausgeliefert. Mal heißt es, es habe eine geheime Vertragsklausel gegeben (die bislang jedoch niemand gesehen hat), dann wieder wird behauptet, es sei eine schriftlich nicht festgehaltene Erklärung gewesen. Doch die Geschichtsfälschung stammt von den republikanischen Gegnern Roosevelts und Trumans in der amerikanischen Innenpolitik, die „vom Frühling 1947 an über die Blockade Berlins bis zum Koreakrieg die Quelle aller Nachkriegsspannungen mit Moskau gerade in Jalta suchen wollten“. Am 2. Februar 1945 versuchte Churchill vielmehr einen Standpunkt durchzusetzen, der im Gegensatz zur Jalta-Theorie steht: „Wir müssten unbedingt in der Lage sein, eine deutsche Kapitulation in Italien auszunutzen, um einen möglichst großen Teil Österreichs zu besetzen, da es nicht wünschenswert ist, die Russen tiefer als unbedingt nötig in Mitteleuropa eindringen zu lassen.“

Es ist das Verdienst des Heidelberger Historikers Ivan Pfaff, die Legende von Jalta als das geschildert zu haben, was sie ist: eine nachträgliche politische Mythologie. Denn in Jalta wurde nicht über Machtbereiche, sondern über Okkupationszonen gesprochen, und Okkupationszonen sollten nicht etwa auch Machtbereiche sein. Nicht in Jalta ist die Teilung der Welt in einen sowjetischen und einen westlichen Machtblock beschlossen worden, sondern diese beruht auf einer verfehlten amerikanischen Mitteleuropapolitik, die seit 1941 danach strebte, England langfristig aus der Weltpolitik auszuschließen und dessen Positionen und Funktionen zu übernehmen: „... im Sinne einer globalen bipolaren Konzeption der Weltpolitik, die auf zwei Supermächte beschränkt wäre, und daher die Teilung der Welt direkt förderte“ - so Historiker Pfaff am 31. Dezember 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Pfaff weiter in der FAZ: „Dass es in Jalta nicht zu einer Teilung der Welt gekommen ist, weist im nachhinein wiederum Churchill nach. Am 15. Mai 1945 sprach er zum erstenmal vom sowjetischen Missbrauch Jaltas - aber wie hätte Moskau Jalta verletzen können, hätte es dort eine Teilung Europas erreicht?“ Es sei vielmehr die verfehlte amerikanische Politik zwischen September 1941 und 1945 gewesen, die die politische Auslieferung Mitteleuropas in die Hände der Sowjets präjudiziert habe. Washington habe in dieser Zeit die Expansionsgelüste Moskaus nicht zur Kenntnis genommen oder ignoriert und das leidende Russland unkritisch bewundert.

Pfaff stellte zusammenfassend fest: „Nicht Jalta, sondern ausschließlich die

Entwicklung der militärischen Operationen in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges einerseits, andererseits die amerikanische Bereitschaft, die fiktive Aufrechterhaltung der Kriegskoalition mit der Sowjetunion mit größten Opfern zu erkaufen, determinierten die geteilte Welt. Das Bestreben, diese Teilung zu überwinden, soll aus der tatsächlichen Basis der Dinge hervorgehen, nicht aus einer unhaltbaren Legende, die schon fünf Jahrzehnte im Westen wie im Osten den realistischen politischen Blick verstellt.“

Nicht Churchill hat also in Jalta Mittel- und Osteuropa an Stalin ausgeliefert. Vielmehr war es die Nachgiebigkeit eines willensschwachen Roosevelt gegenüber der sowjetischen Westexpansion, die damit begründet wurde, man müsse das sowjetische „Sicherheitsinteresse“ befriedigen. Statt Einigkeit herrschten zwischen Roosevelt und Churchill tiefe Divergenzen in der Frage der künftigen Gestaltung Europas vor. Es waren nach Auffassung von Pfaff „Halluzinationen und Autosuggestion“, in deren Rahmen sich die amerikanische Politik gegenüber Moskau in den Jahren vor Jalta bewegte. Und der Zusammenbruch dieser Halluzination „brachte die Jalta-Legende als einen irrationalen Versuch hervor, die Katastrophe Europas durch nachträgliche politische Mythologie zu begründen und zu rechtfertigen“, so Pfaff.

Auch in anderem Zusammenhang wird von den Medien weiterhin falsch über Churchill berichtet. Immer wieder hört man die Behauptung, Churchill sei der Erfinder des Begriffs „Eiserner Vorhang“. Zwar hatte Churchill tatsächlich 1946 im amerikanischen Bundesstaat Missouri bei einer Rede auf die wachsenden Differenzen zwischen dem Westen und der Sowjetunion angespielt und diese Formulierung gebraucht. Doch erstmals ausgesprochen wurde sie im Ersten Weltkrieg von der belgischen Königin Elisabeth, die nach dem Einmarsch der Deutschen sagte: „Zwischen Deutschland und mir ist nun für immer ein eiserner Vorhang niedergegangen.“

Historische (Un-)Wahrheiten

Wiederholt man Fälschungen, Märchen und getürkte Legenden nur oft genug in den Medien, dann werden irgendwann einmal aus ihnen Realitäten, die in die Geschichtsbücher eingehen. Schlägt man etwa im 1997 erschienenen fünfzehnbändigen Brockhaus unter dem Stichwort „Bastille“ nach, so erfährt man dort unter anderem folgendes: „Zu Beginn der Frz. Revolution am 14. 7. 1789 (daher seit 1880 frz. Nationalfeiertag) als Sinnbild der königl. Tyrannei gestürmt und 1790 zerstört“. Nicht nur im Brockhaus, sondern auch in Geschichtsbüchern und populärwissenschaftlichen Darstellungen findet sich die Geschichte von dem „Sturm auf die Bastille“. Tanzen nicht alljährlich auch die Franzosen auf den Straßen, um den „Sturm auf die Bastille“ zu feiern? Gedenken sie nicht der Helden, der 15 Kanonen, die unentwegt das Volk unter Beschuss nahmen, des mehrstündigen erbitterten Gewehrfeuers und einer Mauerbresche, durch die das Volk in die Zwingburg hineinstürmte, der nahezu 100 Toten, der Verwundeten...?

In Wahrheit ist die Bastille am 14. Juli 1789 nicht „erstürmt“ worden. Es ist das Verdienst des Historikers Gerhard Prause, diese und andere Geschichtsfälschungen in seinem Buch *„Niemand hat Kolumbus ausgelacht“* entlarvt zu haben. Er zitiert den Offizier Elie aus dem Regiment „Königin“ mit den Worten: „Die Bastille wurde nicht mit Gewalt erstürmt; sie hat kapituliert, ehe sie angegriffen wurde...“ Gemeinsam mit dem Schweizer Hulin hatte der Offizier Elie im Zuge der später als „Erstürmung“ verherrlichten Übergabe die Bastille als erster betreten. Unteroffizier Guyot de Flevilles, einer der an jenem Tag auf der Bastille stationierten Soldaten, schrieb in seinem Bericht ebenfalls, dass „die Bastille nie im Sturm genommen worden ist“. Der einzige Kanonenschuss, der am 14. Juli 1789 während der „Erstürmung“ der Bastille abgefeuert wurde, ertönte im Zusammenhang mit Plünderungen und Brandschätzungen der Quartiere, Stallungen und Küchen rund um die Bastille. Statt die Gefangenen aus den Verliesen zu holen - die Legende besagt ja, dass die in den Kerkern Schmach tenden befreit und im Triumphzug durch die Stadt geführt wurden -, wurde erst einmal über Stunden hin alles Mobiliar kurz und klein geschlagen. Erst dann erinnerte man sich der Inhaftierten. Schon 1789 erschien auch in deutscher Sprache eine Veröffentlichung der aus der Bastille geretteten Papiere, Titel: *„Die enthüllte Bastille oder Sammlung ächter Beyträge zur Geschichte derselben“*. Auch darin heißt es: „Die Bastille ist nicht durch Sturm eingenommen, sondern die Tore sind durch die Besatzung geöffnet worden. Diese Tatsachen sind gewiss und können nicht in Zweifel gezogen werden.“

Es waren Graf Mirabeau und andere Führer der Nationalversammlung, die mit ihren Parolen die Legende vom „Sturm auf die Bastille“ erfanden. Als Beweis für eine weitere Geschichtsfälschung in diesem Zusammenhang, die Mär von einer „Zwingburg des Despotismus“, führten sie Skelette an, die im Innenhof der Bastille gefunden worden waren. Waren diese Menschen dort wirklich verhungert oder zu Tode gefoltert worden? Der Historiker Prause schreibt dazu: „Es handelt sich um protestantische Gefangene, die in der Bastille verstorben waren und die im Hof der Festung beigesetzt wurden, weil ihnen auf den katholischen Friedhöfen der Stadt kein Begräbnis zugestanden worden war.“

Die sich um die Bastille rankenden Legenden sind zu viele, um sie alle hier darstellen zu können. Eine, die ebenfalls in die Geschichte einging, handelt von einem geheimnisvollen Häftling, der 1689 in die Bastille kam und 1703 dort verstarb: der Mann mit der „eisernen Maske“. Mal heißt es, er sei ein geheimnisvoller Bruder Ludwigs XIV. gewesen, dann wieder soll es einer seiner Söhne gewesen sein. All das ist nicht bewiesen. Sicher ist aber, dass die Maske, die überall die Phantasie anregte, nicht aus Eisen, sondern aus Samt gewesen ist.

Die Geschichtsbücher sind voll von solchen Fälschungen, die Journalisten bereitwillig wiederholen. Wer hat nicht in der Schule gelernt, dass die napoleonische Armee ihre vernichtendste Niederlage durch die winterliche Kälte auf den russischen Schlachtfeldern erlitt? Das Bild eines von Hunger und Kälte zermürbten französischen Heeres auf dem Rückzug von Moskau ist zur Legende geworden und wird gerade aus diesem Grund immer wieder auch als Vergleich zum Russlandfeldzug Hitlers bemüht. Doch nicht Hunger und Kälte, sondern Mikroben waren schuld am Scheitern der napoleonischen Truppen. In seiner Kulturgeschichte der Plagen und Seuchen schreibt der New Yorker Wissenschaftler Arno Karlen: „In Wirklichkeit war der Russlandfeldzug schon vor dem Marsch auf Moskau gescheitert - hauptsächlich an einer großen Fleckfieberepidemie.

Im Sommer 1812 setzte Napoleon ein Heer von mehr als einer halben Million Soldaten in Marsch. Das Wetter war ungewöhnlich warm und trocken, und das Wasser war knapp. Als die Vorräte aufgebraucht waren, sei verunreinigtes Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen benutzt worden. Als die Truppen dann durch Polen marschierten, seien Fleckfieber und Ruhr ausgebrochen. Je weiter die Franzosen Richtung Osten vordrangen, desto mehr von ihnen starben - nicht jedoch im Kampf, sondern am Fieber. Von der halben Million Soldaten, die im Sommer aufgebrochen waren, kamen nur noch rund 130 000 in Russland an. Nach der Schlacht bei Borodino - und noch mehr Fiebertoten - waren es nur noch 90 000. Als sie den Rückzug antraten, aßen sie Menschenfleisch und Leder, um nicht zu verhungern. Natürlich forderte auch die Winterkälte ihren Tribut. Doch wenn Marschall Ney in seinen Erinnerungen schreibt, nicht russische Kanonen, sondern General Hunger und General Winter hätten die Große Armee besiegt, dann vergaß er den Hauptsieger: General Fleckfieber. Der Bakteriologe Hans Zinsser schreibt zu solchen Geschichtsfälschungen: „Es waren selten die großen Soldaten, die die Kriege gewonnen haben. Sehr viel häufiger haben sie nur abgeräumt, wo die Epidemien bereits ihr Werk verrichtet hatten. Und das Fleckfieber mit seinen Geschwistern - Pest, Cholera, Typhus und Ruhr - hat mehr Schlachten entschieden als Cäsar, Hannibal, Napoleon und andere Geschichtsriesen. Die Epidemien werden für die Niederlagen verantwortlich gemacht, während die Generäle den Ruhm der Sieger für sich beanspruchen. Das Gegenteil wäre zutreffender.“

Nicht nur in Geschichtsbüchern, sondern auch in populärwissenschaftlichen Darstellungen wird heute einhellig der Hauptfeind der napoleonischen Armee beim Russlandfeldzug 1812 unterschlagen - das Fleckfieber. So heißt es in der großen „Geschichte Frankreichs“ die von Franz Herre verfasst wurde: „Wie Alexander der Große tönte Napoleon, werde er sich Indiens bemächtigen und auf dem Wege dahin Russland zerschmettern. Er trommelte die Grande Armee zusammen, über 600 000 Mann... marschierte am 24. Juni 1812 in Russland ein und erreichte am 14. September 1812 Moskau... Die Stadt brannte, Munition und Lebensmittel gingen aus. Die bereits

dezimierte Grande Armee trat den Rückzug an, durch Eis und Schnee, die Kosaken auf den Fersen. 400 000 Mann gingen verloren.“ Der Hauptfeind, die Mikroben, scheint keiner Erwähnung wert. Unter einem kalten Winter hatte Russland 1812/13 tatsächlich zu leiden — doch da waren die napoleonischen Soldaten schon längst zu Hunderttausenden dem Fleckfieber zum Opfer gefallen und auf dem Rückzug. Den Frost gab es somit erst nach dem Untergang der Grande Armee. Doch die wenigen Überlebenden, die nach Frankreich zurückkehrten, erinnerten sich nur an ihre letzten Wochen - an die klirrende Kälte. Und so entstand die bis heute in den Geschichtsbüchern gelehrt - und von den Medien am Leben gehaltene - Legende vom harten Winter, der für Napoleon zu einer Katastrophe wurde.

Nicht nur am Ende, sondern auch am Anfang der napoleonischen Karriere stand eine Geschichtsfälschung. Den berühmten Ausspruch: „Soldaten, von diesen Pyramiden blicken vierzig Jahrhunderte auf euch herab“, den der große Feldherr beim Anblick der Pyramiden getan haben soll, darf man getrost vergessen. Dieses geflügelte Wort, das Feuilletonisten aller Medien noch heute immer wieder mal in Artikel über die Ehrfurcht europäischer Forscher vor der ägyptischen Kultur einfließen lassen, wurde nachträglich in die Biografie des großen französischen Kaisers eingefügt. Napoleon hat in der Umgebung der Pyramiden überhaupt keine Ansprache an seine Soldaten gehalten und den Satz erst Jahrzehnte später beim Diktieren seiner Memoiren auf Sankt Helena formuliert. Viele solcher historischer Zitate sind frei erfunden: So tat der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. nie den Ausspruch: „L'état c'est moi“, der „Eid des Hippokrates“ ist eine spätere Erfindung, und Goethe sagte im September 1792 in Valmy angesichts einer vor den revolutionären Franzosen fliehenden preußischen Armee nicht: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen“, sondern: „Der 20. September 1792 hat der Welt eine andere Gestalt gegeben; es ist der wichtigste Tag des Jahrhunderts.“ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass auch der riesige steinerne Löwe mit dem Menschenkopf nahe den Pyramiden, bekannt als Sphinx, seine Nase nicht etwa, wie immer wieder zu lesen, durch „Erosion“ verloren hat. Es waren vielmehr türkische Soldaten, die diese im 19. Jahrhundert für Zielübungen ihrer Artillerie benutzten.

Die protestantischen Gläubigen unter den Lesern mögen dem Autor nachsehen, dass sie ihr Weltbild vielleicht ein wenig zurechtrücken müssen. Doch auch das protestantische Reformationsfest, das alljährlich am 31. Oktober gefeiert wird, beruht auf einer Geschichtsfälschung. Luthers Anschlag seiner 95 Thesen an die Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517 scheint zwar zur Allgemeinbildung zu gehören - tatsächlich hat es jedoch nie stattgefunden. Bis zu Luthers Tod im Jahre 1546 war nirgendwo auf der Welt von einem Thesenanschlag in Wittenberg die Rede. Auch Luther selbst erwähnt ihn an keiner Stelle seiner Schriften. In Wahrheit hatte Luther seine Thesen nicht etwa öffentlich angeschlagen, sondern dem Erzbischof Albrecht von Magdeburg-Mainz und dem Bischof Hieronymus von Brandenburg geschickt, und zwar in dem Bestreben, das „schamlose Treiben und die lästerlichen Reden der Ablassprediger zu unterbinden“. Der Historiker Gerhard Prause schrieb: „Dass der Anschlag der 95 Thesen

eine Legende ist, die erst nach Luthers Tod entstand, daran kann nicht mehr gezweifelt werden. Luthers Thesenanschlag fand nicht statt.“ Nach wie vor werden aber Geschichts- und Schulbücher gedruckt, in denen der Thesenanschlag gelehrt wird.

Wer schreibt auch schon gern die Geschichte um? Der erste, der die Behauptung vom Anschlag der Thesen aufstellte, war der Reformator Philipp Melanchthon in seiner Vorrede zum zweiten Band von Luthers Werken, die kurz nach dessen Tod veröffentlicht wurde. Doch Melanchthon war zum Zeitpunkt des „Thesenanschlages“ 1517 gerade einmal 20 Jahre alt und lebte nicht in Wittenberg, sondern in Tübingen. Auch ein Gelehrter wie Melanchthon war eben nicht allwissend und konnte sich irren. Aber dieser historische Irrtum ist nicht nur in Kirchenkreisen seit mehr als einem Vierteljahrhundert bekannt. Und dennoch schlägt er sich Jahr für Jahr zum Reformationstag in Form von Gedichten über Luthers „Thesenanschlag“ in den Medien nieder.

Unwissenheit dürfte auch der Grund dafür sein, dass der englische Begriff „Made in Germany“ von den Medien noch immer als historisches Qualitätssiegel für deutsche Produkte verwendet wird. In Wahrheit war genau das Gegenteil der Fall: „Made in Germany“ bezeichnete 1887 bei der Entstehung des Begriffs durch den britischen Merchandise Marks Act qualitativ äußerst minderwertige Produkte. Damit britische Verbraucher qualitativ hochwertige von minderwertigen ausländischen Produkten unterscheiden konnten, mussten letztere nach ihrer Herkunft gekennzeichnet werden. Walter Krämer schreibt dazu in seinem „*Lexikon der populären Irrtümer*“: „Dass deutsche Waren damals keine Qualitätsprodukte waren, bezeugt etwa der deutsche Ingenieur... Releaux, der... in der Jury der Weltausstellung... 1876 saß: Billig und schlecht sei fast alles, was aus Deutschland zu der Ausstellung geliefert werde... Unter anderem auch aufgrund dieser Berichte von Releaux setzte dann in den Fabriken und Betrieben des Deutschen Reiches eine landesweite Qualitätskampagne ein.. .“ Es sollte jedoch Jahrzehnte dauern, bis „Made in Germany“ zu jenem Qualitätssiegel wurde, für das man es heute hält.

Eine andere historische Unwahrheit verdankt ihre Entstehung einem Rufmord der Presse. Gemeint sind die „Potemkinschen Dörfer“. Sie finden sich regelmäßig in den Medien, haben historisch jedoch nie existiert. So berichtete etwa Jens Hartmann in der *Welt* am 25. Januar 1999 („Russlands neuer Wunderjäger kann nicht einmal fliegen“): „Sergejew muss sich ein bisschen wie Katharina II. vorgekommen sein. Deren Günstling Fürst Grigori Potemkin ließ im Jahre 1787 auf der Reise zur Krim eilends Dorfattrappen aufbauen, um vorzuspiegeln, wie gut es der Landbevölkerung gehe.“ Und am 28. März 2000 hieß es in einem Leitartikel von Thomas Schmid in derselben Zeitung: „Potemkinsche Dörfer gaukeln eine Wirklichkeit vor, die es gar nicht gibt: Hinter den Mauern die Öde, das Nichts.“

Nicht nur die Zeitung *Die Welt* nährt weiterhin eine Legende, die in einschlägigen Lexika wenigstens noch mit dem Wort „angeblich“ versehen ist, in Wahrheit aber nie stattgefunden hat. Es waren Neid, Hofklatsch und Intrigen, die einst zu dieser

Verleumdung führten. Fürst Potemkin, Gouverneur der südrussischen Provinzen und der Krim, hat der Kaiserin keinesfalls eilends Dörfer aus Pappmaché errichten lassen. Potemkin war vielmehr ein begnadeter Staatsmann und Gründer vieler Städte (nicht aus Pappe). Es waren böswillige Gerüchte, die bald nach der Inspektionsreise Katharinas aus dem fernen Russland in den Westen drangen und dort begierig aufgegriffen wurden. Die Hamburger Zeitschrift *Minerva*, ein „Journal historischen und politischen Inhalts“, druckte von 1797 bis 1799 anonym jene Artikel, die in Deutschland zur Entstehung der Potemkinschen Legendenbildung wesentlich beitrugen. Verfasser war ein sächsischer Diplomat namens Helbig. Der Historiker Gerhard Prause schreibt dazu: „All diese Lügen, die jener Diplomat aus Sachsen mit seiner Artikelreihe in die Welt setzte und damit Grigori Alexandrowitsch Potemkin zum betrügerischen Marktschreier machte, wurden erst nach fast anderthalb Jahrhunderten durch den Russen George Soloveytchik, der die erste kritische Potemkin-Biographie schrieb, entlarvt. In Wahrheit war Potemkin einer der großen Staatsmänner Europas im 18. Jahrhundert... Vieles von dem, was er aufgebaut hat, besteht noch heute, weil es eben alles andere als Attrappen waren.“

Russland hatte damals tatsächlich eine Reihe neuer Städte zu bieten, nur im Westen glaubte man an eine Täuschung - und unterschätzte das Zarenreich, wie später noch so oft. Zu den von Potemkin erbauten Städten gehörten Sewastopol und Jekaterinoslaw (heute besser bekannt als Dnjepropetrowsk), Cherson und Mikolajew. Auch im Russlandfeldzug 1941 erinnerte sich die Nazi-Propaganda der „Potemkinschen Dörfer“. Statt Pappdörfern berichtete der Desinformationsapparat nun über Papp-Panzer. Doch die Panzer des Typs T-34, auf die die deutschen Soldaten stießen, waren aus Stahl. Sogar nach dem Zweiten Weltkrieg hielt sich der Mythos von Russland, das teilweise nur aus Pappmaché bestand, aufrecht. Eine besondere Stilblüte wurde dabei das „Sputnik“-Fieber. Als Moskau im Oktober 1957 den ersten Satelliten in die Umlaufbahn schoss, gab es Journalisten, die auch diese Entwicklung für ein Potemkinsches Dorf hielten und berichteten, die vom „Sputnik“ gesendeten Signale kämen nicht aus dem Orbit, sondern aus dem Gebiet der Sowjetunion.

Einmal zumindest hat Moskau in jüngerer Zeit wirklich versucht, mit etwas Pappmaché der Welt einen gewaltigen Bären aufzubinden: Als im Januar 1999 das russische „Wunderflugzeug des 21. Jahrhunderts“ aus dem Hangar rollte - ein Mehrzweckjäger mit Stealth-Technik -, verbarg sich unter der Hülle ein mehrere Jahre alter Kampfjet des Typs MFI-1/44, dem es an einer für Flugzeuge unabdingbaren Eigenschaft fehlte: der Fähigkeit zu fliegen. Damit aber hatten die Konstrukteure nicht nur die Militärs aus aller Welt getäuscht. Auch das Moskauer Verteidigungsministerium sah sich blamiert, hatte es doch hohe Summen für die Entwicklung des „Wunderflugzeugs“ ausgegeben.

Wissenschaftliche Sensationen

Beinahe wöchentlich erfahren geneigte Leser von neuen „Durchbrüchen“ bei wissenschaftlichen Forschungen. Nicht immer sind die Quellen obskure Quacksalber. Auch seriöse Organe helfen auf diesem Gebiet immer wieder dabei, Falschmeldungen in die Welt zu setzen. So veröffentlichte das angesehene *British Medical Journal* im September 1992 einen Bericht über das Medikament Antistreplase, das nach einer Feldstudie an Patienten in Schottland vielversprechende Resultate erbrachte. Angeblich konnte mit seiner Hilfe die Überlebenschance eines Herzinfarkt-Patienten verdoppelt werden. Doch 1998 berichtete der britische *Telegraph*, in Wahrheit sei der Erfolg von Antistreplase nur halb so groß wie zuvor behauptet.

Auch Infusionen mit Magnesium, 1993 vom *British Medical Journal* als Durchbruch bei Herzinfarkt-Patienten gefeiert, waren wohl eher eine Zeitungssente. Denn in einer 1995 von der Fachzeitschrift *Lancet* veröffentlichten Langzeitstudie an 58 000 Herzinfarkt-Patienten, konnte der angeblich „unglaubliche“ Effekt der Magnesium-Infusionen nicht mehr nachgewiesen werden und wurde in der Studie deshalb erst gar nicht mehr erwähnt. Der *Telegraph* zitierte deshalb eine weitere Studie, in der die Zahl der Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten in den Jahren 1982 und 1992 gegenübergestellt wurde: Es gab - trotz wissenschaftlicher „Durchbrüche“ - keinen Unterschied. Zwanzig Prozent der Infarkt-Patienten starben.

Der *Telegraph* listete eine ganze Reihe solcher wissenschaftlicher Irrtümer auf. So habe 1994 Dr. Michael Mendall vom Londoner Saint George's Hospital mit viel Wirbel einer erstaunten Öffentlichkeit darüber berichtet, dass Herzinfarkte durch ein im Magen des Menschen siedelndes Bakterium hervorgerufen würden. Wissenschaftliche Standardwerke übernahmen zeitweise diese „Erkenntnis“. Heute spricht niemand mehr darüber.

Auch die in allen einschlägigen Medien verbreitete Legende von der angeblichen Krebsresistenz von Haien wurde längst als Mythos enttarnt. Dennoch schlucken täglich Zehntausende Menschen Präparate aus Haifischknorpel, weil 1983 in einer Studie behauptet worden war, Haie könnten keine Tumore entwickeln. Wissenschaftler der amerikanischen George-Washington-Universität fanden im Jahre 2000 jedoch heraus, dass Haie und ihre nahen Verwandten an mindestens 40 verschiedenen Tumorarten erkranken können. Und einige der Haie litten ausgerechnet an Knorpelkrebs.

Die Öffentlichkeit scheint Meldungen über Gesundheitsgefahren oder verbesserte Gesundheitsvorsorge begierig aufzusaugen, auch wenn der Wahrheitsgehalt oftmals zweifelhaft ist. So meldete die Deutsche Presseagentur am 17. September 1997: „Gentechnik-Soja hat unvorhergesehene Nebenwirkungen.“ Es war die Begleitmeldung zu einer Greenpeace-Demonstration vor dem Berliner Robert-Koch-Institut, zu der nach dpa-Angaben auch ein halbes Dutzend Kühe gehörten. Das Robert-Koch-Institut war Ziel der Demonstration, weil ihm die Genehmigung gentechnisch veränderter Sojabohnen oblag. Greenpeace behauptete damals, die Milch von Kühen, die mit Gentechnik-Soja des

amerikanischen Lieferanten Monsanto gefüttert worden waren, habe eine um acht Prozent höheren Fettgehalt als die „normaler“ Kühe. Niemand habe das bislang berücksichtigt.

Nun hatte Monsanto Europe SA 1996 von britischen Behörden die Genehmigung erhalten, gentechnisch veränderte Sojabohnen in der Europäischen Union zu vermarkten. Dem Antrag hatte das Unternehmen eine Fütterungsstudie beigelegt, in der behauptet worden war, dass sich die Milchproduktion und die Milchezusammensetzung durch die Verfütterung von zwei bestimmten gentechnisch beeinflussten Sojabohnensorten nicht wesentlich veränderten. Hatte Monsanto Europe SA also die Öffentlichkeit belogen, oder irrte Greenpeace?

In der Tat war der Milchfettgehalt um acht Prozent erhöht. Doch es gab eine einfache Erklärung. Die Kühe hatten mehr gefressen und daher auch einen erhöhten Fettgehalt in ihrer Milch. Statistisch gesehen war das unbedeutend und brauchte die Öffentlichkeit nicht zu beunruhigen. Die Milchfettleistung ändert sich von Kuh zu Kuh und von Rasse zu Rasse. Fütterung und Laktationsstadium spielen eine weitere Rolle. Was Greenpeace gefunden hatte, war in Wahrheit nur eine Steigerung der absoluten Milchfettwerte um 0,25 Prozent. Und die liegt im Rahmen der natürlichen Schwankungen.

Wissenschaftliche Sensationsmeldungen werden oft zu Legenden. Gerade die aufopferungsvollen Ärzte, die uneigennützig im Dienste der Menschheit im Selbstversuch die Wirkung von Medikamenten testeten, sorgten für viele solcher unwahrer und dennoch immer wieder zitierter Legenden. Dazu gehört etwa der Selbstversuch von Sigmund Freud, der 1884 als noch unbekannter Wissenschaftler „voller Tatendrang“ (so ein Teil der Legende) die Wirkung des Kokains auf Muskelkraft und psychische Reaktionsgeschwindigkeit an sich selbst beobachtete. Seine Dokumentation verheimlicht jedoch, dass es nicht in erster Linie physiologische Experimente im Dienste der Menschheit, sondern das subjektive Rauschgefühl und die Euphorie waren, die Freud immer wieder zum Kokain greifen ließen. Auch seiner entfernt lebenden Braut ließ er Kokain zukommen. Freud wollte Kokain „in die medizinische Praxis“ einführen „und damit finanziell unabhängig“ werden, um „endlich heiraten zu können“, berichtete die *FAZ*. Man müsse Freud wohl eher bescheinigen, eher ein strategisch denkender, listiger Autor gewesen zu sein als ein heroischer, altruistischer Experimentator.

Der Bonner Medizinhistoriker Heinz Schott hat zahlreiche Berichte und Versuche zusammengetragen, die dem medizinischen Fortschritt keinen Dienst erwiesen haben und dennoch in die Geschichte eingegangen sind. Dazu zählt etwa der Hygieniker Max Pettenkofer, der 1892 frisch gezüchtete Choleraerkrankungen trank, um zu beweisen, dass die Seuche vor allem durch ungünstige Umweltbedingungen gefördert wird. Da er sich nicht den schon damals bekannten Quarantänemaßnahmen unterzog, hätte er in München eine Choleraepidemie hervorrufen können. Dennoch wird er für seine „Aufopferung“ wie Dutzende anderer Wissenschaftler noch heute in den Lehrbüchern wie auch von Journalisten gelobt.

Solche Wissenschafts-Mythen reichen bis ins Altertum zurück. Der ägyptische Astronom Ptolemäus etwa hat sein Hauptwerk, für das er noch heute gerühmt wird, das

Almagest, abgeschrieben. Die darin enthaltene Position der Sterne übernahm er aus den Aufzeichnungen eines 200 Jahre vor ihm lebenden Mannes mit Namen Hipparchos von Nizäa. Ähnliche wissenschaftliche Fälschungen begingen auch Isaac Newton, Galilei und viele andere berühmte „Wissenschaftler“, deren Fälschungen heute jedoch in Vergessenheit geraten zu sein scheinen.

Und ewig lockt das Sommerloch

Wenn sich die Politik in die Ferien verabschiedet, die Flugzeuge voll und die Straßen vom Stau gezeichnet sind, herrscht in vielen Redaktionsstuben Ratlosigkeit. Was soll man dem Leser, der gerade in diesen Urlaubswochen mehr Zeit denn je zum Lesen, Radiohören und Fernsehen hat, Appetitanregendes servieren?

Im August 1999 zeigte sich beim Nachrichtensender CNN, dass auch dort in den Redaktionsstuben offensichtlich das Sommerloch eingekehrt war. Wie in jedem Jahr kämpften Umweltschutzgruppen um die Rettung letzter Refugien bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Und über Erfolge und Misserfolge werden wir an den Bildschirmen natürlich auch von CNN unterrichtet. Dieser Sender wollte nun im August 1999 im afrikanischen Kamerun ergründen, was einheimische Jäger dazu veranlasst, im Regenwald auch selten gewordene Tiere zu erlegen und anschließend geräuchert als „Buschfleisch“ auf afrikanischen Märkten feilzubieten. Einer der Jäger frohlockte im Gespräch mit CNN, er schätze sich glücklich, wenn er einen Schimpansen oder Gorilla erlegt habe. Bis dahin klang die Berichterstattung auch noch ganz glaubwürdig. Das allein machte den afrikanischen Jäger noch nicht außergewöhnlich, hätte der Nachrichtensender den Namen des Mannes nicht ständig mit „Rettet den Regenwald“ angegeben. Auch auf den Internet-Seiten von CNN konnte man das in jenen Tagen nachlesen. Sollten die Eltern des Buschfleischjägers „Rettet den Regenwald“ im Urwald einst wirklich auf eine deutsche Umweltschutzgruppe getroffen sein und ob dieser Begegnung einen Sohn nach ihr benannt haben? CNN sollte auch dieser Frage einmal nachgehen.

Blutrünstige Vampire sind geneigten Redakteuren der Boulevardabteilung stets eine Meldung wert, versprechen Gruseln und Angst, doch Quotensteigerungen. Immer wieder wird in solchen Geschichten auch auf Fürst Vlad Dracul, den historischen „Dracula“, hingewiesen. Der Ire Bram Stoker hatte diesen menschlichen „Vampir“ in seinem 1897 erschienenen Roman weltweit berühmt gemacht. Der Autor hielt sich dabei an Überlieferungen, die im 18. Jahrhundert auf dem Balkan entstanden waren. Das Märchen ist wahrlich gruselig. An den geschilderten Vorkommnissen, dem düsteren Aberglauben, dass Tote zurückkehren, um Blut zu saugen, ist natürlich kein Funke Wahrheit. Die Ursprünge dieser Balkansaga gehen auf die zwanziger Jahre des 18. Jahrhunderts zurück. Zwischen 1721 und 1728 wütete auf dem Balkan eine Tollwutepidemie. Tollwut wird durch Bisse von Füchsen, Hunden und - man staune- Fledermäusen übertragen. All diese Tiere werden auf dem Balkan (zum Teil auch in Deutschland) noch heute mit dem Vampirglauben in Verbindung gebracht.

Tollwutviren greifen das Gehirn an und bewirken wachsende Aggressivität. An Tollwut Erkrankte beißen auch andere Menschen. Sie leiden unter Schlaflosigkeit, meiden helles Licht und reagieren stärker als Gesunde auf intensive Gerüche (wie etwa dem von Knoblauch). In manchen Fällen bekommen an Tollwut Erkrankte auch Krämpfe der Gesichtsmuskulatur, die an das „Zähnefletschen“ des Herrn Dracula erinnern. Graf Dracula war also kein Vampir, sondern vielmehr ein Opfer der Tollwut. Nachlesen konnte

man das 1998 auch im amerikanischen Fachblatt *Neurology*. Dennoch kursieren alljährlich im Sommerloch wieder gruselige Geschichten über angebliche „Vampirbisse.“

Wäre es nicht auch eine Riesensensation, wenn man der Welt endlich einmal das Original der Erstausgabe des weltberühmten Rechenbuchs von Adam Riese zeigen könnte? Im August 1991 platzte die Bombe. „Erstausgabe des Rechenbuchs von Adam Riese gefunden“, hieß es in den Nachrichtenagenturen. Endlich etwas Sensationelles in der schwülen Sommerhitze! Die Handelskammer Hamburg hatte in einer Pressemitteilung berichtet, dass die „literarische Rarität jetzt in den Gewölben unterhalb der Commerzbibliothek“ entdeckt worden sei.

Doch die Riesensensation erwies sich als gewaltiger Sommerflop. Die Institution wollte mit der aufgeblasenen Information nur einen Pressecoup für sich landen, so der Pressesprecher der Universität Eichstätt, Peter Schulz, später in einem Gespräch mit DPA. Tatsächlich hatte man Fragmente eines Adam-Riese-Buchs entdeckt, doch es war nicht die Erst-, sondern eine spätere Auflage. Und so steht die einzig vollständig erhaltene Ausgabe der zweiten Auflage des Rechenbuchs weiterhin nicht in einer Hamburger Bibliothek, sondern in der Columbia State University in New York.

Pseudowissenschaftliches ist im Sommerloch allerdings meist der „Renner“. In einem ansonsten seriösen deutschen Nachrichtenmagazin hält sich beharrlich die Auffassung, die Scheiben mittelalterlicher Kirchen seien unten dicker als oben, weil Glas kein Festkörper ist, sondern eine hochviskose Flüssigkeit und im Laufe der Jahrhunderte nach unten sacke. In Wahrheit ist bei allen im Mittelalter verwendeten Glassorten die Viskosität so „groß“, dass selbst das Gesamtalter des Weltalls nicht ausreichen würde, um sichtbare Dickenänderungen hervorzurufen. Die Zeitschrift *Kosmos* bemerkte denn auch zu entsprechenden, vorgeblich seriösen Berichten: „Dass alte Kirchenfensterscheiben im unteren Teil tatsächlich oft dicker sind als oben, hat einen anderen Grund: Bis zum 19. Jahrhundert konnte man keine Glasscheiben einheitlicher Stärke herstellen. Meist war die eine Seite etwas dicker als die andere. Aus Stabilitätsgründen haben die alten Glaser die massivere Seite als die untere genommen. Wenn Sie also wieder einmal lesen, im Laufe der Jahrhunderte sei das Glas mittelalterlicher Scheiben nach unten gesackt, dann wissen Sie, was man davon halten sollte.“

Wenn es im Sommerloch mal nichts zu berichten gibt, dann muss das Wenige wenigstens aufgebauscht werden. Der *Bild*-Zeitung gebührt ein Ehrenpreis für diese Kunstfertigkeit. Schlimm wird es aber dann, wenn die reißerischen Berichte Kranke falsche Hoffnungen schöpfen lassen. So titelte *Bild* im September 1997 - lange bevor auch nur der größte Teil des menschlichen Genoms entziffert worden war - „Gen-Therapie löst Krebs-Tumore auf“. Fünf Zentimeter hoch waren die Lettern von Europas auflagenstärkster Tageszeitung. Doch die Sensationsmeldung war eine Ente, schlampig recherchiert und im Inhalt konfus. Verzweifelte Patienten knüpften ihre Hoffnungen an den Zeitungsausschnitt und ließen nicht nur beim Heidelberger Krebsinformationsdienst die Telefone nicht mehr stillstehen. In Wahrheit gab es gar keinen Fortschritt bei der „Gen-Therapie“, denn Forscher der

Berliner Charité hatten zwar Zellen gezüchtet, die das Immunsystem gegen Krebszellen mobilisieren sollten, nicht jedoch genetisches Informationsmaterial in die Krebszellen eingefügt. Die Forscher der Charité waren denn auch empört und stellten richtig: „Weder enthält unsere Pressemitteilung derartige Aussagen, noch haben wir mit irgendeinem Vertreter der *Bild*-Zeitung gesprochen.“

Pünktlich zum Sommerloch 1998 tauchte im August des Jahres eine andere gentechnische Panikmeldung auf. Angeblich, so hieß es in deutschen Medien unter Berufung auf das britische Rowlett-Forschungsinstitut, hätten genveränderte Kartoffeln das Immunsystem von Ratten geschwächt. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe, gehören Kartoffeln doch zu den beliebtesten deutschen Grundnahrungsmitteln. Und wer weiß schon, ob die auf dem Wochenmarkt gekauften Kartoffeln auch wirklich nicht genverändert sind? Doch wieder einmal war es viel heiße Luft, da die von den britischen Wissenschaftlern im Experiment verfütterten Kartoffeln gar nicht gentechnisch verändert worden waren. In Wahrheit war es das Insektizid Noncalavalin-A, das das Immunsystem der Ratten angegriffen hatte.

Hoffentlich nicht wieder ereignen wird sich auch die von einem SPD-Abgeordneten verbreitete pseudowissenschaftliche Falschmeldung, das Umweltbundesamt habe vor UV-Strahlen gewarnt. Es war zwar nicht Sommer, sondern April. Doch deshalb war die Anfang April 1993 veröffentlichte Meldung noch lange nicht als Aprilscherz gedacht, forderte der Abgeordnete doch „dringend Verhaltensregeln“ für die Bevölkerung, weil der UV-Anteil des Sonnenlichts angeblich schon im April 80 Prozent der Werte erreicht habe, die sonst im Sommer üblich seien. Der Meteorologe des Umweltbundesamts, Rainer Stern, sagte denn auch zu der über viele Zeitungen verbreiteten Warnmeldung: „Totaler Blödsinn, wir haben gar keine Warnung ausgesprochen, da müssten wir im Sommer ja jeden Tag warnen... Die Sonne bräunt jetzt auch nicht anders als an wolkenlosen Sommertagen.“

Im Sommer des Jahres 1988 wurden die Deutschen von einer anderen grauenvollen Meldung erschreckt, stand doch eine „Sonneneruption“ bevor. „Der gefährlichste Tag des Jahres“, lautete die Überschrift zu einer Agenturmeldung. Die bedrohlichen Auswirkungen der „Sonneneruption“ würden nicht nur im Äther zum „totalen Chaos“ führen. Auch auf der Erde sei Vorsicht bei allen Tätigkeiten im Freien angebracht. Deutsche Sternwarten hatten alle Mühe, die verängstigten Anrufer zu beruhigen, sind doch Sonneneruptionen ebenso wie Sonnenflecken natürliche Erscheinungen, die keinerlei Auswirkungen auf den Menschen haben. Sonneneruptionen ereignen sich häufig im Umfeld von Sonnenflecken, und ihre Emissionen, Röntgenstrahlen und schnelle Teilchen, werden seit Millionen Jahren ohne Komplikationen von der Erdatmosphäre aufgefangen. Zwar kann es manchmal zu kurzfristigen Störungen des Magnetfelds kommen - 1984 wurden in diesem Zusammenhang einmal Funkstörungen registriert -, doch wirklich außergewöhnliche Vorkommnisse sind nicht zu befürchten. Es war deshalb auch eine Zeitungssente, als wenige Tage später im selben Sommer behauptet wurde, die Sowjetunion habe ihre um die Erde kreisenden Astronauten vorsorglich wegen des angeblichen Magnetsturms in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Ernster nehmen aber selbst Fachjournalisten im Sommerloch die pseudowissenschaftliche Legende, derzufolge afrikanische Elefanten, wenn sie den Alterstod nahen fühlen, einen einsamen Ort aufsuchen, um dort in Ruhe zu sterben. Die Rede ist von sogenannten „Elefantenfriedhöfen“, die auch seriöse Natursendungen der verschiedenen Fernsehanstalten immer von neuem beschwören. Suggestiert wird dem Zuschauer dabei ein scheinbar übermächtiger Zwang, der die grauen Riesen alle an einen geheimnisvollen Ort ziehen lässt, an dem sie sich zum Sterben niederlegen - ein „Friedhof“ eben.

Geldgierige Abenteurer haben sich immer wieder auf die Suche nach diesen legendären Orten begeben, um sich des Elfenbeins zu bemächtigen, jedoch nichts gefunden. Nur einen winzigen Funken Wahrheit hat die Geschichte. Er weist jedoch in eine andere, wesentlich banalere Richtung: Elefanten sterben im Alter von etwa 60 Jahren: zu einem Zeitpunkt also, da ihre Zähne verbraucht sind. Wenn die letzten Mahlwerkzeuge abgewetzt sind, kann ein Elefant Rinden und Äste nicht mehr kauen und muss dorthin wandern, wo weiche, leicht verdauliche Gräser wachsen: in morastige Sumpfgebiete. Sind die Ufer dort erst einmal abgeweidet, muss der Viertonner immer tiefer in den Morast, um Nahrung zu finden. Irgendwann wird er im Sumpf versinken. So gesehen gibt es „Elefantenfriedhöfe“ in den afrikanischen Sumpfgebieten tatsächlich. Mit dem Zwang eines übermächtigen Zaubers, der sie alle an einem Ort auch im Tode vereinen will, hat das aber nichts zu tun.

Je absurder eine Geschichte ist, desto größer ist die Chance, dass sie im Sommerloch Aufmerksamkeit findet. Die österreichische *Neue Kronen-Zeitung* fragte ihre Leser unter der Überschrift „Angler zog Taucher aus 40 Meter Tiefe an Traunseeufer“ vorsichtshalber gleich im ersten Satz: „Anglerlatein oder Zeitungsentente?“ Dann berichtete sie über einen „gehörlosen Sportfischer“, den lieben „Heinz O. (22)“, der es eigentlich auf Aale und Welse abgesehen hatte, aber einen Froschmann an Land zog, der 40 Meter unter der Wasseroberfläche versenkte Kriegsrelikte oder Antiquitäten gesucht haben will. „Mit einem Unterwasserscheinwerfer suchte er den Seegrund ab, als sich an seinem Fuß der Drillingshaken mit der Stahlkernschnur verfang, die 120 Kilo Zugkraft aushält“, hieß es da. Dann fährt der Bericht mit einem Zitat des Anglers fort: „Ich hab einen ganz großen Fisch vermutet.“ Man ahnt es schon, die Angelrute drohte abzurechen, der Faden zu reißen. „Erst nach einer Viertelstunde kappte der Fischer die Schnur erschrocken, als ein Lichtkegel unter der Wasseroberfläche auftauchte: Als vor seinen entsetzten Augen ein Taucher kopfüber an der Angel zappelte und sich nicht befreien konnte, weil er seinen teuren Scheinwerfer nicht loslassen wollte. Beide atmeten schwer, entschuldigten sich gegenseitig: Der erschrockene Froschmann versprach, jeden Schaden am Angelzeug zu ersetzen, der ebenso atemlose Fischer sicherte im Gegenzug zu, den verbotenen Tauchgang nicht zu verraten. Der Gehörlose zeigte zwar seinen ungewohnten Fang seinem Sportfischerverein Traunsee an, verschwieg aber den Namen des Froschmanns.“

Das alles klingt zu schön, um wahr zu sein. Kann es auch gar nicht, jedenfalls nicht so, wie in dem Bericht dargestellt. Aber offenkundig gibt es in der Redaktion der *Neuen Kronen-Zeitung* keinen Taucher. Der nämlich wäre stutzig geworden. In 40 Meter Tiefe herrschen fünf Bar Luftdruck. Der erhöhte Druck bewirkt, dass sich Stickstoff aus der Atemluft im Körpergewebe löst. Beim Aufstieg, wenn sich der Umgebungsdruck

verringert, beginnt der absorbierte Stickstoff den Körper wieder durch den Blutkreislauf zu verlassen. Der Abbau des überschüssigen Stickstoffs muss langsam erfolgen, und zwar durch Atmung. Deshalb gibt es für Taucher, die in Tiefen von mehr als zwölf Metern vorstoßen, Ruhezeiten mehrere Meter unter der Wasseroberfläche, die unbedingt eingehalten werden müssen, weil sich sonst Stickstoffblasen im Blutkreislauf bilden. Das ist dann etwa so, als ob man eine Flasche Mineralwasser mit Kohlensäure schüttelt und öffnet. Diese Stickstoffblasen, die ein aus 40 Meter Tiefe an einer Angelschnur emporgezogener Taucher, dem die vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht vergönnt sind, mit großer Wahrscheinlichkeit entwickeln wird, nennt man Dekompressions-Krankheit. Ein betroffener Taucher muss in einer Deko-Kammer (Druckkammer) rekomprimiert werden. Schwindel, Schock, Taubheitsgefühl, Lähmungserscheinungen und Atemnot hätte die *Neue Kronen-Zeitung* schildern können, um den Bericht glaubwürdiger zu machen. Aber einen zappelnden Taucher, der gewiss weiß, welche gesundheitlichen Gefahren ihm drohen, und dann beim Aufstieg nur an den teuren Scheinwerfer denkt?

Manipulierte Statistiken

Wie schreibt doch Walter Krämer in seinem lesenswerten Buch „*So lügt man mit Statistik*“: „Es gibt ein Gentlemen's Agreement unserer Medien, dass im Dienste einer guten Sache die Wahrheit nicht so wichtig ist. So rechtfertigt das *Deutsche Ärzteblatt* einen Fehler in der AIDS-Statistik - nämlich durch sogenanntes »Kumulieren« die aktuellen Krankenstände höher darzustellen, als sie wirklich sind - mit den Forschungsgeldern, die so leichter einzuwerben seien. »Wenn die Kumulierung zu diesem Effekt beiträgt«, lesen wir dort schwarz auf weiß, »dann sollten wir es noch eine Weile dabei belassen.«“

Es ist das Verdienst von Krämer, statistische Falschmünzer entlarvt zu haben. Nicht nur Arbeitslosigkeit oder Armut, auch vieles andere, was wir zählen, messen und vergleichen, sieht je nach Brille, durch die wir es betrachten, einmal so und einmal anders aus. So gibt es nach einem „Bericht zur Bekämpfung des Analphabetismus in der Bundesrepublik“ angeblich rund 500 000 Menschen, die des Lesens und Schreibens unkundig sind in Deutschland, während es zu Kaiser Wilhelms Zeiten Anfang des 20. Jahrhunderts nur 10 000 waren. Erschreckende Berichte über die angebliche Zunahme der Analphabeten führen jedoch in die Irre, weil vor einem Jahrhundert all jene als Analphabeten galten, die ihren Namen nicht schreiben konnten. Heute jedoch ist dieser Begriff wesentlich weiter gefasst. Es geht um das Zusammenspiel von Lesen, Schreiben und Rechnen als Kulturtechniken. Und ein jeder, der Schwierigkeiten mit den Grundrechenarten hat, gilt gleich auch als Analphabet.

Krämer bringt in seinem Buch eine weitere, häufig von den Medien unkritisch wiedergegebene Schlagzeile und widmet sich der statistischen Darstellung der Säuglingssterblichkeit: „In einer internationalen Statistik war einmal zu lesen, dass in Deutschland (West) von 1000 Babys 19 die Geburt nicht überleben, mehr als beispielsweise in Hongkong (15) oder Singapur (14), also in Ländern, von denen wir anzunehmen geneigt sind, dass sie der Bundesrepublik hinsichtlich Hygiene und Gesundheitswesen eher unterlegen sind.“ Es lag an der Definition des Ausdrucks „Säuglingssterblichkeit“. In Deutschland werden alle lebend Geborenen - ohne die Totgeborenen -, die im ersten Lebensjahr sterben, unter den Begriff subsumiert. In anderen Ländern gelten jedoch auch jene als Totgeborene, die den ersten Tag oder die ersten Tage nicht überleben. Krämer kritisiert auch die ständigen Berichte über die Armut in Deutschland. Er zitiert einen Bericht der Bielefelder *Neuen Westfälischen* mit der Schlagzeile „Immer mehr Armut in reicher Republik“: „Die Armut wird in der reichen Bundesrepublik ein immer größeres Problem. Nach einer gestern vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem paritätischen Wohlfahrtsverband veröffentlichten Studie lebt jeder zehnte Deutsche an oder unter der Armutsschwelle... »Noch nie lebten in der reichen Bundesrepublik so viele Arme wie zur Zeit«, so fasste die stellvertretende DGB Vorsitzende... gestern in Düsseldorf das Ergebnis einer Studie »Armut im Wohlstand« zusammen... Besonders häufig von Armut betroffen seien Arbeitslose, alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien.“

Als arm gilt in der Studie jeder, der weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Statistik-Fachmann Krämer erklärt den Taschenspielertrick, mit dem Politiker und Gewerkschaften hier Meinung machen: „...und damit wird klar, warum die Armut nicht verschwinden kann: Selbst wenn alle Bundesbürger, reiche wie arme, doppelt oder dreimal soviel Geld verdienen oder sonstwie ausgezahlt bekämen als zuvor - der Anteil der Menschen unter der Hälfte des Durchschnitts bliebe der gleiche, der er vorher war; selbst ein Verzehnfachen oder Verhundertfachen ändert daran nichts - der Anteil der Personen unter der Hälfte des Durchschnitts rührt sich keinen Millimeter von der Stelle.“ So wie der Tiefgang eines Schiffes in der Schleuse bei jedem Wasserstand der gleiche bleibe, genauso bleibe die Armut, ganz egal, wie reich wir würden, per Begriffsbestimmung immer gleich. Krämer wirft den Redakteuren der *Neuen Westfälischen* vor: „In der obigen Meldung war die Armutsgrenze bei 2000 Mark im Monat angesetzt – darunter ist eine Familie arm. Hätte die *Neue Westfälische* statt dessen die Messlatte von 1970 angelegt - damals weniger als 1200 Mark im Monat -, hätte die Armut drastisch abgenommen.“

Über die vom DGB, Wohlfahrtsverbänden und manchen Medien beklagte Armut in Deutschland können die wirklich Armen dieser Welt nur lachen. Krämer schlägt deshalb vor: „... lässt sich die vom DGB beklagte Wohlstandsarmut spielend leicht beheben – wir nehmen den Reichen ihre Mehrverdienste weg, dann haben wir alle das gleiche, und die Armut ist verschwunden“.

Welcher Unsinn aus solchen statistischen Erhebungen entstehen kann, zeigt ein Blick auf Finnland. Da hatte das finnische Sozial- und Gesundheitsministerium eine Studie veröffentlicht, in der eigentlich der Zusammenhang zwischen einer leichten wirtschaftlichen Rezession und dem gesundheitlichen Befinden der Bevölkerung herausgefunden werden sollte. Die Frage, die zu internationaler Aufmerksamkeit führte, lautete: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten das Gefühl oder die Erfahrung von Hunger gehabt?“ Drei Prozent von 1906 Befragten bejahten, irgendwann einmal in den vergangenen Monaten hungrig gewesen zu sein. Es ging nicht etwa um chronische Unterernährung, sondern um knurrenden Magen. Weil nun 57 Finnen (von 1906 Befragten) die Frage bejahten, wurde hochgerechnet. Und so kam man in Anbetracht der Gesamtbevölkerung auf 100 000 hungernde Finnen. Ein Aufschrei ging um die Welt. Warum hatte niemand bemerkt, dass Finnland längst nicht Geber, sondern Empfänger von internationaler Entwicklungshilfe sein müsste?

Wo es eine solche Statistik gibt, da braucht man Bilder, um sie dem Zuschauer zu präsentieren. Und so schwärmten die Kamerateams aus, um „Brotschlangen“ vor einem Büro der Heilsarmee in Helsinkis Stadtbezirk Kallio zu filmen. Die Zeitung *Aftenposten*, deren Redaktion peinlicherweise ebenso wie die Kollegen vom Fernsehen bis zu der Studie noch nicht mitbekommen hatten, wie groß das Leid der Finninnen und Finnen war, titelte: „Die Finnen im freien Fall.“ 100 000 Mitbürger seien derart arm und ausgeschlossen von der Gesellschaft, dass sie sich nicht einmal mehr jeden Tag eine Mahlzeit leisten könnten. Aus ursprünglich 57 Finnen, die irgendwann in den vergangenen Monaten auch nur einmal vor einem leeren Kühlschrank gestanden hatten, wurden 100 000 täglich Hungernde.

Der finnische Sozialminister Jorma Huuthanen kämpfte auf verlorenem Posten, als er sich bemühte, das reichlich verzerrte Bild zu korrigieren. Es gab eine Hungerdebatte ohne Hungernde. Und in der internationalen Berichterstattung über die „finnische Hungersnot“ wurde vergessen, dass es in jenem Land Arbeitslosengeld und Sozialhilfe gibt, ausreichend, um keinesfalls Hunger leiden zu müssen. Die Heilsarmee in der Castrenstraße im Helsinkier Stadtteil Kallio verteilt Tag für Tag etwa 100 Brote an Menschen, die ihre Sozialhilfe in Alkohol umsetzen. Und eben das war die „Brotschlange“, die im Fernsehen dann als „Beleg“ dafür dienen sollte, dass Finnland angeblich auf dem Weg in ein Hungerland war.

Statistikgläubigkeit führte auch in Italien zur Verwirrung, berichtete die Zeitung *II Sole* über eine unglaubliche Pleitewelle in Südtirol. Demnach mussten mehr als 1000 Einzelhandelsgeschäfte in Südtirol schließen. Die Provinz Bozen war damit angeblich das italienische Schlusslicht bei der Wirtschaftsentwicklung. Berufen konnte sich *II Sole* bei diesen Daten auf ein eigentlich unverdächtiges Institut, die Italienische Handelskammer. Und dieser zufolge lag Bozen tatsächlich noch weit hinter Reggio Calabria. Doch der schlimme Aderlass erwies sich als Trugschluss: Die Bozener Handelskammer war erst kurz zu vor an die Datenbank angeschlossen worden und entdeckte andauernd Fehler in der zweisprachigen Datenbank, die jedoch niemand korrigierte.

Enttarnter Ufo-Mythos

Früher kamen sie als Elfen oder Gnome, heute mischen sie sich als kleine graue Wesen mit großen Augen unter die Menschen. Außerirdische haben angeblich über die Jahrhunderte eine besonders ausgeprägte Anpassungsfähigkeit entwickelt. Millionen Menschen scheinen davon überzeugt zu sein, dass wir außerirdische Verwandte haben, die uns mit ihren fliegenden Untertassen besuchen. Nach einer CIA-Studie glauben 57 Prozent der Amerikaner an Besuche Außerirdischer. Zwar gibt es keinen Beweis dafür, dennoch reißen sich viele Medien um Ufo-Geschichten.

So berichteten etwa zwei Frauen, die in der niederländischen Stadt Assen vor einem „Ufo“ auf die nächstgelegene Polizeiwache geflüchtet waren, ihr Auto sei von einer fliegenden Untertasse verfolgt und angestrahlt worden. Eine ganze Schar von Journalisten war glücklich und schrieb sich die Finger wund. Doch der Vorfall konnte bald geklärt werden: Ein Polizeihubschrauber hatte seine Suchscheinwerfer auf das Fahrzeug gerichtet. Der Wagen hatte Verdacht erregt, weil die Fahrerin mehrfach das Licht ein- und ausschaltete.

Auch in Essen glaubte man an einen Besuch Außerirdischer. Doch was zunächst wie die Invasion aus fremden Sphären aussah, stellte sich schnell als von Menschenhand geschaffenes Lichterspiel heraus: Auf dem Dach eines Vergnügungszentrums waren mehrere Rundumscheinwerfer neu installiert worden. Und ein in Australien gefundener „lebender Wackelpudding von Außerirdischen“, eine gallertartige wabbelnde Masse, entpuppte sich als Fischrogen, der vom Wind in das Landesinnere getragen worden war. Nicht immer lassen sich die Berichte über vermeintliche fliegende Untertassen und außerirdische Besucher so schnell aus der Welt schaffen.

Die amerikanische Zeitung *Dallas Morning News* berichtete am 19. April 1897 über ein abgestürztes Ufo. Das einzige Besatzungsmitglied war angeblich am 17. April des Jahres in der texanischen Kleinstadt Aurora beerdigt worden. Ein Armeeeoffizier wollte damals festgestellt haben, dass der Tote vom Mars stamme. Keine andere Zeitung berichtete in jenem Jahrhundert über den merkwürdigen Vorfall. Erst am 24. Mai 1973 griff die Nachrichtenagentur UPI die fast 100 Jahre alte Geschichte auf. Nun musste natürlich auch die Konkurrenz von AP (Associated Press) mitziehen. Aus Denton, Texas, wusste AP unter Berufung auf Ufologen zu berichten, nahe der Absturzstelle des 1897 verunglückten Astronauten vom Mars habe man Eisen gefunden, das erstaunlicherweise nicht magnetisch sei. Allen Ernstes gab es daraufhin Bemühungen, das Grab zu öffnen und das „Marsmännchen“ zu exhumieren.

Die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Hysterie vieler Ufo-Begeisterter dürfte mit der Veröffentlichung einer in der Zeitschrift *Studies of Intelligence* veröffentlichten CIA-Studie 1997 einen Dämpfer bekommen haben. Der für das National Reconnaissance Office, den geheimsten der 13 amerikanischen Geheimdienste, tätige Historiker Haines hatte eigentlich nicht mit brisanten Enthüllungen gerechnet, als er die CIA-Berichte über die angeblichen Besuche Außerirdischer aus den Jahren 1947 bis 1990 durchforstete. Doch dann fand er heraus, dass amerikanische Behörden die Öffentlichkeit in

Zusammenhang mit Meldungen über „unbekannte Flugobjekte“ während Jahrzehnten aus politischen und militärischen Gründen hinters Licht geführt haben.

Es waren die Anfänge des Kalten Krieges, als Berichte über Besuche Außerirdischer ein weites Publikum beunruhigten. Am 24. Juni 1947 beschrieb der Privatpilot Kenneth Arnold im Bundesstaat Washington zum ersten Mal ein Phänomen, das er nahe dem Wahrzeichen jener Region, dem Mount Rainier, beobachtet hatte und das später immer wieder bei Piloten überall in der Welt für Aufsehen sorgen sollte: in der Sonne glänzende scheibenförmige „fliegende Untertassen“, die sich rasend schnell bewegten. Es war der Beginn der Ufo-Ära. Die CIA sorgte sich fortan um die Einsatzbereitschaft des amerikanischen Luftverteidigungssystems, denn je mehr die Amerikaner an fliegende Untertassen glaubten, desto weniger würden sie auf geschickt getarnte sowjetische Flugzeuge schießen. Doch immer öfter fanden Berichte über Außerirdische Eingang in amerikanische Zeitungen. Zugleich vermochte die CIA nicht einen einzigen Hinweis auf Ufos in sowjetischen Publikationen zu entdecken: Gehörte die Ufo-Hysterie also zur psychologischen Kriegführung Moskaus?

In Washington glaubte man, das amerikanische Frühwarnsystem könne überlistet werden, weil man nicht mehr wisse, wann ein sowjetischer Angriff zu erwarten und wann ein harmloser Besucher aus dem All in den Luftraum eingedrungen sei. Für nicht geringe Verwirrung sorgte in den Fünfzigerjahren zudem die Nachricht, mit Hilfe deutscher Ingenieure entwickle die Sowjetunion eine fliegende Untertasse für Kampfeinsätze. Berichte von CIA-Agenten, denen zufolge über Osteuropa und Afghanistan schon erste sowjetische Testflüge ausgemacht worden waren, verstärkten die Nervosität nur noch.

Ebendiese Ufo-Hysterie machte sich die CIA fortan zunutze. 1955 hatten die Vereinigten Staaten den 35 Millionen Dollar teuren Prototyp eines neuen Aufklärungsflugzeugs, der ein Jahr zuvor entwickelten U2, erstmals in Testflügen erprobt. Das legendäre Flugzeug hatte eine silbern glänzende (später schwarze) Außenhaut und flog in 60 000 Fuß (etwa 17 000 Meter) Höhe, während Passagierflugzeuge zu jener Zeit gewöhnlich nicht über 20 000 Fuß (etwa 6600 Meter) hinauskamen. Weil die Öffentlichkeit über die streng geheime U2 nicht unterrichtet war, wuchs mit deren ersten Testflügen sprunghaft auch die Zahl gesichteter vermeintlicher Ufos. Die silberne Außenhaut reflektierte die Sonnenstrahlen und erschien vielen Piloten der kommerziellen Luftfahrt als ein unerklärlicher Feuerball hoch über ihrer Flugbahn. Nach Schätzungen der CIA waren mehr als die Hälfte aller beobachteten Ufos in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren in Wirklichkeit Aufklärungsflüge der U2.

In der von Haines veröffentlichten Studie heißt es: „Die CIA war allein dafür verantwortlich, das Gerücht fliegender Untertassen als ein Werkzeug in der psychologischen Kriegführung seit 1951 einzusetzen.“ Die Öffentlichkeit erfuhr erstmals im Mai 1960 etwas über die Existenz der U2, als der CIA-Pilot Francis G. Powers beim Überfliegen der Sowjetunion von der sowjetischen Luftabwehr abgeschossen wurde und der erboste Kremlchef Chruschtschow daraufhin eine geplante Gipfelkonferenz mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower platzen ließ.

Schon im Jahre 1956 konnte die CIA 96 Prozent aller angeblichen Ufo-Beobachtungen

ganz natürlich (mit Spionageflugzeugen) erklären, behielt ihr Wissen aber für sich. Ufologen in aller Welt dürften nun enttäuscht sein, denn für die U2 gab es Stützpunkte nicht nur in Nevada und Kalifornien, sondern auch in Norwegen, Großbritannien, der Türkei, Pakistan, Japan, Taiwan und Deutschland - dort stürzte im Mai 1975 nahe Winterberg im Sauerland ein solches Flugzeug ab. Die U2 ist weiterhin im Einsatz. Sie startet von Dhahran in Saudi-Arabien zu Erkundungsflügen für die Vereinten Nationen über den Irak, von Europa aus über den Balkan.

Nicht nur die U2 wurde nach CIA-Angaben in der Vergangenheit mit fliegenden Untertassen verwechselt. Auch ähnliche Spionageflugzeuge wie die SR-71 Blackbird und ihre Nachfolgemodelle haben offenkundig die Phantasie mancher Menschen über Jahre hin angeregt.

Einige Boulevard-Zeitungen gaben vor, aus dem CIA-Bericht gelernt zu haben. Die *Bild*-Zeitung berichtete (immerhin auf Seite 10) am 26. Juni 1997: „Der berühmteste Ufo-Fall - Es waren nur Fallschirmpuppen“. *Bild*-Leser erfuhren: In der Wüste von New Mexico bei Roswell stürzte vor 50 Jahren eine „fliegende Untertasse“ mit Außerirdischen ab. Doch die silbrig glänzenden Trümmer, auf dem Gebiet einer Schaffarm entdeckt, stammten von einer Hightech-Sonde, nicht von einem Raumschiff. Und die „Außerirdischen“, die in der Gegend gefunden wurden, waren Puppen, „Dummys“, die die Luftwaffe aus 30 Kilometer Höhe an Fallschirmen abwarf, um Rettungssysteme für Piloten zu testen. Und der Alien mit großem Kopf, der angeblich verhört wurde, war ein verunglückter Testpilot. Bei der Landung brach sein Helm, der Kopf schwoll an. Jene verstümmelten Außerirdischen, die ein Leichenbestatter heimlich begrub, waren elf abgestürzte und verbrannte Soldaten. *Bild* fuhr fort: „Amerikas Ufologen bleiben unbeeindruckt. »Warum werden Bericht und Bilder erst jetzt veröffentlicht? Wieviel Lügen müssen wir noch von der Air Force ertragen«, sagte Alien-Experte Stanton Friedman, »rückt endlich die fliegende Untertasse raus, die ihr versteckt. Macht reinen Tisch.«“

Die CIA-Studie wird der weit verbreiteten Sehnsucht nach Außerirdischen gewiss kaum Abbruch tun. Auch die früheren amerikanischen Präsidenten Carter und Reagan wollen schon einmal wahrhaftige Ufos gesehen haben. Mit ihnen teilt mehr als die Hälfte der Amerikaner den Glauben an Besuche Außerirdischer mit fliegenden Untertassen. Ein immer wieder mit Geschichten über angebliche Ufos konfrontierter texanischer Polizeioffizier sagte dazu: „Ich hoffe inständig, dass außerhalb unseres Sonnensystems intelligentes Leben existiert, denn hier auf der Erde scheint es immer weniger davon zu geben.“

In seiner Jubiläumssendung machte auch das - ansonsten seriöse - Dokumentationsteam von „Welt der Wunder“ des Senders Pro 7 Außerirdischen seine Aufwartung. Zum vierten Geburtstag der beliebten Dokumentation, die sich schon mit Computer-Operationen am Menschen, dem Körperbau der Haie oder etwa den gewaltigen Kräften von Blitzen befasste, widmete man sich der Kaffeesatzleserei. Die Sendung versuchte den Zuschauern zu suggerieren, dass die Jagd auf Außerirdische längst begonnen habe. Deshalb durfte das Publikum auch an einem „Lauschangriff“ auf Außerirdische teilnehmen - erfolglos, versteht sich, jedoch mit hohen Einschaltquoten: Während reguläre Ausgaben von „Welt

der Wunder“ im Schnitt 2,5 Millionen Zuschauer vor dem Bildschirm vereinen, bringen es Themenausgaben auf mehr als drei Millionen. Vielleicht waren es ja noch mehr - werden doch außerirdische Zuschauer von Pro 7 nicht erfasst.

Auf dem Holzweg - Waldsterben

Ist auch das Waldsterben nur ein Medienmärchen? Selbst die *Neue Zürcher Zeitung* fragte besorgt: „Ersetzen publizistische Gesinnungstäter die Recherche durch einen moralinsauren Milchglas-Journalismus im Dienste der guten Sache?“

Eigentlich dürfte es den deutschen Wald schon lange nicht mehr geben. Blättert man in den Horrorgeschichten, die in den achtziger Jahren Deutschland schon in naher Zukunft als eine Ökowüste wähten, so stößt man auch auf den Waldforscher Bernhard Ulrich, der 1981 im *Spiegel* die Zeit bis zum Exitus der Bäume auf fünf bis zehn Jahre schätzte. Zeitschriften wie dem *Spiegel* bescherte es Aufmerksamkeit, als sie Titelgeschichten brachten, die etwa lauteten „Das stille Sterben“.

Über den Göttinger Forstwissenschaftler Bernhard Ulrich und seine Statements im *Spiegel* heißt es in dem Buch „*Medien-Märchen*“: „Dem *Spiegel* genügte die genaue Theorie allerdings nicht. Aus dem sauren Regen wurde flugs ein Säureregen. Die anderen Medien zogen nach, ohne die Behauptung des führenden Nachrichtenmagazins jemals zu hinterfragen. Die entsprechenden Aussagen von Wissenschaftlern wurden von Artikel zu Artikel in einem endlosen Kreislauf rezykliert. Recherchiert wurde dagegen wenig. Zitate der Experten Ulrich und Schürt garnierten so gut wie jede Veröffentlichung, während die Meinungen anderer Wissenschaftler einfach nicht vorkamen.“

Es war Professor Schütt, der Anfang der achtziger Jahre jene Schadstufeneinteilung vorschlug, die später zur Grundlage der Waldzustandserhebung wurde. Schütt beschrieb 1981 im *Holz-Zentralblatt*: „Der zeitliche Ablauf der zugrundeliegenden, neuartigen Krankheit der Fichten kann offenbar zwischen einigen Monaten und wenigen Jahren liegen.“ Im Juli 1981 begann dann der *Spiegel* seine vierteilige Reportage „Da liegt was in der Luft. Schwefelhaltige Niederschläge vergiften Wälder, Atemluft und Nahrung!“ In den *Spiegel*-Artikeln wurde immer wieder der Begriff vom Waldsterben genannt. Der aber war keine Neuschöpfung, sondern ging schon auf das Jahr 1951 zurück, als der Schweizer Waldbauprofessor Hans Leibundgut in seinem Buch „*Der Wald, eine Lebensgemeinschaft*“ in grundlegenden Abhandlungen darstellte, woran ein Wald erkranken könnte. Leibundgut befand Monokulturen, Schädlinge und Wurzelfäule als Ursachen von möglichem „Waldsterben“. Luftschadstoffe oder sauren Regen erwähnte er nicht. Publizistisch wiederbelebt wurde der Ausdruck erst von Schütt, Ulrich und dem *Spiegel*- und damit dann für eine ganze Generation zum populären Klischee.

Dr. Hansjochen Schröter, Leiter der Abteilung Waldschutz an der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt im badischen Freiburg, prognostizierte damals für seine Beobachtungsflächen das Absterben aller Tannen bis zum Jahr 1990, und den Fichten sagte er das Todesjahr 1992 voraus. Ursache, so Schröter, werde die „Luftverschmutzung“ sein. Doch eilfertige Leser, die an die Mär vom Tod der Wälder glaubten, wurden getäuscht.

Es ist erschreckend, was deutsche Journalisten in den achtziger Jahren an Horrorszenarien zur Ausrottung der Wälder zusammengeschrieben haben. Bartholomäus

Grill durfte in der *Zeit* das Menetekel im Gehölz an die Wand malen: „Eichenleichen, Fichtenskelette, Stämme kreuz und quer durcheinander gestürzt wie Mikadostäbe. Die Rinden geplatzt, Bast quillt, Harztropfen kriechen. Totes Gehölz, Geäst, Gezweig, Gestrüpp... Sendboten des Todes, ehe die Tiere aus dem Wald fliehen und die Menschen nicht mehr kommen; ehe über allen Wipfeln Ruh herrscht und das Waldkleid licht wird und fadenscheinig wie des Bettelmanns Rock.“ Es war nicht das erste Mal, dass Bartholomäus Grill dieses Klischee beschwor. Am 11. November 1988 hieß es unter der Überschrift „Wankende Eichen“: „Wo Freiheit sich nach zitternder Tachonadel bemisst, muss Aufklärung scheitern... Vielleicht werden wir uns um die Jahrtausendwende, wenn die von Forstexperten befürchtete Klimax der »neuartigen Waldschäden« eintritt, eines Gedichtes von Karl Kraus erinnern: Fluch euch, die mir das angetan! Nie wieder steig ich himmelan! Wie war ich grün. Wie bin ich alt. Ich war ein Wald! Ich war ein Wald! “

Immerhin erschien zwei Wochen später, am 25. November 1988, eine fundierte Gegenthese des Wissenschaftsjournalisten Hans Schuh, dessen Artikel „Mythenreiches Waldsterben“ konstatierte: „Das Ausmaß der Waldschäden wird erheblich überschätzt.“

Wo Apokalypsen beschrieben werden mussten, waren die Bildfälscher nicht weit. Denn außerhalb des ostdeutschen Erzgebirges gab es weit und breit keine kompletten toten Wälder, die man zur Untermauerung der These hätte ablichten können. Burkhard Müller-Ullrich schreibt dazu: „In ihrer Not griffen die Fotoredaktionen schon mal zu kleinen Tricks. Kahle Bäume vor einem Kernkraftwerk, abgelichtet von der Agentur Associated Press, identifizierte ein *Stern*-Leser aus der Nachbarschaft des Kraftwerks als völlig gesunde Gewächse - sie waren bloß des Winters wegen laublos.“ Und die abgestorbenen Bäume des Harzes waren nicht dem sauren Regen, sondern dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen. Waren die Bildvorräte erschöpft, so wies man die Leser auf heimtückische Förster hin, die kranke Bäume gefällt hatten. Zudem wurde unentwegt behauptet, dass sich das Waldsterben unmerklich vollziehe und erst im Endstadium erkennbar sein werde. Müller-Ullrich: „Beide Erklärungen hatten den Vorteil, das politische Empörungspotential zu steigern. Denn wenn man den Waldschaden nicht sah, dann konnten die amtlichen Waldschadensberichte ja nur unerhörte Verharmlosungen enthalten. Und dass auch die Förster zu dieser Vertuschung beitrugen, war ein Beweis für die Notwendigkeit des Eingreifens der Medien.“

Und wie sie polterten, die Medien. Erinnerung sei an das Fernsehspiel des Hessischen Rundfunks aus dem Jahre 1990 mit dem Titel „Kahlschlag“. Deutschland war darin eine Steppe - Baumstümpfe, kahle Hänge und das Grauen. Es war einfach schrecklich, was auf uns zukommen würde. *Spiegel* und *Greenpeace-Magazin* setzten noch eins drauf: Sie druckten eine Fotodokumentation der Münchener Gesellschaft für ökologische Forschung mit Bildern von Waldstücken aus den Jahren 1988 und 1995. Endlich konnte man den Lesern anhand exemplarischer Waldstücke einmal zeigen, dass es wenige Bäume gab. Doch zwischen den beiden Aufnahmen war 1990 der Orkan „Wiebke“ über das Land gefegt und hatte eben dort 120 Bäume entwurzelt. Davon war in den Bildunterschriften bei *Spiegel* und *Greenpeace-Magazin* jedoch nichts zu lesen. Dirk Maxeiner und Michael Miersch schreiben dazu in ihrem Buch „*Öko-Optimismus*“: „So konnten unbedarfte Betrachter den Eindruck gewinnen, Luftschadstoffe hätten die verschwundenen Bäume quasi weggeätzt.“

Wissenschaftler und Journalisten hatten sich gründlich verlaufen -im Märchenwald. „Das stille Sterben. Säureregen im deutschen Wald“ (*Spiegel*, 1981), „O Tannenbaum, wo sind deine Blätter?“ (*Zeit*, 25. Dezember 1981), „Der saure Tod“ (*Stern*, 1982) und „Noch zwanzig Jahre deutscher Wald“ (*Zeit*, 1983) waren jene Artikel, die die Hysterie am meisten anheizten. „Schauen Sie ihn nochmal an... bald gibt es diesen Wald nicht mehr“, wusste die *Zeit* ihren Lesern das Frühstück zu verderben. Kampf um die Schlagzeilen und düstere Prognosen wie „Wer den Wald liebt, kann nur noch beten“ (*Spiegel*, 1984) oder das Waldsterben breite sich aus „wie die Pocken“ (*Spiegel*, 1984) weckten unheilvolle Assoziationen. Holzfachmann Holzberger merkt dazu kritisch an: „Das Klischee Waldsterben dient als Background für das apokalyptische Szenario, das geradezu lustvoll ausgemalt wird. Der *Spiegel* strickt seine Masche.“

Strickmuster einer *Spiegel*-Geschichte vom 1. Oktober 1984, „Waldsterben: Alarmstufe eins“, sind wieder einmal kühne Prognosen, die heute nur noch als Glosse taugen würden. Ihr zufolge seien die deutschen Förster auf der Suche nach einem Platz, der das Holz der sterbenden Wälder aufnehmen sollte, „6000 Millionen Festmeter“. Und weil es so schön grausig war, spekulierte man gleich auch, ob nicht der Bodensee bald voller Stämme sein werde. Im Vorspann des Artikels hieß es: „Seit dem letzten Herbst haben sich die Waldschäden erneut verdoppelt. Forstbehörden fahnden schon nach Lagerflächen für »Großanfällige von Rundholz«...“ Suggestiert wurde den Lesern, dass bald viele deutsche Gewässer mit Baumskeletten bedeckt sein würden, weil man sie nicht mehr alle an Land lagern könne. Die Fläche des gesamten Landes Hamburg könne man mit den bald absterbenden Baumstämmen „einen Meter hoch“ einstapeln, so der *Spiegel* am 1. Oktober 1984. SZ-Mitarbeiter Müller-Ullrich berichtet darüber, welche unmittelbaren Folgen Prognosen wie diese hatten: „Ein paar Vertreter der Holzverarbeitenden Industrie Schwedens nahmen die Reportage für bare Münze und begaben sich nach Deutschland, um die gigantischen Mengen des billigen Holzes aufzukaufen. Enttäuscht und unverrichteter Dinge musste die Delegation wieder nach Skandinavien zurückreisen.“

Fleißig gestrickt hat auch die *Zeit*, heißt es doch im Vorspann einer Reportage vom 25. Dezember 1981 „O Tannenbaum, wo sind deine Blätter?“: „Wintersonne im dunklen Tann. Nadelduft und Weihnachtsstimmung: Das romantische Stimmungsbild aus dem Bayerischen Wald trägt. Wer mit geschärftem Blick in die Wipfel der Tannen und Fichten schaut, entdeckt Anzeichen einer Waldkatastrophe.“ In der Redaktion des wöchentlich erscheinenden Intelligenzblattes muss seinerzeit eine ansteckende und sich auch auf andere Redaktionen übertragende Augenerkrankung grassiert haben, folgten im deutschen Blätterwald doch Überschriften wie „Umwelt: Tödlicher Duft“ (*Stern*), „Jetzt stirbt der Wald - und dann?“ (*Zeit*), „Es war einmal... ein Wald“ (*Stern*), „Ist der Wald noch zu retten?“ (*Zeit*), „Deutschland... bald ein Land ohne Wald“ (*Stern*), „... und weiter sterben die Wälder“ (*Zeit*), „Die Tanne stirbt aus“ (*Stern*), „Der Förster sieht rot“ (*Zeit-Magazin*), „Neues vom Waldfriedhof“ (*Zeit*), „Viren greifen die Bäume an“ (*Zeit*), „Waldsterben: Neuer Schub“ (*Spiegel*). Offenkundig war ein Wettbewerb unter den Hamburger Redaktionen über die Frage entstanden, wer das Klischee am besten in eine Schlagzeile pressen konnte. Recherchiert wurde wenig. Holzberger, der alle zum Thema erschienenen Artikel in mühevoller Kleinarbeit begutachtete, schreibt dazu: „Eines ist jedoch gewiss: Die Journalisten konstruieren ihr Wald-Bild in der Stadt, sie telefonieren mit den

Experten, treffen sie allenfalls am Rande eines Symposiums persönlich. Daher kann der Anteil originären Materials an der Recherche nicht groß sein. “ Holzberger weiter: „Zur Praxis des Klischees gesellt sich die Datenbank-Recherche wie in der *Stern*-Story »Der saure Tod«. Sie fasst die bisherigen Thesen und Inhalte pointiert zusammen, baut bereits bekannte Zitate ein... Eine Recherche vor Ort findet nicht mehr statt, statt dessen wird Bezug auf eine »Vertrauliche« Studie genommen ... Vermutlich hat der Autor dieser erkennbar nach redaktionellem Strickmuster verfassten Story mit keinem einzigen Förster mehr gesprochen, im Zuge der »Recherche« keinen einzigen Wald besichtigt, sondern all seine »Daten« stammten aus zweiter Hand.“ Ähnliches bescheinigt Holzberger auch der *Zeit*, deren Artikel „Noch zwanzig Jahre deutscher Wald?“ offenbar keiner Recherche mehr bedurfte, kommentierte er doch auf „gesicherter Grundlage“.

Im deutschen Kampagnen-Journalismus erscholl es allerorten: „Wollt ihr das totale Waldsterben?“ Ein Intellektueller musste das natürlich kritisch pointieren. Der Vorspann zu einem Artikel von Hans Magnus Enzensberger im *Stern* beschwor deshalb noch einmal den Mythos von Volk und Wald: „Die Germanen konnten sich noch in seinem Dickicht verbergen, als sie gegen die Römer kämpften. Die Künstler der deutschen Klassik verklärten ihn zum Schauplatz für Schäferspiele wie Philipp Hackert in seiner Waldlandschaft von 1805. Die Romantiker errichteten mit ihm ein grünes Bollwerk voller Feen und Geister gegen die beginnende Industrialisierung. Heute, in der Zeit des Schwefelregens, sind die Tage des viel gemalten und oft besungenen deutschen Waldes gezählt. Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger durchforstete die Geschichte und entdeckte, wo der Wald noch lebt: in den Köpfen der Deutschen - als Sehnsucht und literarische Erinnerung, als kollektiver Fluchttraum, als Gegenstand gemütvoller Sonntagsreden.“

Ob es dem früheren *Stern*-Chefredakteur Rolf Winter heute wohl peinlich ist, was er 1984 in einem Editorial seinen Lesern zumutete? „Viele von uns werden das noch erleben: Wie sich unsere Wälder lichten, wie sie sterben, wie sich armselige Säuresteppe ausbreitet, wo zuvor Bäume standen, die nicht nur schön, sondern für den Haushalt der Natur - also auch für den Menschen – lebenswichtig waren.“ Da hieß es doch, täglich „frisst sich die Krankheit ein bisschen weiter“, und die Massensuggestion war perfekt, als Rolf Winter den Leser fragte: „Treten in Bonn die Krisenstäbe zusammen? Gibt der Bundeskanzler eine Regierungserklärung ab...?“ Und er fährt fort: „Nein, nichts dergleichen: Der Bundeskanzler spricht vor dem Deutschen Familienverband... Mit allem Respekt, den natürlich auch dieser Bundeskanzler verdient: Will er uns veralbern? Was ist das für eine Kultur, für die er Optimismus verordnet, während eine menschengemachte Naturschändung beispiellosen Ausmaßes durch das Land geht? Wieviel lebenslustige Weltfremdheit ist einem Kanzler in einer Zeit gestattet, in der besorgte Wissenschaftler... darauf verweisen, dass sich hinter dem Wald- und Ackersterben alles andere als »eine glückliche Entwicklung unseres Vaterlandes« verbirgt, sondern die Frage nach dem Überleben der Menschen?“ Wer so ein Katastrophenszenario herbeischreibt, gehört wohl zu jenen, die *SZ*-Mitarbeiter Burkhard Müller-Ullrich in seinem Buch „*Medien-Märchen*“ unter „Gesinnungstäter im Journalismus“ (so der Untertitel) subsumiert.

Vom Waldsterben, das über Jahre in Zeitungen, Fernsehen und Radio für Quote sorgte, redet heute kaum noch jemand. Auch Waldforscher Bernhard Ulrich nicht, denn die prognostizierte Katastrophe ist ausgeblieben. Kritiker wie Heinrich Spieker dürfen sich nun bestätigt fühlen. Ende der siebziger Jahre, als die ersten „Fachleute“ vom Tannensterben sprachen, kam Spieker in seiner Studie zu einem ganz anderen Schluss. Die schlechte Wasserversorgung, eine in historischen Abständen betrachtet immer mal wieder vorkommende Erscheinung, war demzufolge für die Entnadelung der Tannen zuständig, nicht aber die von allen anderen beschriebene Öko-Katastrophe. Solche Aussagen passten jedoch nicht in die Zeit. Vor allem sicherte man sich mit ihnen keine öffentlichen Forschungsgelder - bis heute immerhin mehr 500 Millionen Euro. Ebensoviele gaben Bund und Länder allein zwischen 1984 und 1994 für die Rettung der „vom Waldsterben bedrohten“ Wälder aus.

Spieker musste mehr als anderthalb Jahrzehnte warten, bis man ihn ernster nahm. 1996 stellte er eine Studie vor, in der er nachwies, dass die Bäume nicht etwa langsamer, sondern schneller wuchsen als behauptet. Waldwachstum statt Waldsterben? Das passt auch heute vielen noch nicht ins ökologische Weltbild. Deshalb musste sich Spieker vorwerfen lassen, von der Industrie bestochen worden zu sein. Spieker erklärte in seiner Studie: „Die Bäume wachsen von Helsinki bis Lissabon deutlich schneller als noch vor 50 Jahren. Beispiel Schwarzwald: Wo bisher pro Jahr zehn bis zwölf Festmeter Holz je Hektar genutzt werden konnten, sind es heute drei bis sechs Festmeter mehr - sehr beachtliche Größenordnungen. Nur in Ausnahmefällen, etwa auf extrem schadstoffbelasteten Standorten wie der Halbinsel Kola im Nordwesten Europas oder einigen klimatisch extremen Kammlagen von Mittelgebirgen, etwa im Harz, waren Zuwachsrückgänge zu verzeichnen.“ Sechs Wochen vor der Veröffentlichung der Spieker-Studie hatte die Deutsche Presseagentur noch gemeldet: „Das Sterben der deutschen Wälder geht nach Ansicht des Bundesverbandes »Naturfreunde« unvermindert weiter.“

Spieker machte den Anstieg des Treibhausgases Kohlendioxid in der Atmosphäre, das die Photosynthese der Bäume stimuliert, höhere Stickstoffkonzentrationen aus Verkehr, Heizung und Intensiv-Landwirtschaft als Nährelement sowie mildere Winter dafür verantwortlich, dass in weiten Gebieten Deutschlands die Bäume mehr Holz liefern. Ein Umweltverband kommentierte seine Studie mit einer neuen Extrem-Aussage: „Der Wald wächst sich zu Tode.“

Es war nicht nur Spieker, der schon frühzeitig der Mär vom Waldsterben entgegentrat. Auch der Freiburger Professor Heinz Zöttl wandte sich öffentlich gegen „unverantwortliche Horrorgemälde“. Vom *Focus* wurde er mit dem Satz zitiert: „Das immer wieder behauptete Waldsterben gibt es gar nicht.“ Und Professor Karl-Eugen Rehfuess, Inhaber des Lehrstuhls für Bodenkunde an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Universität München, konstatierte ebenfalls: „Es gibt kein Waldsterben in Deutschland.“ Selbst der *Spiegel*, einst Vorkämpfer für die Untergangsszenarien, fragte 1996: „War das Waldsterben nur ein Hirngespinnst der Naturschützer?“ Und er zitierte Altbundeskanzler Helmut Schmidt mit der Diagnose: „Der Wald ist vital. In Deutschland gibt es derzeit genau so viele Baumarten wie zur Zeit von Jesus Christus.“ Und auch der *Stern* fragte nachdenklich: „War das Waldsterben bloß eine Erfindung von Hysterikern?“ Umweltautor Christian Schütze wandte in dem Beitrag jedoch ein: „Dass der Wald grün ist, beweist zwar, dass er lebt, aber es beweist nichts über seine nachhaltige Gesundheit;

auch ein sehr kranker Mensch kann bei Cortison-Behandlung zunächst blühend aussehen.“ Noch immer wird von manchen hysterisch Panik gemacht, obwohl die Stimmen der falschen Propheten allmählich verhallen.

Parlamentssitzung: „Ich frage mich jetzt natürlich, ob das Verschwinden der Interpellation seinen Grund darin hat, dass neueste Untersuchungen ergeben haben, dass das Holzvolumen in den Schweizer Wäldern in den letzten 40 Jahren um 43 Prozent zugenommen hat. Mithin ist der Beweis dafür erbracht, dass das Schweizervolk mit dem Waldsterben seit über zehn Jahren belogen, betrogen, hinters Licht geführt und finanziell geschröpft wird.“

Das Wald„sterben“ gilt auch weiterhin als Indikator für Umweltverschmutzung, auch wenn es das Waldsterben in Wirklichkeit so, wie es von Umweltverbänden in der Vergangenheit beschworen wurde, gar nicht gibt. Spieker, dessen einst bespöttelte Prognosen sich inzwischen bestätigt haben, sagte dazu jedenfalls: „Man findet in extrem exponierten Lagen häufiger Bäume mit weniger Nadeln oder Blättern und kleinflächiges Absterben von Wäldern. Eichenbestände sind allerdings ortsweise von Absterbeerscheinungen größeren Ausmaßes betroffen.“ Spieker ist also sehr differenziert in seinen Aussagen: In „extrem exponierten Lagen“, wie etwa dem Nordrand der Alpen - wo Schädigungen in der Tat auch für den Laien erkennbar sind, und bei Eichen spricht er von „kleinflächigem Absterben“. Mit den Horrorszenarien, die uns der *Spiegel* und andere Meinungsmacher aufgetischt haben, hat das nichts mehr zu tun. Zusammenfassend urteilt Spieker: „Das Sterben einzelner Bäume gehört zum Leben des Waldes. Die Statistik zeigt, dass es heute nicht wesentlich mehr oder weniger dürre Bäume gibt als früher. Ihr Anteil verändert sich periodisch, er hängt von den Witterungsverhältnissen ab. Tatsächlich standen in den letzten 200 Jahren noch nie so viele alte Bäume in Europas Wäldern wie heute.“

Die durch reißerische Berichte in der Öffentlichkeit erweckte Aufmerksamkeit für das Thema ist der Hauptgrund dafür, dass weiterhin alljährlich „Waldschadensberichte“ und „Waldzustandsberichte“ veröffentlicht werden, die noch immer in den meisten Zeitungen auf der Titelseite landen. Solche Berichte sollte man jedoch nicht allzu ernst nehmen, da sich die Wissenschaftler bei der Beurteilung der Waldschäden auch an Benadelung und Belaubung der Baumkronen orientieren. Dies aber lässt keine Rückschlüsse auf Ursachen für Umweltveränderungen zu. Die Schweiz hat sich deshalb schon 1997 dazu entschlossen, die bis dahin auch dort praktizierte „Kronenbetrachtung“ nicht mehr anzuwenden. Bei der „Kronenbetrachtung“ wird der Zustand der Baumkronen mit dem eines vermeintlich gesunden „Normalbaums“ am jeweiligen Standort verglichen. Von 25 Prozent Kronenverlichtung an gelten Bäume als deutlich geschädigt. Doch nicht nur Helmut Schulz, Leiter des Referats Ökologie und Grundsatzfragen der Umweltforschung im Forschungsministerium, sagt, dass die Dichte der Blätter und Nadeln aus den verschiedensten Gründen variieren kann, ohne dass dies einen Schaden oder eine Krankheit anzeigen müsste. So müsste man Baum für Baum auch die Bodenverhältnisse, Wasser- und Wärmehaushalt, Ernährungszustand, Witterung und Schädlingsbefall untersuchen, um nachprüfbar und stichhaltige Ergebnisse zu bekommen. Im

Bundesforschungsministerium gesteht man deshalb mittlerweile ein, dass der deutsche Waldschadensbericht nur noch begrenzt aussagefähig ist.

Die deutsche Hysterie um das Medienmärchen Waldsterben hat Europa nur eines beschert: Im Nachbarland Frankreich, wo man die deutsche Debatte mit Gelassenheit verfolgte, gibt es jetzt auch das eher abfällig gebrauchte Wort „le waldsterben“.

Waldforscher Reinhard Hüttl von der TH Cottbus formuliert es drastisch: „Das europäische Waldsterben war ein übertriebenes Konstrukt.“ Auch er beobachtete, dass viele Forscher in gigantischen Kampagnen an übertriebenen Schadensprognosen festhielten, obwohl sie wussten, dass die Wahrheit anders aussah. Die Gründe dafür vermutet auch er in den Forschungsgeldern, die nur so reichlich sprudelten.

Die Richtung scheint auch heute klar: Wer jahrelang an vorderster Front über Waldschäden berichtete, wird schwerlich einsehen, dass die prognostizierten Schäden ausgeblieben sind. Als der „Waldschadensbericht 1999“ vorgelegt wurde, schrieb die Berliner *TAZ* denn auch: „Trotz Besserung keine Entwarnung.“ In dem Bericht heißt es jedoch: „Der Anteil der gesunden Bäume hat sich seit Anfang der 90er Jahre bei etwa 45 Prozent eingependelt, der Anteil der leicht geschädigten bei 35 Prozent und der der schwer geschädigten oder abgestorbenen Bäume bei 1,3 und 0,7 Prozent.“

Bei einer Untersuchung von 4685 Bäumen in neun Hamburger Forstrevieren wurde zu den Buchen im *TAZ*-Bericht festgestellt: „Die Buche zum Beispiel hat sich vom Stress der starken Fruchtbildung im vergangenen Jahr sehr gut erholt und wieder in normalem Umfang Blätter sprießen lassen. Folglich wurde sie besser bewertet als 1998. Der Anteil von Bäumen ohne sichtbaren Schaden stieg um 16 auf fast 55 Prozent. Frisch verstorbene Buchen wurden nicht gefunden. Überhaupt wurden Schäden nur bei Eichen ausgemacht.“

Natürlich suggerieren Umweltschützer und manche Politiker der Öffentlichkeit, dass die Lage weiterhin ernst sei, obwohl ein jeder Bürger beim Wochenendausflug sehen kann, dass die Wälder nicht schlechter, sondern eher noch besser aussehen als vor zwei Jahrzehnten. Die Waldfläche der alten Bundesländer ist seit 1960 um mehr als fünf Prozent größer geworden. Und die deutschen Holzvorräte sind mit 300 Festmetern pro Hektar die größten Europas.

Waldschadensstatistiken sind wissenschaftlich nicht haltbar. Denn offizielle Statistiken lassen - wie oben dargelegt - den Wald kränker aussehen, als er in Wirklichkeit ist. Doch gegen die wissenschaftlich gebotene Überarbeitung der Waldschadenserhebung gibt es politischen Widerstand, vor allem von den Umweltschutzverbänden. „Sie müssten einen Verlust an Glaubwürdigkeit befürchten, sollte die Öffentlichkeit erkennen, dass die offizielle Schadensstatistik den Zustand des Waldes nicht korrekt wiedergibt“, schrieb Hans Dieter Sauer schon im Oktober 1997 in der *Frankfurter Allgemeinen*. In jenen Jahren, als die Wissenschaftler die Herrschaft über die Waldschadenserhebung verloren und das Thema zu einem von Umweltverbänden begierig aufgegriffenen Politikum wurde, setzte man den Grundstein für eine einseitige Information der Öffentlichkeit. Daran hat sich leider nicht viel geändert. An einer realistischen Statistik haben Umweltschutzgruppen auch weiterhin kein Interesse.

Das Bundesumweltamt hat in diesem Zusammenhang wesentlich zur Panik-Berichterstattung beigetragen. 1986 prognostizierte es in einem Bericht, der Holzzuwachs werde trotz der eingeleiteten Schritte zur Luftreinhaltung bis 1995 um rund 30 Prozent zurückgehen, der volkswirtschaftliche Schaden werde mindestens 5,5 Milliarden Mark (2,7 Milliarden Euro) im Jahr betragen. Die Tatsachen sprachen eine andere Sprache: Fast überall beschleunigte sich der Zuwachs der Wälder. Das musste auch die Frankfurter Rundschau, unverdächtig, von der Holzindustrie bestochen worden zu sein, zur Kenntnis nehmen. Sie überschrieb einen Artikel zum Thema mit „Der Baumfriedhof erwacht. Im Demonstrationsbestand Waldsterben wächst es wieder“. In dem Bericht hieß es zur Verblüffung vieler Leser, in Hessens einzigem „Demonstrationsbestand für das Waldsterben“ in der Hochrhön „regt sich wieder Leben“. Dort wurde der stellvertretende Leiter des Rhönforstamts Hilders (Kreis Fulda) mit dem Satz zitiert: „Es ist eben nicht grundsätzlich alles tot, wenn ein Baumbestand abstirbt.“ Ohnehin hatte das Mahnmal einen Schönheitsfehler: Die in dem „Demonstrationsbestand für das Waldsterben“ gezeigten kahlen Bäume waren nicht etwa dem sauren Regen zum Opfer gefallen. Schuld waren Eisbruch - und der Borkenkäfer. Birken, Bergahorn und Buchen haben neben Vogelbeerbäumen und anderen angeblich schwer geschädigten Bäumen dort längst wieder eine stattliche Höhe erreicht.

Seriöse Forschungsanstalten sind mit ihren Prognosen heute zurückhaltend. So heißt es in einem im Juni 1999 veröffentlichten Positionspapier der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg mit dem Titel „Neuartige Waldschäden“: „Da sich zur Zeit die Grundlagen für Waldökosysteme relativ schnell ändern, ist es möglich, dass chemische und physikalische Störungen gemessen werden, bevor direkte Folgen für biologische Funktionen eintreten (z.B. das Bestandswachstum). So können in Ökosystemen bestimmte Störeffekte vorübergehend durch Ressourcenverbrauch kompensiert werden (z.B. Pufferfunktion des Bodens), falls jedoch keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, fällt das System in ein neues Gleichgewicht. Dadurch entstehen Unsicherheiten, inwieweit das forstliche Erfahrungswissen allein ausreicht, um Prognosen über die Entwicklung der Waldökosysteme zu treffen.“

Es bleibt zu hoffen, dass das Thema Waldsterben endlich auch in den Medien stirbt. Wie schrieb doch Professor O. Kandier vom Botanischen Zentrum der Universität München in einem am 21. Oktober 1996 veröffentlichten Leserbrief an die *Frankfurter Rundschau*: „Der Wald hat mit seinem guten Wachstum und der kräftigen Vermehrung des Holzvorrats gegen die Kassandra gestimmt.“

Dennoch ist unbestritten, dass deutscher Waldboden zuviel Stickstoff enthält. Er stammt zum großen Teil aus Industriebetrieben, Motoren und der Landwirtschaft, wo er in Form von Stickoxyden oder Ammoniak freigesetzt wird. Immerhin ein Viertel der deutschen Waldfläche weist überhöhte Stickstoffwerte auf. Dadurch werden die Bäume zwar nicht direkt geschädigt, doch der Boden versauert. Aber auch hier gibt es keinen Grund für Panikmache: Wissenschaftler der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität fanden nämlich heraus, dass Laubbäume die Versauerung

bremsen und man übersäuerten Waldboden regenerieren kann.

Eines ist seit der Kampagne um das Waldsterben sicher: Umweltverbesserungen schaden der Auflage. Und so müssen ständig neue skandalöse Machenschaften gegen die Umwelt gefunden werden.

Ein ziemlich dickes Ei

Manchmal fördern Behörden gar die Öko-Hysterie - und müssen später Schadenersatz leisten. Ein Meilenstein deutscher Schadenersatz-Prozesse auf diesem Gebiet war der sogenannte „Birkel-Prozess“. Am 15. August 1985 hatten staatliche baden-württembergische Lebensmittel-Kontrolleure öffentlich vor „mikrobiell verunreinigten“ Teigwaren des schwäbischen Nudelherstellers Birkel gewarnt. Die Warnung stand in Zusammenhang mit der „Schleuderei-Affäre“: Mikrobiell verdorbenes Flüssigei der niederländischen Firmen van Loon sollte von deutschen Unternehmen zu Nudeln und anderen Produkten verarbeitet worden sein. Zwar gehörte van Loon zu Birkels Lieferanten, doch konnten Gutachter und Regierungspräsidium nicht nachweisen, dass verdorbenes Flüssigei von Birkel tatsächlich zu den dann beanstandeten Produkten verarbeitet wurde.

Nach den Veröffentlichungen erzielte Birkel in einigen Gebieten Deutschlands nur noch acht Prozent des Vorjahresumsatzes. Der Schaden war gewaltig. Fast sechs Jahre dauerte es, bis sich Birkel erfolgreich über zwei Gerichtsinstanzen von den Vorwürfen reinigen konnte und das Land Baden-Württemberg dazu verurteilt wurde, der Firma Millionen Schadenersatz (zuzüglich Gerichtskosten) zu zahlen. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte dem Regierungspräsidenten „fahrlässige Amtspflichtverletzung“ vorgeworfen. In Wahrheit waren die vom größten deutschen Nudelhersteller gefertigten Produkte einwandfrei und nicht mit bakteriell verseuchtem Flüssigei kontaminiert. In den beanstandeten Produkten war nicht Flüssig-, sondern Trockenei verarbeitet worden. Für einen Teil der Medien stand der Bösewicht jedoch von Anfang an fest. So waberten trotz von Instanz zu Instanz von Birkel gewonnener Prozesse Gerüchte durch die Presse. „Neuer Verdacht gegen Birkel-Nudeln“, hieß es etwa am 8. März 1989 auf Seite 4 der *TAZ*. Und selbst zehn Jahre nach der Affäre mochten manche Grüne noch immer nicht einsehen, dass Birkel nicht Täter, sondern Opfer war: „Grüne möchten Birkel-Prozess neu aufrollen“, berichtete die *Stuttgarter Zeitung* am 31. Januar 1995. Wie überschrieb die *Wirtschaftswoche* doch gleich einen Prozessbericht zur „Birkel-Affäre“ - „Ein ziemlich dickes Ei.“ Denn letztlich musste der Steuerzahler für ganze zwei ursprünglich umstrittene Packungen „7-Hühnchen“-Nudeln eine stattliche Zeche berappen: Millionen Schadensersatz. Auch mussten 500 Mitarbeiter entlassen werden, weil der bis dahin untadelige Ruf der Birkel-Produkte ruiniert war.

Der damalige Firmeninhaber Klaus Birkel arbeitete ohne Presseabteilung in seinem Hause. Das erwies sich als schwerer Fehler. Über Jahre hin hatte er sein Unternehmen von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Erst als über den Skandal berichtet wurde, öffnete er seine Tore. „Wir haben uns hingelegt wie eine nackte Frau, haben Journalisten aufgefordert, im Betrieb zu recherchieren oder ohne Begleitung der Firmenleitung zu filmen, sich die Produktion anzusehen. Aber was dann rübergekommen ist, war dürftig“, schilderte Birkel später seine Enttäuschung.

Öko-Irrtümer

Der Mensch mag in die Natur eingreifen, soviel er will. Eines jedoch wird er nicht ändern können: die Fressgewohnheiten und Wanderungen der wild lebenden Seefische. Deshalb ist es erstaunlich, dass im Abstand von einigen Jahren, so etwa von der ARD-Sendung „Monitor“, immer wieder mal mit reißerischem Unterton über Fadenwürmer in Seefischen (Nematoden) berichtet wird. Nematoden sind wurmartige Parasiten, die in der Natur weit verbreitet sind. Fast alle Seefischarten können von ihnen befallen werden. Mit der natürlichen Nahrung werden sie von den Fischen aufgenommen und besiedeln dann deren Magen-Darm-Trakt oder die Muskulatur. Nun gibt es Nematoden nicht nur in Speisefischen. An Land helfen sie etwa den Gärtnern, die sie ins Gießwasser mischen und damit biologisch die Larven des Dickmaulrüsslers bekämpfen, die mit Vorliebe Blätter von Rhododendren, Hortensien, Flieder oder Zwergmispeln kreisförmig abfressen. Die Nematoden gelangen mit dem Gießwasser in den Boden, dringen dort in die Larven ein und vernichten sie. Nematoden können also nützliche Tierchen sein, wenngleich sie in Fischen - zugegebenermaßen - nicht eben appetitlich sind. Es ist aber keine Neuigkeit, wenn „Monitor“ und andere Medien entdecken, dass Speisefische von Wurmlarven befallen sind. Das klingt zwar eklig und verleidet manch einem den Appetit, ist aber dennoch ein unbeschwerter Genuss - wenn die Fische vor dem Verzehr entsprechend behandelt werden.

Herings- und Kabeljauwurm, die einzigen in Speisefischen des Nordatlantiks vorkommenden Nematoden, die dem Menschen theoretisch gefährlich werden könnten, werden nicht roh gegessen. Und durch Braten, Kochen oder Einfrieren werden Nematoden abgetötet. Matjes werden vor der Marinierung schockgefroren. Auf Leuchttischen werden Filets kontrolliert. Der Leiter der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg, Gerd Hubold, sagte der DPA denn auch nach einem „Monitor“-Bericht über Fadenwürmer im Fisch: „Gesundheitsgefahren drohen im Grunde nur dann, wenn Sie den Fisch roh essen.“ Ein Vorkommen von Nematodenlarven in Speisefischen sei nach heutigem Wissen unvermeidlich.

Speisefische sind für Nematoden nur ein Zwischenwirt. Die Endwirte sind Robben, Wale, Delphine und Seevögel. Werden unzureichend behandelte Speisefische vom Menschen gegessen, können sie in dessen Organismus zu Erkrankungen führen. In einer Presseerklärung der Bundesforschungsanstalt für Fischerei auf einen „Monitor“-Bericht heißt es jedoch: „Der Mensch ist allerdings für die Nematodenlarven ein Fehlwirt, d. h. sie können sich im menschlichen Körper weder vermehren, noch überleben sie längere Zeit. Die Gefährdung ist – zumindest im Vergleich zu anderen Risiken, insbesondere bakterieller Infektion durch Verzehr von Lebensmitteln - minimal...“ Dann folgen Hinweise, wie man jegliches Risiko durch Einfrieren, Kochen und Braten ausschalten kann.

Nach dem ersten „Monitor-Bericht über Nematoden waren die Fischverkäufe in Deutschland um 60 Prozent zurückgegangen. Zehn Jahre später griff „Monitor“ das Thema abermals auf und berichtete, Nematoden könnten den Kochvorgang überleben und

für den Verbraucher gefährlich werden, wenn die Fische nicht ausreichend gegart würden. Man wird wohl auch weiterhin den

Nematoden nicht verbieten können, Speisefische als Zwischenwirte ihres Lebenszyklus zu nutzen. Ein „Lebensmittelskandal“ ist es deshalb noch lange nicht, auch wenn Großaufnahmen von Würmern manch einem den Appetit verderben mögen.

Dass man über das Thema auch ohne Panikmache und die Beschwörung von Darmverschlüssen berichten kann, bewies der Westdeutsche Rundfunk. In der Sendung „ServiceZeit“ widmete er sich sachlich dem Thema „Frischfisch im Test“. Auch diese Redaktion schickte Testkäufer in Fischgeschäfte und ließ die Proben von Labors untersuchen. Bei vier von 30 Proben wurden Nematoden nachgewiesen. Ernsthaft erkrankt wäre wohl auch nach dem Verzehr der zu beanstandenden Proben niemand. Denn, so sagte Untersuchungsleiter Norbert Vreden vom Chemischen Untersuchungsinstitut Duisburg, der Fisch werde ja vor dem Essen noch gebraten oder gekocht, so dass Mikroorganismen und vorhandene Parasiten absterben. Sachlich heißt es noch heute auf der Homepage der Sendung: „Parasiten, die man nicht hundertprozentig ausschließen kann, werden durch Garen und Braten abgetötet. Roher Fisch (Tip für Sushi-Freunde) sollte nur verzehrt werden, wenn er zuvor 24 Stunden bei minus 20 Grad tiefgefroren wurde.“

Solche ausgewogenen Berichte fördern allerdings nicht unbedingt die Zuschauerquote. Deshalb wird es wohl nur eine Frage der Zeit sein, wann ein Fernsehsender wieder einmal Großaufnahmen von Nematoden ankündigt, die Nachrichtenagenturen informiert und sich dann beruhigt in der Gewissheit zurücklehnen kann, dass die Quote stimmen wird. Wieder einmal wird dann eine Entsetzenswelle durchs Land schwappen. Nordseefischer werden auf ihrem Fang sitzenbleiben. Kleinere Fischläden werden schließen müssen. Nur einer wird sich darüber neben den Fernsehmachern ganz gewiss freuen: Branchenriese Nordsee (Unilever). Seine Ketten werden durchhalten, auch wenn die kleinen Fischgeschäfte längst dicht machen mussten. Dann dürfen sich die Redakteure auf die Schultern klopfen.

Angst vor einem Wurm

Nicht nur im Meer lauern unheilbringende Gefahren, auch ein Waldspaziergang kann mitunter tödliche Folgen haben. Was für „Monitor“ die ekligen Nematoden, scheint für manchen *Focus*-Redakteur offenbar der Fuchsbandwurm zu sein. „Angst vor dem Wurm - Ein Parasit, der vor allem in Rotfüchsen lebt, droht zu einer Gefahr für die Menschen zu werden“, überschrieb *Focus* einen drei Seiten langen Beitrag, der manch einem den sonntäglichen Spaziergang im Wald vermiest haben könnte. Von einer „Seuche“ war da die Rede und von „mehreren 100 Deutschen, die an dem hoch aggressiven Kleinen Fuchsbandwurm“ erkrankt seien. Drei Wochen zuvor konnte der geneigte Leser in der Welt die Bedrohung durch den Fuchsbandwurm in einem weniger grellen Lichte sehen, las man doch dort, zwar stelle der Fuchs eine „potentielle Gefahr“ für Mensch und Tier dar, doch „... Fuchsräude oder schwere Lebererkrankungen des Menschen durch den Fuchsbandwurm treten zur Zeit eher selten auf“. Auch die *Süddeutsche Zeitung* hatte zuvor diese Auffassung vertreten: „Die Erkrankung beim Menschen ist zwar selten, kann jedoch, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt wird, auch tödlich verlaufen.“ Von einer Seuche, wie sie *Focus* erblickte, war hier keine Rede.

Normalerweise lebt der Fuchsbandwurm in Fuchsdärmen. Über den Kot gelangen die Wurmeier in die Umwelt, werden über die Nahrung von einer Maus aufgenommen und wachsen in deren Leber zu Larven heran. Frisst der Fuchs eine infizierte Maus, so schließt sich der Kreislauf wieder. Landet infizierter Fuchs-Kot im menschlichen Magen, so kann auch der Mensch erkranken: Die Larven zerfressen dann wie ein bösartiger Tumor Leber und Lunge. Da die Symptome jedoch erst nach fünf Jahren auftreten, ist die Geschwulst oft schon so groß, dass operiert werden muss. Medikamente hemmen zwar das Wachstum des Tumors, töten ihn aber nicht ab. Richtig ist also, dass mit einer solchen Infektion keinesfalls zu spaßen ist.

Doch wie groß ist die Gefahr, dass ein Mensch sich mit dem Fuchsbandwurm infiziert, wirklich? „Gefahr Waldbeeren“ lautete eine Bildunterschrift in dem zitierten *Focus*-Artikel - abgebildet aber waren Himbeeren. Die Informations- und Dokumentationsstelle am Institut für Ernährungswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen sieht auch die Gefahren durch Beeren weniger dramatisch als *Focus*, Auf deren Internet-Seiten heißt es: „Laut Prof. Kimmig vom Landesuntersuchungsamt Baden-Württemberg ist der Verzehr von Waldhimbeeren und -brombeeren relativ ungefährlich, sie sitzen hoch genug.“ Irgendwie muss der Fuchskot ja mit jenem Naturprodukt in Berührung kommen, das der Mensch anschließend möglicherweise zu sich nimmt.

Ohnehin beruhigt uns die Justus-Liebig-Universität mit dem Satz: „Beim Menschen ist die Krankheit selten; im Gegensatz zum natürlichen Zwischenwirt, der Feldmaus, entwickelt sich die Larve hier sehr langsam oder stirbt von selbst ab.“ Nur wer kontaminierte Waldfrüchte ungesehen und ungewaschen in den Mund steckt, kann infiziert werden, denn der Fuchsbandwurm ist nicht unsichtbar. Dazu sagt Wolfgang Hahn, Tierseuchenreferent der Hamburger Behörde für Arbeit und Gesundheit: „Die sogenannten

Proglottiden, eierhaltige Bandwurmabschnitte, sehen aus wie eingetrocknete, leicht bräunliche Reiskörner und können an Beeren und Pilzen haften. Diese müssen also vor dem Verzehr gründlich und aufmerksam gewaschen werden.“

„Angst vor dem Wurm“ (so die *Focus*-Überschrift) müssen also nur jene haben, die grundlegende Hygiene-Regeln außer acht lassen.

Einigen sollten sich die beiden miteinander konkurrierenden deutschen Nachrichtenmagazine *Focus* und *Spiegel* in der Frage, ob die Zunahme von Fuchs-Populationen eine größere Gefahr für unhygienische und unvorsichtige Menschen bedeutet. *Focus* bot dem Leser folgende Version: „...befürchten Fachleute derzeit die Gefahr einer erheblichen Zunahme von Erkrankungen beim Menschen. Hintergrund: die explosionsartige Vermehrung von Rotfüchsen...“ Die *Spiegel*-Redaktion kam zuvor zu einem anderen Ergebnis: „Allerdings ist noch längst nicht erwiesen, dass mehr Füchse zwangsläufig auch zu mehr Infektionen mit dem Fuchsbandwurm führen. Sogar der gegenteilige Effekt wäre denkbar: Wichtigster Zwischenwirt für den Parasiten ist die Wühlmaus. Frisst ein Fuchs einen infizierten Nager, nimmt er dessen Wurmlarven in sich auf. Wenn aber eine große Zahl von Füchsen die Mäuse dezimiert, werden in den übriggebliebenen Nagern auch weniger Larven ausgebrütet.“ Sowohl der *Spiegel* als auch *Focus* griffen das Thema ohnehin zu einem merkwürdigen Zeitpunkt auf: Die Berichte erschienen Ende November beziehungsweise im Februar. Und zu dieser Zeit gibt es keine Waldfrüchte, die sich ein Wanderer in den Mund stecken könnte. Das wäre erst im Spätsommer/Herbst der Fall. Bis dahin aber - so lehrt die Erfahrung - wäre die „Angst vor dem Wurm“ bei den Lesern schon längst wieder in Vergessenheit geraten. Wen könnte es da verwundern, wenn manch ein Leser gedacht haben mag, dass hier vielleicht nur eine weiße Seite gefüllt werden musste?

Vergiftete Babynahrung?

Speiübel wurde vielen besorgten Eltern, als sie von allen Seiten mit Berichten über angeblich vergiftete Babynahrung überschüttet wurden. Der Hintergrund war wohl eher in den geburtenschwachen Jahrgängen, die die Absatzchancen begrenzten, als im Glashalt zu suchen. Als Babykosthersteller HIPP sich mit der Schlecker-Kette nicht über den Preis der Ware einigen konnte, bediente sich Schlecker fortan bei einem spanischen Lieferanten. Unter allen europäischen Produzenten von Babynahrung herrschte schon damals ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb. Wegen des Ausstieges von Schlecker - die Kette verweigerte HIPP die Heraufsetzung des Preises - büßte der Babybrei-Produzent zwanzig Prozent seines Umsatzes ein. Umsatzverluste und Rationalisierungsmaßnahmen führten dann bei HIPP, der seine Rohware nur aus ökologischem Anbau bezieht, zur Entlassung von rund 400 Mitarbeitern.

Merkwürdigerweise erhielten das ZDF-„Heute-Journal“, die Verbraucher-Initiative Bonn und die Zeitschrift *Ökotest* um die Osterzeit zugleich Hinweise darauf, dass der nun von Schlecker angebotene (spanische) Babybrei Pestizidrückstände aufweise. Die *Süddeutsche Zeitung* zitierte den damaligen Chefredakteur von *Ökotest*, Jürgen Stellpflug, mit den Worten, es habe Tips aus der Industrie gegeben. Auf die Frage in den „Tagesthemen“, ob da Anbieter waren, die andere Anbieter angeschwärzt hätten, sagte Stellpflug: „Das ist wahr.“ Und *Zeit*-Mitarbeiter Hans Schuh fand noch eine weitere Merkwürdigkeit heraus: *Ökotest* hatte nicht nur Tips von HIPP erhalten: Einer der *Ökotest*-Redakteure war auch von HIPP zu einer Informationsreise eingeladen worden.

Zu jener Zeit, zu der HIPP die Produktion drosseln und Mitarbeiter entlassen musste, sorgten „Heute-Journal“, Verbraucher-Initiative Bonn und *Ökotest* dafür, dass Schlecker gezwungen wurde, die Babykost-Regale leerzuräumen. HIPP und Alete standen über Nacht als Sieger dar. Dabei lagen die Rückstände, die man im Schlecker-Brei gefunden hatte, „rund tausendfach unter jener Grenze, von der an Toxikologen erst gesicherte Aussagen treffen können“. Buchautor Dirk Maxeiner hat in „*Öko-Optimismus*“ noch weitere Merkwürdigkeiten zusammengetragen: „Warum stießen alle Beteiligten gleichzeitig auf den vermeintlichen Skandal und machten ihn in einer konzertierten Aktion öffentlich? Wenn der Schlecker-Brei wirklich so gefährlich war, wie behauptet, warum wurde nicht im Interesse der Verbraucher sofort Alarm geschlagen (die Analyseproben wurden teilweise schon im Januar gekauft), sondern bis Ostern gewartet?“

Noch unverständlicher ist jedoch, warum zugleich davon abgeraten wurde, Kleinkinder mit selbstzubereitetem Brei zu füttern. Denn es wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass frische Ware vom Markt weitaus mehr Rückstände enthalten könne als jene, die wegen angeblicher Pestizidrückstände aus den Regalen entfernt werden musste. Ging es hier wirklich um die Interessen der Verbraucher? Selbst der *Spiegel* teilte seinen Lesern im Branchenjargon unter der Überschrift „Babynahrung - Giftiges Allerlei“ mit, akute Gesundheitsschäden hätten Lebensmittelkontrolleure und Toxikologen ausgeschlossen. Auch er warnte seine Leser, selbst auf den Markt zu gehen und Babynahrung daheim zu kochen: „Ob Äpfel, Erdbeeren oder Erbsen -normales im Euroverbund vertriebenes

Gartengewächs ist... um das Zwei- bis Dreihundertfache stärker belastet, als die Vorschriften aus der Diätverordnung für Babybrei erlauben. Daher raten Gesundheitskontrolleure davon ab, den Babybrei selbst anzurühren.“

Natürlich sollten in Kindernahrung im Idealfalle überhaupt keine Rückstände von irgendwelchen Schadstoffen enthalten sein. Doch Panik zu erzeugen mit Veröffentlichungen über Rückstände, die „tausendfach unter jener Grenze“ liegen, „von der an Toxikologen erst gesicherte Aussagen treffen können“, verleiten den renommierten Buchautor Dirk Maxeiner zur Frage, ob die Redakteure von *Öko-test* nicht vielleicht selbst einen Grenzwert überschritten hatten. Immerhin verhalfen sie dem Öko-Abfüller Hipp zu erfreulicheren Absatzzahlen. Maxeiner sagt dazu, an die *Ökotest*-Redaktion gewandt: „Dieser Brei riecht nicht, er stinkt.“

Ökologisch wertvoll - journalistisch bedenklich

Nach vorherrschender Auffassung, die sich regelmäßig in den Medien niederschlägt, sind Produkte aus ökologischem Anbau gesünder als andere. Nicht nur eine Weltanschauung verbirgt sich hinter dieser Auffassung, auch ein Absatzmarkt. Oftmals werden Meldungen von Öko-Produzenten unkritisch von den Medien übernommen, während die Lebensmittel-Konzerne ständig in der Schusslinie der Berichterstattung zu stehen scheinen. Doch enthalten Öko-Produkte wirklich mehr Vitamine und weniger Gift als andere? Die Stiftung Warentest hat daraufhin einmal handelsübliche Naturprodukte untersuchen lassen. Ihr Fazit: „Der Lebensmittelchemiker ist bisher nicht in der Lage, Ökomehl von herkömmlichem und einen Bioblumenkohl von einem vergleichbaren aus dem Supermarkt zu unterscheiden.“ Und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung lässt wissen: „Die Empfehlung, vorwiegend Lebensmittel aus »alternativem« Anbau zu bevorzugen, ist abzulehnen, weil Lebensmittel aus »alternativem« Anbau keine nachweisbaren Vorteile hinsichtlich des Nährstoffgehalts aufweisen.“ Der Nährwert eines Produkts wird vielmehr von seinem Standort und der Bodenbeschaffenheit bestimmt.

Niemand bestreitet, dass ökologischer Landbau Ackerflächen und Grundwasser schont und die Artenvielfalt der wild lebenden Pflanzen bei dieser Art der Nahrungsmittelproduktion am Feldrand am größten ist. Doch gibt es darüber hinaus Unterschiede, die den Kauf solcher Produkte rechtfertigen? Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hat etwa die Pestizidrückstände in Naturprodukten aus „normalem“ und „ökologischem“ Anbau untersucht. Ergebnis: Auch bei konventionell erzeugten Produkten lagen die Rückstände unter der gesetzlich vorgeschriebenen Höchstgrenze. Dirk Maxeiner berichtet dazu: „Selbst bei den schwer abbaubaren chlorierten Kohlenwasserstoffen, die seit geraumer Zeit verboten sind, war kein Unterschied zu finden.“ Er weist zudem daraufhin, dass „natürliche“ Stoffe keinesfalls grundsätzlich gesund und „synthetische“ Stoffe nicht automatisch schlecht sind: „Insgesamt kommt bei der Diskussion um Giftstoffe in Lebensmitteln die Tatsache zu kurz, dass auch die Pflanzen selbst eine Vielzahl von Giften produzieren ... Das Solanin in grünen oder keimenden Kartoffeln ist giftig, und zehn Bittermandeln können ein Kleinkind in Lebensgefahr bringen.“ Künstliche Konservierungsmittel dienen auch dazu, solche natürlichen Gifte oder schädliche Bakterien abzutöten. So glauben viele die Behauptung, kaltgepresstes Olivenöl sei gesünder als raffiniertes Olivenöl. Doch im Gegensatz zu kaltgepresstem Olivenöl enthält das raffinierte ganz sicher keine krebserzeugenden Lösungsmittel. In den kaltgepressten Ölen bleiben zudem natürliche Gifte - Mytoxide - bis zur Verkonsumierung erhalten, während sie beim Raffinieren entfernt werden. Die *Frankfurter Rundschau* berichtete zudem, dass sich analytisch nicht ermitteln lasse, ob kaltgepresstem Olivenöl raffiniertes zugesetzt worden sei. Und die baden-württembergische Lebensmittelüberwachung fand aromatische Kohlenwasserstoffe und Benzol in 53 von 60 Proben -ausschließlich bei kaltgepresstem Olivenöl. Nun darf zwar kaltgepresstes Olivenöl in der Europäischen Union schon seit einigen Jahren nicht mehr

durch Lösungsmittel wie Hexan gewonnen werden. Dennoch entstehen etwa 20 Prozent der Weltproduktion von Olivenöl auf diese Weise. Und nachdenklich macht, dass die mit Hexan gelösten Öle nirgendwo auf dem Weltmarkt mehr verkauft werden ...

Nicht viel besser sieht es bei einem anderen Öko-Produkt aus: Rohmilch und Rohmilchkäse. Immer wieder mal müssen einige Tonnen davon aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie nicht erhitzt wurden und deshalb mit Bakterien verunreinigt sind. Einmal erkrankten nach dem Genuss solcher Produkte mehr als hundert Deutsche, acht von ihnen starben. „Die Meldungen über Erkrankungen und sogar Todesfälle sind alarmierend. Das Besondere dieser Erreger ist, dass sie Zellgifte bilden und schon wenige Erreger gefährliche Erkrankungen verursachen können“, warnte die Verbraucher-Zentrale Hessen. Rohmilch vom Bio-Bauern kann deshalb ein idealer Brutplatz für Bakterien sein. Niemand behauptet, dass Öko-Produkte ungesund seien. Doch den Beweis, dass sie - wie uns ständig von den Medien suggeriert - grundsätzlich gesünder als ihre Konkurrenten aus dem Supermarkt sind, hat bislang noch niemand führen können.

Einer anderen Suggestion der Nahrungsmittelbranche versucht Udo Pollmer, Fachautor der Zeitschrift *Natur*, schon seit langem erfolglos entgegenzutreten - der Phobie vor dem Cholesterin. Cholesterin, nicht etwa ein giftiger Fremdstoff, sondern wichtiger Baustein für die Körperzellen, stabilisiert die Zellmembran und unterstützt unser Immunsystem. In der *Süddeutschen Zeitung* las man unter der Überschrift „Herzinfarkte auf dem Rückzug“ genau das, was bei Medizinern und Journalisten vorherrschende Meinung ist. Cholesterin sei ebenso wie Rauchen, Bluthochdruck und Übergewicht ein herkömmlicher Risikofaktor für den Herzinfarkt. Die *Süddeutsche Zeitung* berief sich bei dieser Aussage auf die amerikanische „Monica-Studie“ (Monitoring Trends and Determinants in Cardiovascular Disease - sie sammelte zehn Jahre lang Daten in 21 Ländern). Solche Artikel könnten manch einen Leser in der Auffassung bestätigen, dass cholesterinhaltige Eier, Schinken, Butter und Schmalz schuld seien am Infarkt. Diese kollektive Furcht vor Fett und Cholesterin ist nicht nur in Deutschland zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Die Lebensmittelindustrie überschwemmt die Supermärkte mit Light-Produkten, die Fettersatz enthalten - die beste Methode, um Wasser teuer zu verkaufen. Hinter dieser von der Nahrungsmittelbranche, von der Gesundheitsreform gebeutelten Ärzten und Medien geschürten Cholesterin-Hysterie steckt jedoch ein gewaltiger Denkfehler: Diätmargarine und Light-Produkte haben sich vielfach als völlig nutzlos herausgestellt.

Die deutsche „Verbundstudie Ernährungserhebung und Risikofaktoren-Analytik“ (VERA-Studie), bei der mehrere Forschergruppen die Deutschen auf Herz und Nieren testeten, kam zu dem Ergebnis, dass es keinen Zusammenhang gibt zwischen Cholesterin aus der Nahrung und Cholesterin im Blut. „Den Gehalt der Substanz in unserem Blut reguliert ein Zusammenspiel wichtiger Körperfunktionen, die sogenannte »Homöostase«. Liefert die Nahrung wenig Cholesterin, produziert der Körper einfach selbst etwas mehr. Ist das Angebot groß, senkt er die Produktion.“ *Natur*-Mitarbeiter Udo Pollmer nennt die Cholesterin-Hysterie denn auch eine fette Lüge.

Pollmer ist nicht der einzige, der diese Auffassung vertritt. Walter Krämer hat in seinem Bestseller „*Lexikon der populären Irrtümer*“ erklärt, warum die vorherrschende Meinung in den Medien weiter verbreitet wird: „... liegt vor allem an den Interessen derer, die an der Cholesterinhysterie so gut verdienen und die vor allem solche Studien zitieren, die

günstige Effekte bei Blutfettsenkung finden: Wie eine Auswertung der einschlägigen Literatur ergab..., werden Studien, die Blutfettsenkung unterstützen, im Durchschnitt fünf- bis achtmal häufiger zitiert als Studien mit widersprüchlichen oder ungünstigen Ergebnissen“. Inzwischen scheint sich zu bestätigen, dass hohe Cholesterinwerte zumindest für ältere Menschen kein Risikofaktor sind - dass sie also länger leben als mit einem niedrigen Cholesterinspiegel. Bis sich diese - nicht von der Industrie finanzierten - Ergebnisse dieser Studien jedoch auch unter Medienschaffenden herumgesprochen haben, dürfte wohl noch geraume Zeit vergehen.

Audi: Unternehmen am Pranger

Als Audi seinen 180-PS-Sportwagen TT vorstellte, gab es einhellig Lob von der Fachpresse. Um so verwunderlicher war die Kampagne, die von Journalisten gegen den Audi TT geführt wurde. Es waren zunächst enttäuschte TT-Liebhaber, die am Audi-Image kratzten. Bei hohem Tempo hatten einige wenige TT-Fahrer ihr Fahrzeug nicht mehr unter Kontrolle. Es kam zu Unfällen. Die Fahrer behaupteten, das Fahrzeug sei ohne Vorwarnung ausgebrochen. Private Fernsehsender boten den Unfallfahrern eine willkommene Kulisse, um den Zuschauern vor dem Hintergrund von Schrottwagen ihr Leid zu klagen. Gleich zwei dieser Raser beteuerten, sie hätten bei Tempo „um die 170“ auf der Autobahn stark abbremsen müssen und seien zu ihrer Überraschung in der Leitplanke gelandet. Wie Mercedes zu Zeiten des „Elchtests“ stand Audi auf einmal im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Ein Beitrag des *Stern* zeigte denn auch einen TT-Roadster spektakulär auf dem Dach liegend. All diese Berichte waren weit von den guten Testnoten entfernt, die Fach-Magazine wie *Auto Motor und Sport* dem TT wenige Monate zuvor verliehen hatten.

So wurden andere TT-Fahrer auf die angebliche Unsicherheit ihres Fahrzeugs aufmerksam. Anwälte drohten dem Unternehmen mit Sammelklagen. Was die einen als typische Fahreigenschaften eines Sportwagens sahen, wurde binnen kurzem zu einem „gefährlichen Sicherheitsmangel“ - so jedenfalls die reißerischen Fernsehberichte. Der gute Name und das bis dahin tadellose Image von Audi waren bedroht. Schleunigst beauftragte Audi den TÜV Süddeutschland mit einer detaillierten Untersuchung des TT im Wettbewerbsvergleich.

In der TÜV-Stellungnahme heißt es: „Der TÜV Süddeutschland wurde durch Audi beauftragt, eine technische Untersuchung über das Fahrverhalten des TT durchzuführen. Verglichen wird der TT mit zwölf Wettbewerbern aus dem Sportwagensegment. Mit jedem Fahrzeug wurden 70 verschiedene Versuchskonfigurationen gefahren und gemessen, insgesamt mehr als 1100 Einzeltests. Für dieses äußerst intensive Versuchsprogramm gibt es in der Industrie bislang kein Vorbild. Es ist darauf ausgerichtet, die in der Praxis vorstellbaren Fahrzustände widerzuspiegeln.“

Das Ergebnis der TÜV-Untersuchungen lautete: „Der Audi TT ist - auch in seinen Anfangsversionen - im Wettbewerbsvergleich ein überdurchschnittlich gutes Sportauto und auf dem Stand der Technik. Wir haben keine Konstruktionsfehler, kein Werkstoffversagen, keine Bauteilbrüche und keine Montagefehler festgestellt.“ Und der TÜV hielt sich auch nicht zurück, einen vorsichtig formulierten Hinweis darauf zu liefern, warum denn einige Fahrer bei hohem Tempo einen Unfall verursacht hatten: „Sportliche Fahrzeuge erfordern ein vorsichtiges Herantasten an die physikalischen Grenzbereiche.“

Dennoch beschloss Audi, in die neu gebauten TT serienmäßig eine Stabilitätskontrolle einzubauen. Mehrere hundert Kunden konnten auch ihren gebrauchten TT gegen ein Neufahrzeug eintauschen. Eigentlich hätte die Medien-Kampagne gegen Audi daraufhin abrechnen müssen. Denn einen Konstruktionsfehler konnte selbst das Kraftfahrt-Bundesamt nicht entdecken. Doch die Fahrer der ersten TT (ohne ESR) erzielten

inzwischen aufgrund der Berichterstattung einen deutlich gesunkenen Wiederverkaufspreis. Und so entschloss sich Audi unter dem durch die Medien verstärkten Druck - trotz TÜV- und Kraftfahrt-Bundesamt-Gutachten - zu einem weiteren außergewöhnlichen Schritt: Der Audi-Vorstandsvorsitzende Franz-Josef Paefgen entschuldigte sich nicht nur öffentlich „für die Verunsicherung in den letzten Monaten“, sondern richtete in Ingolstadt auch noch eine Produktionsstätte ein, wo die früher ausgelieferten Coupés mit einer elektronischen Stabilitätskontrolle nachgerüstet wurden. Für die Zeit der Nachrüstung stellte Audi einen Leihwagen zur Verfügung – Die Kosten der Aktion für das Unternehmen gingen in die Millionen.

Sehr dezent ließ Audi auf seinen Intranet-Seiten wissen, warum man diese gewaltige Summe aufgebracht hatte: Grund war „die verstärkte Berichterstattung über Unfälle“ - man könnte das auch eine Medienkampagne nennen. Mit solchen Kampagnen hatte das Unternehmen in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht. Als in den Vereinigten Staaten über ein angebliches Problem mit der Audi-Automatik berichtet wurde - es stellte sich später als Fahrfehler heraus und war Audi nicht anzulasten -, brachen die Audi-Verkäufe auf dem amerikanischen Markt besorgniserregend ein. Wohl deshalb beugte sich Paefgen dem Druck der Medienberichterstattung. Es war die größte Kundenaktion in der bis dahin 114jährigen Konzerngeschichte. Einige Medien zogen selbst das noch ins Lächerliche. So überschrieb die Berliner *TAZ* ihren Artikel über die Nachrüstung mit den Worten: „Nach Käuferklagen ringt sich Audi Entschuldigung ab.“ Manche Medien scheinen nur einen Ort zu kennen, an den Unternehmen nach ihrer Auffassung gehören: den Pranger.

Es scheint jedoch nicht nur Spaß zu machen, Unternehmen am Pranger zu sehen. Daneben tritt ein viel handfesterer – finanzieller - Grund. Zum einen versprechen reißerische Anti-Konzern-Kampagnen Fernsehquoten. Und mit hohen Quoten steigen auch die Summen, die für Werbespots in den entsprechenden Blöcken bezahlt werden müssen. Firmen, deren Image durch eine Kampagne angekratzt wurde, sehen sich genötigt, ihren Werbeetat aufzustocken, um das Ansehen in der Öffentlichkeit wieder aufzupolieren. Und so sichern sich jene, die Rufmord-Kampagnen mittragen, gleich noch ihre Arbeitsgrundlage durch üppige Werbeeinnahmen. Vorgeblich „investigative“ Journalisten privater Fernsehsender, Radiostationen und Zeitungen arbeiten so gleich einem Glaser, der heimlich Steine in ein Glashaus wirft und hernach seine Hilfe dabei anbietet, den angerichteten Schaden zu reparieren. Nun frage man einmal die Zuschauer oder Leser, was denn von der Audi-TT-„Affäre“ hängengeblieben ist. Ganz sicher wird die Mehrheit der Betroffenen sich erinnern, dass da doch mal etwas in Zusammenhang mit der Fahrzeugsicherheit war. Die entsprechenden (der Parteilichkeit unverdächtigen) TÜV-Gutachten, die das Gegenteil belegen, werden jedoch die wenigsten kennen. Und so ist es verständlich, dass Audi die geschickteste Variante wählte und sich trotz dieser Hetzjagd beim Verbraucher „entschuldigte“. Immer mehr Unternehmen gehen vor solchen Methoden in die Knie und wagen es nicht, Schadenersatzansprüche gegen die Urheber von Rufmordkampagnen zu stellen.

War die Aufregung um den Audi-TT vielleicht nur eine Massenpsychose? Solcherlei gibt

es offenbar öfter, als wir denken. Erinnern Sie sich noch an die angeblichen Cola-Vergiftungen in Belgien? Mehrere Dutzend belgischer Schüler waren nach dem Genuss des Getränks mit Übelkeit, Kopfschmerzen und Fieber in Krankenhäuser gebracht worden. Im Sommerloch waren es – aus journalistischer Sicht - wundervolle Schlagzeilen. Aha, wieder ein „böses“ Unternehmen entlarvt. Zehn Monate später wurde ein offizieller Untersuchungsbericht veröffentlicht, den dann niemand mehr zur Kenntnis nahm: Bei den „Cola-Vergiftungen“ hatte es sich um Massenpsychose gehandelt. In dem Bericht hieß es, letztlich hätten sich offenbar die Examenszeit und andere Krisen wie Rinderwahnsinn und Dioxinskandal auf die Psyche der Schüler ausgewirkt. Doch auch an Coca-Cola war etwas haften geblieben. Audi und Coca-Cola sind keine Einzelfälle.

Nike: Trubel um Trikots

Vor einigen Jahren schockierte der WDR alle Fußballfans mit der Meldung, Fan-Trikots seien mit der unaussprechlichen und zugleich giftigen Substanz Tributylzinn (TBT) verseucht. TBT ist ein Mittel gegen Fußpilz und Algen. Schiffsrümpfe werden damit gestrichen, um Schneckenansatz zu verhindern. Die Schwermetallverbindung ist in Deutschland bei der Herstellung von Textilien verboten, unterliegt aber Grenzwerten. Über die Haut kann ein Mensch TBT aufnehmen. Tiere, an die TBT verfüttert wurde, erlitten Leberschäden. Und beim Menschen können hohe Dosen TBT hormonelle Veränderungen bewirken: Männer könnten unfruchtbar und Frauen männlicher werden. Dazu jedoch wären hohe Dosen erforderlich.

Das WDR-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“ glaubte wohl einen Riesenskandal aufgedeckt zu haben, als es Trikohersteller wie Nike in der Sendung auch beim Namen nannte. Der unheimliche Verdacht - aufgebauscht, wie sich später herausstellte - wurde dann auch als Vorabmeldung den Agenturen übermittelt, um die Einschaltquote zu erhöhen.

„Gift-Verdacht: Kaufhäuser stoppen Verkauf von Fußball-Trikots“, überschrieb die *Berliner Zeitung* unter Berufung auf die „WDR-Informationen“ ihren Artikel. Und die *TAZ* witzelte hämisch: „Borussen hormonell geschwächt.“ Die *TAZ* sprach von „toxischen Leibchen“ und fragte, ob neben dem Verkaufsverbot der Fan-Shirts nicht auch die letzte Bundesliga-Saison annulliert werden müsse, weil die Spieler unter dem Einfluss hormoneller Mittel gestanden hätten. Kaufhausketten wie der Kaufhof und C&A reagierten sofort und nahmen die mit dem skandalträchtigen Antipilzmittel TBT behandelten Radlerhosen, Badeanzüge, Socken und Fußballtrikots aus den Regalen.

Vierundzwanzig Stunden später zerplatzte die mediale Seifenblase: „Entwarnung für Fußballfans: Trikots nicht giftig“, wusste die *Berliner Zeitung* nun zu berichten. Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz hatte sich der Sache angenommen, Trikots im Chemiekolben untersucht und Entwarnung gegeben, denn die zulässigen Grenzwerte wurden nicht überschritten.

Reichlich merkwürdig verhielt sich währenddessen der WDR, der die Affäre angezettelt hatte. Am Dienstag strahlte „Plusminus“ den Bericht aus. Doch erst am darauffolgenden Freitag standen dem Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz die dem ausgestrahlten Bericht zugrunde liegenden Analyseergebnisse zur Verfügung, in denen es geheißen hatte, in sechs von elf untersuchten Radlerhosen, Sportbodys und Socken sei TBT enthalten gewesen. Die „Plusminus“-Redaktion hatte sie dem Bundesinstitut nicht herausgegeben. Einige Tage später wurde klar, warum „Plusminus“ die Daten zurückgehalten hatte. „Das angebliche Giftpotential der Fußballhemden wurde weit übertrieben dargestellt.“ In einem dem Zuschauer vom WDR präsentierten Trikot des Ballspielvereins Borussia Dortmund (BVB) hatten die Analytiker in Wahrheit nur geringste Spuren von TBT gefunden. Das im Auftrag der „Plusminus“-Redaktion tätige Galab-Labor hatte in dem untersuchten Borussenhemd nur 2,2 Millionstel Gramm pro Kilogramm Trikot an TBT entdeckt. Das Bundesinstitut für gesundheitlichen

Verbraucherschutz urteilte denn auch, ein derart niedriger Wert liege nur knapp über der Nachweisgrenze und stelle keinerlei gesundheitliche Gefahr dar.

Das von „Plusminus“ beauftragte schleswig-holsteinische Labor Galab - dessen Analysen waren Grundlage des scheinbar sensationellen Berichts - hatte denn auch in Strümpfen der Firma Falke keinerlei TBT und in der gesamten Messreihe überhaupt nur einen überhöhten Wert entdeckt. Der aber betraf nicht TBT, sondern eine andere Organozinnverbindung namens Dibutylzinn (DBT). Der *Spiegel* schrieb zu dieser sensationellen DBT-Entdeckung: „Sie gilt als so unbedenklich, dass sie in den USA sogar in den Verpackungen von Lebensmitteln zugelassen ist.“

Im Fax-Abruf zur „Plusminus“-Sendung konnte man eine Programminformation beziehen, in der unter der Überschrift „Gift in Textilien“ auch die Firma Falke-Strümpfe namentlich erwähnt wurde. In „Falke-Trainingssocken“, hieß es da, habe man „Monobutylzinn“ nachweisen können. Die Leiterin der Falke-Presseabteilung, Cornelia Eisenstein, schrieb einen Tag vor der Sendung an die „Plusminus“-Redaktion: „Aus unserer Sicht sind Ihre Untersuchungsergebnisse sehr überraschend, da wir alle vorgeschriebenen Gesetze und wissenschaftlich sinnvollen Normen im Zusammenhang mit Textilien einhalten und darüber hinaus zusätzlich alle Garne, die wir in unseren Produkten verarbeiten, nach dem »ÖkoTex Standard 100« prüfen und zertifizieren lassen.“ Am 11. Januar sah sich das Unternehmen veranlasst, gegenüber den zahlreichen Nachfragen verunsicherter Kunden, Lieferanten und Verbraucher mit einer Richtigstellung zu reagieren. In dieser hieß es: „In dem getesteten Falke-Produkt ist definitiv kein TBT enthalten. Dies bestätigen sowohl die Untersuchungsergebnisse des von »Plusminus« beauftragten Galab-Labors als auch unabhängige Untersuchungen des »Fraunhofer-Institutes«. Durch die ungenaue Berichterstattung von »Plusminus« ist bei unseren Handelspartnern und Endverbrauchern der Eindruck entstanden, in unserem Produkt sei TBT. Eine Vielzahl von Medien hat dieses Thema - ohne eigene Recherchen - aufgegriffen und somit unreflektiert diese Falschmeldung in Fernsehen, Funk und Print veröffentlicht.“

Falke hatte nicht übertrieben, fand sich doch im *Konstanzer Südkurier* (verkaufte Auflage: 20745), der *Singener Zeitung* (19664) und der *Radolfzeller Zeitung* (14435) der von der Journalistin Elke Bohnet geschriebene Satz: „Nachgewiesen wurde TBT außerdem in Socken von Falke...“ Auch die *Nürnberger Zeitung* (32 714) berichtete über TBT in Falke-Socken. Agentur-Journalisten sorgten für die Weiterverbreitung der irrigen Behauptung, TBT sei in Falke-Socken enthalten. Die entsprechende AP-Meldung wurde vom *Remscheider General-Anzeiger* (23028) über das *Solinger Tagblatt* (28 249) bis zu den Regionalausgaben der *Westdeutschen Zeitung* in Düsseldorf (36 619), Neuss-Grevenbroich (3421), Kempen (12231), Krefeld (49448), Mönchengladbach (4539), Wülfrath (7164) und Wuppertal (75275) gedruckt. Diesbezügliche DPA-Meldungen wurden im *Iserlohner Kreisanzeiger* (30259), der *Westfalenpost* (151686) und vielen anderen Blättern veröffentlicht. Während die Schlagzeilen („Gift-Klamotten“) in manchen Zeitungen riesengroß prangten, waren die wenige Tage später notwendigen Korrekturen den meisten Redakteuren allenfalls wenige Zeilen wert.

Bei der angeblichen Trikotbelastung mit TBT war es nicht anders. Sie lag bei Aufnahme durch die Haut - wie der *Spiegel* sogleich recherchierte - tausendfach unter dem von der Weltgesundheitsorganisation für vergleichbare Substanzen festgelegten Wert. Das

hatte „Plusminus“ seinen Zuschauern wohlweislich verschwiegen. Ein Mitarbeiter des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz sagte dem *Spiegel* denn auch: „Das ist schon ein dicker Hund, dass das so aufgebauscht wurde.“

Sportartikelhersteller Nike, mit fast neun Milliarden Dollar Jahresumsatz Branchenerster der Welt, erlitt nach dem WDR-Bericht auf dem deutschen Markt Umsatzeinbußen und sah sich gezwungen, die von ihm in Deutschland vertriebenen Trikots in Analyse-Instituten untersuchen zu lassen, um das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Es dauerte mehr als fünf Wochen, bis alle Untersuchungen abgeschlossen waren. Auch der Gesamtverband der Textilindustrie in Deutschland, der Bundesverband der Bekleidungsindustrie und der Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels teilten abschließend mit, die in Textilien „festgestellten zinnorganischen Verbindungen“ stellen nach Angaben von Fachleuten „keine Gefährdung für Menschen dar“.

Aus einer minimalen TBT-Konzentration, die sich als nicht gesundheitsgefährdend herausstellte, hatte man im WDR einen reißerischen Sensationsbericht gemacht. Der angebliche TBT-Skandal war einfach zu schön, um nicht auch Aufmerksamkeit suchende mediale Trittbrettfahrer auf den Plan zu rufen. Kaum glaubten sich Hersteller wie Nike nach einigen Wochen aus den Schlagzeilen, da wurde das Thema neu aufgewärmt - diesmal von Greenpeace. Da berichtete die *Welt* über „Neue Funde von TBT-Gift in Fußballtrikots - Greenpeace: Hohe Gift-Konzentrationen“. In dem Artikel hieß es: „Nach Untersuchungen von Greenpeace sind in Deutschland verkaufte Fußballtrikots noch immer mit TBT (Tributylzinn) und anderen giftigen Organozinn-Verbindungen belastet. In sechs Bundesliga-Trikots der Hersteller Nike, Puma, Adidas, Fila und Jako fanden Experten der Umweltorganisation Giftzusätze in teilweise hohen Konzentrationen von bis zu 10300 Mikrogramm pro Kilogramm.“ Wieder einmal gab es Riesenschlagzeilen, in der *Welt* hieß es etwa „Experten uneins: Gibt es Alternativen zu Trikotgift TBT?“ Vielleicht hätten alljene Redakteure, die Greenpeace-Meldungen ungeprüft ins Blatt gaben, zuvor einmal einen Blick in die teilweise doch recht peinliche Geschichte der Organisation werfen sollen. Wie hatte doch einer der BBC-Sprecher zu den von Greenpeace mitinitiierten Kampagnen gesagt: „Wir haben nicht genügend Abstand gehalten von Greenpeace. Hinterher hatte ich das Gefühl, die haben uns vor ihren Karren gespannt.“

Es ist fraglich, was sich mehr in den Köpfen der Verbraucher festgesetzt hat: die verzweifelten Dementis der Hersteller oder die Schlagzeile „Gift-Verdacht“ in Zusammenhang mit Sporttrikots. Der umstrittene TBT-Bericht war nicht der erste Beitrag von „Plusminus“, der sich bei näherem Hinsehen als fragwürdig erwies: Immer wieder stößt man bei den Recherchen auf einen Namen: „Plusminus“-Mitarbeiter Jörg Heimbrecht. An welchen Geschichten neben dem TBT-Sensationsreport war er sonst noch beteiligt?

Heimbrecht wurde 1945 geboren. Er wittert bei deutschen Unternehmen offenbar viel Böses. Bekannt wurde ein Buch „*Milliardending*“ (Köln 1984), das belegt, wie Steuergelder an die Großindustrie verschenkt werden und an dem Heimbrecht mitarbeitete. Heimbrecht, ehemals Leiter der Umweltschutzkommission beim Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), fand in einem

ausgestrahlten Bericht der ARD „Gift aus dem Öko-Baumarkt“, bei OBI in Hamm krebserzeugenden Parkettkleber in den Wohnungen ehemaliger amerikanischer Soldaten. Er wird von der Aktionsgemeinschaft „Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG)/Mitgliedsorganisation im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“ mit seinem Buch „*Der Tod, der von den Feldern kam — Die spanische Giftkatastrophe*“ (erschienen im kommunistischen Pahl-Rugenstein-Verlag) empfohlen. Heimbrecht selbst äußerte sich in der WDR-Sendung „Service-Zeit“ als Studiogast zum Thema Allergierisiken bei Schnullern, Kondomen und Matratzen aus Latex und ist Mitautor eines Buches „*Wirtschaftskriminalität-Kriminelle Wirtschaft*“, herausgegeben von Hans See und Eckart Spoo. Sein Leben hat er offenbar ganz der Aufdeckung skandalöser Machenschaften der Industrie gewidmet.

Radioaktivität aus der Flasche

Und dann war es wieder einmal soweit - Jörg Heimbrecht, regelmäßig in *Unsere Zeit*, der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), zitiert, holte zu einem neuen Schlag aus. Diesmal hatte er Bereiche der deutschen Mineralwasserindustrie im Visier. Reines deutsches Mineralwasser ist angeblich verseuchter als Abwässer aus Uran-Wiederaufarbeitungsanlagen. Dieser Eindruck entstand zumindest bei jenen Zuschauern, die den von Heimbrecht verfassten „Plusminus“-Beitrag sahen. Die erschreckend klingende und über viele Agenturen verbreitete Botschaft: Zahlreiche deutsche Mineralwässer seien hoch belastet mit radioaktivem Radium-226. Das kühle Nass könne der Gesundheit schaden. Viele recherchierten nach und fanden bei näherem Hinsehen keinen Grund zur Panik. Zwar enthielten fünf von 19 Mineralwässern tatsächlich einiges an Radium-226. Doch das war seit mehr als zehn Jahren bekannt. „Wären Abwässer aus Uran-Aufarbeitungsanlagen ebenso hoch belastet, müssten die Betriebe von den Behörden geschlossen werden“, hatte es in einer Vorab-Presseinformation zur „Plusminus“-Sendung geheißen.

Die *Medical Tribüne Online* befasste sich näher mit dem Heimbrecht-Beitrag und schrieb: „Der Radium-226-Gehalt stammt aus natürlichen Quellen. Tatsache ist, dass Wasser auf seinem Weg durch das Erdreich Mineralien, Spurenelemente und eben auch radioaktive Substanzen aus dem Gestein löst, zum Beispiel natürliches Uran und seine Zerfallsprodukte Radium-226 und Radon-222. Mineralische Substanzen sind es ja gerade, die aus der chemischen Substanz »Wasser« erst ein hochwertiges Mineralwasser machen.“

Doch vielleicht hatte ja das frühere Bundesgesundheitsamt geschlafen. Waren einige der untersuchten Mineralwässer nicht möglicherweise doch gefährlich? Die *Medical Tribüne Online* dazu: „Bevor ein Mineralwasser vertrieben werden darf, muss es erst untersucht und amtlich anerkannt werden... Als 1984 die Mineral- und Tafelwasserverordnung eingeführt wurde, unterzogen sich alle Mineralwässer noch einmal dem strengen Blick der Lebensmittelchemiker ... Andere Lebensmittel strahlen weit stärker.“ So strahlen Erdnüsse mit 650 Millibecquerel pro Kilogramm um ein Vielfaches mehr als Mineralwässer. Kein Wort dazu in dem reißerischen Heimbrecht-Beitrag. Die *Medical Tribüne Online*, fährt fort: „Tatsächlich kam das ehemalige Bundesgesundheitsamt (BGA) schon 1988 zu dem Schluss: »Durch andere Komponenten wie die externe Strahlung und die Radonkonzentration in den Innenräumen ist der Mensch einer weit höheren Strahlung ausgesetzt als durch den Konsum von Mineralwasser und Trinkwasser. Dementsprechend ist es nicht notwendig, Grenzwerte oder Richtwerte für Radium-226 in Mineralwasser zu empfehlen.« Aus dem Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV) - einem der Nachfolgeinstitute des Bundesgesundheitsamtes - heißt es denn auch nur lapidar: »Diese Sache ist doch ein alter Hut. Dem WDR sind offenbar die Themen ausgegangen!« “ Und auch das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter mochte eine Gefährdung der Bevölkerung durch Radium-226 im Mineralwasser nicht erkennen.

„Was die »Plusminus«-Redaktion sich mit ihrer Ankündigung zum Thema Radium-226

im Mineralwasser erlaubt hat, ist eine unverantwortliche, durch keine wissenschaftlichen Studien belegte Panikmache“, sagte der Erste Vorsitzende des Vereins zur Förderung der gesunden Ernährung und Diätetik (VFED), Sven-David Müller, über den Pressewirbel um die ARD in Zusammenhang mit dem „Plusminus“-Bericht. Die Volksgesundheit werde so den Einschaltquoten geopfert. Müller weiter: „Gerade von einem öffentlich-rechtlichen Sender erwartet der Bürger doch eine solide Berichterstattung, hier wird aber desinformiert und fehlgeleitet.“ Der VFED wurde als gemeinnütziger Verein gegründet. Mit rund 2000 Mitgliedern (Diätassistenten, Ernährungswissenschaftlern, Apothekern und Ärzten) ist der VFED die größte nichtstaatliche Ernährungs- und Diätetikfachgesellschaft in Deutschland.

Auch Gerald Jörns bezeichnete in einem für *Telepolis* verfassten Artikel den Heimbrecht-Beitrag über radioaktives Mineralwasser als „Sensationsberichterstattung“ und fuhr fort: „Mit dieser Art und Weise der Berichterstattung erreicht man möglicherweise Typen wie Zlatko & Co. und hinterlässt das Urteil: Ich darf kein Wasser mehr trinken, denn überall ist was drin. Gleich zu Beginn des Beitrags wird ein Foto von einem möglichen Opfer eingeblendet. So heißt es im O-Ton: »Ein mögliches Opfer - Stefan Morsch. Hier liegt er begraben, gestorben ist er an Leukämie. Stefan Morsch, er wurde nur 17 Jahre alt.« (Quelle: »Plusminus«) Das Trinkwasser am Ort mit einer Uranmine soll hochgradig mit Radium-226 belastet gewesen sein. Doch Werte zu diesem Trinkwasser werden nicht genannt. Im Anschluss darf ein einziger Wissenschaftler Stellung beziehen: Dr. Wolfgang Hoffmann vom Bremer Institut für Präventionsmedizin sieht als einzige plausible Erklärung die radioaktive Kontamination des Trinkwassers. Bei Kindern und Ungeborenen sollen solche Trinkwasserbelastungen zu einer erhöhten Dosis führen. Radium-226 wird wie das lebensnotwendige Calcium in die Knochen aufgenommen. So häufe sich eine toxische Menge an, die dann zu Leukämie führen könne. Doch dieser Text wird abermals nur vom Sprecher vorgetragen. Eine wissenschaftliche Stellungnahme fehlt auch hier.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Man durfte gespannt sein, womit „Plusminus“ und Sensationsfachmann Heimbrecht fortan die Einschaltquoten hochzutreiben suchen würden.

In jenen Tagen gab es einen weiteren Knaller: „Krebs aus dem Trinkwasser“ lautete ein neuer Heimbrecht-Beitrag bei „Plusminus“. Dabei konnte man erfahren, wie „deutsche Wasserversorger die Gesundheit ihrer Kunden aufs Spiel setzen“, so „Plusminus“. Angeblich befanden sich im Trinkwasser zahlreicher Städte und Gemeinden krebserregende Stoffe, sogenannte polyzyklische Aromate (PAKs). Bis zu 50 zusätzliche Krebsfälle pro 100 000 Einwohner seien möglich. „Krebs aus dem Wasserhahn?“, titelte die *Bild*-Zeitung denn auch. Doch was auf den ersten Blick wieder einmal sensationell klang, erwies sich bei genauerer Betrachtung - wie schon etliche andere „Plusminus“-Beiträge zuvor - als reißerisch und übertrieben. *Bild* hakte nach und ließ seine Leser wissen: „Die Ingenieure und Forscher des DVGW (»Deutscher Verein des Gas- und Wasserfachs«) „sind empört.“ Der „Plusminus“-Bericht sei „zutiefst unseriös“, urteilte Dr. Wulf Lindner von der DVGW gegenüber *Bild*. Und auch das Bundesumweltamt winkte ab. Der dort tätige Fachmann Hermann Dieter sagte: „PAKs sind an Eisenpartikel gebunden, deswegen ist verseuchtes Wasser trübe. Und es gibt keinen, der 70 Jahre lang täglich zwei Liter trübes Wasser trinkt.“ Und Wolfgang Kühn, Geschäftsführer des

DVGW-Technologiezentrum Wasser, hob hervor: „Das Problem ist seit 30 Jahren bekannt, und zu Beginn der neunziger Jahre ging das schon mal durch die Presse und die Behörden.“ Damals habe es in Baden-Württemberg und in Hessen zwei Fälle gegeben, in denen die PAK-Werte im Trinkwasser die zulässigen Werte überschritten hätten. Der durch die „Plusminus“-Vorabpressemeldungen entstandene Eindruck, aus deutschen Wasserhähnen fließe Wasser mit krebserregenden Stoffen, hatte jedoch sein Ziel erreicht: Die Einschaltquote war gesichert. Süffisant merkte die *TAZ* an: „Der Wasserskandal hat sich als Ente entpuppt: Nach *TAZ*- Recherchen hat der Autor eines Fernsehbeitrags das ihm vorliegende Datenmaterial falsch bewertet.“

Zweifelhafte Sensationsberichterstattung über Unternehmen und deren angeblich gesundheitsgefährdende Produkte hat in Deutschland eine lange Tradition. Das Landgericht München verurteilte im Sommer die *Blitz-Illu* zum Schadenersatz, weil diese Postille einen Bericht über Ikea-Regale sogar völlig „frei erfunden“ hatte. Baby Sabine, so die *Blitz-Illu* war angeblich an den aus einem Ikea-Regal ausströmenden Giftgasen erstickt: „Die Eltern ahnten nicht, dass sie der kleinen Sabine den Tod ins Zimmer stellten... Die zarten Lungen des Säuglings wurden von den ätzenden Gasen buchstäblich zerfressen. Eines Nachts gab der junge Körper auf, die Lungen versagten. Sabine erstickte qualvoll.“ Angeblich sei aus den Ikea-„Billy“-Regalen 400mal mehr Formaldehyd ausgeströmt als zulässig. Doch der von *Blitz-Illu* benannte Zeuge, Diplomingenieur Helmut Scholz vom Umweltinstitut München, hatte nie mit der Zeitschrift gesprochen. Fast alle von *Blitz-Illu* gemachten Aussagen waren falsch. Und Ikea hatte das Nachsehen. Denn irgendetwas bleibt schließlich in den Köpfen der Verbraucher hängen.

Regenwald-Holz in Nivea-Creme?

Eine ungeheuerliche ökologische Unverschämtheit glaubte Greenpeace aufgedeckt zu haben: Die Hamburger Beiersdorf AG, Hersteller der weltberühmten Nivea-Creme, verwende Zellstoff, der aus Bäumen eines bislang unberührten Regenwalds in Kanada gewonnen werde. Medienwirksam demonstrierte Greenpeace in der Hamburger Unnastraße gegen den angeblichen ökologischen Missstand. Die Firma Clariant, so teilten Greenpeace-Mitarbeiter Journalisten mit, verkaufe Zellstoff aus Regenwäldern an die Beiersdorf AG. Die mediale Seifenblase platzte jedoch, noch bevor sie ihre volle Größe erreicht hatte: Beiersdorf war zwar ein Kunde der Firma Clariant, ließ sich von dieser aber nur mit Pigmenten beliefern. Zellulosederivate wurden nicht von der Beiersdorf AG, sondern einem anderen Hersteller bezogen - und auch nicht für Nivea-Creme, sondern für Haarspülungen, in denen sie zu 0,05 Prozent enthalten waren.

Beiersdorf war als Kampagnenziel auch aus einem anderen Grunde schlecht gewählt worden, stellte es doch bei Zulieferern seiner holzhaltigen Produkte (Packungen und Papier) schon damals

die Auflage, dass das Rohmaterial nur aus „nachhaltiger Forstwirtschaft“ stammen dürfe. Von unberührten Regenwäldern fand sich in der Nivea-Creme keine Spur. Gegenüber den verdatterten Greenpeace-Demonstranten erwies sich die Beiersdorf AG trotz der Falschinformationen dennoch als großzügig: Als ihnen der Strom zum Aufblasen einer Plastikfigur ausging, half das Unternehmen mit einem Energieschub aus der Steckdose aus. Greenpeace hat diese peinliche Schlappe in den Medien scheinbar ebenso wenig geschadet wie vorherige Missgriffe.

Greenpeace: Piratenstück vor laufenden Kameras

Im Frühjahr 1995 lasen sich die Schlagzeilen deutscher Zeitungen wie Kriegserklärungen: „Menschenjagd in der Nordsee“, „Shell-Rammboot bei brutaler Enter-Aktion“ oder „Shell schießt mit Wasserkanonen auf Greenpeace“. Anlass der Massenhysterie war die geplante Entsorgung einer Ölplattform, der von Shell UK betriebenen Brent Spar. Der von Greenpeace initiierte Streit um sie wurde zu einem Lehrstück für platteste Fehlinformationen.

Schon seit 1991, vier Jahre vor der Presseschlacht, hatte sich Shell UK Gedanken über die Entsorgung des riesigen Kolosses gemacht. Mehr als 30 Gutachten wurden in Auftrag gegeben, die das Für und Wider verschiedener Beseitigungsverfahren erörterten. Der gewaltige Rohölspeicher, 1976 in Betrieb genommen, war ein Meisterwerk der Technik: 109 Meter Tiefgang unter der Wasseroberfläche, 32 Meter ragten aus dem Wasser heraus. Sechs Tanks, die zusammen 300000 Barrel Öl aufnehmen konnten, hatten über Jahrzehnte dicht gehalten. Technische, finanzielle und auch ökologische Aspekte der Entsorgung waren in den Gutachten untersucht worden. Niemand erhob Einspruch, als die britische Regierung im Februar 1995 die Nordseeanrainer und die Öffentlichkeit darüber unterrichtete, dass die Plattform im Atlantik versenkt werden sollte - bis Greenpeace auf den Plan trat. Dort glaubte man, den Knüller für den kommenden Sommer gefunden zu haben, einen mächtigen Gegner, einen schrecklich bösen Konzern, dem man es schon zeigen würde. Es war die ersehnte Gelegenheit, der Umweltorganisation mit einer mediengerechten Kampagne neue Spender zuzuführen.

Am 30. April 1995 besetzten sieben „Regenbogen“-Kämpfer von Greenpeace die Brent Spar. Zugleich wurden die Medien mit Falschinformationen gefüttert. Aus dem Rohölspeicher wurde eine „Bohrinsel“, die angeblich in der Nordsee versenkt werden sollte. Und um auch den allerletzten Zweifler auf die Seite des Umweltschutzes zu ziehen, wurde behauptet, in dem Koloss gebe es „5000 Tonnen Ölrückstände“ und Giftschlamm. In Wahrheit war der geplante Versenkungsort ein Gebiet 150 Seemeilen nordwestlich der Äußeren Hebriden - lag also im Atlantik. Statt der von Greenpeace angegebenen 5000 Tonnen Ölrückstände gab es zwischen 74,3 und 102,7 Tonnen, so später das unabhängige Fachteam von Det Norske Veritas (DNV). Und die Schlammrückstände, etwa 260 Tonnen, waren - wie sich später herausstellen sollte - keinesfalls giftig, sondern sie bestanden aus Salz und Sand.

Doch Argumenten waren die Greenpeace-Fund-Raiser damals nicht zugänglich. Ihre Aktion gegen den bösen Weltkonzern wurde ein voller Erfolg. Der Evangelische Kirchentag und die Katholische Arbeitnehmerbewegung, Harald Juhnke und Bärbel Bohley, Republikaner und PDS - sie alle solidarisierten sich mit Greenpeace. Der damalige Bundeskanzler Kohl sah sich veranlasst, auf dem Weltwirtschaftsgipfel im kanadischen Halifax für den weltweiten Schutz der Meere einzutreten. Auch wenn die

Anschuldigungen nicht stimmten, das Thema wurde ein Selbstläufer. Politiker, Prominente und Radiosender riefen in Deutschland öffentlich zum Boykott von Shell-Tankstellen auf.

Niemand nahm zur Kenntnis, dass Shell/Hamburg mit der geplanten Versenkung der Plattform nichts zu tun hatte. Und niemand wollte wissen, dass Fachleute in mehreren Gutachten davon abgeraten hatten, die Brent Spar an Land zu entsorgen, da sie zunächst in einem äußerst riskanten Manöver in eine waagerechte Position hätte gekippt werden müssen und dabei auseinanderbrechen konnte.

Aus der Sicht der Initiatoren von Greenpeace war die Aktion - zunächst - ein voller Erfolg. Umfragen zeigten die Organisation im Stimmungshoch. Auch die zunehmende Militarisierung der Anti-Shell-Protteste änderte daran nichts. Am 14. Juli 1995 wurden in Mörfelden-Walldorf zwei Zapfsäulen, das Schaufenster und ein Plakat einer Shell-Tankstelle von Kugeln durchsiebt. Später brannte eine andere Shell-Tankstelle bis auf die Grundmauern ab, 50 Shell-Tankstellen wurden zu Opfern von Vandalen, mehr als 200 Tankstellenpächter bedroht. Man machte die deutsche Shell-Konzern-Tochter bei Greenpeace und in der Öffentlichkeit für etwas haftbar, das sie gar nicht zu vertreten hatte.

SZ-Mitarbeiter Burkhard Müller-Ullrich hat sich näher mit dieser rückblickend äußerst blamablen Greenpeace-Aktion befasst und leuchtete die Hintergründe aus: „Das Ziel der Aktion war ein Medienspektakel aus purem Eigeninteresse. Die Einnahmen der Umweltschutzorganisation stagnierten oder waren gar rückläufig. Die laufenden Kosten für Personal, Schiffe, Ausrüstung, Büro etc. konnten kaum noch aufgebracht werden. Im Herbst 1994 hatte Greenpeace über 90 Mitarbeiter entlassen müssen. Das Für und Wider der Versenkung von Brent Spar war weniger wichtig als die Bilder vom Spiel David gegen Goliath.“

Die Berichterstattung im Fernsehen verlief ganz im Sinne der Umwelt-Aktivisten, vermittelte sie doch den Eindruck, dass Greenpeace stellvertretend für alle umweltbewussten Menschen etwas tue. Ein NDR-Team war denn auch gleich bei der ersten Aktion von Greenpeace vor der Brent Spar live dabei und sorgte dafür, dass die Redaktion von „Panorama“ als erste ausführlich über das sensationsbehaftete Medienereignis des Frühsommers berichten konnte.

Im Mai 1995 verschickte Greenpeace einen Informationsbrief, für den Harald Zindler verantwortlich zeichnete. In ihm hieß es: „Die Versenkung ist aus Umweltgesichtspunkten nicht vertretbar, die Landentsorgung ist die einzig umweltgerechte Entsorgungsalternative.“ Unkritisch übernahmen nicht nur Fernsehsender diese Sicht der Sachlage. Eine Erklärung der Deutschen Shell blieb dagegen unerwähnt. In ihr hatte es geheißen: „Die Belastung des Meeresbodens wurde von unabhängigen Meeresbiologen als vernachlässigbar gering eingestuft. Auswirkungen sind auf den Tiefwasserstandort beschränkt. Schadstoffe finden keinen Eingang in die Nahrungskette, weil herabsinkende organische Teilchen diese Tiefen nicht erreichen.“

Greenpeace suggerierte erfolgreich, Shell wolle die Fischbestände vergiften. In einem Greenpeace-Flugblatt, das an Autofahrer verteilt wurde, hieß es: „Shell nimmt aus Profitgründen in Kauf, dass Fischgründe vergiftet und das Ökosystem Nordsee weiter

zerstört wird.“ Wie schon oben ausgeführt, sollte die Plattform zu keinem Zeitpunkt in der Nordsee versenkt werden. Und die angeblichen Fischgründe, die Shell laut Greenpeace vergiften wollte, erwiesen sich bei näherem Hinsehen als ebenso aus der Luft gegriffen, wäre die Plattform doch in mehr als 2000 Meter Tiefe versenkt worden, dort, wo es keine Fischeschwärme und nur wenig Leben gibt.

Die Desinformation durch Greenpeace wurde dennoch unbeirrt fortgesetzt. In einem Schreiben von Greenpeace vom 23. Mai 1995 an die Teilnehmer des Symposiums „Aktuelle Probleme der Meeresumwelt“ behauptete die Organisation, die Landentsorgung sei technisch möglich, verschwieg dabei jedoch die erheblichen Gefahren für die küstennahen Gewässer im Falle des möglichen Auseinanderbrechens der Plattform. Zudem behaupteten die Umwelt-Aktivisten, Shell habe allein aus Kostengründen die Entsorgung an Land abgelehnt. Bedenkt man jedoch, dass Shell selbst nach Greenpeace-Angaben in den kommenden Jahren 2,9 Milliarden in das Brent-Ölfeld investieren wollte, dann können „nur“ 75 Millionen, die die Versenkung im Atlantik weniger als die Entsorgung an Land gekostet hätte, wohl kaum den Ausschlag gegeben haben. Weil Desinformation sich offenkundig auszahlte, legte Greenpeace immer wieder mit unwahren Behauptungen nach. So hieß es: „Die Brent Spar in diesem Zustand zu versenken wäre eine illegale Verklappung auf hoher See. Es wäre ein Verstoß gegen die Beschlüsse internationaler Schutz-Konventionen wie der Genfer Konvention.“ Tatsächlich wurde die Erlaubnis der britischen Regierung zur Versenkung der Brent Spar ausdrücklich unter Beachtung aller internationalen Bestimmungen, auch der Genfer Konvention von 1958 und der Londoner Konvention von 1982, erteilt.

Als die Massenhysterie gegen Shell einen neuen Höhepunkt erreichte, wurde auch Greenpeace immer forscher. In einer Anzeige von Greenpeace in der britischen Tageszeitung *Guardian* hieß es: „Mr. Gummer is letting Shell dump 14 500 tons of toxic litter in the North Sea.“ Von 14 500 Tonnen Giftmüll konnte jedoch keine Rede sein, denn die komplette Brent Spar wog soviel. Das Gewicht setzte sich zusammen aus 6700 Tonnen Stahl und 6800 Tonnen Beton für die äußere Hülle, 870 Tonnen Stahl und anderen Metallen für die Installation sowie 130 Tonnen Schlamm (Sand und Salze). Völlig absurd wurde es dann, als Greenpeace an deutsche Autofahrer ein Flugblatt verteilte, in dem behauptet wurde, die 130 Tonnen Schlamm seien „radioaktiv verseuchte Ölschlämme“. Shell trat vergeblich diesen Behauptungen entgegen. Niemand interessierte sich dafür, dass die „radioaktive“ Verseuchung von Salzen stammte, die eine natürliche Strahlung aufwiesen, die etwa jener von Granit entspricht, der für Gehwegplatten verwendet wird. Der angeblich so grauenvolle Schlamm in der Plattform bestand zu 90 Prozent aus Sand, sodann aus 9,2 Tonnen Öl, 87,4 Kilogramm Zink, 42,9 Kilogramm Kupfer, 8,9 Kilogramm Blei, 5,8 Kilogramm Kadmium, 3,9 Kilogramm Nickel, 2,1 Kilogramm Chrom und anderen Kleinmengen von Schwermetallen.

Am 18. Mai 1995 warf ein Greenpeace-Sprecher Shell im „Heute-journal“ vor, dass noch „5500 Tonnen Öl“ an Bord der Brent Spar seien. Ein Blick auf die Vorgehensweise von Greenpeace zeigt, wie diese absurde Behauptung - für die sich Greenpeace später öffentlich entschuldigen musste - zustande kam: „Am 14. 05.1995, also zwei Wochen nach Besetzung der Brent Spar durch Greenpeace... Jonathan Castle, Greenpeace-Skipper

und Führer des Besatzungstrupps, wird vom Greenpeace-Labor Exeter um Proben aus den Tanks der Brent Spar gebeten. Er beauftragt Frank Kamp, gelernter Steuermann, die Proben zu ziehen. Ein Peilgerät ist nicht zur Hand. Mit leerem Erdnussbutterglas und Nylonschnur werden von Deck A (56 Meter über der Oberkante des Tanks) aus den Lüftungsrohren 1, 2 und 4 Proben entnommen. Frank Kamp erklärt hierzu: »Ich erklärte in einer E-Mail an Paul Johnston genau, wie und wo ich die Probe genommen hatte. Der Brief ist etwa zwei DIN-A4-Seiten lang. Daraus ging eindeutig hervor, dass die Proben aus den Lüftungsrohren und nicht aus den Tanks stammten. Deshalb war klar, dass sie nichts über die Ölmenge aussagten... Am 9.06.95 informierte Johnston Paul Horseman »den von London aus operierenden Leiter der Ölkampagne von Greenpeace-International« über seine Berechnungen. Kampagnenleiter Jürgens hält diese Berechnungen für »irrwitzig«. Am 16. 06. 1995 bestätigt Exeter in einem von Johnston an Horseman adressierten Schreiben, die Kalkulation der »den Tanks entnommenen Proben« hätten einen Ölgehalt von 5500 Tonnen Restöl ergeben. Der Inhalt dieses überwiegend im Konjunktiv formulierten Schreibens wird von Horseman in Form eines Greenpeace-Briefings zur wissenschaftlich fundierten Tatsache erklärt. Dieses Briefing geht noch am 16. 06. zur Presse.« So also wurde aus einer von einem gelernten Steuermann mit einem Erdnussbutterglas in einem Lüftungsrohr gezogenen „Probe“ ein „Nachweis“ über Tausende Tonnen Restöl, die angeblich im Tank der Brent Spar lagerten. Solche irrwitzigen Behauptungen heizten die Stimmung weiter an - gegen die Deutsche Shell.

„Noch mehr Gift auf Bohrinsel vermutet“ (*Ostsee-Zeitung*), „Noch mehr Gift an Bord“ und „Greenpeace: Bis zu 5500 Tonnen Öl an Bord der Brent Spar“ lauteten die Schlagzeilen. Kein Wunder, dass selbst der 26. Evangelische Kirchentag in Hamburg mit einem abermaligen Aufruf zum Shell-Boykott zu Ende ging. Auch der damalige Bundeskanzler Kohl schien zwischenzeitlich zum Greenpeace-Fan mutiert, äußerte er doch, die Proteste gegen Shell seien „keine Verrücktheit einiger Leute in Deutschland“.

Vereinzelt stellte man die Frage, ob Aufrufe zum Boykott eines Unternehmens rechtswidrig seien. „Verrufer“, so lautet der juristische Ausdruck, können sich vom deutschen Recht bestätigt fühlen, solange nicht ein Wettbewerber hinter der Kampagne steht und der Boykott „lediglich“ ein Instrument im Meinungskampf ist. Unbestritten bedeutet die Aufforderung an Verbraucher, Produkte von Shell nicht mehr zu kaufen, die Schädigung eines Unternehmens. Auch das Recht am eingerichteten und ausgeübten Unternehmen wird dadurch beeinträchtigt. Doch die Rechtsprechung fordert eine Güter- und Interessenabwägung. Das Bundesverfassungsgericht hatte dazu 1969 geurteilt: „Ein Boykottaufruf, dem eine bestimmte Meinungskundgabe zugrunde liegt, ist durch Art. 5 Abs. 1 GG ins besondere dann geschützt, wenn er als Mittel des geistigen Meinungskampfes in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage eingesetzt wird, wenn ihm also keine private Auseinandersetzung, sondern die Sorge um politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Belange der Allgemeinheit zugrunde liegt.“ Das Bundesverfassungsgericht sah in dem Urteil die „Freiheit der geistigen Auseinandersetzung“ als eine „unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der freiheitlichen Demokratie“. Doch die geistige Auseinandersetzung im Falle Shell ging seltsame Wege.

Es entbrannte ein Konkurrenzkampf zwischen Fernsehen, Radio und Zeitungen. Leser- und Hörer-Aktionen wurden gestartet. Die Kompetenz der Straße übertraf die Kompetenz

der Wissenschaftler. Und die Boykottaufrufe zeigten Wirkung, gingen doch die Absätze von Shell Mitte Juni 1995 um bis zu 30 Prozent zurück. Am 14. Juni 1995 titelte die *Hamburger Morgenpost*: „Tanken Sie noch bei Shell?“ Am selben Tag vermeldete die *Hannoversche Neue Presse*: „Bis 80 Prozent weniger Umsatz - Shell-Boykott auch in Hannover.“ Und auch die *Dresdner Morgenpost* erfreute ihre Leser mit der Schlagzeile: „Leipzig boykottiert alle Shell-Tankstellen.“

Besonnene Stimmen fanden in jenen Tagen kein Gehör, so etwa, als Ulrich Jung am 15. Juni 1995 in der *Offenbach Post* unter der Überschrift „Viel Show dabei“ mahnte: „Die Reaktion so manches Zeitgenossen, auch und gerade manches Politikers hierzulande erscheint denn auf den zweiten Blick doch mehr Show zu sein als echte Besorgnis. Man schwimmt halt um die Wette auf dieser von Greenpeace in Gang gesetzten Umweltwelle mit. Das schadet nichts, ist aber chic und medienwirksam und verspricht Wählerstimmen; dem »Umweltkonzern« massenweise Spenden aus Deutschland, die er so dringend zum Überleben braucht, und den Schauspielern von Harald Juhnke bis Lotti Huber Applaus.“ Autor Ulrich Jung wunderte sich jedenfalls darüber, dass sich einige Jahre zuvor niemand darüber aufgeregt hatte, als Greenpeace selbst das organisationseigene Schiff „Rainbow Warrior“ im Meer versenkte und man das – wie das ZDF-Magazin „Frontal“ vermeldete – als besonders umweltfreundliche Tat darstellte. Auch die damalige Umweltministerin Angela Merkel (CDU) verfiel der Massenhysterie und sprach sich für die Entsorgung der Plattform an Land aus. Der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) entdeckte ebenfalls medienwirksam seine Öko-Kompetenz und diktierte den Reportern: „Das Verhalten von Shell ist unerträglich und nicht hinzunehmen.“ Demokratisch gewählte Politiker machten sich zu Greenpeace-Statisten. Mit dem Restöl der Brent Spar salbten sich Politiker und Medien zu Umweltheiligen, so dass am Ende nur noch der Papst in ihrem Reigen gefehlt hätte. CDU-Politiker Rainer Eppelmann wollte die Daumenschrauben noch fester ziehen und forderte medienwirksam gleich auch einen Boykott von Esso, dessen britische Tochter zu 50 Prozent an der Brent Spar beteiligt war. Doch der Medienkrieg richtete sich weiterhin allein gegen Shell: „Mit Brent Spar versenkt Shell sein Image“ (*Süddeutsche Zeitung* am 19. Juni 1995), „Aufstand gegen Shell“ (*Spiegel*-Titelgeschichte am 19. Juni 1995) und „Position von Shell »unhaltbar«“ (*Frankfurter Rundschau* am 20. Juni 1995).

Am Dienstag, dem 20. Juni 1995, erfolgte gegen 19 Uhr mitteleuropäischer Zeit die Kapitulation des bedrängten Riesen. Die Agenturen meldeten in Siegeslaune: „Shell Großbritannien hat entschieden, auf die Versenkung in tiefer See zu verzichten und bei den britischen Behörden eine Lizenz zur Entsorgung an Land einzuholen.“ Greenpeace jauchzte vor Freude - doch dann folgte dem Rausch die Ernüchterung.

Schon einen Tag nach dem Sieg gestand Greenpeace ein, dass die Entsorgung der Brent Spar „schwierig und kompliziert“ werde. Nun erst befassten sich die meisten deutschen Journalisten mit der Frage, was denn mit der Brent Spar geschehen solle. Erst jetzt schien ihnen klar zu werden, dass sie dabei geholfen hatten, ein Feindbild zu schüren. Thomas Löffelholz berichtete deshalb am 22. Juni 1995 in der *Welt*: „An jedem Arbeitstag geben die 200 britischen Bohrsinseln mehr Öl in die Nordsee ab, als sich in den Tanks der Brent

Spar befindet. Jährlich strömen bei diesen Arbeiten mehr als 19000 Tonnen Erdöl ins Meer... Es wird hier nicht dazu eingeladen, Ölplattformen zu versenken. Doch die Art, wie der Vorgang in Deutschland behandelt wurde, nämlich ohne einen ernsthaften Versuch, die Dimension der Gefahr abzuschätzen oder darzustellen, ohne den Menschen klarzumachen, dass es sich hier allenfalls um ein ökologisches Randproblem der Ölförderung auf dem Meer handelt, ist nicht weniger bedenklich, als es die Versenkung der Brent Spar gewesen wäre. Man hat Emotionen geweckt, die am Ende Menschen auf Tankstellen schießen ließen.“

Nun lauteten die Überschriften plötzlich „Land im Rausch“ (*Wochenpost*). „Ein Sieg, aber keine Lösung“ (*FAZ*) und „Auf dem falschen Dampfer“ (*Schwäbische Donauzeitung*). Auf einmal war es peinlich, dass etwa die *BZ*, Berlins größte Zeitung, dem Shell-Boycott eine Titelseite und zwei weitere Seiten gewidmet hatte, auf denen man lesen konnte: „Nur noch Fische tanken bei Shell.“ Auf einmal war es peinlich, dass in derselben Ausgabe den französischen Atomtests gerade einmal dreieinhalb Zeilen gewidmet worden waren. Auf einmal änderten sich Boykottaufrufe in Schlagzeilen wie „Shell, wir tanken Dir“ (*Die Woche*).

Von Greenpeace eingeseift

Auf einmal wurde klar, dass Greenpeace die Journalisten eingeseift hatte. Und im Schaum waren kritische Fragen erdrückt worden. Die Krönung der Einseifung folgte erst noch: Trotz des von den Umweltschützern im Falle Brent Spar angerichteten Desasters, das den Ölkonzern und die Tankstellenpächter mindestens 30 Millionen gekostet hatte, schlugen Politiker von SPD, CDU und Bündnis90/Grüne Greenpeace für den Friedensnobelpreis 1996 vor.

Drei Monate nach der spektakulären Auseinandersetzung zwischen Greenpeace und Shell fand die Affäre Anfang September 1995 ein unerwartetes Nachspiel: Die britische Sektion von Greenpeace entschuldigte sich bei Shell, weil sie mit der Behauptung, in den Tanks der Brent Spar seien noch rund 5000 Tonnen Restöl vorhanden gewesen, gelogen hatte.

Dieses Eingeständnis schadete Greenpeace aber offenkundig nicht - im Gegenteil: Als die Organisation gegen Atomtests im Pazifik zu Felde zog, war ihr wieder einmal die Aufmerksamkeit der zuvor geleimten Journalisten sicher. Greenpeace hatte damals vier Schiffe im Pazifik, auf dreien davon saßen 15 Journalisten. Kameraleute waren aus Platzgründen nicht zugelassen. Wie schon im Falle Brent Spar lieferte Greenpeace auch bei der Aktion nahe dem Mururoa-Atoll jenes Bildmaterial, das in den Fernsehsendern ausgestrahlt werden sollte. Objektive Berichterstattung durfte man auch bei dieser Aktion nicht von den Journalisten erwarten, wurden sie doch zum Teil der Crew, zahlten ihren Anteil an Essen und Telefon und halfen wie in einer Wohngemeinschaft an Bord bei den Haushaltsarbeiten. Von externen Informationen abgeschirmt, waren sie im Pazifik dem PR-Druck der Greenpeace-Aktivisten ausgesetzt. Wie schrieb doch gleich Oliver Herrgesell in der Zeitung *Die Woche* unter der Überschrift „Greenpeace manipuliert“: „Wenn sie ihre Berichte durchtelefonieren, hört Greenpeace mit. Da wird es schwierig, gegen den common sense zu verstoßen.“

Die wichtigste Lehre aus den Greenpeace-Kampagnen lautete nicht etwa, dass der kleine David Greenpeace gegen einen Goliath wie Shell siegen kann. Die gravierendste Erkenntnis bestand vielmehr darin, dass der eigentliche Goliath als David verkleidet herumgelaufen war, ist doch ein Goliath heute derjenige, der die Medien auf seiner Seite weiß. Je emotionaler die Berichterstattung ausfällt, desto sicherer wird der Erfolg. Wem nützte es noch, als Medien, die auf dem Höhepunkt der Massenhysterie zum Shell-Boycott aufriefen, am Ende kleinlaut die Schlagzeile druckten: „... und Shell hatte doch recht“.

Im Juli 1999 wurden die Reste der ausgedienten Brent Spar als Fundament für eine Kaianlage im südnorwegischen Hafen Mekjarvik auf den Meeresgrund versenkt. Nicht einmal fünf Prozent jener Medien, die vier Jahre zuvor der Greenpeace-PR-Aktion gegen Shell blind gefolgt waren, berichteten über die Entsorgung der Brent Spar. Greenpeace, das einst die Aktion in Gang gesetzt hatte, begrüßte auf einmal die Versenkung.

Shell: Blutige Hände?

Kaum hatte sich Shell vom Desaster der Greenpeace-Aktion gegen die Versenkung der Brent Spar erholt, da stolperte der Konzern abermals in ein schwarzes Loch. Wieder gab es Boykottaufrufe, wieder stand das Unternehmen am Pranger - und wieder einmal wurde schlecht recherchiert. Diesmal war es nicht eine Ölplattform, sondern die nigerianische Innenpolitik, die Shell zum Verhängnis wurde. Nach der Hinrichtung des nigerianischen „Bürgerrechtlers“ Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter wurde Shell von europäischen Bürgerrechtsgruppen für die angebliche Unterstützung des nigerianischen Militärregimes und für angebliche schwere Umweltschäden im nigerianischen Ölfördergebiet verantwortlich gemacht. Vom Internationalen Parlament der Schriftsteller in Straßburg bis zur Gesellschaft für bedrohte Völker reichte diesmal die Bandbreite jener Organisationen, die zum Shell-Boykott aufriefen. Bill Clinton und der Papst, Außenminister Kinkel und Tausende andere protestierten gegen die Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa.

Zu Beginn der Shell-Nigeria-Debatte berichtete Detlef Pypke am 9. Oktober 1995 im *Spiegel*: „Seit Shell in Südafrika (»Shell to hell«) durch Apartheid-Gegner unter Druck gesetzt wurde und die »Brent-Spar«-Bohrinsel umkehren musste, mucken auch die Nigerianer auf... Zwar müht sich Shell nach dem Desaster mit der Beinahe-Versenkung der »Brent Spar« um sein lädiertes Image. Doch die millionenschwere Kampagne, mit der sich Shell in Deutschland... als ökologischer Musterknabe darstellt, hat wenig mit der Realität zu tun. Jedenfalls nicht im Niger-Delta.“ Von Anfang an war Shell - wieder einmal - der Bösewicht.

„Neue Vorwürfe gegen Shell“, hieß es am 18. November 1995 in der *Fuldaer Zeitung*, und die *Thüringer Allgemeine* berichtete drei Tage später: „Bündnis-Grüne für Boykott von Shell.“ Solche Appelle zum Boykott waren offenkundig Wasser für die Mühlen skandalhungriger Journalisten. Ein Boykottaufruf der Gesellschaft für bedrohte Völker wurde im November über Agenturen schnell weiterverbreitet: Allein die diesbezügliche Meldung der Agentur AP wurde am 13. November 1995 etwa von den *Aachener Nachrichten*, den *Bremer Nachrichten*, dem *Gießener Anzeiger*, der *Märkischen Oderzeitung*, den *Nürnberger Nachrichten*, der *Sächsischen Zeitung*, dem *Schwarzwälder Boten* und dem *Westfalen-Blatt* abgedruckt. Die *Junge Welt*, die *Neue Osnabrücker Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* druckten eine entsprechende Meldung von AFP ab, und die *Esslinger Zeitung* stützte sich auf DPA. Einen Tag später fand sich der Boykottaufruf in weiteren 28 Tageszeitungen. Er wurde insgesamt 89mal erwähnt.

Die *Zeit* berichtete über „Öl und Tod“. Auch für Greenpeace war Shell längst wieder ein ausgemachter Bösewicht, hieß es doch im *Greenpeace-Magazin* 2/1996 reißerisch: „Flammendes Inferno. Ohne Rücksicht auf Menschen und Natur fackeln Shell und andere Ölkonzerne im Ogoni-Land riesige Mengen Erdgas ab.“ Kein Wunder, dass die Grünen damals befanden, Shell sei mitschuld an der Hinrichtung von neun Nigerianern gewesen, und die Gesellschaft für bedrohte Völker vor der Zentrale der Deutschen Shell in

Hamburg einen Galgen aufstellte. Der hingerichtete Ken Saro-Wiwa, über den in britischen Medien eher mit Vorbehalten berichtet wurde, stieg in Deutschland zum Helden der Anti-Shell-Aktivist*innen auf. Niemand recherchierte hierzulande jene Artikel nach, die etwa der angesehene *Independent* aus Nigeria über Ken Saro-Wiwa schrieb. Darin hieß es etwa, dieser habe seine Kampagne gegen Shell vor allem deshalb begonnen, weil sie Ruhm und Reichtum verheißen habe.

In Wahrheit war Ken Saro-Wiwa nie der Heilige, für den er nach seinem Tod ausgegeben wurde. Doch für die neue Medienoffensive gegen Shell wurde eine Lichtgestalt in Form eines Märtyrers gebraucht. Und mit der Heiligenlegende sabberte eine Flut von Medienberichten über Deutschland, in denen Shell schlimmste Umweltverbrechen in Nigeria angelastet wurden. Nicht einer der „Korrespondent*innen“ hatte sich in Nigeria über die angeblich unglaubliche Ölverseuchung persönlich informiert. Es reichte, dass Umweltschutzgruppen und Bürgerrechtsbewegungen, mit „Informationen“ gefüttert von nigerianischen Asylbewerber*innen, darüber berichteten.

Der Dresdner Professor für Kommunikationswissenschaft, Wolfgang Donsbach, ist in einer Studie mit dem Titel „*Öl in Feuer*“ auch der Frage nachgegangen, welche deutschen Medien den „Skandal“ um Shell in Nigeria am kräftigsten publizistisch vorangetrieben haben: *Focus, Spiegel, Zeit, Die Woche, Wochenpost, Rheinischer Merkur und Deutsches Sonntagsblatt*. Donsbach schreibt, die Journalist*innen seien selbst zu „Skandalierern“ geworden, und fährt fort: „Damit ist die subjektive Haltung der meisten Journalist*innen in diesem Konflikt offengelegt. Sie gehörten selbst zu den Ankläger*innen, und sie transportierten und forcierten die Versuche der Aktivist*innen, den neuerlichen Fall um den Ölkonzern Shell zu skandalisieren. Nimmt man diese Erkenntnis als Folie für die Interpretation der restlichen Berichterstattung, dann kann man daraus mit einiger Plausibilität ableiten, dass ihre subjektive Sicht des Sachverhalts zu einem nicht unerheblichen Grad auch die übrige Berichterstattung beeinflusst hat.“

Nicht die angebliche Ölverseuchung Nigerias, sondern die Kampagne vor allem gegen Shell in diesem Zusammenhang war der eigentliche Skandal. Donsbach stellt in seiner Studie fest, während den Shell unterstützenden Argumenten von „irgendwelchen Akteuren widersprochen“ worden sei, hätten sich für die den Ölkonzern angreifenden Argumente zumeist keine Gegenredner gefunden: „Im Endeffekt waren 80 Prozent aller auf das Unternehmen bezogenen konflikt- und werthaltigen Statements in der Presse negativ für das Unternehmen.“ Niemand sei Shell zu Hilfe geeilt: „Das gilt auch für die Kollegen-Firmen in der Ölindustrie, die wohl auf Tauchstation gingen, um selbst nichts von dem Skandal abzubekommen“, so Donsbach. Doch Skandalisierungsversuche funktionieren meist nur dann, wenn die Medien mitspielen. Und in diesem Fall stellten sich die deutschen Journalist*innen fast einhellig auf die Seite der Angreifer.

Ein Jahr lang wurde uns Deutschen suggeriert, Shell habe die Ölfördergebiete in eine ökologische Wüste verwandelt. Erste Zweifel an diesen Behauptungen kamen erst auf, nachdem der für die *Frankfurter Rundschau* und die *Stuttgarter Zeitung* aus Afrika berichtende Wolfgang Kunath - zum Teil mit Hilfe von Shell - die südnigerianischen

Ölfördergebiete selbst einer Betrachtung unterziehen konnte. Kunath berichtete beim Flug in einem Hubschrauber über seinen ersten Eindruck: »„Überall sieht und spürt man nichts als Tod«, hatte Ken Saro-Wiwa über seine Heimat geschrieben - und? Eine üppig grüne Ebene voller Wald und unregelmäßiger Felder, gesprenkelt mit Gehöften und Feldern - dort unten soll »die völlige Vernichtung des Ökosystems« stattgefunden haben?“ Nach seiner Rundreise und Inaugenscheinnahme der Umweltschäden am Boden gelangte der gewiss unverdächtige Kunath zum Schluss: „Wie auch immer - vom ökologischen GAU ist im Ogoni-Land nicht viel zu sehen.“

Dänische, schwedische, britische und deutsche Journalisten (unter ihnen auch der Autor), die 1996 jene Region besuchen konnten, die als Hintergrundkulisse für eine neue Anti-Shell-Kampagne diente, kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie Carl Mortished von der britischen *Times*: „Wer die Delta-Region bereist, dem erscheinen die jüngsten Fernsehberichte über Umweltverwüstungen und ein Inferno durch das Abfackeln von Gas lächerlich.“

Vielen aber war nicht zum Lachen zumute. Eigentlich hätte James Trott längst ein Magengeschwür haben müssen. Seit mehreren Jahren flog der britische Hubschrauberpilot täglich über das Delta des Niger-Flusses. Das ist jener Teil des bevölkerungsreichsten afrikanischen Staates, der nach Berichten europäischer Fernsehsender und Zeitungen zum Inbegriff der Ausbeutung und Umweltverschmutzung in Afrika geworden war. Als Trott die ersten Horrormeldungen über ölverseuchte Böden und rußgeschwängerte Luft im Delta des Niger las, versuchte er noch, mit Leserbriefen an seine Heimatzeitung der „Wahrheit“ Gehör zu verschaffen. Doch niemand mochte ihm glauben. Seine Briefe landeten im Papierkorb. Er gewöhnte es sich ab, Berichte in seiner Londoner Zeitung über Nigeria zu lesen. Das war im Herbst 1996. Shell kämpfte damals selbst im Internet um seinen Ruf. Dennoch lauteten die Schlagzeilen weiterhin „Öl und Tod“, „Völkermord auf ölverseuchtem Boden“ und „Zuerst sterben die Fische“. Sie zeichneten das Bild eines mächtigen multinationalen Konzerns, der wehrlosen kleinen afrikanischen Völkern rücksichtslos die Lebensgrundlagen entzogen hatte. Weil die damals noch regierende nigerianische Militärjunta nur wenige Visa für ausländische Journalisten ausstellte, schenkten auch deutsche Zeitungen jenen nigerianischen Oppositionellen vorbehaltlos Glauben, die den von Greenpeace und anderen Gruppierungen geweckten Bedarf an immer neuen Schreckensmeldungen über die Umweltverschmutzung in ihrer Heimat decken konnten. Doch der Augenschein strafte diese Horrormeldungen Lügen.

Wer zu jener Zeit das Delta des Niger besuchte, rieb sich verwundert die Augen: auch nach tagelangen Tiefflügen mit dem (von Shell gestellten) Hubschrauber waren von jenen unglaublichen Umweltverschmutzungen, die vor allem Shell angelastet wurden, kaum etwas zu entdecken. Dabei hatte der Pilot keine Chance, ihnen auszuweichen, da er nach Anweisungen seiner Gäste kreuz und quer über den Regenwald flog. Wann immer man in der feuchtheißen Atemluft Ruß und Gestank ausgemacht hatte, stieß man beim Näherkommen auf Bauern, die mit der traditionellen Brandrodung den Regenwald lichteteten, um für weitere Ernten neue Ackerflächen zu gewinnen.

Rund 70 000 Quadratkilometer umfasst das Nigerdelta und entspricht damit der Größe der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und eines Teils von Nordrhein-Westfalen zusammen. Über dieses riesige Gebiet verteilt fanden sich auf dem Höhepunkt der Anti-Shell-Kampagne 1996 rund 86 von Shell betriebene Ölsammelstellen mit Gasfackeln, die zwar den Abendhimmel in ein malerisches Rot tauchten, die Luft aber nicht mehr oder weniger verschmutzten als Gasfackeln in der arabischen Welt, in Russland, Alaska oder Venezuela. Die vier Raffinerien des Landes, die als größte Luftverschmutzer im Nigerdelta gelten, aber den größten Teil des Jahres in Ermangelung von Ersatzteilen nicht produzieren konnten und das ölreiche Land bis auf den heutigen Tag zum Import des benötigten Benzins zwingen, waren und sind in Staatsbesitz und wurden nicht von Shell betrieben. Aus dem Hubschrauber wurde ebenso wie bei den zahlreichen Zwischenlandungen deutlich, dass nicht die Gasfackeln der westlichen Ölkonzerne, sondern die Brandrodung - neben den um Port Harcourt angesiedelten Industrieunternehmen - der größte Umweltverpester im Nigerdelta war, kamen doch auf eine Gasfackel weit mehr als 100 Brandrodungen, die auch heute noch ihre rußigen Rauchsäulen in den wolkenverhangenen Himmel über dem Regenwald stoßen.

Von den Dutzenden im Nigerdelta lebenden Völkern (Nigeria ist mit rund 450 ethnischen Gruppen ein Vielvölkerstaat) hat die 500 000 Menschen zählende Gemeinschaft der Ogoni international Bekanntheit erlangt, weil seine Führer - darunter Ken Saro-Wiwa - behaupteten, ihr Siedlungsraum sei vom Shell-Konzern „verseucht“ worden. Das Ogoni-Territorium umfasst nur rund 1000 Quadratkilometer des 923 768 Quadratkilometer großen Landes. Von den mehr als 90 Ölfeldern, an deren Ausbeutung Shell in Nigeria beteiligt ist, liegen neun auf Ogoni-Land. Die angeblich „ölverseuchten Gebiete“ im Ogoni-Land (ein nigerianisches Gericht sprach Shell im Sommer 2000 der Ölverseuchung im Ogoni-Land schuldig) müssten also eigentlich leicht zu finden sein. In York im Südosten des Ogoni-Landes stößt man nach längerem Suchen endlich auch auf einen schwarzen Ölsee von der Größe eines Fußballfeldes. Man glaubt, endlich einen Ort gefunden zu haben, an dem der Shell-Konzern schwerste Umweltschäden hinterlassen hat. Doch während Shell in einer offiziellen Stellungnahme mitteilte, dieser Ölsee sei nach dem Rückzug aus dem Ogoni-Gebiet (Shell stellte nach Übergriffen der Ogoni dort 1993 die Produktion ein) durch unsachgemäße Wartung verursacht worden, behaupten Führer der 1990 gegründeten „Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes“ (Mosop), dass der Ölsee das Ergebnis von Kämpfen zwischen den Ogoni und ihren Nachbarn, den Andoni, sei. Ein anderer - wesentlich kleinerer - „Ölsee“ findet sich nahe einer Siedlung um Ebubu. Er stammt noch aus der Zeit des Biafra-Kriegs. In Ebubu wurde von Kämpfern eine Hauptölleitung gesprengt. 1996 dienten Yorla und Ebubu vor allem als Fotokulisse für die Behauptungen, „weite Teile“ des 70 000 Quadratkilometer großen Nigerdeltas seien von einer zähen schwarzen Ölschicht überdeckt. Von hier stammen jene Fotos, auf denen Kinder- ausschließlich für den „Bedarf“ westlicher Fotografen - durch Ölschlick waten.

Von Greenpeace über kirchliche Organisationen bis hin zu Menschenrechtsgruppen war man sich 1996 in Deutschland darüber einig, dass im Delta des Niger der Shell-Konzern schwerste Umweltschäden hinterlassen hatte. Dabei war kaum nachzuvollziehen, warum die geringen Schäden im Nigerdelta internationale Aufmerksamkeit erregen konnten,

während die riesigen Ölseen und leckenden Leitungen in Russland ebenso wie der schlimmste Ölunfall in der jüngsten Geschichte, der sich 1995 in Syrien ereignete und über fünf Wochen täglich 25 000 Barrel Rohöl in die Wüste spülte, spurlos an der Öffentlichkeit vorbeigezogen waren. *FAZ*-Korrespondent Markus Wehner besuchte im Norden Russlands die Ölfördergebiete und schrieb: „Rechts und links der Straße liegen kleine schwarze Seen. Es ist Öl, das seit Jahren aus den Röhren sickert, sich in riesigen Lachen sammelt. Die schwarzen Streifen sind überall, nur selten durch Dämme verborgen.“ Das Öl „verseucht die Flüsse, den Boden und die Luft, vergiftet die Fische und das Vieh, lässt die Kinder krank werden und die Erwachsenen in Ussinsk noch früher sterben als im restlichen Russland“. Seit Jahren also fließt das Öl aus undichten russischen Leitungen. Doch es wird nicht von einem westlichen Konzern, sondern von dem russischen Giganten Luk-Oil gefördert. Und der ist in Deutschland nicht - wie Shell - durch ein Tankstellennetz präsent. Wohl deshalb scheint davon bis heute kaum jemand Notiz genommen zu haben.

Seit Ende 1995 gab es in Zusammenhang mit dem Nigeria-Geschäft schwerste Vorwürfe gegen Shell. 1999 besuchte das erste deutsche Fernsehteam (ARD) mit einem eigenen Kameramann die Ölfördergebiete im Süden Nigerias, und zwar unabhängig von Shell. Ebenso wie jene Zeitungsjournalisten, die 1996 nach Nigeria gereist waren, konnte auch das ARD-Team die Horrormeldungen selbsternannter Bürger- und Umweltschutzgruppen nicht nachvollziehen. Wer in Nigeria die Ursachen der Anschuldigungen gegen Shell herauszufinden sucht, stößt auf einen vielschichtigen Wirrwarr von Forderungen, der auch ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles ist. Einen Vorgeschmack dessen, was die im Nigerdelta lebenden Menschen zu den absurdesten Behauptungen getrieben hat, die in Deutschland bei willigen Medien auf fruchtbaren Boden fielen, bekommt man von den Führern der radikalen Jugendgruppen. Einer von ihnen ist Famous Akpoyibo aus der Stadt Warri. Glaubt man ihm, dann ist der Shell-Konzern eine teuflische Erfindung der westlichen Welt, mit der die schwarze afrikanische Bevölkerung unterdrückt und ausgebeutet werden soll. Akpoyibo hat Recht, wenn er sagt, dass die in den Ölfördergebieten lebenden Nigerianer oftmals weder Schulen noch Straßen oder Krankenhäuser haben, während die Mitarbeiter ausländischer Ölgesellschaften in klimatisierten Wohncontainern leben. Akpoyibo nennt sich selbst „Sprachrohr aller unzufriedenen Jugendlichen im Delta des Niger-Flusses“. Er hat die Welt in Gut und Böse aufgeteilt. Akpoyibo, der nach eigenen Angaben weder lesen noch schreiben kann, behauptet, er sei „Ingenieur“ und habe „das Menschenrecht, von Shell als Ingenieur angestellt und bezahlt zu werden“. Auch er wolle - wie die weißen Ingenieure - ein klimatisiertes Fahrzeug haben und mit einem Hubschrauber in die Hauptstadt fliegen dürfen. Akpoyibo scherzte nicht etwa. Der selbsternannte Jugendführer meinte es ernst und vertrat diese Auffassung auch vor einer Gruppe deutscher Journalisten. Hätten deutsche Umweltschützer solche authentischen nigerianischen Stimmen in ihren Presseerklärungen zu Wort kommen lassen, so wäre es ihrem Ziel nicht dienlich gewesen. Wohl deshalb fand man in den fleißig nachgedruckten Presseerklärungen zwar die übertriebenen Behauptungen nigerianischer Asylbewerber, nicht jedoch den Kontext, in dem sie entstanden.

Dabei wäre es auch von Deutschland aus einfach gewesen, dem Katalog der Forderungen von nigerianischen Oppositionellen auf den Grund zu gehen. Weil sich das

frühere nigerianische Militärregime nicht um die Menschen des Nigerdeltas kümmerte und die Gewinne aus dem Ölgeschäft auf Schweizer Privatkonten der Junta flössen, richteten sich die armen Bewohner der Ölfördergebiete mit ihren Forderungen an ausländische Unternehmen. 1996 wandte Shell deshalb rund 15 Millionen Dollar für Entwicklungsprojekte im Bundesstaat Rivers State auf, während die Landesregierung von Rivers State, in der auch das Ogoni-Gebiet liegt, im selben Jahr über einen Gesamthaushalt von nur 20 Millionen Dollar verfügte. 60 Prozent aller Straßen der Region wurden - ohne Druck seitens irgendwelcher Umweltschutzgruppen - von Shell oder anderen ausländischen Unternehmen gebaut. Es waren die nigerianischen Regierungen und nicht etwa die ausländischen Unternehmen, die in der Vergangenheit die Bewohner des Landes sträflich vernachlässigt und sich die eigenen Taschen gefüllt haben.

Wo auch immer die Menschen in den Ölfördergebieten aufbegehrten, schickte die Regierung die Armee, galt es doch, sich die Gewinne aus dem Ölverkauf weiterhin zu sichern. Damit einher ging der Verfall der traditionellen Gesellschaftsstrukturen. Wo früher Könige und lokale Würdenträger unumschränkte Autoritäten waren, haben längst Heerscharen arbeitsloser Jugendlicher politische Zirkel gegründet, die das Wort der Alten nicht mehr achten und auf Mitsprache erpicht sind. Sie wollen von den Futtertöpfen der westlichen Wohlstandsgesellschaft nicht ausgeschlossen werden. Ein Mitarbeiter von Julius Berger, dem nigerianischen Tochterunternehmen von Bilfinger und Berger, sagte in der nigerianischen Stadt Bonny dazu: „Die Jugendlichen stehen vor unseren Werkstoren und fordern Arbeit. Sie hören nicht länger auf die mäßigenden Worte der traditionellen Führer. Stellen wir sie nicht ein, werfen sie Steine oder schlagen mit Eisenstangen auf uns ein. Wie sollen wir uns verhalten? Riefen wir die Polizei zu Hilfe, kämen Truppen und schossen gnadenlos in die Menge. Dann gäbe es weltweit die Schlagzeile: Ausländischer Konzern lässt Schwarze erschießen. « Rufen wir die Polizei nicht, werden wir zusammengeschlagen.“ Beispiele für derartige Schwierigkeiten weiß jedes im Land tätige Unternehmen zu erzählen.

All jenen, die auf dem Höhepunkt der Anti-Shell-Kampagne in ihren Redaktionen Berichte über Nigeria verfassen mussten, wäre es leicht gefallen, auch diese Seite darzustellen. Viele nigerianische Zeitungen sind auch mit wenig Verspätung in Deutschland zu haben. Die nigerianische Botschaft verschickte auch in jener Zeit auf Anfrage Kopien davon - nur interessierte sich niemand dafür. Und im Internet konnte man ebenfalls schon 1996 mit einem Mausklick tagesaktuell nigerianische Zeitungsberichte abrufen. Dennoch verließen sich deutsche Fernsehsender ebenso wie Zeitungen und Radiostationen lieber auf die Aussagen jener, die in Europa um Asyl ersuchten. Ein Blick in nigerianische Zeitungen hätte sie vielleicht zum Nachdenken über das Vorgehen ihrer „Zeugen“ bewegt. So drängten 1996 Hunderte nigerianische Jugendliche alle weißen Mitarbeiter eines westlichen Unternehmens - es handelte sich um einen deutschen Baukonzern - in einen Wohncontainer, kappten die Strom- und Wasserversorgung und ließen die so Gefangenen drei Tage lang in der subtropischen Hitze schmoren. Dann öffnete einer der Jugendlichen die Tür einen Spalt breit und ließ die Eingesperreten zum ersten Mal ihr Ansinnen wissen: „Tarifverhandlungen“, hieß es lapidar. Die Eingeschlossenen durften wählen, entweder mit einem Kran im Niger ersäuft, mit Benzin übergossen und zu Tode „geröstet“ zu werden oder aber den Lohn zu verdoppeln. Als die gefangenen Deutschen mehrheitlich den Tod durch Ersäufen forderten, ließ man sie frei,

weil in diesem Falle wohl kaum ein weiteres Gehalt ausgezahlt worden wäre.

Die Unwissenheit der Nigerianer macht den in den Ölfördergebieten arbeitenden Konzernen am meisten zu schaffen. So entwendeten am Saint Bartholome, einem Seitenarm des Niger, über mehrere Wochen Fischer allnächtlich die Kabelverbindungen eines seismographischen Computers im Wert von mehr als einer Million. Später stellte sich heraus, dass sie diese auf einen Haufen geworfen und entzündet hatten, bis die Kunststoffummantelung niedergeschmolzen war. Aus den Kupferkabeln fertigten sie dann Ohringe und anderen Schmuck für ihre Frauen und Töchter.

Seit der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa sind Jahre vergangen. Wurde seiner im ersten und zweiten Todesjahr noch als eines Heiligen gedacht, so scheint sich inzwischen auch in der letzten Redaktionsstube herumgesprochen zu haben, dass die „*Flammen der Hölle*“, so der Titel eines Buches des Hingerichteten, in Wahrheit zahme Flämmchen waren und eine auch auf materielle Vorteile bedachte Gruppe von Nigerianern europäische Journalisten reihenweise hinters Licht geführt hatte. Viele ausländische Fernsehteams haben sich seither in Nigeria auf die Suche nach den „Flammen der Hölle“, rußgeschwärzten Dächern, weiträumig ölgetränkten Böden und verpesteter Atemluft, begeben, über die sie dereinst aus der Ferne berichtet hatten. Bislang ist noch keiner fündig geworden, sieht man einmal von herangezoozten Aufnahmen ab, bei denen eine natürliche Gasfackel, die nicht anders aussieht als jene in Hamburger Raffinerien, dramaturgisch zurechtgerückt wurde, um dem Zuschauer wenigstens ein bisschen Umweltverschmutzung zeigen zu können.

ARD-Afrika-Korrespondentin Sabine Bohland besuchte 1999 mit ihrem Kamerateam auch die Ölfördergebiete im Süden Nigerias. Seit der Anti-Shell-Kampagne hatten deutsche Fernsehzuschauer keinen Zentimeter Filmmaterial gesehen, das deutsche Kamerateam selbst vor Ort aufgenommen hatten. Am 14. Februar 1999 wurde im „Weltspiegel“ ein 7,51 Minuten langer Nigeria-Bericht von Sabine Bohland ausgestrahlt. Im Shell-Hubschrauber flog Frau Bohland über das Delta des Niger, konnte jedoch den großflächigen Umwelt-GAU offenkundig nicht entdecken. Gezeigt wurden einige Ölpfützen - und die Käfighaltung von Hennen auf der Hühnerfarm des damaligen Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Präsidenten Olusegun Obasanjo (nach dem Beitrag, der filmisch so gar nicht ins Bild der bisherigen Nigeria-Betrachtungen passte, gab es keine Proteste gegen die Käfighaltung von Hennen in Nigeria). Am 25. Februar 1999 folgte in den „Tagesthemen“ ein weiterer Nigeria-Bericht von Frau Bohland. Auch darin wurden in 3,47 Minuten eine Gasfackel und eine etwa einen Quadratmeter große Ölgrube gezeigt. Vom Umwelt-GAU auch hier keine Spur.

Besonders aufschlussreich war ein 35 Minuten langer Bericht des linksliberalen niederländischen Fernsehsenders VPRO, der am 2. Mai 1999 unter dem Titel „Shell in Nigeria“ ausgestrahlt wurde. Hatte der Sender vor der eigenen Recherche eines Teams in den nigerianischen Ölfördergebieten noch die Anti-Shell-Kampagne mitgetragen, so sahen die Zuschauer nun Erstaunliches: „Umweltzerstörung - das ist das Image von Shell in Nigeria“, begann der Beitrag. Doch dann hieß es, der Ölmulti sei offenkundig in eine „PR-Falle“ getappt. Statt weiträumiger von Shell zu verantwortender Ölseen filmte der Sender, wie Nigerianer mit Meißeln die Ölleitungen leckschlagen und auch schon mal mit einem

Gewehr auf diese feuern, um nach dem Austreten von Öl von Shell finanzielle Kompensation für ihr Ackerland einfordern zu können. Ein Sprecher der nigerianischen MOSOP-Aktivisten, die die Kampagne gegen Shell mitinitiierten, entschuldigte solcherelei damit, dass die in den Ölfördergebieten Lebenden eben außer Shell keinen Ansprechpartner für finanzielle Forderungen hätten, da die Regierung weit weg sei. In nicht einer Einstellung zeigte der 35 Minuten lange und in wochenlanger Recherche vor Ort gedrehte Film selbstaufgenommene Ölseen. In seiner Not wandte sich das Team an Shell/Nigeria und erhielt von dort Archivmaterial (das der Sender auch als solches kennzeichnete), auf dem eine etwa zehn Meter lange Ölleitung zu sehen ist, deren Schutzummantelung entfernt wurde. Nachdem die Leitung von Nigerianern leckgeschlagen wurde, trat ein armdicker Ölstrahl aus. Der linksliberale Fernsehsender zeigt Shell nicht als Täter, sondern als Opfer. Er berichtet über Geiselnahmen, Verschleppungen und Drohungen gegen weiße Shell-Mitarbeiter, die von Wachmannschaften geschützt hinter Stacheldrahtzäunen arbeiten müssen, um inmitten der gewaltbereiten Umgebung überhaupt noch Öl fördern zu können.

All jene, die damals am Zerrbild von Shell fleißig mitgewirkt haben, dürfen sich darüber freuen, welche Folgen ihr Tun hatte, sprach sich der Medienerfolg der in Europa Asyl suchenden nigerianischen Legendenerzähler doch soweit herum, dass die Zahl der Anschläge auf ausländische Konzerne in Nigeria seither stetig gewachsen ist.

Motiviert von - auch deutschen - Bürgerrechtsgruppen, die sich ihr Anliegen zu eigen machten, randalieren immer öfter nigerianische Jugendliche. 1999 gefährdeten Besetzungen von Erdölfördereinrichtungen und Geiselnahmen gar die Ölproduktion. So musste Shell Ende 1999 wegen Anschlägen die Förderung um täglich 55 000 Barrel drosseln. Auch Agip und Elf Aquitaine waren zu Förderbeschränkungen gezwungen. Jugendliche zerstörten Boote, Fahrzeuge und Computer und forderten, an den Ölgewinnen beteiligt zu werden. Immer wieder schlugen sie auch Ölleitungen leck, um anschließend Kompensation für die dann vom Öl überfluteten Landgebiete zu fordern. Mehr als eine Million Dollar betrug der Schaden, den Jugendliche allein 1999 an Ölpumpen von Chevron, Elf, Texaco, Agip und Shell in Nigeria anrichteten. Keine deutsche Zeitung wagte es seither mehr - wie auf dem Höhepunkt der Anti-Shell-Kampagne - zu behaupten, die Lecks an nigerianischen Ölanlagen seien ausschließlich auf das fehlende Umweltbewusstsein der Ölgesellschaften zurückzuführen. Auf einmal gab es das, wovon man in Deutschland die Augen ganz fest verschlossen hatte: nicht gestellte Bilder von Nigerianern, die mit Äxten und Hämmern Löcher in Ölleitungen hieben. Bis dahin hatte man immer behauptet, es seien böswillige Lügen der Konzerne, wenn diese wissen ließen, ein großer Teil der Lecks sei auf Sabotage zurückzuführen. Warum sollte man auch nachrecherchieren, standen die Fronten doch damals von vornherein fest: auf der einen Seite der gutwillige und ausgebeutete Schwarze, auf der anderen die Fratze eines multinationalen Konzerns, dem jedes Mittel recht ist. Dann aber geschah, was niemand mehr übersehen konnte: Im Oktober 1998 verbrannten mehr als 700 nigerianische Benzindiebe, die Löcher in eine Leitung geschlagen hatten, das Benzin auffangen wollten und die Beute für ihre Kochstellen zu verwenden gedachten. Es war kein Einzelfall. Kaum einen Kilometer von jener Stelle entfernt starben im August 1999 wieder vier Personen bei dem Versuch, die Pipeline anzuzapfen. Das von ihnen verursachte Feuer konnte nach

Angaben nigerianischer Zeitungen über Tage hin nicht gelöscht werden. Und am 24. März 2000 kamen mindestens 50 Nigerianer bei der Explosion einer Pipeline um. Einige der Brandopfer hatten die Leitung angezapft, um den Treibstoff auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Von allen deutschen Medien widmete einzig die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dem tragischen Vorkommnis einen größeren Bericht. Anfang Juli 2000 verbrannten bei einem ähnlichen Ereignis wieder einmal 200 Menschen, eine Woche später weitere 50. Nigerianische Zeitungen berichten verlässlich auch weiterhin beinahe wöchentlich über größere Lecks, die Nigerianer in Ölleitungen geschlagen haben. Doch längst schon scheint das Interesse der meisten Medien an diesem Thema erlahmt, gibt es doch keinen bösen Multi mehr, den man an den Pranger stellen könnte.

Shell, Hauptziel der früheren Kampagne, wurde inzwischen mehrfach in Nigeria zum Opfer, so etwa, als Jugendliche zwei Shell-Hubschrauber entführten und die Besatzungen längere Zeit als Geiseln nahmen. Es fand sich keine Bürgerrechtsgruppe, die in Deutschland für das Leben der Shell-Mitarbeiter demonstrierte. Und anders als auf dem Höhepunkt der Kampagne, in dem Artikel mit Überschriften wie „Shell & Co. bringen uns um“ und „Ein skrupelloser Krieg gegen Natur und Mensch“ veröffentlicht wurden, gab es keine Sondersendungen über Nigeria im Fernsehen. Auch die nigerianischen Asylbewerber, die mitgeholfen hatten, die Hysterie gegen Shell zu schüren, blieben ungehört.

Nachfolgend ein Beispiel dafür, wie viele Zeilen es einer Zeitung wert war, als Mitte März 2000 immerhin 30 Shell-Mitarbeiter in Nigeria als Geiseln genommen wurden. Auf Seite 64 (!) fanden sich am 15. März 2000 im *Handelsblatt* die beiden Sätze einer kleinen Meldung: „Jugendliche haben in Nigeria 30 Arbeiter des Shell-Konzerns als Geiseln genommen. Die Angreifer hätten das Gaswerk in Utorogu gestürmt, weil Shell sich weigere, Straßen in der Region zu teeren, berichtete Nigerias Tageszeitung »*This Day*«.“ Unternehmen als angebliche Täter - solche Berichte kommen auf die Titelseite, aber Unternehmen als Opfer? Was im *Handelsblatt* zumindest auf Seite 64 stand, ging bei fast allen anderen deutschen Tageszeitungen völlig unter, auch Radio und Fernsehen fanden es keiner Erwähnung wert.

Pest-Panik

Yersinia Pestis, benannt nach dem Arzt Alexandre Yersin, einem Schüler Pasteurs, nennen wir jene Geißel der Menschheit, die in zwei Arten auftritt: als Beulen- und als Lungenpest. Dumpf ahnen wir Mitteleuropäer noch, welche ungeheure Zahl an Menschenleben die Seuche in früheren Jahrhunderten auch bei uns forderte: Allein zwischen 1348 und 1352 fiel ihr jeder dritte Europäer zum Opfer. In späteren Jahren kehrte sie zurück, die Passionsspiele in Oberammergau zählen zu jenen religiösen Bräuchen, die heute noch daran erinnern. Und weil der Pest etwas Gespenstisches anmutet, kann man aus ihrer schönen Geschichte fabulieren: „Indien - Stadt der Ratten. *Spiegel*-Redakteur Tiziano Terzani über den Ausbruch der Pest in Indiens Metropolen“, überschrieb etwa der *Spiegel* am 3. Oktober 1994 eine sich über fünf Seiten hinziehende Reportage. Auch *Focus* wusste in jenen Tagen: „Indien - der schwarze Tod kehrt zurück.“ Solche und ähnliche Berichte lösten eine Angstreaktion aus, wurde doch stets darauf hingewiesen, wie schnell sich die Erreger in Flugzeugen um die Welt ausbreiten könnten.

Medien waren schnell bei der Hand, die angebliche Pestepidemie in Indien mit den großen historischen Seuchen zu vergleichen. Indienreisende, die nach Europa zurückkehrten und dank Malaria, Grippe oder banaler Erkältung bettlägerig wurden, sorgten für weitere alarmierende Schlagzeilen wie etwa „Die Pest ist zurück – auch in Europa“. 70 Prozent der gebuchten Indienreisen wurden von Europäern storniert. Und auch jene, die soeben aus Indien zurückgekehrt waren und sich pudelwohl fühlten, mussten aus den Zeitungen erfahren, wegen der Inkubationszeit könne es für sie bereits „zu spät sein“.

Dass die Pest ihren Schrecken längst verloren hat und Antibiotika ihr den Garaus machen, wurde verschwiegen. Während offizielle Quellen wie die Weltgesundheitsorganisation über den gesamten Zeitraum der „Pestwelle“ im indischen Surat gerade einmal 54 Tote - deren Todesursache jedoch nicht feststand - auswiesen, sprachen die Medien schon nach ein paar Tagen von „Hundertern Pesttoten“. Und weil eine Schreckensmeldung ihren Schrecken verliert, wenn man nicht nachlegt, wurden auch diese übertriebenen Zahlen alle paar Tage noch einmal verdoppelt.

Die *Neue Zürcher Zeitung* gehörte zur kleinen Zahl derer, die sich selbst Zurückhaltung auferlegten. Einige Monate nach der von anderen Blättern beschworenen „Pestepidemie“ veröffentlichte sie denn auch einen Bericht, in dem nur noch von „vermeintlicher“ Pest gesprochen wurde. Schon in der Unterzeile der Überschrift hieß es in Anspielung auf sensationsheischende Berichte anderer Publikationen: „Medien verbreiten Angst.“ Die *NZZ*-Redaktion berichtete in dem Artikel über Zweifel an den „Pestberichten“, Zweifel, die noch während der Seuche aufgetreten waren. Fachleute fanden es schon in jenen Tagen, als sie grassierte, merkwürdig, dass von den pestverdächtigen Patienten nur ein Prozent starb. In den Vereinigten Staaten hätten jedoch tatsächliche Pestfälle in den Jahren 1970 bis 1990 eine Todesrate von rund 15 Prozent ergeben. Die Weltgesundheitsorganisation fand dann schnell heraus, warum es in Indien angeblich viele Pestfälle, aber wenig Pesttote gab: Die meisten indischen Labors konnten gar keine

gesicherte Pestdiagnose erstellen.

Während indische Labors zwischen September und Oktober 1994 bei 693 Patienten angeblich die Pest diagnostiziert hatten, vermochte die Weltgesundheitsorganisation nur einen einzigen Fall zweifelsfrei zu bestätigen - in deutschen Blättern hatte das ganz anders geklungen. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb dazu: „So müssen für den Nachweis der Pest spezifische Antikörper im Blut gefunden werden. Dazu wird der passive Agglutinationshemmtest nicht durchgeführt... Zudem ist eine akute Pesterkrankung erst durch einen mindestens vierfachen Konzentrationsanstieg der spezifischen Antikörper bestätigt, so dass zwei Messungen zu zwei verschiedenen Zeitpunkten nötig sind, was in Indien unterlassen wurde.“ Die *NZZ* zitierte weitere von der Weltgesundheitsorganisation aufgedeckte Merkwürdigkeiten der angeblichen Pestepidemie und kommt zu dem Ergebnis: „In vielen Fällen handelte es sich aber offensichtlich um andere Erkrankungen... Fest steht, dass sich während des vermeintlichen Pestausbruches eine Epidemie mit *ähnlichen* Krankheitszeichen wie die Lungenpest in diesen Regionen ausbreitete.“ Die Krankheitszeichen waren also *ähnlich*, aber es war nicht die Pest. Nach dem Auftreten des ersten angeblichen Pestfalles im indischen Surat unternahmen die örtlichen Behörden drei Tage lang - nichts. Rund 500 000 Bewohner der Stadt flüchteten während dieser Zeit in alle Landesteile. Die staatliche Transportgesellschaft setzte sogar Sonderbusse ein. Wäre es wirklich die Pest gewesen, hätte sie auch in anderen Regionen Indiens ausbrechen müssen.

Kollegenschelte hört kein Journalist gern. Dennoch sollte man den Rat beherzigen, den die *NZZ* anderen Korrespondenten nach dieser angeblichen Pestepidemie gibt: „Die Medienschaffenden sollten selbstkritisch prüfen, welche Rolle sie bei solchen Ereignissen spielen wollen. Es ist unrealistisch, Experten zwingen zu wollen, das Restrisiko, dass ein einziger Erkrankter die Pest einschleppen könnte, auf null zu senken. Glücklicherweise ist die nämlich heute nicht mehr nötig. Denn erstens lässt sich die Pest mit Antibiotika behandeln, und zweitens wird sie nicht so leicht wie die Grippe übertragen, was eine Ausbreitung der Pest in Industrienationen verunmöglicht. Statt Epidemien der Angst zu erzeugen, sollte objektiv informiert werden. Mit Falschinformationen können die Medien bei solchen Ereignissen das Vorgehen der Behörden entschieden stören.“

Yersinia pestis, der Pestbazillus, kommt heute keinesfalls nur in Drittweltstaaten vor. In den Vereinigten Staaten gibt es eine Reihe von Nagetieren, die ihm als Zwischenwirt dienen. Gelegentlich infizieren sich dort auch Menschen damit. Dennoch würde niemand auf die Idee kommen, deshalb einen Flug in die Staaten zu stornieren und eine Urlaubsreise abzusagen. Doch wer weiß: Vielleicht warnt uns die *Bild*-Zeitung ja morgen vor einer Pestepidemie in den USA!

Fütterung der Medien

Wer als Journalist in Washington akkreditiert ist, darf sich alljährlich der Gunstbezeugung in Form einer goldgeränderten Weihnachtskarte erfreuen. Im Auftrag des amerikanischen Präsidenten heißt es dort: „Meine Familie wünscht Ihnen und Ihrer Familie eine gesegnete Weihnachtszeit. Möge sie voller Erinnerungen an das alte Brauchtum sein. Wir wünschen Ihnen...“ Seit Jahrzehnten haben alle amerikanischen Präsidenten an dieser Tradition festgehalten. Die Unterschrift erledigt ein Schreibcomputer, doch wer weiß das schon. Wie eine Trophäe platzieren viele der so Geehrten das Papierstück deutlich sichtbar im Wohnzimmer. Wer für noch wichtiger erachtet wird, darf sogar an einer inszenierten Weihnachtsparty teilnehmen. Bei dieser halten dann auch Kameras den kurzen Augenblick des Händeschüttelns mit einem leibhaftigen Präsidenten fest. Zur Creme de la Creme aber gehören nur jene 80 Journalisten, die beim Weißen Haus akkreditiert sind und den Präsidenten auf seinen Reisen begleiten dürfen. Immerhin zwölf von ihnen haben sogar einen Platz in der „Air Force One“, der Präsidentenmaschine.

Wer so umschwärmt wird, der braucht natürlich auch täglich ein paar Futterhappen für sein Medium. Insider nennen das jeden Morgen um 9.15 Uhr im Weißen Haus stattfindende Pressegespräch „The Gaggle“ - Geschnatter -, denn Geheimnisse erfährt man hier nicht. Es ist vielmehr eine der wichtigsten Manipulationsveranstaltungen, eine PR-Stunde, die von den „spin doctors“ des Weißen Hauses organisiert wird. George Stephanopoulos, der nach Clintons Amtsantritt selbst eine Zeitlang Pressesprecher des mächtigsten Mannes der Welt war, sagte dazu in seinen Memoiren: Die Aufgabe der „spin doctors“ bestehe darin, einerseits zu versuchen, unangenehme Nachrichten aus den Medien fernzuhalten, und andererseits darin, durch gezielte Unterrichtung anonymer Quellen für die „Verbreitung der wünschenswerten Geschichten zu sorgen“. So gesteht Stephanopoulos denn auch ein, etwa mit Reportern der *Washington Post* täglich - allein auf Hintergrundbasis - bis zu zehnmal telefoniert zu haben. In der Zeitung *USA Today* las man dazu, jegliche Pressearbeit des Weißen Hauses sei in irgendeiner Form Manipulation. Das Umfeld jener, die beim Weißen Haus akkreditiert sind, wird streng kontrolliert. So ist es nicht verwunderlich, dass man von dieser Seite nur „Hofberichterstattung“ erwarten kann. „Scoops“ - aufsehenerregende und investigative Geschichten - werden in der Umgebung jener, die einmal im Jahr auch an einem Staatsbankett mit ausländischen Regierungschefs teilnehmen dürfen, nicht geboren. Die erlesene Runde dient vielmehr der Stabilisierung der Macht.

Tumulte beim Gipfeltreffen

Wenn Staatsführer aus aller Welt an einem Ort zusammenkommen, ist auch die Meute nachrichtenhungriger Journalisten nicht fern. Es gibt die üblichen nichtssagenden Presseerklärungen. Wie man aus einem langweiligen Gipfeltreffen doch noch eine packende Nachricht machen kann, berichtet SZ-Mitarbeiter Burkhard Müller-Ullrich anschaulich in seinem Buch „Medien-Märchen“. Der langjährige Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* wunderte sich bei einem solchen Treffen über nachfolgende wahre Begebenheit:

Mehr als 2000 Medienvertreter hatten sich versammelt und warteten sehnsüchtig auf jene Nachrichtenappen, die ihnen Pressesprecher zuwerfen würden. CNN, CBS, ABC und NBC hatten ihre Parabolantennen aufgebaut. Obwohl augenscheinlich noch gar nichts geschehen war, galt es einen Vorbericht über das kommende Ereignis zu schreiben. Müller-Ullrich rief in seiner Redaktion an und hörte dort, dass es vor dem Konferenzgebäude zu „gewalttätigen Ausschreitungen“ gekommen sei. Die Polizei habe einschreiten müssen, die Demonstranten seien niedergeknüppelt und etliche von ihnen verhaftet worden. Müller-Ullrich wunderte sich, hatte er sich doch im Pressezentrum befunden, von den Ausschreitungen aber rein gar nichts mitbekommen. Vorsichtshalber ließ er sich die Agenturmeldung ins Hotel faxen. Gerade wollte er sich an den Ort des Geschehens begeben, als er einen Kollegen vom Hörfunk traf. Auch der erwies sich als ebenso „unwissend“ wie Müller-Ullrich, musste aber in wenigen Minuten seinen ersten Beitrag überspielen. Und so überließ ihm der SZ-Kollege den Agenturbericht, aus dem der Hörfunkreporter dann eiligst einen dramatischen Radiobeitrag fertigte: „Er schilderte, live und »vor Ort«, was vorgefallen war: Demonstration, Polizeieinsatz, Verhaftungen - dramatischer Beginn einer Gipfelkonferenz, auf der Geschichte gemacht und Weichen gestellt werden sollten.“

Erst nachdem der Bericht abgesetzt war, klärte sie ein Agenturkollege über den wahren Hintergrund der angeblichen Demonstration auf: Es hatten wirklich einige Protestierer vor dem Konferenzgebäude gestanden, die jedoch kaum jemand wahrnahm, bis ein amerikanisches Fernsichteam am Ort des Geschehens aufkreuzte. Der Teamleiter des amerikanischen Senders habe den Protestierern zugerufen, wenn sie der Welt etwas mitzuteilen hätten, dann „sollten sie es jetzt tun und ihre Plakate mal schön hochhalten und sich mitten auf die Straße stellen und den Verkehr blockieren, sonst brauchte er erst gar nicht anfangen zu filmen“. Das zunächst noch zögerliche Grüppchen gehorchte: Während die Kameras liefen, marschierten sie auf die Straße, hielten den Verkehr an und skandierten Sprechchöre. Natürlich rief das die anwesenden Polizisten auf den Plan, die den Verkehrsfluß wiederherzustellen gedachten. Unterdessen lief die Kamera und nahm alles auf. Der Sender hatte sein Material. Die Heimatredaktion würde zufrieden sein. Wenige Minuten später schon war von dem „Vorfall“ nichts mehr zu sehen.

Als nächstes unterrichtete das amerikanische Fernsichteam einen Agenturjournalisten. Ganz kollegial teilte man ihm mit, draußen habe es eine schöne Demonstration mit Polizeieinsatz gegeben. Dahinter steckte durchaus Berechnung, galt es doch, die

aufgenommenen Bilder flankierend auch durch Agenturmeldungen in ihrer Authentizität „zu bestätigen“. Natürlich war der Agenturjournalist für den freundlichen kollegialen Tip dankbar und beeilte sich, eine Meldung über das dramatische Ereignis abzusetzen. Und so geschah, was in solchen Situationen immer geschieht: Was Reuters berichtet, will auch DPA nicht verpassen; und auch AFP, UPI und all die anderen stehen unter Konkurrenzdruck und wollen sich nicht nachsagen lassen, ein „Ereignis“ verschlafen zu haben. Kein Wunder also, dass sämtliche Agenturen über die „Demonstration mit Polizeieinsatz“ berichteten. Müller-Ullrich schreibt dazu: „So kam es, dass alle Dienste am selben Vormittag von einer Demonstration berichteten, die einzig für das Fernsehen stattgefunden hatte und von niemandem sonst wahrgenommen worden war.“

Was der SZ-Journalist beobachtete, ist leider kein Einzelfall. Wo immer auch Tausende Korrespondenten zusammengepfercht sind, wächst der Druck, eigene Geschichten zu fabrizieren. Kaum eine internationale Konferenz vergeht, ohne dass in ihrem Windschatten fabuliert und geschwindelt wird, als gälte es, einen Preis für Halluzinationen zu gewinnen.

Schlimmer noch als bei harmlosen Gipfeltreffen geht es auf Kriegsschauplätzen zu. Schon während des libanesischen Bürgerkriegs, als die Fernsehzuschauer Abend für Abend die neuesten Aufnahmen von den Häuserkämpfen in Beirut sehen wollten, bürgerte sich unter Fernsehjournalisten aller Nationen eine lebensverlängernde und angenehme Art der Berichterstattung ein: Man freundete sich mit einer Bürgerkriegsfraktion an, gab dieser die Kamera mit und ließ sich die neuesten Aufnahmen gegen Bezahlung frei Haus liefern. Anschließend sorgten einige martialisch aussehende Kämpfer mit dem Geratter einer Maschinenpistole im Hintergrund dafür, dass vor der Kulisse einer ausgebrannten Ruine, der man mit ein wenig Benzin schnell wieder zu neuem, rauchigem Leben verhelfen konnte, auch noch der Korrespondent „inmitten des Kriegsgeschehens“ aufgenommen werden konnte. So waren alle zufrieden: Die Sender erhielten erstklassiges Material, die Zuschauer fröstelte es beim Anblick des Wagemutes, die Korrespondenten erwiesen sich ihrer Kriegszulagen wert, und die Statisten der Bürgerkriegsmilizen hatten wieder für einen Tag genug Geld, um sich Zigaretten und Alkohol kaufen zu können.

Der Autor hat viele Schlachtfelder der Welt besucht - von Afghanistan über Angola und die Kongo-Staaten bis zum Irak und Iran. Immer wieder stieß er dort auf Fernsehteams, die auf der Jagd nach Aufnahmen Benzinkanister mit sich führten, weit von jeglichem Kampfgeschehen entfernt längst ausgebrannte Militärfahrzeuge abermals entflammt und vor dieser Kulisse ein eigenartiges Schauspiel vollführten: Gestandene Korrespondenten duckten sich dann regelmäßig, wirkten hektisch und zuckten, was aus einigen Metern Entfernung reichlich komisch aussieht und erst verständlich wird, wenn man den fertig geschnittenen Beitrag anschaut. Auf die Tonspur wurden nachträglich stets wenigstens einige Stöße aus Maschinenpistolen gemischt, in krasserer Fällen gar Mörsereinschläge. Solche „Helden“ gibt es auch bei deutschen Sendern. Sie sind heute aufgrund ihrer außergewöhnlichen Verdienste längst in die Sendeleitung aufgestiegen, so dass es sich nicht mehr geziemt, ihre Namen zu nennen. Andere haben Rückschläge hinnehmen müssen, weil sie als Plagiatoren entlarvt wurden.

Propaganda auf dem Balkan - verlogene Wahrheiten

Erinnern Sie sich noch an die grauenvollen Fernsehbilder, die am 27. Mai 1992 aus Sarajevo um die Welt gingen? Angeblich waren serbische Granaten in eine Menschenschlange eingeschlagen, die in der Altstadt vor einem Laden auf Brot wartete. 17 zerfetzte Körper zeigten die Bilder - und übereinstimmend berichteten die Medien weltweit, dass die Serben an diesem Massaker schuld gewesen seien. So gerieten die Vereinten Nationen unter Druck, und es schien nur folgerichtig, dass die UN ein Embargo gegen Serbien verhängte. Heute ist klar, dass es keine serbischen Granaten gewesen sein können - was der damalige kanadische Unprofor-Kommandeur MacKenzie in der bosnischen Hauptstadt zwar sogleich gesagt hatte, aber niemand hatte hören wollen. Denn das staatliche bosnische Fernsehen stand in einer Seitenstraße schon bereit, bevor die erste Granate explodierte. Kurz vor dem Beschuss wurde die Straße, auf der 17 unschuldige Menschen ums Leben kamen, abgeriegelt. Unmittelbar nach dem Einschlagen stürmten die Kameramänner hervor und filmten die schreienden und verblutenden Menschen. Nun lag der Eingang zu dem Brotladen, vor dem die Menschen gewartet hatten, in einer Straßenschlucht, die für Artilleriegeschosse nur in einer Richtung offen war - in Richtung der bosnischen, nicht aber der serbischen Stellungen.

Der Schweizer Armeekommandeur Peter Forster schrieb dazu in seinem Buch „*Aber wahr muss es sein*“, dass die Granaten unmöglich von Süden kommen konnten, wo auf dem Trebevic die serbischen Kanonen ungetarnt in Stellung lagen. Von den Flugbahnen her ist es theoretisch denkbar, dass serbische Geschosse in der Häuserschlucht an den oberen Stockwerken ricochierten, das heißt: abprallten, um dann unten die tödlichen Wunden zu säen. Nur wären dann die Wände nachhaltig beschädigt worden, was an den k. u. k. Fassaden rund um den Brotladen aber nicht der Fall war. Überdies wären die bosnischen Kameramänner nicht schon bereit gestanden, wenn es ein serbischer Überfall gewesen wäre. Die Serben schossen zu Beginn der Belagerung wahllos in die Großstadt Sarajevo, und ihre Granaten schlugen derart verstreut und unregelmäßig in die Quartiere ein, dass das gegnerische Fernsehen nicht von vornherein wissen konnte, wo es wieder Todesopfer setzte. Doch das Brotschlangen-Massaker erreichte seinen propagandistischen Zweck voll und ganz... Es war ein grausames Gemetzel, das die bosnische Artillerie unter der eigenen Bevölkerung anrichtete.

Das Blutbad vor dem Brotladen in Sarajevo bildete im serbisch-kroatisch-muslimischen Propagandakrieg der neunziger Jahre nur einen der vielen Tiefpunkte, war es doch schon immer ein probates Rezept bedrängter Kriegsparteien gewesen, den Gegner international als ruchlosen Mörder erscheinen zu lassen, der vor keinem Grauen zurückschreckt.

Consulting-Agenturen an der Kriegsfront

Als Bob Dole im Mai 1999 einen Gastkommentar über den Krieg auf dem Balkan für den *Boston Globe* verfasste, stand unter dem Text, Dole sei ein ehemaliger republikanischer Mehrheitsführer im Senat und auch amerikanischer Präsidentschaftskandidat gewesen. Unerwähnt blieb eine wichtige Nebentätigkeit: Dole war seit Mai 1997 auch Mitarbeiter der Washingtoner Kanzlei und Consultants Verner, Liipfert, Bernhard, McPershon and Hand. Und eben diese Consultants arbeiteten in Washington als Lobby für die Regierung der Slowakei. Dole selbst war zwar nicht für die slowakische Regierung tätig, doch sein Wort hatte Gewicht. Genau deshalb hatten ihn Verner, Liipfer, Bernhard, McPershon and Hand ja engagiert. Dole und seine Consulting-Agentur sind nur eines von vielen Beispielen dafür, dass Politik in den Vereinigten Staaten, der einzigen Supermacht, längst nicht mehr nur von Politikern und Botschaftern gemacht wird. Weitgehend unsichtbar für die Öffentlichkeit sind die größten amerikanischen Anwaltskanzleien, Werbe- und Consulting-Agenturen neben die Diplomaten getreten, arbeiten unmittelbar im Auftrag ausländischer Regierungen und kassieren dafür Millionen Dollar.

Tausende ehemaliger amerikanischer Politiker, Journalisten und Unternehmer stehen heute auf den Gehaltslisten der großen Washingtoner Werbeagenturen. Ganze Straßenzüge in den teuersten Washingtoner Stadtvierteln beherbergen nichts anderes als Lobbying-Agenturen.

Lange bevor Verner, Liipfert, Bernhard, McPershon and Hand sich für den Balkan interessierten, wurde die Washingtoner Werbeagentur Ruder Finn aktiv. Begonnen hatte alles mit dem Outsourcing von Propaganda. Kroatien, Bosnien-Herzegowina und später auch die Albaner beauftragten amerikanische Public-Relations-Agenturen wie etwa Ruder Finn Global Public Affairs damit, zunächst die amerikanische und dann auch die internationale Öffentlichkeit gegen die Serben und zugunsten der Aufteilung Jugoslawiens einzustimmen. Mira Beham behauptet in ihrem Buch „*Kriegstrommeln -Medien, Krieg und Politik*“, die Kosten der Fernseh-Werbespots für diese Kampagne hätten in den Vereinigten Staaten beispielsweise beim Tätigwerden von Ruder Finn Global Public Affairs zugunsten Kroatiens den Fernseh-Werbeetat von Coca-Cola und Pepsi zusammengenommen übertroffen. Die Werbeagentur war erfolgreich. Im August 1991 hatte sie den Auftrag unterzeichnet, und schon im April 1992 wurde der unabhängige Staat Kroatien von Washington anerkannt. Ruder Finn Global Public Affairs war das geballte Lobbying-Instrument der Kroaten in Bezug auf „Anerkennung, Sanktionen und Embargos,... Briefings für Beamte... und Vorbereitung von speziellem Hintergrundmaterial... Bereitstellung von Presseerklärungen, Beratungsstelle für Medien und Pressekonferenzen, Leserbriefe und reaktive sowie proaktive Artikel, Briefings für Journalisten, Kolumnisten und Kommentatoren“, berichtet Mira Beham.

Jim Harff, bis 1997 Präsident von Ruder Finn, vertrat immer die Auffassung, dass ein moderner Krieg ohne „gute Public Relations“ nicht erfolgreich geführt werden könne. Von 1992 bis 1997 erhielt das Unternehmen von der kroatischen und der bosnischen Regierung

monatlich jeweils mindestens 10 000 Dollar, manchmal waren es auch 200 000. Und Ruder Finn war keineswegs die einzige für Bosnien tätige Werbeagentur. Auch Hill & Knowlton und Waterman & Associates boten in jener Zeit ihre Dienste an. Finanziert wurden die Werbekampagnen von Staaten wie Saudi-Arabien, das laut *Washington Post* zwischen 1993 und 1996 Sarajevo fast eine Milliarde Dollar zur Verfügung gestellt haben soll. Ruder Finn arbeitete Anfang der neunziger Jahre auch für die von niemandem anerkannte Regierung der „Republik Kosovo“ und ließ sich dafür 5000 Dollar im Monat überweisen.

Der stellvertretende Direktor des französischen Fernsehsenders TV-2, Jacques Merlino, führte im Oktober 1993 ein Interview mit Jim Harff, dem damaligen Chef von Ruder Finn. Zu jenem Zeitpunkt arbeitete Ruder Finn seit 18 Monaten für die Opposition im Kosovo und die Regierungen von Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Harff sagte damals: „Während dieser Zeit hatten wir viele Erfolge zu verzeichnen, die uns internationales Ansehen verschafft haben. Wir beabsichtigen, daraus einen Vorteil zu ziehen und kommerzielle Verträge mit diesen Ländern zu schließen. Die Geschwindigkeit ist dabei lebenswichtig, weil alles, was uns von Vorteil ist, sich auch in der öffentlichen Meinung festsetzen muss. Das erste Statement ist dabei wichtig. Reaktionen haben keine Bedeutung mehr.“

Und dann stellte der Franzose Merlino eine eigentlich belanglose Frage: „Auf welchen Erfolg sind Sie besonders stolz?“ Der Werbefachmann Harff antwortete ganz und gar unpolitisch, aber ehrlich: „Darauf, dass wir die jüdische Meinung auf unsere Seite gebracht haben.“ Rückblickend war es ein meisterlicher Schachzug gewesen, von den antisemitischen Äußerungen des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman und des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic abzulenken und nichtsdestotrotz die jüdische Öffentlichkeit auf die Seite der beiden Regierungschefs zu bringen. Jüdische Organisationen hatten Mitte 1992 jedenfalls allen Grund, Kroaten und Bosniern ablehnend gegenüberzustehen. Harff sagte: „Es war eine Herausforderung für uns, das zu ändern. Und wir haben meisterhaft gesiegt. Anfang August 1992 kam der *New York Newsday* mit einer Geschichte über serbische Konzentrationslager raus. Wir haben schnell die Gelegenheit genutzt.“ Was jetzt geschah, war eine Sternstunde der Werbebranche. Ruder Finn gelang es, drei große jüdische Organisationen auf seine Seite zu ziehen. Der American Jewish Congress, das Jewish Committee und die B'nai B'rith Anti-Defamation League empörten sich öffentlich über die angeblichen serbischen Konzentrationslager.

Es spricht für sich, was Harff dem französischen Fernsehen damals über diesen Erfolg berichtete: „Als die jüdischen Organisationen am Spiel auf Seiten der muslimischen Bosnier teilnahmen, da konnten wir die Serben in der öffentlichen Meinung mit Nazis vergleichen... Niemand verstand doch damals, was im früheren Jugoslawien vor sich ging. Die große Mehrheit der Amerikaner fragte sich doch wahrscheinlich, in welchem afrikanischen Land Bosnien denn eigentlich lag. Und auf einmal konnten wir mit einem einzigen Schachzug eine einfach gestrickte Geschichte von Guten und Bösen präsentieren, die für sich selbst sprach. Wir haben gewonnen, indem wir auf die jüdische Meinung abzielten - das richtige Ziel. Urplötzlich gab es dann einen Wechsel in den Begriffen der Zeitungen. Man verwendete jetzt Worte mit großer emotionaler Bedeutung wie etwa ethnische Säuberung, Konzentrationslager und ähnliche, die an Nazi-Deutschland und an die Gaskammern von Auschwitz erinnerten. Dieser emotionale Umschwung war so

gewaltig, dass niemand dagegen ankam.“

Dankenswerterweise hakte der französische Journalist nach. Er wies den amerikanischen Werbefachmann darauf hin, dass Ruder Finn damals keine Möglichkeit gehabt haben konnte, herauszufinden, ob es die angeblichen Konzentrationslager wirklich gab oder ob man nicht vielleicht Falschmeldungen verbreitete. Auch darauf antwortete Harff entwaffnend ehrlich: „Unsere Arbeit ist es doch nicht, den Wahrheitsgehalt von Informationen zu ergründen. Dafür sind wir gar nicht ausgerüstet. Unsere Tätigkeit besteht doch vielmehr darin, Informationen, die uns günstig erscheinen, an sorgfältig ausgewählte Zielgruppen weiterzuleiten.“ So also wird in der wichtigsten Hauptstadt der Welt öffentliche Meinung gemacht. Was gab Harff dem französischen Journalisten zum Schluss des Gesprächs noch mit auf den Weg? „Wir sind Profis. Wir hatten einen Job, und wir haben ihn gemacht. Wir werden doch nicht für Moral bezahlt. Und wenn die Zeit einmal reif ist und über all das gesprochen wird, dann haben wir ein reines Gewissen.“

Der Balkan ist keineswegs das einzige Gebiet der Erde, das sich der Kunst von Werbestrategen in Washington bedient. Mehrere Dutzend Regierungen der Welt lassen sich heute von Washingtoner Lobbying-Agenturen beraten. Kevon Mc Cauley, Herausgeber der Zeitschrift *O'Dwyers Washington Report*, spricht von einer „wahren Inflation“ solcher Aufträge seit dem Ende des Kalten Krieges. Er gilt als einer der schärfsten Kritiker des amerikanischen Lobbyismus und hebt hervor, gerade jene Staaten, die während des Kalten Krieges von der Sowjetunion unterdrückt wurden und keine eigene Außenpolitik hatten, nehmen heute in Washington die Dienste solcher Agenturen in Anspruch, in dem unentwegten Bemühen, sich bemerkbar zu machen. Die Regierungen, Unternehmen und Interessengruppen, die sich durch amerikanische Werbeagenturen dabei manchmal zugleich vertreten lassen, nehmen sich oftmals wie ein Gemischtwarenladen aus. So arbeitete das Washingtoner Büro der PR-Gruppe BSMG Worldwide zwischen 1995 und 1998 zeitgleich für die Boston Red Sox, einen Freund des damaligen indonesischen Diktators Suharto und die bulgarische Regierung.

Viele Geschichten, die in Fernsehen, Radio und Zeitungen vom Kriegsschauplatz in Jugoslawien berichtet wurden, waren ursprünglich von den Strategen der Werbeindustrie ersonnen.

Nachrichtenjagd im Kosovo-Krieg

Der damals 46 Jahre alte deutsche Chirurg Richard Münz hat den Balkankrieg im mazedonischen Flüchtlingslager Stenkovac I miterlebt. Auf die Frage der Tageszeitung *Die Welt*, ob deutsche Medien die Lage in den mazedonischen Flüchtlingslagern während des Krieges adäquat dargestellt hätten, sagte Münz im Juni 1999: „Ganz sicher nicht. Der weitaus größte Teil der Medienvertreter, mit denen ich gesprochen habe, hat hier eine Story gesucht oder nach Belegen für eine Story, die er vorher schon hatte. Die Wirklichkeit ist kaum wahrgenommen worden.“ Münz war überrascht darüber, dass die Korrespondenten vor allem danach strebten, Vorurteile zu bestätigen. Das Flüchtlingslager, in dem er gearbeitet habe, sei „geordnet“ gewesen, mit einer „eigentlich fast schon maximalen Versorgung für die Leute“. Den Journalisten schien das nicht ins Bild zu passen. Sie suchten dort „nach Epidemien, nach Misshandlungen“, wie Münz hervorhebt. Es überraschte den Arzt auch immer wieder, in deutschen Zeitungen lesen zu müssen, dass es keine Männer im wehrfähigen Alter in den Lagern gebe. In jenen Lagern, die der deutsche Arzt kannte, stellten aber gerade Männer im wehrfähigen Alter die Mehrheit der Flüchtlinge. Münz sagte dazu: „Selbst wenn man die Journalisten darauf hingewiesen hat, weigerten sie sich, das wahrzunehmen.“ Immer wieder habe man ihn auch gefragt, was er denn mit den vergewaltigten Frauen, über die in der Öffentlichkeit viel berichtet wurde, mache, ob er etwa Abtreibungen vornehmen könne. Münz musste gegenüber der *Welt* auch dies korrigieren: „Wir hatten in der ganzen Zeit, die wir hier sind, keinen solchen Fall einer vergewaltigten Frau. Und wir sind insgesamt für 60 000 Flüchtlinge zuständig, für Stenkovac I und II sowie noch zwei weitere kleine Lager.“ Münz bestritt keinesfalls, dass in diesem Krieg Frauen sexuell misshandelt worden sind, sagte aber: „Wir haben keine gesehen...“ Auch stellte Münz nicht in Abrede, dass es Massaker gegeben hat, fand aber die in den Medien angestellten Vergleiche, etwa mit Auschwitz, mehr als unpassend und hob hervor: „Ich glaube, dass der Flüchtling an sich für die Journalisten überhaupt nicht wichtig gewesen ist... Bevor ich hier ankam, habe ich diese Äußerungen ja auch wahrgenommen. Ich bin auch mit ganz bestimmten Vorstellungen hier angekommen. Diese Vorstellungen habe ich dann aber korrigiert durch das, was ich in den Lagern gesehen habe.“

Die *Bild*-Zeitung spielte währenddessen das ideologische Szenario des Zweiten Weltkrieges nach - und Deutschland stand diesmal auf der richtigen Seite -, während die Serben die Rolle des Hitlerreichs übernehmen mussten: „Sie treiben sie ins KZ“, lautete die Riesenschlagzeile zu einem Foto von Massen vertriebener Kosovo-Albaner. Amerikanische Werbeagenturen wie Ruder Finn dürften sich ob des Erfolges ihrer Kampagnen vor Freude auf die Schenkel geschlagen haben. *Bild* bescherte solche Berichterstattung jedenfalls einen Auflagenzuwachs. *Focus* berichtete darüber am 19. Mai 1999 unter der Überschrift „Propaganda - Wirklichkeit mit Tarnkappe“. In dem *Focus*-Bericht hieß es: „Mit den Emotionen ihrer über elf Millionen Leser macht Springers *Bild*-Zeitung Auflage: »Schau her, du Mörder! Deine Schergen haben ihre Eltern erschossen«, attackierte die Titelzeile Serben-Diktator Milosevic. Darunter in Großaufnahme das weinende dreijährige Albaner-Mädchen Albenite. Chefredakteur Udo Röbel ließ die

Kriegswaise »aus der Hölle« des Vertriebenenlagers Kukes nach Deutschland holen. Röbel: »Große Themen brauchen ein menschliches Gesicht.« Nach dieser Aktion stiegen die *Bild*-Verkaufszahlen um vier bis sieben Prozent (erstes Quartal 1999: 4,446 Millionen Exemplare).“

Doch es waren nicht nur *Bild*-Zeitung und Regenbogen-Presse, die reißerisch berichteten und das Vokabular des Zweiten Weltkriegs plötzlich neu entdeckten. Auch Verteidigungsminister Rudolf Scharping redete von „ernsten Hinweisen“ auf Konzentrationslager der Serben: „Es gibt Anzeichen für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in deutschem Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen.“ Der Eindruck, dass es an solchen Aussagen keine Zweifel geben könne, wurde dadurch verstärkt, dass sie auch in den offiziellen Stellungnahmen der Nato und der am Krieg beteiligten westlichen Staaten immer wieder reproduziert wurden. So warnte Nato-Sprecher Jamie Shea mehrfach, es drohe die „größte humanitäre Katastrophe in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs“, der britische Premierminister Tony Blair sprach - wie auch Scharping - von „Genozid“, der britische Außenminister Robin Cook von einer „Endlösung“, die Milosevic für das Kosovo plane.

Das Schweizer Nachrichtenmagazin *Facts* druckte am 17. Juni 1999 unter der Überschrift „Erfolgreiche Desinformation“ ein Gespräch mit dem *Guardian*-Journalisten John Pilger über den Kosovokrieg.

Facts: Herr Pilger, wie gut haben die Medien über den Kosovo-Krieg berichtet?

Pilger: Einige Reporter haben gute Arbeit geleistet. Insgesamt haben die Medien aber versagt. Die wahren politischen Motive des Westens für das Bombardement wurden zu wenig thematisiert.

Facts: Welche Motive?

Pilger: Es hätte gezeigt werden müssen, dass die Nato in diesem Krieg andere Ziele hatte. Nämlich ihre Rolle als entscheidende Macht in der postkommunistischen Zeit zu pflegen - als Verteidiger der Globalisierung. Die Nato hat noch nie etwas aus moralischen Gründen getan.

Facts: Das heißt, die Nato leistet gute Medienarbeit?

Pilger: Sie desinformiert sehr erfolgreich. Nato-Pressesprecher Jamie Shea tischt uns in Brüssel Abend für Abend Lügen auf. Und wenn er nicht lügt, lässt er Tatsachen aus.

Facts: Es gab dennoch westliche Pressestimmen gegen die Bomben.

Pilger: Viel zu wenige. Ein Beispiel: Ich war mit einem Kollegen der einzige kritische Kolumnist beim *Guardian*, einer linken Tageszeitung. Das britische und das US-amerikanische Fernsehen, die heute für die Meinungsbildung entscheidend sind, waren Propagandamaschinen der Nato. Wir haben das bereits beim Krieg gegen den Irak erlebt.

Facts: Waren die Medien dieses Mal nicht kritischer?

Pilger: Im Gegenteil. Die offizielle Linie wurde voll übernommen. Vom Konzept eines

Journalismus, der hinterfragt, blieb nichts übrig. Statt dessen argumentierten die Medien emotional, die Serben wurden als unwürdige Opfer dargestellt. Journalisten sind der verlängerte Arm der Macht.

Facts: Wie geschieht das?

Pilger: Es reicht, dass sie in die Nähe der Mächtigen geraten. Auch handeln Medienunternehmen verstärkt nach wirtschaftlichen Kriterien. Die Unabhängigkeit geht verloren. Medienleute werden nicht mehr ermutigt zu wühlen. Viele Kollegen ziehen es vor, eine etablierte Meinung zu teilen.

Facts: Eine Verschwörung?

Pilger: Nein, viele Journalisten passen ihre Meinung freiwillig an.

Die Gier der Sensationsmedien nach blutrünstigen Geschichten war schier unersättlich. Das ARD-Magazin „Brisant“ berichtete gar über Fälle, in denen Flüchtlingen beim Grenzübergang finanzielle und materielle Hilfe angeboten wurde, wenn sie vor der Kamera nur Geschichten über Greuelthaten - auch erfundene - erzählten.

Information als Waffe

Stärker noch als im Kuwait-Krieg 1991 setzten im Kosovo-Krieg alle Kriegsparteien Informationen als Waffe ein. Während die Nato zwar restriktiv, aber grundsätzlich nicht unwahr berichtete, lief in Belgrad die Propagandamaschinerie auf Hochtouren. Die Informationspolitik der Nato basierte dabei auf neuen Erfahrungen, die man in den vergangenen Jahrzehnten mit Journalisten gemacht hatte. In Erinnerung hatte man dabei immer das „Negativbeispiel“ des Vietnam-Kriegs. Damals, so die heutige Nato-Doktrin, hatte man den Berichterstattern zuviel Freiheit gegeben, gab es doch keinerlei Beschränkungen für Radio, Presse und Fernsehen. Seither glauben westliche Militärstrategen, der Vietnam-Krieg sei in der Heimat an den Fernsehbildschirmen verloren worden. Es seien die Säcke mit den Leichen gefallener amerikanischer Soldaten gewesen, die zum Stimmungsumschwung in der Bevölkerung geführt hätten. London zog daraus etwa die Lehre, im Falkland-Krieg 1982 nur einer Handvoll Reportern die Berichterstattung aus dem Südatlantik zu gestatten. Der Erfolg gab Margaret Thatcher recht. Basierend auf dieser Erfahrung lenkten die Amerikaner ein Jahr später in Grenada und 1989 in Panama den Informationsfluss und ließen nur wenige - leicht zu kontrollierende - Journalisten auf den Kriegsschauplatz. Diese Taktik übernahm Norman Schwarzkopf auch im Kuwait-Krieg, bei dem er die Korrespondenten in sogenannten Informationspools zusammenfasste. Im Kosovo-Konflikt hatte die Nato leichtes Spiel mit den Berichterstattern, da ein Bodenkrieg nicht geführt wurde. Weil die aus Belgrad berichtenden Reporter strengen Restriktionen unterworfen waren, wurden die täglichen Lageberichte des Nato-Sprechers in Brüssel zu einer der wichtigsten Informationsquellen. Jamie Shea und der deutsche Fliegergeneral Walter Jertz handelten damals in Brüssel Tag für Tag nach dem Ritual, dessen Abfolge Margaret Thatcher 1982 festgelegt hatte: „Sag nicht mehr, als du unbedingt sagen musst, und sage nur das, was dir auch dient.“

Zu diesem täglichen Ritual gehörte die von Jamie Shea zusammengefasste politische Entwicklung der letzten 24 Stunden, der dann von Jertz ausgewählte und vorgelegte Aufnahmen der Luftangriffe folgten. Das Ziel war eindeutig: Nato-Piloten arbeiteten präzise, trafen fast immer und richteten kaum Schäden an zivilen Einrichtungen an. Zu dieser Taktik gehörte es auch, Fehler einzugestehen. Im Gegensatz dazu log die serbische Propaganda unentwegt. So wunderte sich Sigmund Gottlieb, Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, über Aufnahmen des serbischen Fernsehsenders RTS. Dort war zu sehen, dass ARD-Korrespondent Klaus Below - so jedenfalls die serbische Übersetzung - im Namen der ARD die „faschistischen Aggressoren“ der Nato verurteilte. In Wahrheit hatte Below nur Kritik am Beschuss des serbischen Fernsehsenders geübt, bei dem Journalisten getötet worden waren. Von „faschistischen Aggressoren“ aber hatte er nie gesprochen.

Die Serben logen, dass sich die Balken bogen. Schon nach zwei Kriegswochen behauptete der serbische Generalstab, man habe 49 Nato-Flugzeuge, sechs Hubschrauber und 182 Marschflugkörper abgeschossen. In Wirklichkeit hatte die Nato jedoch nur einen F-117 Tarnkappenbomber und eine F-16 verloren. Zwei Hubschrauber waren bei Übungsflügen, nicht jedoch während eines Kampfeinsatzes abgestürzt.

Zu den weniger bekannten Seiten des Propagandakriegs im Kosovo zählen der Abwurf von Flugblättern und die Radioprogramme: Über serbischen Stellungen warfen Nato-Flugzeuge Blätter ab, auf denen die Soldaten zum Verlassen ihrer Stellungen aufgefordert wurden. Hinzu kam - wie schon im Kuwaitkrieg - die „Operation Solo“. In Deutschland stationierte amerikanische Flugzeuge des Typs EC-130/RR, sie gehören zur Sondereinheit 193 des Special Operations Wing, kreisten über dem Kriegsschauplatz und strahlten Radioprogramme aus. Zur dabei getesteten „Information Warfare“ gehörte es etwa, den Soldaten zu suggerieren, ihre in der Heimat gebliebenen Ehefrauen gingen fremd. Nato-Fachleute waren auf elektronischem Wege in Belgrader Krankheits- und Kreditkarten-Datenbanken eingedrungen und konnten mit Hilfe der so gewonnenen Daten spezifisch zugeschnittene, glaubwürdige und hocheffizient demoralisierende Desinformation betreiben. Welcher Soldat würde nicht darüber nachdenken, wenn er im Radio den Namen seiner Ehefrau hörte, die angeblich von schwerer Krankheit gezeichnet oder aber im Bett eines Nachbarn gesichtet worden sei? Zugleich wurden die serbischen Propagandasender immer wieder das Ziel von Natoangriffen.

Nachdem der serbische Diktator Milosevic am 3. Juni einlenkte, war der Kosovo-Krieg am 10. Juni 1999 offiziell beendet. 78 Tage hatte er gedauert. Es hatte 38 004 Lufteinsätze gegeben, davon 10484 Angriffsflüge. Nicht ein Pilot der Nato verlor sein Leben. Unklar ist weiterhin, wie viele Jugoslawen ums Leben kamen: Belgrad spricht von 1500 getöteten Zivilisten (die Nato hält diese Zahl für übertrieben) und etwa 580 getöteten Soldaten. Die reinen Materialkosten der Nato betragen bei diesem Einsatz mehr als 22 Milliarden, nicht darin enthalten sind die Wiederaufbaukosten, die von der EU-Kommission allein für das Kosovo auf mehr als 60 Milliarden geschätzt werden. Was hat der Milliarden teure Nato-Einsatz rein militärisch gesehen gebracht? Ganze 93 serbische Panzer wurden nach britischen Angaben zerstört, 492 serbische Militärfahrzeuge und weniger als 400 Artilleriegeschütze. Die Militärfachleute waren rückblickend jedenfalls entsetzt, wie gering nach 78 Kriegstagen die reinen Militärschäden waren. Die serbische Armee war durch diese Operation jedenfalls nicht empfindlich geschwächt worden.

Schaurige Greuelgeschichten

Doch nicht nur die Militärs haben sich in diesem Krieg geirrt. Hatte die amerikanische Außenministerin Albright nicht unmittelbar nach dem Kriegsbeginn gesagt: „Das wird in wenigen Tagen vorbei sein“? Auch die Politik scheint damals einer Fehlbeurteilung der Lage erlegen zu sein, nachdem Nato-Oberbefehlshaber Clark vollmundig versprochen hatte, „den Job in 72 Stunden zu erledigen“. Rückblickend sagt Admiral James Ellis, Kommandeur der Nato-Streitkräfte in Südeuropa: „Wir haben die ganze Operation falsch angepackt.“ An alles glaubten die Strategen gedacht zu haben. Nur das Nächstliegende hatten sie außer acht gelassen: Der damalige russische Staatspräsident Boris Jelzin drohte am 9. April 1999, den Serben zu Hilfe zu eilen. Der Plan der Nato, zunächst die gegnerische radargestützte Luftabwehr auszuschalten, in einem zweiten Schritt auch Waffen- und Nachschublager anzugreifen und – falls überhaupt noch nötig - in einer dritten Phase militärisch wichtige Ziele wie etwa Belgrader Ministerien oder Elektrizitätswerke unter Beschuss zu nehmen, war unausgegoren, weil ihm das entscheidende Drohpotential fehlte: ein weiterer Plan, der den Einsatz von Bodentruppen vorsah. Das aber hätte einen öffentlichen Aufschrei der 19 Nato-Staaten bedeutet. Es gab viele Nato-Generale, die damals genau wussten, dass Piloten, die bei den Einsätzen ihr Leben riskierten, zumeist nur Attrappen angriffen, wenn sie Panzer- oder Artilleriestellungen im Visier hatten. Erich Follath beschrieb im *Spiegel* eindrucksvoll, wie sich der Krieg in die Länge zog und aus dem Geschehen mehr und mehr ein Medienkrieg wurde. Follath schreibt: „Und Milosevic verkennt seinen Feind, wenn er denkt, der spiele immer sauber: Für Erfolge an der Propagandafront greifen auch führende Demokraten im Westen gelegentlich zu fragwürdigen Mitteln.“

Diese Aussage traf auch auf den deutschen Verteidigungsminister Rudolf Scharping zu. Anfang April 1999 sprach er vor laufenden Fernsehkameras von „ernst zu nehmenden Hinweisen auf Konzentrationslager“ der Serben im Kosovo. Werbeagenturen wie die Washingtoner Ruder Finn, die für Millionen Dollar Greuelgeschichten über angebliche serbische Konzentrationslager in die Welt setzte, hatten also selbst bei Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die über seriöse Informationsbeschaffer wie etwa den Bundesnachrichtendienst verfügt, vollen Erfolg. Doch Scharping wurde von ernst zu nehmenden Fachleuten widersprochen. Ihnen aber schenkte man erst Glauben, nachdem deutsche Drohnen (unbemannte Aufklärungsflugzeuge) mehrfach über das Stadion von Pristina geflogen waren und dort zu keinem Zeitpunkt eine Spur von den angeblich dort zusammengepferchten 100 000 Menschen entdecken konnten. Es war nicht der einzige Fehlgriff des Verteidigungsministers: Am 27. April zeigte er während einer Pressekonferenz als Beleg für die fortgesetzten Verbrechen der Serben Aufnahmen eines Massakers an Kosovaren. Doch die Aufnahmen waren drei Monate alt und früher schon von der Nachrichtenagentur Reuters verbreitet worden. Und die Toten waren nicht Zivilisten, sondern Kämpfer der UCK. Trotz solcher Peinlichkeiten scheute sich Scharping nicht, Schilderungen von Flüchtlingen als Tatsachenbehauptungen weiterzugeben, und empörte sich etwa darüber, dass die Serben „mit abgeschnittenen Köpfen Fußball spielen, Leichen zerstückeln, den getöteten Schwangeren die Föten aus dem Leib schneiden und

sie grillen“.

Niemand bezweifelt, dass die Serben im Kosovo gemordet haben. Doch die Zahlen, die in den Nachrichtensendungen genannt wurden, waren von der Realität weit entfernt. So ließ sich etwa in Trepca, wo die Serben angeblich mehr als 700 Kosovo-Albaner umgebracht hatten, nicht die Spur eines einzigen Opfers finden. Die Meldung, die die UCK in die Welt gesetzt hatte, war reine Propaganda. Wie widersprüchlich auch seriöse Zeitungen über das Kriegsgeschehen berichteten, macht eine Schlagzeile des *Berliner Tagesspiegels* vom 29. März 1999 deutlich: „500 000 Kosovo-Albaner auf der Flucht.“ Zurückhaltender zeigte sich zwei Tage später die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Nach Angaben der Nato wurden seit Mitte vergangener Woche 120 000 Menschen aus ihren Städten und Dörfern vertrieben.“ Immerhin liegt zwischen den beiden Berichten eine Differenz von 380 000 Flüchtlingen.

„Kollateralschäden“

Andere Zeitungen sahen die Kriegstage offenbar als Aufforderung zu reißerischen Schlagzeilen. So titelte *Bild* etwa am 26. März 1999: „Die Hexe von Belgrad.“ Hexen wurden im Mittelalter bekanntlich verbrannt. Und in jener Zeit wurden die Leser darauf vorbereitet, dass auch Belgrad in Flammen aufgehen könnte. Überhaupt waren die Hassvokabeln, derer sich manche Journalisten plötzlich wieder entsannen, kaum noch steigerbar: Auf einmal waren alle Serben pauschal „Schlächter“ und oft genug auch noch „wahnsinnig“. Solche Vokabeln tauchten in vielen deutschen Zeitungen, in Radio und Fernsehen regelmäßig auf, solange sie in Beziehung zu Serben gesetzt werden konnten. Die Nato erfreute sich zugleich unkritischer Betrachtung, hießen Tote doch auf einmal „Kollateralschäden“ (eine Bezeichnung, die bis dahin kaum ein Zivilist gehört hatte). Angriffsflüge wurden zu „Luftschlägen“ (das klingt weich und sanft) oder „Luftkampagnen“.

Das Wort Krieg wurde so lange wie möglich vermieden. Auch der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder ließ sich in seiner Regierungserklärung vom 24. März 1999 nicht dazu hinreißen. „Wir führen keinen Krieg.“ Er sprach statt dessen von „Einsätzen“ (das klingt positiv) und „Aktionen“. Zu Beginn der Luftangriffe der Nato am 24. März sagte auch der damalige Generalsekretär Javier Solana: „Lassen Sie mich klarstellen: Die Nato führt keinen Krieg gegen Jugoslawien.“ Und Bundesaußenminister Fischer forderte Journalisten dazu auf, das Wort „Kriegsflüchtlinge“ nicht zu gebrauchen. Er schlug eine andere Sprachregelung vor und befand, man solle doch bitte von „Vertriebenen“ und „Deportationen“ sprechen. Gegenüber dem *Spiegel* behauptete Fischer: „Wir führen keinen Krieg, wir leisten Widerstand, verteidigen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie.“ Deutsche Politiker waren in diesen Tagen nicht eben glücklich, wenn das Fernsehen neben den vorgefertigten Statements auch eigene Berichte sendete. Als etwa in der ersten Bombennacht in den „Tagesthemen“ darüber berichtet wurde, dass ein deutscher „Tornado“ noch nicht vom Einsatz zurückgekommen sei, fluchte Scharping. Auf der Pressekonferenz am folgenden Tag appellierte er an die Verantwortlichkeit der Medien. Kaum waren die Mikrofone aus, berichtete ein Redakteur, habe Scharping die Redaktion der „Tagesthemen“ kritisiert. Und in Großbritannien griff Tony Blair höchstpersönlich ein, als es darum ging, den BBC-Chefkorrespondenten aus Belgrad abzuziehen - Blair hielt ihn für zu serbenfreundlich.

Die wichtigste Rolle in diesem Medienkrieg spielte jedoch Nato-Sprecher Jamie Shea. Ihn zitierte der *Spiegel* im Januar 2000 mit den Worten: „Das war der erste Medienkrieg: Alle Journalisten waren auch Soldaten. Es gehörte zu meinen Aufgaben, sie zu munitionieren, die Lauterkeit unserer Kriegsmotive und unserer Aktionen zu zeigen. Das wurde nach den Fehltreffern und dem Tod von Zivilisten problematischer, zumal ich nicht alle Informationen hatte. Die eine Hälfte der Journalisten hasste meine Briefings, die andere Hälfte mochte sie. Ändere dich bloß nicht, sagte ein Kollege zu mir, sonst hassen dich 100 Prozent.“

Was mag Jamie Shea gedacht haben, wenn er von „Kollateralschaden“ redete und von

einer Rakete zerfetzte Frauen, Männer und Kinder meinte? Der von ihm so häufig zitierte „Kollateralschaden“ wurde in Deutschland jedenfalls zum „Unwort des Jahres“ 1999 bestimmt, weil es „militärische Verbrechen als belanglose Nebensächlichkeiten“ verharmloste, so die Jury. Doch nur weil dieser Begriff eine seltene Berühmtheit erlangte, wird aus Shea nun nicht gleich ein „Unmensch des Jahres“. Es dauerte immerhin ein Jahr, bis Shea sich für den Gebrauch des Wortes „Kollateralschaden“ entschuldigte. „Ich bedaure sehr, dass ich diesen Ausdruck benutzt habe. Es ist ein schlimmes Wort“, zitierte die *Welt* Shea am 17. Februar 2000.

Shea gesteht inzwischen auch Fehler bei der Unterrichtung der Medien ein. Mehr denn je weiß Shea heute, dass bewaffnete Auseinandersetzungen nicht nur Medienkriege, sondern vor allem Fernseh- und Bildschirmkriege sind. „Nichts gegen Zeitungen, aber das Fernsehen ist das Medium des Krieges.“ Und dem Fernsehen wurden zwar reichlich Bilder zur Verfügung gestellt, die dahinter stehenden Wahrheiten jedoch verbogen. So wurden von den Serben schon geräumte Kasernen im Kosovo von der Nato zerstört, obwohl später Einheiten der Friedenstruppe Kfor dort Quartier beziehen mussten. Für viele Millionen Steuergelder musste die Bundeswehr etwa in Prizren aus Fertigteilen neue winterfeste Unterkünfte errichten. Über diese Fehlleistung erfuhr die Öffentlichkeit natürlich nichts. Statt dessen feierte die Nato auch hier den schönen Erfolg, leere Kasernen bombardiert zu haben. Schön verdrängt hat die Nato bei ihren Pressekonferenzen auch eine beispiellose Blamage der Deutschen: In Schussweite der serbischen Artillerie nahe Tetovo am Berg Erebino stapelten die Deutschen tonnenweise Munition und parkten Hunderte Fahrzeuge. Die Aufmarschpanzer hatten die Nähe der serbischen Stellungen schlicht vergessen, so dass die deutschen Soldaten nach dem Beginn der Luftangriffe mehrere Tage und Nächte das Material ins Hinterland schaffen mussten.

Weder aus dem Bundesverteidigungsministerium noch aus dem Nato-Hauptquartier wurde die Öffentlichkeit auch über eine andere Blamage unterrichtet: Zwar hatte die Bundeswehr neueste Satellitenanlagen und Funkgeräte für ihre Auslandseinsätze angeschafft - nur bedienen konnte sie kaum jemand.

Lügen beim Untergang des russischen U-Bootes „Kursk“

Was war schlimmer: der Untergang des russischen U-Bootes „Kursk“ im August 2000, bei der alle 118 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen, oder die mit der Rettung einhergehenden Propagandalügen? Eine Aneinanderreihung von Fehlinformationen, Falschmeldungen und Inkompetenz führte weltweit zur Verwirrung. Niemals, so weiß man heute, hatte es Klopfzeichen aus dem Inneren des gesunkenen U-Bootes gegeben, wie Moskau in den ersten Tagen berichtet hatte. Und auch die Notluke des U-Bootes war nicht – wie Moskau ebenfalls behauptet hatte - beschädigt und machte das Andocken eines Rettungs-U-Bootes demnach auch nicht unmöglich. In Norwegen erfuhren weder die Militärs noch Behörden oder Umweltschutzorganisationen als erste vom Untergang der russischen „Kursk“ - sondern ein Erdbeben-Messzentrum südlich der Hauptstadt. Dort schlugen, zwei Tage bevor die Russen offiziell über den Untergang berichteten, am 12. August die Sensoren auf der Richterskala zweimal aus. Bald wusste man in Norwegen, dass nicht ein Erdbeben, sondern eine Sprengstoffexplosion an Bord eines U-Bootes die Ursache dieser „Erdbebenwarnung“ gewesen war. Moskau aber behauptete sogleich, die „Kursk“ sei mit einem anderen U-Boot (einem amerikanischen oder britischen) zusammengestoßen. Solche Spekulationen waren denn auch ein Ablenkungsmanöver. Russland hatte abgewartet, bis alle Matrosen an Bord der „Kursk“ mit Sicherheit tot waren, und erst dann internationale Hilfe angefordert. Damit wollte man vermeiden, dass eventuelle Überlebende später in der Öffentlichkeit Einzelheiten über die streng geheime „Kursk“ ausplauderten. Der Verwirrung dienten auch die unterschiedlichen russischen Angaben, wie lange der Sauerstoff an Bord des gesunkenen U-Bootes noch reichen würde. Sprach man zunächst von zwei, dann drei Tagen, so tönnten russische Militärs noch eine Woche nach dem Untergang, es sei genug Sauerstoff an Bord, um der Mannschaft über zwei Wochen hin das Überleben zu ermöglichen. Diese Behauptung war an Zynismus nicht mehr zu überbieten, da russische Militärs zu jenem Zeitpunkt doch mit Sicherheit wussten, dass es keine Überlebenden mehr gab.

Am 24. August, nach dem erfolglosen Ende der Bergungsbemühungen, wandten sich norwegische und britische Rettungstaucher an die Öffentlichkeit. Sie warfen dem russischen Militär vor, sie bei den Rettungsarbeiten behindert zu haben. Der norwegische Konteradmiral Skorgen sagte gar, er habe mit dem Abbruch der Rettungsaktion für den Fall gedroht, dass Russland den norwegischen Helfern weiterhin keine konkreten Angaben über den Unglücksort mache - entgegen den öffentlichen russischen Bekundungen, alles nur Erdenkliche zum Wohle der gesunkenen Besatzung unternehmen zu wollen. Skorgen sagte, es habe von russischer Seite eine so starke Desinformation gegeben, dass dies einer Gefährdung der norwegischen Taucher nahegekommen sei. Auf die Informationen, die man von russischen Militärs erhalten habe, sei kein Verlass gewesen. Und ein Besatzungsmitglied des britischen Tiefsee-Rettungs-U-Bootes LR-S hob gegenüber dem Sender BBC hervor, jede Rettungsmaßnahme, die man ins Kalkül gezogen habe, sei von den Russen verändert oder gar gestoppt worden. Die LR-5 sei deshalb nicht zum Einsatz

gekommen, weil russische Militärs das nicht gewollt hätten. Deshalb habe es die Briten empört, hören zu müssen, dass Moskau angeblich getan habe, was möglich gewesen sei.

Die unbekannte Seite des Sklavenhandels

Wenn europäische Journalisten heute über das Wiederaufleben der Sklaverei in Afrika sprechen, dann wird als Beispiel meist der Süden des Sudan angeführt. Dort kaufen vor allem britische Menschenrechtsorganisationen christlich-animistische Kinder „frei“, die ihnen von Muslimen im Bürgerkriegsgebiet übergeben werden, und bringen sie zu ihren Großfamilien zurück. Manche Beobachter behaupten, dass die Menschenrechtsorganisationen erst mit ihrem Geld eine Nachfrage nach „Sklaven“ im Südsudan geschaffen haben. Dass die Sklaverei jedoch vor allem in Westafrika wieder zunimmt, belegt ein vom britischen Rundfunksender *BBC* veröffentlichter und weithin ignoriertes Bericht. Ihm zufolge erlebt in Benin, Burkina Faso, Kamerun, Nigeria, Togo und in der Elfenbeinküste vor dem Hintergrund zunehmender Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten die Versklavung von Kindern eine neue Blüte. In diesen Staaten kaufen schwarze Händler in ländlichen Gebieten Kinder, die dann als Arbeitskräfte in Ballungszentren weiterverkauft werden. Dabei suggerieren die Menschenhändler den Eltern, dass die Kinder in wohlhabenden Familien eine Ausbildung erhalten. Durch kleinere Geldbeträge, so die *BBC*, lassen sich die Eltern schnell dazu verleiten, ihre Kinder herzugeben. Doch diese Kinder erhielten später für ihre Arbeit kein Geld. Viele von ihnen wurden sexuell missbraucht.

Im Hafen von Cotonou (Benin), einem früheren Sklavenmarkt, entdeckten die Behörden 400 für den Weiterverkauf bestimmte Kinder auf einem Boot. Die kaum älter als acht Jahre alten Kinder waren ihren Eltern für 30 Dollar abgekauft worden. Im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten waren die Kindersklaven nicht für die Vereinigten Staaten, sondern für westafrikanische Abnehmer bestimmt.

Monatlich werden etwa 15 Kinder von Benin nach Nigeria verschleppt. 95 Prozent von ihnen sind Mädchen, die Hälfte unter 15 Jahre alt. In Gabun sollen mehr als 1000 weibliche Kindersklaven aus Togo arbeiten. Jedes Jahr werden Hunderte junge Togolesinnen verschleppt. Im nigerianischen Wirtschaftszentrum Lagos wurde 1996 ein Kindersklavenmarkt von der Polizei geschlossen. In einem fünf Stockwerke hohen Gebäude warteten die Menschenhändler auf Käufer für die zwischen sieben und 17 Jahre alten Opfer. In Abidjan (Elfenbeinküste) gibt es auch heute noch einen Sklavenmarkt. Auf dem Markt *Marché du Plateau* kaufen wohlhabende Frauen „Hilfskräfte“ für ihren Haushalt.

Die *BBC* berichtete, einige der Kindersklaven seien bis nach Europa verschickt worden. Einreisegenehmigungen hätten sie erhalten, weil die Menschenhändler vorgaben, die Kinder zu Sportveranstaltungen und in einem Falle zu einer Audienz mit dem Papst schicken zu wollen. Schon für 15 Dollar sei in Westafrika ein Kindersklave zu haben. Die meisten verbleiben in Westafrika und sehen ihre Familien nie wieder. Viele von ihnen laufen ihren „Arbeitgebern“ davon. Sie arbeiten dann in den westafrikanischen Großstädten als Autowäscher oder kassieren in Minibus-Taxen Geld von den Fahrgästen. Schlimmer noch ergeht es den in Bürgerkriegsgebiete verschleppten Kindern: Sie werden oft von Rebellengruppen als „Sexsklaven“ gehalten.

Vor diesem Hintergrund sollte man einen anderen Bericht der seriösen *BBC* auf sich einwirken lassen. Da hieß es, die afrikanischen Staaten wollten mit Hilfe der Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit 777 Billionen Dollar Entschädigungszahlungen von den Industriestaaten für die Versklavung von Afrikanern in früheren Jahrhunderten einfordern. Es handelte sich weder um einen Übersetzungsfehler, wie man im Auswärtigen Amt zunächst glaubte, noch um einen Scherz. Die Afrikaner meinten es ernst. In einer in Accra verabschiedeten Deklaration hieß es, das Geld müsse „innerhalb von fünf Jahren gezahlt“ werden. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Sammelklagen von Opfern des Nationalsozialismus sollten international tätige afrikanische Anwälte mit Sammelklagen gegen die Vereinigten Staaten, Lateinamerika, karibische Staaten und die Europäische Union beauftragt werden. Die Vorsitzende jener Kommission, die die Zahlung forderte, Frau Debra Kofie, erklärte, die 777 Billionen Dollar müssten natürlich auch noch verzinst werden.

Inzwischen forderten auch die Nachkommen der kenianischen „Mau-Mau- Kämpfer“, die in den fünfziger Jahren die Unabhängigkeit des Landes von britischer Kolonialherrschaft erkämpft hatten (von London), wie auch die namibischen Hereros (von Berlin) Reparationszahlungen.

Es ist unbestritten, dass zwischen 1450 und 1850 mindestens zwölf Millionen Afrikaner auf karibische Inseln sowie nach Nord- und Südamerika gebracht und weitere 20 Millionen in den Nahen Osten und nach Nordafrika verschleppt wurden. Doch es mutet merkwürdig an, wenn jene, die heute die Augen vor dem Wiederaufleben des Sklavenhandels in ihren Ländern verschließen, nun mit Sammelklagen gegen die Nachkommen jener drohen, die ihnen vor vielen Jahrhunderten schweres Unrecht zufügten.

Spendenaufrufe - bereitwillig gedruckt

Unter den ausländischen Helfern treiben sich in Afrika auch viele zweifelhafte Gestalten herum, die in Deutschland kein Auskommen fanden. Über solche obskuren Helfer wird in Deutschland fast nie berichtet, würde doch auch das den Spendenfluss versiegen lassen. Einem solchen Deutschen begegnete der Autor etwa im westafrikanischen Gambia. Dort, im kleinsten afrikanischen Festlandsstaat, leisten mehrere deutsche Organisationen Entwicklungshilfe. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit ist ebenso vor Ort wie Kinderhilfswerke. Wie einfach es ist, den Ruf deutscher Entwicklungshilfe binnen kurzem mit Zweifeln zu belegen, zeigt der Fall eines Deutschen, der in Gambia Verwirrung stiftete. Werner K. trat in Gambia als deutscher „Chirurg“ auf. In Deutschland unterhielt er ein Spendenkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse und ein weiteres „Spendenkonto“ beim Postgiroamt München, das sich später als sein Privatkonto herausstellte. Im Urlaub bereiste er Gambia und beschloss, den dort lebenden Menschen zu helfen. Vom Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes in Köln beschaffte er sich ein Schreiben, in dem ihm „logistische Unterstützung“ zugesichert wurde. In den *Kieler Nachrichten* rief er dann in einem ganzseitigen Artikel zu Spenden auf. „Wir brauchen dringend Bargeld für den Kauf eines geländegängigen Wagens und eines Wohnwagens“, behauptete Werner K. Desweiteren teilte er mit, er habe in der Vergangenheit ein Projekt des Malteser-Hilfsdienstes in Namibia betreut. Dass der Malteser-Hilfsdienst in Namibia bis dahin noch nie ein Projekt unterstützt hatte, war ihm offenbar nicht bekannt. Dann geschah, was geschehen musste: Privatleute, Mitarbeiter der städtischen Kliniken in Kiel, Apotheker und Kieler Schüler sammelten Geldspenden und Medikamente für den „Arzt“ Werner K. Eine ganze Weile war er in Gambia tätig, bis eine beiläufige Nachfrage ergab, dass Werner K. keineswegs - wie von ihm behauptet - in Südafrika als Arzt ausgebildet worden war. In Wahrheit hatte „Doktor K.“ dort den Beruf des Elektrikers gelernt. Und beim Malteser-Hilfsdienst hatte er gerade einmal einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert. So wurde erklärlich, warum „Doktor K.“ nicht im Landesinnern von Gambia medizinische Hilfe leistete, sondern den Aufenthalt an der „Kombo Beach Bar“ eines Touristenhotels vorzog. Den Spendensammlern in Deutschland hatte Werner K. gesagt, seine häufigen Flüge zwischen Gambia und Deutschland bezahle der Malteser-Hilfsdienst. Das stimmte natürlich nicht. Ebenso dreist verwies er jene, die um eine Spendenquittung baten, an den Malteser-Hilfsdienst.

Nun hat der nach medizinischer Anerkennung suchende Elektriker aber nicht nur in Deutschland die Menschen betrogen. In Gambia versprach er vielen eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Und das Dorf Duntumalang, in dem er sich als Arzt niederlassen wollte, wartet noch heute auf ihn. Er hat viele Hoffnungen geweckt. Als man ihn irgendwann einmal zur Rede stellte, verschwand er am nächsten Tag mit einem Flugzeug nach Deutschland. Um eine Erklärung gebeten, sagte Werner K.: „Als einzelner hilft einem doch niemand. Wenn ich aber als Doktor auftrete und sage, dass ich im Auftrag des Malteser-Hilfsdienstes arbeite, ist alles viel einfacher.“ Und wenn unkritische Redakteure jedem angeblichen Weltverbesserer Glauben schenken und dessen Aufrufe veröffentlichen, wird es auch zukünftig keinen Mangel an solchen Fällen geben.

Werner K. war natürlich nicht der einzige, der allein in dem Kleinstaat Gambia Zweifel an der Verwendung von Spendengeldern nährte. So unterstützte die Stadt Bochum in jener Zeit Gambia mit ausrangierten Linienbussen. Diese eignete sich gleich nach der Ankunft die Frau des damaligen Informationsministers an, die damit einen einträglichen öffentlichen Nahverkehr organisierte. Ihr Mann sagte dem Autor stolz, das Schönste an der Spende seien die Ersatzteile: Er brauche nur eine Nachricht nach Bochum zu schicken, und neue Getriebe oder andere Teile würden umgehend kostenlos zugestellt - für seine Frau ganz gewiss ein lukratives Geschäft. Ob die Stadtverwaltung Bochum das wirklich so wollte? Überlesen sollten die Spender einer anderen deutschen Stadt auch, was mit einer weiteren Spende geschah, einem nicht ausrangierten, sondern vielmehr fabrikneuen Krankenwagen. Er wurde im Hafen der gambischen Hauptstadt Banjul zwar mit einem Kran vom Schiff entladen und zum Beweis der Ankunft auch fotografiert. Eine Stunde später - als die Fotografen verschwunden waren - landete er wieder im Bauch des Schiffes. Ein gambisches Regierungsmitglied hatte ihn längst dem Staatschef eines Nachbarlandes verkauft.

Gewiss, die Mehrzahl der Spendeneintreiber ist seriös. Doch viel zu wenig wird in den Medien über die schwarzen Schafe der Branche berichtet. In manchen Fällen wird ihnen selbst nach ihrer Entlarvung nicht einmal das Handwerk gelegt. Das belegt die nachfolgende - in Ägypten spielende - Episode über eine merkwürdige Hilfsorganisation. Dort sind die Täter zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches weiterhin aktiv und sammeln Spenden – auch in Deutschland:

Kaum zwei Wochen alt war Sayed, als er in einem Betonmischer gefunden wurde. Seine ägyptische Mutter hatte ihn ausgesetzt. Sayed war wohl das Ergebnis einer verbotenen Liebe. Dem kleinen Muhammad erging es nicht anders. Das Baby wurde in einem ägyptischen Zug zwischen Assuan und Luxor von einem Schaffner entdeckt - in einer Tasche, die jemand unter einem Sitz „vergessen“ hatte. Sameh und Raffat fand man in einem Zuckerrohrfeld. Mehr noch als im Großraum Kairo wird in der mittelägyptischen Provinz Luxor das Leben der Menschen von der Werteordnung des Islam und traditionellen Verhaltensmustern geprägt, die Müttern unehelicher Kinder oft nur einen Ausweg lassen, um der Familie die „Schande“ zu ersparen: das Kind auszusetzen.

Sayed, Muhammad, Sameh und Raffat leben heute zusammen mit Dina, die als Säugling auf der Straße zum Flughafen gefunden wurde, im zweiten Stock eines heruntergekommenen Hauses in der Television Street 371 in Luxor. Dort residiert eine britische Hilfsorganisation mit dem wohlklingenden Namen „Sunshine International“, die auch in Deutschland Spenden sammelt. Gegründet wurde das Hilfswerk von der Britin Pearl Smith. Sie hörte während eines Ägypten-Urlaubs zufällig von den Findelkindern, verkaufte ihren Blumenladen in der Heimat und wollte sich fortan nur noch dem Schicksal ausgesetzter ägyptischer Kinder widmen.

Dank zahlreicher Artikel und Hilfsaufrufe nicht nur in britischen Zeitungen scheint heute bei „Sunshine International“ kein Mangel an Geld zu herrschen. Doch kaum einer der Journalisten hat sich die Mühe gemacht, „Sunshine“ in Ägypten aufzusuchen. Täglich treffen nach solchen Berichten Besucher ein, die neben dem Hatschepsut-Tempel, den Memnon-Kolosse und einer Felukah-Fahrt auf dem Nil in Luxor auch die ausgesetzten

ägyptischen Kinder sehen möchten. Was spendablen Touristen, die zumeist nur einmal in die Television Street 317 kommen, auf den ersten Blick rührend und herzerweichend erscheinen muss, erinnert bei näherer Betrachtung eher an einen Zoo. Immer wieder - meist mehrfach am Tag - gibt es das gleiche Programm, bei dem die einzelnen Kinder und ihre Leidensgeschichte vorgestellt werden, einen Keks bekommen und anschließend fotografiert werden dürfen. Sie alle werden täglich daran erinnert, ihre Herkunft nicht zu kennen - in der ägyptischen Gesellschaft eine nicht auszudenkende Schande. Immer wieder singen sie zur Begrüßung der Besucher ein fröhlich klingendes Lied, tanzen im Kreis - und hören stets von neuem die Stichworte „Betonmischer“, „Zuckerrohrfeld“ und „Zug“.

Mehr noch als die Kinder scheint hier Pearl Smith im Vordergrund zu stehen. Im Eingangsraum hängt an der Wand eine von Vorhanggardinen eingerahmte quadratische weiße Marmortafel, die den Ort zu einer Gedenkstätte macht und in schwarzer Schrift an ihre „Leistungen“ erinnert. Hunderte Dankesbriefe aus aller Welt zieren die Wände. Spender wie „Mattel Toys UK“ oder der „Inner Wheel Club of Atherstone“ scheinen für Seriosität zu bürgen. Doch die Werbemethoden von „Sunshine International“ sind sehr direkt. Auf Handzetteln heißt es etwa unter dem Bild eines Kindes: „Von nur einem Pfund kann ich drei Tage leben.“ Ein ägyptisches Pfand entspricht etwa 50 Pfennigen. Wer möchte da nicht helfen? Und so flossen und fließen die Gelder reichlich.

In einem Brief an das „Consortium for Street Children UK“ behauptete Pearl Smith, in dem „Apartment“ in Luxor „gegenwärtig 20 Kinder und Babys“ zu betreuen. Es sei ihre Absicht, künftig 100 Kinder zu versorgen. Es fehlte jedoch der entscheidende Hinweis, dass nur fünf der zu diesem Zeitpunkt betreuten Kinder ausgesetzt worden waren und nun hier erzogen wurden. Denn trotz emsiger Suche gelang es der Britin nicht, weitere ausgesetzte Kinder in der Provinz Luxor aufzutreiben. Die anderen von „Sunshine“ betreuten Kinder wurden gegen Bezahlung von ihren wohlhabenden Eltern tagsüber zur Betreuung in das „Apartment“ gebracht. Die spendablen Touristen erfahren nicht, dass der Großteil der Ausgaben für die Wohnung draufgehen, in der auch die Betreuer wohnen. Und Spendenquittungen erhielten sie in der Vergangenheit ebenfalls nicht.

Eine ägyptische Schule, die von „Sunshine“ in dem ärmsten Ortsteil El Mahmood unterstützt wird, erhielt etwa im August 1998 36 Pfund für Lebensmittel. Nach Angaben einer Werbeschrift von „Sunshine“ besuchen „mehr als 50 Kinder“ diese Schule. Das sollte eigentlich nachdenklich machen. Und den von „Sunshine“ in der Television Street 317 betreuten ausgesetzten Kindern bescheinigen zwei Mitarbeiterinnen in einer schriftlichen Erklärung, verhaltensgestört und immer hungrig zu sein, da „es an Lebensmitteln fehlt“. Sie äßen aus Hunger selbst „die Krümel vom Boden“. Wegen Vitamin- und Mineralstoffmangels „heilen ihre Wunden nicht“.

In bester Absicht sammelte auch die in Bad Homburg wohnende - mit einem Amerikaner verheiratete - Deutsche Ilona O'Beirne Geld für die Waisenkinder von „Sunshine International“. Sie arbeitete früher bei Medico International und unterstützt heute aus ihrem Privatvermögen sowohl im südindischen Madras als auch auf Zypern ein Tierheim. Viel Geld kam für „Sunshine International“ durch einen von ihr initiierten Spendenaufruf zusammen, der in der Zeitschrift *Journal für die Frau* im April 1998 veröffentlicht wurde. Zu dieser Zeit hielt Frau O'Beirne das britische Hilfswerk nach

eigenen Angaben noch „für eine gute Sache“. Dann stellte sie beim Gouverneur von Luxor gegen „Sunshine International“ Strafantrag wegen Veruntreuung und Ausbeutung von Kindern. Diese Auffassung teilte auch die Stuttgarterin Beate Enderle, die auf eigene Kosten nach Luxor flog und bei „Sunshine“ unentgeltlich arbeitete. In Luxor sagte sie: „Nicht einer hier ist für die Betreuung von Kindern ausgebildet. Es ist eine reine Versorgungsstätte. Das hätten die Kinder bei den staatlichen Einrichtungen auch.“

Im Umkreis von zwei Kilometern des spendenträchtigen „Sunshine“-Projekts gibt es vier staatliche ägyptische Waisenhäuser, für muslimische Jungen, muslimische Mädchen, koptische Jungen und koptische Mädchen. Dort leben insgesamt 70 Kinder, für die die Stadtverwaltung aufkommt. Während Pearl Smith für die fünf ausgesetzten und von ihr betreuten Kinder monatlich an Miete und Lebensmitteln mindestens 4500 Pfund benötigt, kommen alle 70 Kinder der staatlichen Waisenhäuser zusammen mit weniger als diesem Betrag aus. Im Gegensatz zu den von „Sunshine“ betreuten Kindern haben sie jedoch weder adrette Kleidung noch Spielsachen. Dafür werden sie aber auch nicht wie in einem Zoo vorgeführt. Ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung sagt: „Diese Kinder sehen nicht fotogen aus. Und deshalb gibt es für sie auch keine Spenden aus dem Ausland.“

Im islamischen Waisenhaus an der Eastern Railway Station Street sind 18 Waisenkinder im Alter zwischen sechs und 23 Jahren untergebracht, die ihre Eltern durch Billharziose oder Unglücksfälle verloren haben. Direktor Zakaria Ibrahim Mahmud sagt: „Wenn wir hören, dass »Sunshine« einen Container mit Spielsachen im Hafen von Alexandria liegen hat und nicht weiß, was man damit anfangen soll, dann sind wir betrübt. Wir haben nicht einmal Geld für einen Ball. Ein Ball, ja davon träumen meine Jungen schon seit Jahren.“ Direktor Sabry vom koptischen Waisenhaus in der Mena Street betreut 35 Kinder. Er hat eine Warteliste von elf Kindern, deren Eltern zu arm sind, um sie zu ernähren. Um diese Kinder jedoch hat sich „Sunshine International“ nie gekümmert.

Die Klasse 3b der Karl-Wagenfeld-Schule im deutschen Arnshausen wird sich noch heute darüber ärgern, dass sie nach dem – gut gemeinten - Spendenaufruf in *Journal für die Frau* auf „Sunshine“ ebenso wie viele andere reingefallen ist. Als die Klasse 1998 bei einem Wettbewerb der Europäischen Märchengesellschaft den ersten Preis gewann, schrieben die Schüler am 15. Juni 1998 an „Sunshine“: „Wir möchten das Geld für Ihre Sunshine spenden. Wir denken nämlich, dass alle Kinder zusammenhalten müssen. Vielleicht hören wir ja einmal etwas von Ihnen.“ Nicht nur die Spendenfreudigkeit dieser Kinder dürfte für den Rest ihres Lebens gegen Null tendieren. *Journal für die Frau* brachte den Bericht über das Leid ausgesetzter ägyptischer Kinder in großer Aufmachung, tat sich aber schwer damit, später seinen Lesern zu vermitteln, wie es hinter den Kulissen wirklich aussah und was aus den Spenden geworden war.

Geschichte der Desinformation

Propaganda und Desinformation hat es zu allen Zeiten gegeben. Den ersten bekannten Propagandaerfolg der Geschichte landete der ägyptische Pharaos Ramses II., der die unentschieden ausgegangene Schlacht gegen die Hethiter bei Kadesch 1296 vor Christus als glänzenden Sieg verkaufte. In der Antike dienten oftmals auch Münzen propagandistischen Zwecken. Ein Spötter sagte einmal, Propaganda sei die Kunst, den Teufel mit zwei gesunden Füßen zu fotografieren. Dennoch ist Propaganda keinesfalls eine satanische Kunst. Sie tauchte unter dieser Bezeichnung zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Missionsarbeit der katholischen Kirche auf. Im Jahre 1622, als Papst Gregor XV. die „Congregatio de propaganda fide“ (Gesellschaft zur Verbreitung des Glaubens) gründete, wurde der Begriff geboren. Dabei hatte das Wort Propaganda damals noch keinesfalls den heute negativen Beigeschmack, denn das lateinische „propagare“ bedeutet nichts anderes als ausbreiten. Propaganda ist also nach der ursprünglichen Bedeutung die „Werbung“ für ein bestimmtes Ziel.

Mit der Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg konnten Pamphlete preisgünstig über eine große Fläche verbreitet werden. Es war die Geburtsstunde auch der über Klostermauern und Kanzeln hinausreichenden Schriftpropaganda. Eine erste Blüte erlebten diese politischen Pamphlete im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648).

Während der französischen Revolutionswirren wurde Propaganda zu einer scharfen Waffe in den Händen von Fanatikern wie etwa Robespierre, wenig später gar zu einem Schlagwort in Zusammenhang mit Anarchie, da Anarchisten ihre Attentate als „Propaganda der Tat“ verherrlichten. Marxisten-Leninisten sollten später gar den Anspruch erheben, Propaganda den Rang einer „wissenschaftlichen Unterweisung in revolutionärer Theorie“ zukommen zu lassen.

Mit dem Aufkommen von Tageszeitungen und dem zeitgleichen allmählichen Wandel von Söldner- zu Berufsheeren wurde die publizistische Betreuung der Bevölkerung in Kriegszeiten immer

wichtiger. Eine Zäsur stellt in diesem Zusammenhang der Krimkrieg (1853-1856) dar. Damals wurde der Berufsstand des „Kriegskorrespondenten“ geschaffen. Der Krimkrieg war der erste Pressekrieg der Neuzeit. Und in ihm wurde erstmals von den Briten auch die Fotografie als Instrument der Desinformation in einem Krieg eingesetzt. Aufnahmen gesund wirkender britischer Soldaten weit hinter den feindlichen Linien sollten bei den britischen Lesern etwaige Befürchtungen über Verluste an Menschenleben und unsägliche Leiden auf den Schlachtfeldern ausräumen.

Kriegsberichtersteller wurden in den nachfolgenden Jahrzehnten immer in die Propagandaapparate ihrer jeweiligen Regierungen eingespannt. Im Ersten Weltkrieg erschienen in keinem am Krieg beteiligten Land Zeitungsberichte, die nicht zuvor von der Zensur abgesegnet worden waren. Die Vereinigten Staaten, die 1917 in den Krieg eintraten, verfielen auf eine besonders wirksame Idee, Journalisten im Zaum zu halten: Sie verlangten von Kriegsberichterstellern eine Kautionshöhe von 10 000 Dollar, die bei

Verstößen gegen Zensurbestimmungen oder die Einschränkung der Bewegungsfreiheit in den Kriegsgebieten sofort verfiel.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die staatliche Propaganda weltweit perfektioniert. In Hitler-Deutschland sah man lange vor Kriegsausbruch Propaganda als Mittel der „geistigen Kriegführung im Rahmen der Gesamtkriegführung“. Sie sollte entscheidende Erfolge in den Köpfen der Menschen schon lange vor dem eigentlichen Waffengang herbeiführen. Es ist bekannt, wie die Nationalsozialisten die neuen Radiogeräte („Volksempfänger“), aber auch das Medium Film zur Selbstdarstellung des Regimes („Führer-Mythos“) nutzten. Als am 31. August 1939 sieben Männer den Sender der in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Stadt Gleiwitz überfielen, um den Aufruf eines polnischen Aufständischenverbands zu verlesen, handelte es sich bei den „Polen“ in Wirklichkeit um in Zivil gekleidete SS-Angehörige, die so den Deutschen ein Alibi für den schon beschlossenen Überfall auf Polen verschaffen sollten. Die gesamte „Informationspolitik“ der Nazis war reine Propaganda und beruhte auf Falschmeldungen und Fälschungen.

Von der „Informationspolitik“ der Nazis haben viele Diktatoren gelernt, so etwa der Rumäne Nicolae Ceaușescu, der zur Feier seines Geburtstages stets auch gefälschte Glückwunschtelegramme ausländischer Staatsoberhäupter veröffentlichen ließ. Sogar die Wetterberichte waren in Rumänien unter seiner Herrschaft manipuliert: Damit angesichts knapper Heizmittel die Unzufriedenheit nicht wuchs, durfte die Temperatur in den Wettervorhersagen niemals unter 15 Grad fallen.

Umschmeichelter Schwachsinn

An die Stelle der *Vermittlung* von Nachrichten ist heute in Radio, Fernsehen, Zeitungen und Internet der *Verkauf* von Neuigkeiten getreten. „News“ bringen Quote, Neuigkeiten machen Auflage. Dabei spielt der Wahrheitsgehalt eine zunehmend geringere Rolle. Mit aufwendigen „Copytests“ ermitteln Verlage, welche Themen die Leser interessieren und ob ein Layout gefällt. Als die Programmzeitschrift *Funk Uhr* vor mehreren Jahren eine Story über „giftige Kartoffeln“ druckte, war die Leserresonanz überwältigend. Geschichten über Prominente werden jedoch - außerhalb der Yellow Press - weit weniger gern gelesen als gemeinhin angenommen. Und so ist es kein Wunder, dass sensationsheischende Geschichten (wie die über die „giftigen Kartoffeln“) von den Redaktionen auf Biegen und Brechen beigebracht werden müssen. Der Axel-Springer-Verlag lässt nach eigenen Angaben pro Jahr etwa 70 Leserbefragungen durchführen, zumeist seine Magazine und Tageszeitungen betreffend, die besonders starker Konkurrenz ausgeliefert sind. Manchmal werden den Testlesern dabei an einen Science-Fiction-Film erinnernde Brillen aufgesetzt, anhand derer die Forscher erkennen können, welcher Artikel nicht, teilweise oder ganz gelesen wurde. Es sind wichtige Indizien dafür, ob die Redaktionen mit ihren Themen richtig liegen. Der seriöse Hintergrundartikel schneidet dabei bei den meisten Verlagen zunehmend schlechter ab - gefragt sind „knallige Themen“. Auf der Multimedia-Seite der *Welt* hieß es dazu treffend: „Die Erforschung des Lesers, seiner Wünsche und Kerninteressen, wird immer bedeutsamer.“

Im Orbit eines multimedialen Beschleunigungssystems jagen sich Gerüchte, Zitate und Stellungnahmen. Meinungen werden in diesem Spiel schon längst nicht mehr ausgetauscht, sondern gemacht. Manfred Zach, ehemals Sprecher der baden-württembergischen Landesregierung, bekennt dazu: „In der Tat hat das Geschehen, das Politiker, Pressestellen und Medienvertreter häufig inszenieren, mit den Vorführungen von Artisten und Gauklern manches gemein. Neben unbestreitbarem Können stehen Illusionserzeugung und Unterhaltungswert an vorderster Stelle. Wirklichkeit ist, was die Szene zeigt.“

Die Zeitung als berichterstattende Chronik - das ist längst nur noch Erinnerung an eine ferne Vergangenheit. Politik als Performance, bei der Politikern im Gedränge die Mikrofone schon fast in den Mund geschoben werden, das ist die eine Seite der Nachrichtenjagd. Die andere ist die erbarmungslos gewordene Jagd nach Quoten und Auflage. Meldungen werden von Agenturen übernommen, ohne überprüft zu werden.

Mit dem Berlin-Umzug der Bundesregierung erlebte auch die Politik-Quoten-Schlacht einen neuen Höhepunkt: Bis zu 200 Mitarbeiter von Fernsehsendern (Reporter und Kameraleute, Kabelträger und Lichttechniker) drängen sich heute um einen Politiker. Der tägliche Kampf um die Nachrichtenbilder hat an Härte zugenommen. Manchmal wirkt das, was wir in einer Nachrichtensendung sehen, eher wie ein Kriegszustand. Nicht selten harren die Kameraleute viele Stunden an einem Platz aus, nur um jene Sekunden einzufangen, die zeigen, wie ein Politiker in einer Limousine vorfährt und im Eilschritt auf

eine Tür zugeht. Auch ZDF-Nachrichtenmann Peter Hahne bekennt längst, dass diese Art der Berichterstattung mit „wirklichen Neuigkeiten“ nichts mehr zu tun hat. Es sind Rituale, die vor den Kameras der Sender vollzogen werden: Wer diese Show fürs Fernsehen als Politiker nicht beherrscht, macht heute keine Karriere mehr. Dabei haben die Kameraleute großen Einfluss darauf, wie die Politiker auf dem Bildschirm „ankommen“. Von unten aufgenommen wirken sie größer und erhabener, die Ausleuchtung des Gesichts bei der Nahaufnahme macht sie kälter, etwas weniger Licht lässt sie wärmer und freundlicher aussehen. Was Politiker in diesen wenigen Sekunden von sich geben, ist eher zweitrangig.

Jeder Satz eines politischen Hinterbänklers und erst recht jede Aussage eines Polit-Promis - wie schwachsinnig sie auch sein mag (etwa das täglich geplapperte „Wir stehen in einem konstruktiven Dialog“) - wird heute gleich zur Agenturmeldung. Die Chance, vor einer Kameralinse einen zusammenhängenden Satz loswerden zu dürfen, lässt sich heute kein Politiker mehr entgehen. Selbst, wenn seine Mitteilung darin besteht, nichts zu sagen, wird doch das Seitenfenster des Dienstwagens heruntergekurbelt und der „politische Kopf zum telematischen Wendehals verdreht“. Dabei haben Politiker längst das Verlangen der Medien nach Katastrophenjournalismus erkannt und fügen sich je nach Bedarf in dieses Bild ein oder prangern es an, so etwa der frühere „Minister Möllemann, der für eine gute Schlagzeile auch den Kopf auf die Eisenbahnschienen legen würde, es sich nicht nehmen“ ließ, „den Sensationsjournalismus zu geißeln und den Katastrophenjournalismus und überhaupt die Verrohung der Sitten“.

Manfred Zach spricht von einer Bühne und meint: „Auf dieser Bühne einen Platz vorn an der Rampe zu ergattern stellt das Ziel aller politischen Öffentlichkeitsarbeit dar. Ein Politiker mag noch so staunenswerte Leistungen vollbringen - tut er es außerhalb oder im Hintergrund der Arena, nimmt niemand davon Notiz. Sein Handeln hat medienpolitisch nicht mehr Gewicht, als wenn in China ein Fahrrad umfällt... Presse, Rundfunk und Fernsehen formen unser Weltbild, indem sie es erschaffen. Wir leben in einer Medioumwelt, die wir für Realität halten... Nur was die anonymen Medienmacher für wichtig, erfreulich, bedenklich oder skurril halten, findet statt. Themen, die sie »hochziehen«, verändern das Bewusstsein. Meinungen, die sie suggerieren, Ängste, die sie schüren, lenken das politische Geschehen.“ Längst wird nicht mehr über die Wirklichkeit berichtet, sondern berichtend Wirklichkeit geschaffen. Dafür wird auch die Politik mediengerecht beworben.

Ob Journalisten wirklich neutral und unabhängig über Politik berichten, hat Matthias Rosenthal vor vielen Jahren in seiner publizistischen Magisterarbeit untersucht. Natürlich berichten Journalisten nicht unvoreingenommen. Bestätigt hat diese Auffassung auch eine Umfrage des Instituts für Publizistik der Universität Mainz. Rund 140 deutschen Zeitungsredakteuren wurde die fiktive Meldung vorgelegt: „Der Ministerpräsident X soll für seine Partei Gelder beschafft haben.“ Daraus war nicht zu erkennen, ob X rechtmäßig oder rechtswidrig gehandelt hatte. Nun stand bei der einen Hälfte der Name X für Franz Josef Strauß (CSU), bei der anderen Hälfte für Johannes Rau (SPD). Die Journalisten wurden zugleich aufgefordert, auf einer Sympathieskala von -3 bis +3 ihre Haltung gegenüber Strauß oder Rau mitzuteilen. Das Ergebnis war niederschmetternd: Mehr als die Hälfte der Befragten würde bei einem ihr unsympathischen X -ohne das Ergebnis von Ermittlungen abzuwarten - einen Kommentar verfassen, in dem die Auffassung vertreten

würde, das Vorgehen des X sei rechtswidrig. Bei einem ihnen sympathischen Ministerpräsidenten würden nur 29 Prozent der Journalisten solch einen vorwegverurteilenden Kommentar formulieren. Eigeninteresse von Journalisten und eigene Vorlieben schlagen sich somit in der Kommentierung beziehungsweise Berichterstattung deutlich nieder.

Daneben tritt der geringe Rechercheaufwand. Der leitende Redakteur der *Süddeutschen Zeitung*, Herbert Riehl-Heyse, weist auf eine Studie der Universität Dortmund hin, in der es heißt, 70 Prozent aller Informationen, die in Zeitungen stünden oder von Rundfunk und Fernsehen verbreitet würden, seien „gezielte Informationen“. Etwa zwei Drittel aller Medienbeiträge beruhen letztlich auf PR-Informationen, eigene journalistische Themenrecherchen bei den Nachrichtenagenturen liegen „in der Nähe von acht Prozent des gesamten Stoffs, bei den anderen Medien bei circa elf Prozent“.

Aber auch die Eigenwerbung der jeweils Regierenden, das Politikmarketing, unterschlägt Fakten, untermauert ein Image und trägt so eher zur Desinformation als zur Information bei. Die Kohl-Regierung verstärkte diese Art der Selbstbelobigung mit vorgefertigten Hörfunkbeiträgen und dem zweimonatlich erscheinenden Hochglanzheftchen „Journal für Deutschland“ ebenso wie die Schröder-Regierung, die die Grenzen zwischen Information und Werbung etwa verwischte, als sie 1999 beim hessischen Landtagswahlkampf, in dem vor allem die doppelte Staatsbürgerschaft ein Thema war, Boris Becker, Thomas Gottschalk und Marius Müller-Westernhagen in großformatigen Anzeigen für sich werben ließ. Verdrängt hatte sie dabei offenkundig ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1977, das der jeweiligen Bundesregierung Werbung in Vorwahlzeiten verbietet.

Dementis als Publikumstäuschung

Eine weitere Neuerung, die in den letzten Jahren in der Politik Stilblüten treibt, sind Dementis. Auf Exklusiv-Meldungen der Medien reagieren Politiker immer häufiger mit Dementis - auch wenn es gar nichts zu dementieren gibt. Ein Beispiel dafür war die Kandidatur des Deutschen Caio Koch-Weser für das Amt des IWF-Chefs. Am 4. März 2000 berichtete die DPA: „Um die umstrittene Kandidatur von Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser für den Chefposten des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat es am Samstag erhebliche Verwirrung gegeben.“ Das war nicht übertrieben, hatte doch die *Welt am Sonntag* am selben Tag vorab gemeldet, dass Koch-Weser und auch Bundeskanzler Schröder nicht mehr an der Nominierung festhielten. Koch-Weser selbst hatte gegenüber der *Welt am Sonntag* bestätigt: „Ich möchte gern meine wichtige Aufgabe als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, die in der kommenden Zeit sicherlich nicht unwichtiger wird, fortführen.“ Dennoch sagte eine Sprecherin des Finanzministeriums nachfragenden Agenturjournalisten: „Ich dementiere diesen Bericht nachdrücklich. Koch-Weser bleibt Kandidat der Europäischen Union.“ Bis zum Montag dementierte auch Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye. Am Dienstag schließlich wurde der Bericht der *Welt am Sonntag* bestätigt. Koch-Weser teilte schriftlich mit, dass er seine Kandidatur zurückziehe. Das Schreiben stammte vom 4. März, jenem Tag, an dem die *Welt am Sonntag* darüber berichtet hatte. Die *Welt am Sonntag* bemerkte zur Flut von Dementis in der Politik am 12. März 2000: „Immer mehr Medien beteiligen sich an der Aufdeckung von Skandalen und Affären. Immer häufiger geben sie ihre Recherche-Ergebnisse als Vorab-Meldungen an die Nachrichtenagenturen. Oft wird dementiert, was sich später doch als wahr herausstellt. Eine Chuzpe, die verwundert, denn wo viele eifrig graben, wächst die Chance, dass auch einer fündig wird, und damit das Risiko, dass die Falschaussage auffliegt.“

Helmut Markwort, *Focus*-Chef, findet ebenfalls kein Verständnis für die anwachsende Welle von Dementis in der Politik: „Mich ärgert die Publikumstäuschung, wenn Pressestellen raffiniert an der Wahrheit vorbei informieren.“ Und Jürgen Leinemann, der das Berliner Büro des Spiegels leitet, sagt, die Zahl der Versuche, mit Halbwahrheiten und Umdefinitionen über die Runden zu kommen, nehme zu: „Wenn ein Blatt schreibt, da hat XY silberne Löffel geklaut, und es waren in Wirklichkeit goldene, wird prompt widersprochen.“

Manchmal werden in der Politik auch Dinge in Abrede gestellt, über die öffentlich gar nicht berichtet wurde. So meldet DPA im Juni 1997: „Regierungssprecher dementiert Spekulationen über Rau-Erkrankung.“ Doch bis dahin hatte noch kein Medium über eine angebliche Erkrankung des damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten berichtet.

Dementis sind eine Erfindung der Neuzeit. Erst mit den Wochen- und Tageszeitungen, die seit dem frühen 17. Jahrhundert gegründet wurden, entstand auch das Umfeld für Dementis. Zu jener Zeit fand das „démenti“ aus dem Französischen Eingang in den

deutschen Sprachgebrauch. Heute gelten Dementis vielen als der zuverlässigste Beweis für die Richtigkeit einer Nachricht. Egal, ob Bahn-Chef Hartmut Mehdorn im Februar 1999 dementieren ließ, dass ein größerer Stellenabbau geplant sei, oder BMW dementierte, Rover verkaufen zu wollen - die Glaubwürdigkeit hatte gelitten. Spätestens seit Walter Ulbricht und seinem Ausspruch „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“ ist ein Dementi ein Alarmsignal. Eine, die daraus gelernt hat, war Angela Merkel: Sie dementierte nicht und schwieg zu Berichten über jegliche politische Ambitionen - bis alle Konkurrenten aus dem Rennen geschlagen waren und sie CDU-Parteivorsitzende wurde.

Eine Nachrichtenagentur im Besitz der Moon-Sekte

Nachrichtenagenturen gelten gemeinhin als Inbegriff der Seriosität. Was aber soll man von einer Agentur mit - bislang – gutem Leumund halten, wenn ihr neuer Eigentümer die nach der Weltherrschaft strebende „Moon-Sekte“ ist? Die 1907 gegründete und 1958 mit William Randolph Hearsts „New Service“ fusionierte United Press International (UPI) war - früher zumindest - ein starker Konkurrent für Associated Press (AP). 159 Angestellte in Washington, London, Lateinamerika und Asien berichten über politische und wirtschaftliche Entwicklungen in aller Welt. Im Mai 2000 wurde UPI von dem Unternehmen News World Communications Inc. gekauft. Das aber ist im Besitz der „Unification Church“ - besser bekannt als „Moon-Sekte“. Und dieser gehören inzwischen nicht nur UPI, sondern auch die Zeitungen *Washington Times*, *Middle East Times* und *Zambesi Times*. UPI ist ein traditionsreicher Name im Nachrichtengeschäft. Auch in Deutschland hat UPI Kunden. So gesehen ist es erschreckend, dass auch in deutsche Nachrichten künftig Berichte einer Agentur einfließen können, deren Eigentümer nach journalistischen Maßstäben eher gemieden werden sollten wie die Pest. Viele Journalisten übernehmen Agenturmeldungen in „eigene“ Berichte, ohne sie als solche kenntlich zu machen. Wie soll man da künftig noch herausfinden können, ob die Erleuchtung des Berichterstatters nicht über den UPI-Ticker erfolgte?

Unglaublich - aber dennoch wahr

Neben Amüsantem von Politikern, Schlagersternchen und weiteren Berühmtheiten gibt es Vorkommnisse und Angebote, die man auf den ersten Blick aufgrund ihrer Absurdität vielleicht für „Enten“ halten könnte, bei näherer Betrachtung aber ruhigen Gewissens veröffentlichen dürfte. Die Rede ist beispielsweise von „Sicherheits-Ohrkerzen“ mit eingebautem Tropfschutz („handgefertigtes Qualitätsprodukt nach Art der Hopi-Indianer“), die nicht nur im Internet angeboten werden. Man steckt sich diese „Ohrkerzen“, auf der Seite liegend, ins Ohr, entzündet sie und wartet auf die Wunderheilung. Da heißt es dann etwa: „Aufgrund des Erfahrungsaustausches, den ich 1990 mit den HOPI-Indianern in Amerika hatte, gebe ich Ihnen nachfolgend deren empirisch gewonnene Erfahrungswerte...“ Nun folgt die Auflistung der Wehwechen, bei denen die im Handel angebotenen „Ohrkerzen“ helfen sollen: „Bei akuten Beschwerden, wie Schnupfen oder Ohrentzündung: am 1. Tag 2 Anwendungen...“ Auch fehlt nicht der Hinweis: „Sollte beim Ansetzen der Somo-Sicherheits-Ohrkerze am Ohr weißer Kräuterdampf entweichen, bitte die Kerze durch Andrücken besser abdichten.“

Statt Nachrichten zu erfinden oder Ereignisse nur um der Sensationshascherei willen zu dramatisieren, reicht oftmals ein Blick vor die Haustür, um wahre, gleichwohl interessante Geschichten zu entdecken, die nicht aufgebauscht werden müssen, um Quote zu bringen. Wer bei Magazinsendungen blutige Hahnenkämpfe in Indien, das grauenvolle Gemetzel von Kampfhunden mit angeketteten Bären in Pakistan oder Stierkämpfe in Spanien zwecks Quote in das Programm einbaut, der kann sich getrost die Reisekosten sparen. In Bochum-Wattenscheid findet alljährlich eine ebenso geschmacklose Veranstaltung statt: das „Gänsereiten“ am Rosenmontag. Die Mitglieder des Wattenscheider „Gänsereitklubs“ finden es an den tollen Tagen offenbar besonders erhehend, einer an den Füßen aufgehängten Gans vom galoppierenden Pferd aus den Kopf abzureißen. Was die örtlichen Karnevalisten als lustig erachten und seit dem Jahr 1598 Tradition hat, ist Tierschützern ein Dorn im Auge.

Für eine „Ente“ halten könnte man außerdem die Geschichte von den Hörgeräten für taube Hunde. Auch die wurde von den Medien noch nicht aufgegriffen, wenngleich sie im Gegensatz zu den „Enten“ wahr ist. Zudem können Hunde auch die Gebärdensprache erlernen. Das gehörlose amerikanische Ehepaar Ely besitzt beispielsweise zwei taube Dalmatiner, Cleo und Chief. Die Hunde verstehen immerhin 20 Gesten. Und in Australien bekam Labrador Barney als erster Hund der Welt ein Hörgerät - und dies ganz ohne Wissen der Journalisten. In der US-amerikanischen Stadt Memphis ist sonntags das Jo-Jo-Spiel verboten - wochentags aber durchaus erlaubt. In der ebenfalls in den USA gelegenen Stadt Ottumwa darf man Frauen in der Öffentlichkeit nicht zuzwinkern. Im indischen Rajasthan dürfen Frauen Mohrrübensamen nicht verweigern (er gilt dort als Verhütungsmittel, und die Einnahme ist gesetzlich vorgeschrieben). Im Frankfurter Eisstadion darf man mit seinen Schlittschuhen die Höchstgeschwindigkeit von 70 Stundenkilometern nicht überschreiten und in der amerikanischen Stadt Hartford nicht als

Hundetrainer arbeiten - ist doch das Unterrichten und Lehren von Hunden dort verboten. Es gibt sie also, die unglaublichen, aber dennoch wahren Geschichten. Man muss sie nur suchen. Dennoch wird es auch in Zukunft immer wieder Journalisten geben, die erfindungsreich Eigenkreationen schaffen.

Stimmt es etwa nicht auch, dass Motorradfahrer manchmal extremen Vibrationen ausgesetzt sind, die zu Rissen im Zahnschmelz führen könnten? Und kann man ein Sommerloch nicht auch mit Spekulationen darüber füllen, was geschähe, wenn sich eine Windhose norddeutschen Windrädern näherte? Wäre es völlig ausgeschlossen, dass sie dann rückwärts liefen? Oder wird Freibier vielleicht demnächst teurer? Sollte sich eine Frauenbeauftragte nicht dazu bewegen lassen, gegen den Begriff „Einmannzelte“ emanzipatorischen Handlungsbedarf einzufordern? Der Bedarf an solchen Meldungen wird mit jedem neuen Medium steigen. Und Wirklichkeit und Fiktion werden dabei manchmal verschmelzen. So wie bei einem legendären Ereignis auf dem Berliner Kudamm, dem „Kanaldeckel-Aal-Angeln“, das von der Berliner Gruppe Story-Dealer AG als Weltmeisterschaft im Kanalangeln inszeniert wurde. Es war der rare Glücksfall einer Doppel-Ente, kam doch ein Privatsender zu spät zum Schauplatz und stellte die Angelszene mit Schauspielern nach. Die Story Dealer AG, eine Gruppe von Künstlern und Wissenschaftlern, war schon für so manchen Schwindel gut - sie tritt immer mit dem Anspruch an, die scheinbare Wirklichkeit entzaubern zu wollen. So haben sie mithilfe einer Medienkampagne eine Tagung an den Rand des Abbruchs geführt. Den Teilnehmern war suggeriert worden, die wissenschaftlichen Referenten seien in Wahrheit professionelle Schwindler.

Nicht von der Story Dealer AG ist ein Beitrag, der nicht nur von der britischen BBC, sondern auch von fast allen deutschsprachigen Agenturen und Zeitungen verbreitet wurde: „Computer-Fans“, so die Deutsche Presseagentur, hatten es angeblich geschafft, einen besonders umweltfreundlichen Computer zu entwickeln, der seine Energie aus Kartoffeln bezog. DPA erklärte das Wunder so: „Kartoffeln sind als potentieller Stromlieferant bekannt, weil das salzige Innere der Knolle besonders gute elektrolytische Eigenschaften besitzt - ähnlich wie die Säure in einer Autobatterie. In eine Kartoffel gesteckte Elektroden aus Zink und Kupfer rufen eine elektrochemische Reaktion hervor, die wiederum einen Stromfluss verursacht.“ Ein „Kartoffelexperte“ meldete zwar gleich Zweifel an, doch immerhin hatte die britische BBC die Computer-Meldung zuvor mit ihrer ernsthaften Berichterstattung geadelt. Und so nahm sie ihren Weg um den Globus. Prinzipiell stimmt es zwar, dass Kartoffeln elektrolytische Eigenschaften besitzen, doch könnte ein Computer-Server mit einigen Kartoffeln im günstigsten Fall höchstens einige Sekunden betrieben werden – und nicht, wie die „Computer-Fans“ behauptet hatten, einige Tage. Die BBC hat den peinlichen Bericht inzwischen aus ihrem Internet-Programm genommen. Und auch die DPA erinnert sich nur noch höchst ungern an das Vorkommnis.

Gerade hatte man seit geraumer Zeit vernommen, dass Strom „gelb“ sei - gab es eine andere Variante einer angeblichen technischen Sensation: Kann man Atomstrom an der heimischen Steckdose zuverlässig von „Ökostrom“ unterscheiden, ihn gar im Falle des Nichtgefallens postwendend über die Stromleitung an den Energieerzeuger zurücksenden? Das jedenfalls behauptete damals der Hersteller von „Nucleostop“, dem „ersten

Atomstromfilter“. Unter der Internet-Adresse <http://www.nucleostop.onlinehome.de/> hieß es: „Das Gerät kann einfach an jeden Stromkreis angeschlossen werden, am besten an einen zählernahen Anschluss - und sofort können Sie mit gutem Gewissen Strom verbrauchen, die Atomlobby profitiert davon nicht mehr.“ 849 Euro inklusive Mehrwertsteuer kostete das Gerät, das einen bei der Herstellung von Atomstrom freiwerdenden „Tachyonen-Impuls“ erkennen sollte, der dieser Energieart eine unlöschbare Signatur verlieh und so in jedem Privathaushalt identifiziert werden könne.

Die Kunden schienen begeistert zu sein. Frau M. D. aus D. ließ den Hersteller - angeblich - wissen: „Ich kann mir ein Leben ohne Nucleostop nicht mehr vorstellen.“ Und Frau A. D. aus M. behauptete: „Nun macht Strom verbrauchen doppelt Spaß, mein schlechtes Gewissen ist verschwunden.“ Wer wollte da nicht ins Grübeln verfallen, zumal im Preis auch ein Autoaufkleber, ein Aufnäher und die Broschüre „Mein Leben ohne Atomstrom“ enthalten waren. Allein die Vorfreude auf die frohlockenden Verheißungen des Herstellers wurde getrübt, hatte doch eine ökologische Testzeitschrift das Gerät begutachtet. Dort kam man zu dem Schluss, das Wunderding verfüge lediglich über satirische Eigenschaften. Ironisch ließ ein Internet-Nutzer jene Gutgläubigen, die sich vom Gerätehersteller hatten blenden lassen, deshalb auch wissen: „Vielleicht kann man den Strom auch schon verbrauchen, bevor er erzeugt wurde. Das wäre jedenfalls extrem umweltschonend.“ Geglaubt hatten die Geschichte jedenfalls anfänglich nicht nur Mitglieder jener grünen Partei, die kurz zuvor den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hatte. Auch Fernsehsender und Zeitungen berichteten über die angebliche Errungenschaft.

Nun wäre Deutschland nicht Deutschland, wenn es nicht für alles auch ein Archiv gäbe. Und wer nur lange genug nach einem Archiv für Enten sucht, stößt irgendwann auf „G. Fälscht“ mit Sitz in Bremen. Kichernde Informanten verweisen dort auf einen Herrn Kukuk, eine Adresse auf Mallorca und einen unbewohnten Bauwagen. Und spätestens dann muss man erkennen: Auch das Archiv „G. Fälscht“ ist natürlich eine Ente.

Alle jene, die an unwahren oder erfundenen Geschichten Spaß haben, sollten Zeitschriften wie *Die Neue Spezial* abonnieren, die in der Vergangenheit alle Halbwahrheiten ausgelassen hat und nur brandheiße Exklusivinformationen druckte. Die Beiträge waren so exklusiv, dass garantiert kein anderes Medium damit aufwarten konnte. Da gab es Geschichten wie „Gratis-Bordell in Ostdeutschland“, „Mann bringt Baby zur Welt“, „Wollüstige Frau hatte Sex mit 51 Priestern“, „Holländisches Kleinkind spricht nur Ugandisch“, „Seit meiner Brustvergrößerung leuchten meine Brüste wie Autoscheinwerfer“, über die Hausfrau Harriet Lasky, die seit 1960 denselben Kaugummi kaut („Er schmeckt wie am ersten Tag“), den Mann, dessen Frau mit einem Yeti durchbrannte, und den 800 Jahre alten Opa, der an Aids starb. Da wissen wir beim Lesen, woran wir sind. Alle? Nein, offenbar nicht alle. Druckte die Zeitschrift doch einen Exklusivbericht, in dem ein Priester behauptete, im Himmel gebe es keine freien Plätze mehr - leider alles belegt. Eine ältere Anruferin war entsetzt, war doch unlängst ihre Schwester gestorben. Ihr konnte geholfen werden, denn das Blatt bequemte sich in der nächsten Ausgabe zu folgender Richtigstellung: „Ex-Priester irrte sich: Im Himmel sind noch 84 Plätze frei.“

Das alles ist jedoch noch nichts gegen die blutrünstigste Zeitung der Welt - die argentinische *Cronica*. Sie widmet sich den wenig zivilisierten Seiten des Lebens und veröffentlicht Aufnahmen, bei denen *Bild* abwinken würde. Ein erschossener alter Mann auf der Straße? Kein Problem, aber das Bild wird nur gedruckt, wenn die Einschusslöcher im Kopf auch wirklich gut zu sehen sind. Eine Amputation gefällig? Na klar, aber nur in Großaufnahme. „Freund verbrennt Freundin“ - und die verkohlte Leiche starrt den Leser aus Grauen erregenden Augenhöhlen an. Persönlichkeitsrechte sind bei argentinischen Zeitungen unbekannt. Blut und immer wieder Blut - das kommt bei den Lesern von *Cronica* seit 1961 an.

So vermischen sich denn weltweit mehr und mehr Realität und Fiktion zu jenem Brei, der uns täglich als vermeintliche Neuigkeit präsentiert wird. Wahre Künstler auf dem Gebiet dieser Fiktion sind auch die Macher des Frankfurter Satiremagazins *Titanic*, die Deutschland mit ihren Scherzen im Sommer 2000 beinahe um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 gebracht hätten, als sie einigen Mitgliedern des Fifa-Komitees unter die Hotelzimmertüren Briefe mit verlockenden Angeboten legten - falls sie für Deutschland stimmten.

Spätestens seit dem „Besuch des Eskimodichters“ in Wien im Juli des Jahres 1951 sollten wir alle gewarnt sein, wie schnell wir eine Fiktion zu glauben bereit sind. Damals fanden sich am Wiener Westbahnhof Reporter der *Salzburger Nachrichten*, der *Oberösterreichischen Nachrichten*, des *Wiener Kurier* und eine Menge weiterer illustrierter Gäste ein, um den vermeintlich legendären Eskimodichter Kobuk zu begrüßen. Die Journalisten hatten zuvor ein Schreiben des PEN-Clubs erhalten, in dem der Besuch angekündigt worden war. Eskimodichter Kobuk, so hieß es da, sei Verfasser der grönländischen Trilogie „Nordlicht über Iviktut“, des Romans „Brennende Arktis“ und der satirischen Komödie „Republik der Pinguine“. Der Eskimodichter war angeblich auch mit Stefan Zweig befreundet, und so druckten die Zeitungen in ihren Kulturteilen Vorberichte und harrten des renommierten Gastes. Doch als der Zug am Westbahnhof einfuhr, entstieg ihm nicht der verehrte Herr Kobuk, sondern Kabarettist Helmut Qualtinger. Der hatte auf Briefpapier des PEN-Clubs das berüchtigte Schreiben verfasst - und niemand hatte sich die Mühe gemacht, in einer Buchhandlung nach der „Republik der Pinguine“ oder der „Brennenden Arktis“ zu fragen. Selbst als Qualtinger den Bahnhof verlassen hatte, gab es noch Journalisten, die weiter an die Geschichte glaubten: Die *Arbeiter-Zeitung* druckte vier Tage später einen Bericht über den Eskimodichter und wusste über neue Werke zu berichten, so etwa den Schlittenhunderoman „Heia Musch Musch“ und das Stück „Verlassener Kajak“.

Wie schrieb doch Wolf Schneider in „*Unsere tägliche Desinformation*“? Journalisten „lügen, weil sie unter Erfolgszwang stehen und von ihren Chefs oder Auftraggebern unter Druck gesetzt werden, interessanter zu schreiben als die Konkurrenz. Sie lügen, weil sie nur Informationen verkaufen können, die andere nicht haben. Sie lügen, weil sie in der Redaktionshierarchie aufsteigen wollen, weil sie mit ihrer Geschichte auf der ersten Seite stehen wollen oder weil sie den Pulitzerpreis bekommen wollen. Und sie schlittern in die Lüge hinein, weil sie mit Übertreibungen begonnen haben und das Übertriebene immer noch weiter gesteigert werden muss, damit es interessant bleibt.“

Der Kampf um den Platz im Bewusstsein der Menschen wird mit Nachrichten geführt. Und was nicht laufend als vermeintliche Nachricht mitgeteilt wird, ist in den Köpfen der Menschen nicht präsent. Wer sich nicht immer wieder selbst zu inszenieren vermag, wird von der Öffentlichkeit mit Verachtung gestraft. Die Präsenz im Schaufenster der Publizität wird zu einem ständigen Druck. Hier schließt sich der Kreis, denn nicht nur Journalisten und Politiker sind manchmal verlogen. Was ist mit uns Konsumenten, die wir jene Produkte, die uns fortwährend unwahre Geschichten auftischen, mit Einschaltquoten oder Abonnements belohnen? Wollen wir vielleicht alle ab und zu ein wenig belogen werden? Doch wir sollten bedenken, dass unsere Demokratie nicht ohne Wahrheitsliebe auskommt. Gedankenfreiheit zerstört die Demokratie, sobald sie zur Freiheit der Lüge und Verleumdung wird. Und deshalb müssen auch journalistischen Verleumdungen, Halbwahrheiten und Fälschungen Grenzen gesetzt werden. Nachfolgend eine Auswahl der kuriosesten Falschmeldungen, Legenden und Mythen.

„Fünf Fische und vier Enten“

Mehrfach hat sich der *Spiegel* erfolgreich auf Entenjagd begeben. Als *Bild*-Hamburg titelte: „Hamburger Schnorchler- totgebissen von einem Raubfisch“ und die *Morgenpost* am selben Tag berichtete: „Hamburger Urlauber von Killerfisch zerfleischt“, da sah sich die Redaktion die Artikel einmal näher an. Das Ergebnis war erschreckend, sichtete doch das *Hamburger Abendblatt* einen Zackenbarsch als Mörder, *Bild* einen 1,80 Meter langen Black Bonito und die *Hamburger Morgenpost* einen Hai – möglicherweise auch einen Königsbarsch oder Barrakuda - als Killerfisch. Dazu kommentierte der *Spiegel* „Macht zusammen: fünf Fische und mindestens vier Enten.“

Warum ausgerechnet die Ente als Namensgeberin für Falschmeldungen herhalten muss, ist unklar. Vielleicht geht der Ursprung gar auf Martin Luther zurück, obwohl es im Zeitalter der Reformation noch gar keine Zeitungen gab. Luther deutete jedenfalls das Wort „Legende“ in „Lügende“ um, woraus später die Begriffe „Lugente“ und „Lügende“ wurden. Die Franzosen nennen „Zeitungsenten“ seit dem 19. Jahrhundert „canard“ (angelehnt an „cancan“ für das Geschnatter der Vögel).

Zeitungsenten wird man wohl nie ausrotten können. Dafür sorgen nicht nur schlampige Redakteure, sondern auch selbsternannte Medienwächter wie Christian M., der sich selbst als „Münchhausen vom Niederrhein“ sieht. Der Unternehmensberater vertritt die Auffassung, Journalisten glauben alles, und prüft mit den absurdesten Fax-Meldungen, die er Nachrichtenagenturen zukommen lässt, ob „die Kontrollmechanismen der Redaktionen inzwischen besser funktionieren“. So bemühte er 1994 den umtriebigen Konsul Hans-Hermann Weyer, als er unter dessen Namen über verkehrsberuhigte Bodenwellen in Meerbusch klagte. Da sein Fahrer ihn nicht rechtzeitig warnen können, habe sich der Inhalt eines Glases 38er Mouton Rothschild über seine Kleidung ergossen. Die *Westdeutsche Zeitung* griff die Falschmeldung begierig auf. Christian M. narrete sensationshungrige Journalisten mit Meldungen wie, Techno-Musik verursache Grünen Star, Alzheimer entstehe beim Sonnenbaden und Computer-Tastaturen seien von einem Tastatur-Pilz befallen, der zu Hustenreiz, Versprödung der Fingernägel und Taubheit der Fingerkuppen führe. Er erfand eigens einen Professor Stöttner vom „Institut für Medizinische Sicherheit von Büro- und Datengeräten“ in Düsseldorf, der vor dem Pilz warnte. Dieser, so behauptete Stöttner, könne nur durch mehrstündige Lagerung der Tastatur in einem Tiefkühlfach am Wachstum gehindert werden. Überliefert ist, dass selbst die Computer-Fachzeitschrift *Chip* auf den Schwindel hereinfließ und die Meldung druckte. Nicht überliefert ist, wie viele Tastaturen seither immer wieder in Tiefkühltruhen zwischen gelagert werden. Auch *Hörzu*, *TV Hören und Sehen* und *Bildwoche* druckten schon die Zeitungsenten des selbsternannten Medienwächters ab. Die Nachrichtenagentur AP verbreitete eine von Christian M. stammende Meldung, in der angeblich das österreichische Verkehrsministerium vor dem Kauf gefälschter Mautvignetten warnte. In großen Stückzahlen, so hieß es da, würden die Pickerln auf Flohmärkten zu Spottpreisen angeboten. Die *Rheinische Post* und die *Nürnberger Nachrichten* fielen auf den Schwindel

herein und druckten die Meldung.

Im Fernsehen wird Drastischeres präsentiert - a bisserl nackert darfs alleweil schon sein: Und so frohlockten RTL, Sat1, Pro7, MDR und der ORF, als sie von einer angeblichen FKK-Loipe - der einzigen der Welt - hörten und ihre Kameraleute dorthin entsandten. Einer der beteiligten Skiläufer sagte dem *Spiegel* hinterher: „Sämtliche Bilder von der FKK-Loipe sind gestellt, wir haben uns jedes Mal einen Heidenspaß daraus gemacht.“ Die am Fuße des Dachsteins spielende Geschichte war eine Schnapsidee, um den Bekanntheitsgrad der früher unbekannteren Gjaidalm zu steigern. Als erstes fiel ein Team des Südwestfunks darauf herein, dann folgten andere. Beim ersten Dreh auf der angeblichen FKK-Loipe wurde die Gegendemonstration („Unser Berg soll sauber bleiben“) gleich mitinszeniert. Seither sind die vermeintlichen FKK-Langläufer auch in Talkshows gern gesehene Gäste. Dort machen sie Dampf, für und gegen die Nackerten am Berg. Der Zuschauer darf sich ob solcher Betrachtungen mit Recht als gelemt betrachten.

Gehörig Dampf machte auch eine Erfindung der alternativen Kölner *StadtRevue*, die hohe Wellen schlug. Ein gewisser Werner Herkenrath wurde dort vorgestellt mit dem Hinweis, dass er sich um all die schönen Denkmale sorge, die im Osten Europas nach dem Fall der Mauer abgerissen würden, und deshalb vorschläge, ein östliches Karl-Marx-Monument doch gleich neben dem Millowitsch-Denkmal aufzustellen. Radio Köln sprang auf die Geschichte ebenso an wie der WDR und die Deutsche Presseagentur. Die Düsseldorfer *Rheinische Post* fragte: „Kehrt Karl Marx in die Domstadt zurück?“ Allein, es gab keinen Werner Herkenrath. Doch die Geschichte nahm unaufhaltsam ihren Lauf. Der Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger begrüßte Herkenraths Vorschlag, die CDU-Ratsfraktion lehnte ihn ab. Es entbrannte ein Streit um ein Denkmal, das von einer alternativen Stadtzeitung eigentlich als Jux gedacht war - bis eines Tages der *Kölner Express* (zuvor selbst auf der Seite der Gutgläubigen) endlich die befreiende Meldung druckte: „Karl-Marx-Denkmal: Alle fielen drauf rein.“

Solche amüsanten Schwindeleien gehören der eher harmlosen Gattung an. Schlimmer sind jene Lügen, die bewusst aus propagandistischen Gründen in die Welt gesetzt werden. Als wahre Meister auf diesem Gebiet erweisen sich die Chinesen. Unvergessen sind die Berichte der chinesischen Wandzeitungen während des Nixon-Besuchs im Mai 1972 in Peking. Dort hieß es etwa, während eines Gesprächs mit dem Großen Vorsitzenden Mao habe der amerikanische Präsident Nixon eine wunderschöne alte Teetasse entdeckt („Tasse mit neun Drachen“) und sie heimlich mitgenommen. Zwar hätten die Wachen den Diebstahl bemerkt, doch höfliche Chinesen lassen eben auch einem Staatsgast seine kleinen Freiheiten.

Wie aber konnten die sanftmütigen Chinesen Nixon die Tasse wieder entlocken? Auch darüber berichteten die Wandzeitungen. Die Chinesen ersannen nämlich eine List. Angeblich - so die Wandzeitungen - lud man Nixon zu einer Aufführung des chinesischen Staatszirkus ein. Dort hielt dann ein Zauberer die originalgetreue Kopie der von Nixon „entwendeten“ Tasse in die Höhe und ließ sie bei einem Zauberkunststückchen verschwinden. Der Zauberer, so wurde den Chinesen suggeriert, behauptete nun, er habe die Tasse in den Diplomatenkoffer des amerikanischen Präsidenten gezaubert. Nixon musste dann den Koffer aufmachen, in dem sich das gestohlene Original befunden habe.

Der Zauberer habe fingerfertig Original und Kopie vertauscht und Nixon mit der Kopie abreisen lassen. Doch warum erfand Peking diese unglaubliche Geschichte? Man wollte die Bevölkerung in dem Glauben bestärken, Chinesen seien pfiffig, einfallsreich und würden über boshafte Fremde immer den Sieg davontragen.

Recht neu ist in China die Tradition des Aprilscherzes. Deshalb glaubten alle Leser der staatlichen Jugendzeitung *Zhongguo Qunigniany* als diese berichtete, in einer ostchinesischen Stadt werde jeder Haushalt an eine Bierleitung angeschlossen. Auf einer ganzen Seite fanden sich Artikel, die unglaublich klangen. So hieß es etwa, Doktoren der Philosophie würden künftig von der staatlich verordneten Ein-Kind-Regel ausgenommen. Es gab Empörung im ganzen Land, denn warum sollte nur in einer Stadt die Bierleitung in alle Haushalte führen? Und warum wurden ausgerechnet Philosophen von der Geburtenkontrolle ausgenommen? So entschuldigte sich die Zeitung denn bei ihren Lesern und wies gleich mehrfach daraufhin, dass auch in China nicht jede gedruckte Zeile der reinen Wahrheit entspreche.

Kein Aprilscherz war hingegen eine Nachricht, die die Agentur Xinhua verbreitete und die Millionen Menschen um ihr Leben bangen ließ. Ein Asteroid, so hieß es in den Pekinger Frühnachrichten, werde bald auf die Erde niedergehen - mit einer Vernichtungskraft, die 7,7millionenmal stärker sei als die der Hiroshima-Bombe. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung werde nicht überleben. Die Meldung war ernst gemeint und beruhte auch nicht auf einer Prophezeiung eines gewissen Herrn Nostradamus. Vielmehr hatte Xinhua einen Bericht der amerikanischen Agentur AP falsch verstanden. Die hatte nämlich berichtet, die Wahrscheinlichkeit eines Aufpralls sei gleich null.

Doch Aprilscherze und propagandistische Enten werden nicht nur in China fabriziert. Weihnachten servierte das polnische Wochenmagazin *Wprost* seinen Lesern eine Geschichte, die schon eher eine Zeitungs-„Gans“ war. In Polen, so berichtete das renommierte Blatt, gebe es 60 000 deutsche Schwarzarbeiter. Auf dem Titel des Heftes sah man vor dem Hintergrund einer schwarz-rot-goldenen Flagge sechs dunkle Silhouetten von Gastarbeitern Hammer, Schraubenzieher und Spitzhacke schwingen. Das Wort „Gast“ las sich dabei so, als hätte dort in Runen „Hitler“ gestanden. Eigentlich hatten die Leser des Blattes bis dahin nur gehört, dass Deutsche nach dem EU-Beitritt ihr schönes Land aufkaufen wollten. Nun, so wurde suggeriert, nahmen sie ihnen auch noch die Arbeitsplätze weg. In Wahrheit waren in Polen ganze 61 Deutsche ohne Arbeitserlaubnis erwischt worden - die Mehrheit von ihnen auf einer deutschen Großbaustelle in Radom. Nicht erwähnt wurde in der obskuren Geschichte, dass in Deutschland mehr als 250 000 Polen beschäftigt sind.

Sprengsatz am Benzintank

Propaganda, Halbwahrheiten und glatte Falschmeldungen servieren aber nicht nur chinesische, polnische und französische Medien als Vorlage für den internationalen Markt der Sensationen. Zunehmend verlieren auch die einst für ihren investigativen Journalismus berühmten amerikanischen Berichterstatter ihren guten Ruf. So musste sich John F. Kennedy jr. zwei Jahre nach der Gründung seines Politikmagazins *George* bei seinen Lesern dafür entschuldigen, dass einer seiner berühmtesten Korrespondenten Geschichten mit frei erfundenem angereichert hatte. Der damals 25 Jahre alte Reporter Stephen Glass, ein „Wunderkind“ des amerikanischen Journalismus, der die tollsten Storys und besten Zitate lieferte, hatte 27 Geschichten in *George* veröffentlicht - bis das *Wall Street Journal* herausfand, dass sie schlichte Fiktion waren. Zum Verhängnis wurde Glass eine Geschichte über jugendliche Hacker, die sich Zugang zum System eines Software-Unternehmens verschafften und den Chef derart bedrängten, bis er sie schließlich zu traumhaften Konditionen einstellte. Adam Penenberg, Mitarbeiter eines Online-Magazins, ärgerte sich darüber, dass Glass ihm mit dieser sensationellen Geschichte zuvorgekommen war, und prüfte sie Zeile für Zeile nach. Doch die von Glass genannte Software-Firma „Jukt Micronics“ gab es ebenso wenig wie die in dem Bericht erwähnten Organisationen. Daraufhin schlug Adam Penenberg Alarm - und Glass wurde gefeuert, auch bei *The New Public*, für die er ebenfalls arbeitete und weitere 41 Artikel verfasst hatte. Erfindungsreich war auch eine Kolumnistin des *Boston Globe*, Patricia Smith, die Personen und Ereignisse zu Fabeln zusammenwob.

CNN und das Politmagazin *Time* mussten eine Reportage zurückziehen, in der es geheißen hatte, die Vereinigten Staaten hätten im Vietnamkrieg den chemischen Kampfstoff Sarin gegen amerikanische Deserteure eingesetzt. CNN-Gründer Ted Turner schmerzte die unwahre Geschichte nach eigenen Angaben mehr als der Tod seines Vaters. Es war die schwerste journalistische Krise in der bis dahin 18 Jahre währenden Geschichte des global agierenden Nachrichtensenders. Und eine Hauptrolle in dieser Krise spielte der weltweit bekannte Starreporter Peter Arnett.

Jeder zweite US-Amerikaner hält die Berichterstattung der amerikanischen Medien inzwischen für ungenau oder schlicht falsch. *Newsweek* fand zudem heraus, dass 70 Prozent der Amerikaner glauben, Reporter schielten mehr als früher darauf, reich und berühmt zu werden. So werden denn - nicht nur in den USA - Halbwahrheiten und Gerüchte verbreitet, Hauptsache exklusiv. Der *Cincinnati Enquirer* entließ den Journalisten Mike Gallagher, da er auf höchst unkonventionelle Weise Anregungen für seine Geschichten gesucht hatte. Gallagher war elektronisch in das Voice-Mail-System des Bananenkonzerns Chiquita eingedrungen.

Vor einigen Jahren sah sich das britische Außenministerium zu einem wütenden Dementi gezwungen, nachdem Dan Rather, einer der angesehensten amerikanischen Fernsehjournalisten, im Sender CBS die Amerikaner vor einer Urlaubsreise nach Großbritannien gewarnt hatte. Dort, so Rather, erwarte seine Landsleute eine wesentlich höhere Kriminalitätsrate als in den Vereinigten Staaten. Die Geschichte war reißerisch und

mag den einen oder anderen von seinem Urlaub abgehalten haben - der Wahrheit entsprach jedoch kein Wort davon.

Wie wenig Skrupel amerikanische Journalisten haben, wenn es um die Erhöhung von Quoten geht, zeigt folgende Geschichte: Ein Lieferwagenmodell von General Motors verfügte angeblich über einen Konstruktionsfehler, weil der Benzintank so montiert worden sei, dass er bei einem seitlichen Aufprall hätte explodieren können. Nun war aber noch niemand Zeuge eines solchen Vorfalls geworden. Und so half der Sender NBC mit ferngezündeten Sprengsätzen nach. Dann endlich konnten die sensationsgierigen Zuschauer sehen, welche Gefahr durch flammende Explosionen bei einem solchen Fahrzeug bestanden hatte. Doch General Motors fand heraus, dass bei dem Beitrag nicht alles mit rechten Dingen zugegangen war, und verklagte NBC. Der Sender musste daraufhin die peinlichste Entschuldigung ausstrahlen, die es bis dahin im amerikanischen Fernsehen gegeben hatte.

Unwillkürlich fühlt man sich bei der zunehmenden Verdrehung von Fakten in amerikanischen Medien an den Beginn des Spanisch-Amerikanischen Krieges im Jahre 1898 erinnert. Damals hatten die Zeitungsbarone Joseph Pulitzer (nach ihm wurde der gleichnamige Preis benannt) und William Hearst die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten durch Verdrehung von Tatsachen und unwahre Berichterstattung so angeheizt, dass nach dem Untergang des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine“ vor Kuba der damalige amerikanische Präsident William McKinley den Spaniern den Krieg erklärte. Die Zeitungsbarone hatten den Spaniern die Schuld am Untergang des Kriegsschiffes gegeben. Dennoch wurde Pulitzer dafür nicht geächtet. Er konnte später sogar den nach ihm benannten renommierten Preis für - angeblich - guten Journalismus stiften.

Und auch William Randolph Hearst, der Vater der „yellow press“, ist der Menschheit nicht als grandioser Fälscher, sondern eher im Zusammenhang mit dem aus seinen Lügengeschichten gescheffelten Geld als Idol in Erinnerung geblieben. Hier einige Kostproben der von Hearst angeregten und gedruckten Lügen: 1913 veröffentlichten Hearst-Zeitungen das Foto einer Gruppe mexikanischer Kinder, die ihre Hände erhoben hatten. Die Zeitungen behaupteten, die Aufnahme sei vor deren Erschießung entstanden. In Wahrheit hatte ein britischer Tourist das Foto in Honduras gemacht und eine Schar spielender Kindern darum gebeten, die Hände emporzustrecken, um „mehr Dramatik“ im Bild einzufangen. 1932 druckten die Hearst gehörenden Zeitungen das Bild einer Menschenmenge: Arbeitslose, die angeblich den Buckingham Palace stürmten. Tatsächlich handelte es sich um Menschen, die im Jahre 1929 vor dem Palast auf neue Nachrichten über den Gesundheitszustand des erkrankten Königs warteten. 1935 ließ Hearst Fotos veröffentlichen, die angeblich eine Hungersnot in Russland zeigten. Dummerweise druckten die gleichen Hearst-Zeitungen am selben Tag Korrespondenzberichte, in denen von einer Rekordernte und großen Lebensmittelvorräten in Russland die Rede war. Es gab Hunderte solcher Lügengeschichten, die Hearst bis zu seinem Tode im Jahre 1951 förderte. Dazu passte auch sein verlegerisches Motto: „Anything goes.“ Im Gegensatz zu deutschen Zeitungen benötigen amerikanische Blätter inzwischen tägliche Korrekturspalten, um die unwahren Behauptungen des Vortags

richtigzustellen. Damit signalisiert etwa die *New York Times* täglich auf ihrer zweiten Seite, dass sie Irrtümern zwar regelmäßig erliegt, aber um ihre Glaubwürdigkeit kämpfen will.

Manchmal versetzen Falschmeldungen ganze Regierungen in Panik. So sorgte ein Bericht der russischen Nachrichtenagentur Interfax über den angeblichen Abschuss einer norwegischen Rakete durch die russische Luftabwehr für Wirbel in Oslo und Moskau. Da hatten drei russische Radarstationen des Militärs übereinstimmend den Start einer Rakete in Norwegen registriert und wegen der vermeintlichen Verletzung russischen Luftraums die oberste politische Führung in Moskau alarmiert. Interfax meldete, die Rakete sei abgeschossen worden. In Wahrheit handelte es sich um eine Versuchsrakete der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa, die von der Andoewa-Forschungsstation gestartet wurde und planmäßig in arktischen Gewässern weit östlich von Spitzbergen niederging. Norwegen besaß keine Rakete, die bis auf russisches Gebiet gereicht hätte. Und so hatten die Russen auch keine norwegische Rakete abschießen können.

Ein anderer „Absturz“ wurde glücklicherweise schneller aufgeklärt: Da meldete der hessische Privatsender Radio FFH in den Mittagsnachrichten, über Lorch am Rhein sei eine Bundeswehrmaschine vom Typ Transall abgestürzt. Nun hatte zwar tatsächlich eine Transall auf einem Rundflug auch Lorch überquert und war - nicht ungewöhnlich - für einige Sekunden vom Radarschirm der Luftüberwachung verschwunden, doch war sie längst unversehrt gelandet, als die „Radio-Ente“ vermeldet wurde.

Exklusiv, exklusiv

Unwahre Berichte über vom Himmel fallende Flugzeuge und Geschosse sowie Sicherheitslücken gibt es regelmäßig. Doch keiner hat bislang soviel Aufregung verursacht wie jener, der angebliche Meteoriten in einer normannischen Kleinstadt zum Inhalt hatte. Es war eine französische Theatergruppe, die in der Normandie die Bewohner von Gonfreville-l'Orcher in Panik versetzte: An einem Morgen rieben sie sich verschreckt die Augen angesichts zertrümmerter Straßenlaternen und Bänke, eines wie von Geisterhand zerquetschten Fahrzeugs und - eines tiefen Kratzers mit zwei Gebilden, die aussahen wie Meteoriten. Es war der Scherz einer Theatergruppe, die für eine Science-Fiction-Ausstellung hatte werben wollen. Mit Hilfe des kommunalen Kulturdezernats und der Medien wurden die Einwohner in die Irre geführt: „Horrornacht in Gonfreville-l'Orcher“ titelte die Zeitung *Havre-Libre*, nicht den Zusatz „Exklusiv-Geschichte“ vergessend. Es gab sogar ein Foto von Forschern in weißen Kitteln, die bis zum Eintreffen des Militärs mit Maschinenpistolen im Anschlag die angeblichen Meteoriten sicherten. Der Stadtverwaltung, sie hatte den „Scherz“ selbst gefördert, entglitten die Folgen. Besorgte Anrufer überhäufte die Rettungsdienste mit Anfragen. Und andere Medien, die nicht eingeweiht worden waren, übernahmen die Geschichte und sorgten für die Verbreitung im ganzen Land. Dabei waren die zertrümmerten Straßenlaternen und Bänke vom Sperrmüll, die angeblichen Meteoriten aus Pappe. Bei den auf den Fotos abgebildeten Forschern und Militärs handelte es sich um Schauspieler.

Viel Arbeit bereitete auch rumänischen Behörden eine falsche Notfallmeldung. Da erreichte den rumänischen Schwarzmeerhafen Constanta die Nachricht über ein angeblich im Schwarzen Meer gesunkenes deutsches Schiff. Es war der Frachter „Birkenwald“ des Hamburger Reeders Hans-Peter Hauer, dessen Besatzung „sofort Hilfe“ benötigte. Das internationale See-Überwachungszentrum im kanadischen Halifax hatte die Meldung verbreitet und eine Suchaktion ausgelöst. Doch das betreffende Schiff war zu jenem Zeitpunkt nicht im Schwarzen Meer, sondern befand sich wohlbehalten in der Ostsee auf dem Weg von Finnland nach Amsterdam. Das kanadische Rescue Coordination Center in Halifax hatte den vermeintlichen Notfall irrtümlich aus den Daten seiner Überwachungssatelliten herausgelesen und die Falschmeldung an Russland, Rumänien und die Medien weitergegeben.

Panik in Hongkong rief eine andere „Ente“ hervor: Als eine Lokalzeitung berichtete, eine amerikanische Softwarefirma plane die Durchsuchung aller Regierungscomputer nach illegal kopierten Programmen, war es um die Ruhe der Staatsbediensteten geschehen. Einen Tag lang war die Mehrheit der Beamten damit beschäftigt, schwarz kopierte Software zu löschen. Manche sollen sich gar mit dem Gedanken getragen haben, ihren PC kurzfristig mit nach Hause zu nehmen und mit der Schreibmaschine zu arbeiten. Doch alle Aufregung war umsonst. Die Zeitung hatte nur Bekanntheitsgrad und Auflage steigern wollen.

Aus Sicht der Betroffenen ebensowenig amüsant war die „Entführung“ eines prominenten

spanischen Journalisten. Der zunächst für *El Pais* und dann für das Konkurrenzblatt *El Mundo* arbeitende Kolumnist José Luis Martín Prieto verbrachte damals eine Nacht im Hotel - und nicht bei seiner Frau. Rundfunksender spekulierten daraufhin, er sei von Mitgliedern der baskischen Separatistenorganisation Eta entführt worden. Der damalige Ministerpräsident José María Aznar und Innenminister Jaime Mayor Oreja schalteten sich in die „Entführung“ ein. Abhörmaßnahmen wurden angeordnet. Obwohl der „Entführte“ sich später telefonisch bei seiner Zeitung meldete, lief die Fahndung dennoch weiter. Die Ermittlungsbehörden vertraten die Auffassung, er sei von seinen Kidnappern unter Zwang zu dem Telefonat gedrängt worden.

Wesentlich mehr Aufregung verursachte eine andere spanische „Ente“, als der katalonische Sender CNM einen Live-Bericht über die angebliche Ermordung des früheren russischen Staatschefs Gorbatschows ausstrahlte. Eine Live-Schaltung nach Washington sowie Bilder von Panzerwagen auf Moskaus Straßen sorgten für eine Authentizität, an die wohl auch der spanische Rundfunksender Radio Nacional glaubte, der die Nachricht übernahm und in einer Eilmeldung verbreitete. Erst der kleine Hinweis im Abspann: „Diese Nachrichtensendung war eine Fernseh-Fiktion“, trug zur Aufhellung des - gewollten - Missverständnisses bei.

Auch der ansonsten reichlich seriöse deutsche ADAC hat schon Falschmeldungen in die Welt gesetzt. Vor Jahren berichtete er über ein Tramper-Verbot in Teilen Österreichs. Später bedauerte der ADAC diese Meldung, die er nach eigenen Angaben ungeprüft vom Touring-Club der Schweiz übernommen hatte, und stellte klar, dass Tramper in ganz Europa (mit Ausnahme der Autobahnen) prinzipiell freie Fahrt haben.

Man mag sich darüber wundern, wie häufig unwahre Geschichten von den Medien verbreitet werden. Verständlicher wird ihr Handeln vielleicht dadurch, dass sich auch Politiker und Geheimdienstler immer wieder solcher Methoden bedienen. So überführte die angesehene *Washington Post* den früheren amerikanischen Außenminister Warren Christopher der Lüge. Christopher hatte gegenüber dem Fernsehsender CBS behauptet, der amerikanische Auslandsgeheimdienst CIA zahle Informanten in der Armee Guatemalas kein Geld mehr. Der CIA wurde damals vorgeworfen, dem guatemaltekischen Offizier Julio Roberto Alpírez Gelder überwiesen zu haben, obwohl bekannt gewesen sei, dass dieser die Ermordung des amerikanischen Staatsbürgers Michael Devine geplant habe. Der damalige US-Präsident Clinton hatte wegen dieser Affäre Ermittlungen gegen die CIA eingeleitet. Die amerikanische Regierung strich auch die Militärhilfe für Guatemala. Und Christopher behauptete, die Zahlungen der CIA an guatemaltekische Informanten seien eingestellt worden. In Wahrheit aber erhielten die Militärs dieses mittelamerikanischen Landes - so die *Washington Post*- weiterhin Jahr für Jahr hohe Dollarbeträge von der CIA.

Irreführung der Öffentlichkeit

Falschmeldungen, Lügen und Manipulationen liegen gerade in der Politik nahe beieinander. In einem außergewöhnlich direkten und scharfen Ton kritisierte die *Neue Zürcher Zeitung* etwa die zunehmende Manipulation von Nachrichten durch die britische Regierung. „Irreführung der Öffentlichkeit unter Blair“, lautete die Überschrift eines Artikels, in dem es hieß, die Manipulation von Nachrichten nehme in London inzwischen „groteske Züge an“. Aus dem einstmals neutralen Informationsdienst Whitehalls sei seit dem Regierungsantritt von Labour eine „verpolitisierte“ Institution geworden, die Informationsorgane unter Druck setze, tagespolitische Ereignisse gemäß laufend zugestellten Anweisungen zu kommentieren. Anlass für die harsche Kritik war eine Grippewelle, die den britischen Gesundheitsdienst fast zusammenbrechen ließ. Obwohl die Intensivstationen der Londoner Krankenhäuser aus allen Nähten platzten, wurden die staatlichen Hospitäler von der Regierung angewiesen Journalisten gegenüber zu behaupten, es stünden noch Betten zur Verfügung. Als ein Arzt dennoch die Wahrheit sagte, wurde er dafür nach Angaben der *NZZ* mit der Aussage gerügt, in der Armee brächte ihn solche Unbotmäßigkeit „vor ein Kriegsgericht“. Die nicht für hämische Kommentare bekannte *NZZ* schrieb denn auch: „Die Informationspolitik der britischen Regierung unter Blair dient in zunehmendem Maße der Desinformation.“

„Spin doctors“ nennt man in London jene Werbefachleute, die Blair mit der Absicht in seine Parteizentrale holte, um jeder Meldung über seine Politik künftig einen „vorteilhaften Dreh“ zu geben. „Spin“ ist ein Wort aus der Tennissprache: Gemeint ist der Drall, den der Ball erhält, wenn er „angeschnitten“ geschlagen wird. 16 der 18 leitenden Pressesprecher der wichtigsten Ministerien ersetzte Blair durch „spin doctors“. Und dank seiner guten Beziehungen zur Presse gelang es ihm auch, Gefolgsleute auf einflussreiche Redaktionsposten zu hieven. Journalisten, die seine Regierungserklärungen kritisch hinterfragten, wurden „routinemäßig Einschüchterungsversuchen ausgesetzt“, so die *NZZ*. Auch so kann man die Öffentlichkeit in die Irre führen.

Auch das Internet eignet sich hervorragend zur schnellen Verbreitung unwahrer Behauptungen. Am schmerzlichsten hat das wohl der amerikanische Sportartikelhersteller Nike erfahren müssen. Hunderte alter Sportschuhe erhielt er täglich per Post - immer verbunden mit dem Wunsch, dem Absender doch ein Paar neue zu schicken. Mehr als 6000 Paar Schuhe gingen in wenigen Tagen ein - bis Nike die Ursache fand: Im Internet stand die Falschmeldung, wer Nike alte Sportschuhe zusende, erhalte im Austausch neue. Nike lässt zwar alte Turnschuhe in einem Recycling-Verfahren zermahlen, doch nicht um Kunden neue Schuhe zu schenken. Aus dem Granulat entstehen vielmehr Bodenbeläge für Tennisplätze. Bei jedem, der dem Unternehmen alte Schuhe geschickt hatte, erkundigte Nike sich schriftlich, ob sie oder er die alten Schuhe zurückhaben wolle oder ob man sie für das Recycling-Verfahren verwenden dürfe. Weniger als zwei Prozent bestanden auf Rücksendung.

Es ist selten, dass Journalisten für unwahre Behauptungen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Chefredakteur der finnischen Nachrichtenagentur FNB/STT, Kari Vaeisaenen, fand jedoch kein Pardon vor seinen Richtern und wurde zu 45 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt. Es war die Strafe für einen Bericht der Agentur, in dem behauptet worden war, der finnische Skilangläufer Jari Raesaenen habe Wachstumshormone gekauft. Auch die Autorin der Falschmeldung, Johanna Aatsalo-Sallinen bekam eine Haftstrafe von 30 Tagen, die zu Bewährung ausgesetzt wurde, aufgebremst. Die beiden Verurteilten und die Agentur mussten zudem Schmerzensgeld zahlen.

Zur Zahlung von Schmerzensgeld wurde auch die britische Tageszeitung *Sun* verdammt. Sie hatte in einem von dem irischen Rocksänger Bob Geldof angestregten Verfahren eingestehen müssen, dass ein Bericht über den Popkünstler frei erfunden war. Das Blatt hatte behauptet, der Musiker habe in einem Nachtclub eine Striptease-Tänzerin begripscht, befummelt und abgeknutscht. Geldof habe im Londoner Stadtteil Soho das Vergnügungslokal besucht, um das Urteil eines Familiengerichts zu feiern, das ihm im Prozess gegen seine geschiedene Ehefrau Paula Yates das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder zugesprochen hatte. In einem anderen Fall mussten der *Daily Telegraph* und der *Mirror* Schmerzensgeld an das britische Schauspielerehepaar Liam Neeson und Natasha Richardson zahlen, weil sie über die angebliche Scheidung der beiden berichtet hatten. Die Zeitungen hatten ungeprüft Angaben einer sogenannten „Freundin“ der Familie übernommen.

Eine Panne, bei der ungeprüfte Angaben veröffentlicht werden, ist wohl schon jeder Nachrichtenredaktion unterlaufen. Als peinlich erwies sich für den *Spiegel* eine Vorabmeldung, die über die Ticker lief. In dieser hieß es, die Deutsche Welthungerhilfe bezahle im Anschluss an eine Benefizsendung „ein Festessen von Dieter Thomas Heck“. Bei der Deutschen Welthungerhilfe rieb man sich verwundert die Augen. Nicht nur, dass man für den Empfang kein Geld bezahlte. Mehr noch: Ein Großteil der von der Produktionsfirma Dieter Thomas Hecks zum Empfang geladenen Gäste musste einen Beitrag entrichten, um an dem Essen teilnehmen zu können. Dieses Geld sollte dann der Deutschen Welthungerhilfe in voller Höhe als Spende zur Verfügung gestellt werden.

Hunger, Hungerhilfe und auch furchterregende Erkrankungen sind immer eine Schlagzeile wert. Viele deutsche Zeitungen druckten daher jene Agenturmeldung ab, in der ein britischer Biologe behauptete, die Rinderseuche BSE sei „nun auch bei Geflügel nachweisbar“. Die *Passauer Neue Presse* merkte den Schwindel und befragte einen Sprecher des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft. Der und auch das Landwirtschaftsministerium gaben Entwarnung. Das in Newcastle verendete Huhn - Ursache der Behauptung - war einer gewöhnlichen Hühnerkrankheit zum Opfer gefallen, die nicht auf den Menschen übertragbar ist. Überhaupt scheint man bei der *Passauer Neuen Presse* aufmerksamer zu sein als in anderen Redaktionsstuben. Als der *Bayernwald-Bote* einst meldete, in Bodenmais werde Schnee in Ballen geschnitten und für schneearme Zeiten gehortet, konterte die *Passauer Neue Presse* trocken, es seien „Silage-Ballen und kein Schnee“.

Nessie und die Boa constrictor

Manche Enten sind endlose Fortsetzungsgeschichten, die jeweils zu einer bestimmten Jahreszeit auftauchen: im Sommerloch. So bietet sich den Bewohnern der Region um Loch Ness alljährlich im Sommer ein seltsamer Anblick. Tausende von Touristen und Journalisten strömen herbei, starren mit zusammengekniffenen Augen und Fotoapparaten im Anschlag auf den dunklen, geheimnisvollen See. Sie alle warten auf das unerwartete Erscheinen des bekanntesten Ungeheuers der Welt: Nessie, von einem Wissenschaftler gar als *Nessiteras thombopteryx* verewigt. Natürlich taucht Nessie leider nicht auf. Nur die wahren Auserwählten haben einige scharfe Schnappschüsse von dem possierlichen Tierchen machen dürfen. Doch woher rührt die Geschichte? Es war der heilige Columban, ein Mönch aus Irland, der im Sommer des Jahres 565 zum ersten Mal Nessie begegnet sein will. Allein mit der Macht seines Glaubens bewirkte er angeblich, dass Nessie von ihrem Vorhaben abließ, einige Fischer anzugreifen - so zumindest die Legende. Dann hörte man fast 1400 Jahre nichts mehr von Nessie. Erst als 1933 die Landstraße A82 am Nordufer des Sees gebaut wurde, entsannen sich die Menschen wieder des niedlichen Ungeheuers. Es gab erste Schnappschüsse, doch leider stellten sie sich später allesamt als Fälschungen heraus. Dennoch wurde Nessie schon 1934 unter Naturschutz gestellt. Der Mythos Nessie ist so zu einer Touristenattraktion geworden. Jeder weiß, dass es sich um eine Legende handelt. Auch die Guinness-Brauerei wird wohl nicht jene 500 000 Pfund herausrücken müssen, die sie als Belohnung für den Fall ausgesetzt hat, dass jemand ein Lebenszeichen von Nessie beschafft. All jenen, die aus Furcht vor dem Ungeheuer den berühmten schottischen See partout nicht besuchen mögen, sei hiermit Entwarnung gegeben.

Das *Darmstädter Echo* gab in einer anderen Sache Entwarnung. Unter der Überschrift „Liebe Odenwälderinnen, liebe Odenwälder! Sie können Ihren verriegelten...“ dementierte die Lokalredaktion eine Meldung vom 1. September, in der behauptet worden war, eine 180 Meter (!) lange Boa constrictor sei ihrem Gehege entwichen. Und die *Leipziger Volkszeitung* gestand auf Seite 17 ein, auch ihr sei eigentlich bekannt, dass Wildenten Eier legen und keine Säugetiere sind. Zuvor hatte man einen Artikel über ein „trächtiges“ Wildenten-Weibchen veröffentlicht.

Schlamperei, mangelnde Allgemeinbildung, aber auch unüberlegtes Handeln produzieren immer wieder Meldungen, über die man im nachhinein die Stirn runzelt. Das jedenfalls musste nach Angaben der Schweizerischen Depeschenagentur der Aargauer Rat Bruno Nüsperli erfahren, der sich mit einer fingierten Pressemitteilung nicht nur in die Schlagzeilen der Aargauer Medien, sondern auch in politisch heikles Fahrwasser begab. Computerfachmann Nüsperli hatte per Fax anonym Rücktrittsgerüchte über den damaligen Erziehungsminister Peter Wertli verbreitet. Nüsperli hatte als Faxabsender den Vatikan angegeben und nicht mit Enttarnung gerechnet, als er dem *Aargauer Tagblatt*, dem *Zofinger Tagblatt* und dem *Badener Tagblatt* einen selbst formulierten Hinweis auf eine angeblich am nächsten Tag erscheinende Geschichte des *Tages-Anzeigers* durchfaxte.

Diese Geschichte war jedenfalls nicht so folgenreich wie ein Bericht der *Bild*-Zeitung. Die Forschungsanstalt Geisenheim im Rheingau sah sich jedenfalls gezwungen, einen Artikel des Boulevardblatts zu dementieren, wonach die Forscher in deutschen Weinen angeblich Pflanzenschutzmittel-Rückstände in Mengen von „bis zu 30 Mikrogramm“ je Liter festgestellt hätten. Der Leiter der Forschungsanstalt, Professor Klaus Schaller, wies darauf hin, dass nur in einem von mehreren hundert Weinen aus ganz Europa der in den Vereinigten Staaten gültige Grenzwert von 20 Mikrogramm je Liter überschritten worden sei. Und dieser Wein stammte nicht aus deutschen Anbaugebieten. Die Forschungsanstalt nannte den *Bild*-Bericht eine „eklatante Falschmeldung“.

Der Ruch des Unseriösen

Man muss nicht lange nach den Ursachen dafür suchen, warum der meistverkaufte deutschen Tageszeitung beständig der Ruch des Unseriösen anhaftet. Dazu beigetragen haben inzwischen legendäre Geschichten wie jene, die der ehemaligen Moderatorin des ZDF-„Sportstudios“, Carmen Thomas, widerfuhr: An einem Samstag kam sie mit der druckfrischen Ausgabe der *Bild am Sonntag* ins Studio. Und dann tat sie etwas Außergewöhnliches. Sie las den Zuschauern aus der Zeitung vor, und zwar jene Passage, die sich mit ihrer eigentlich noch gar nicht begonnenen Moderation des „Sportstudios“ befasste. Zum Staunen der Zuschauer vernahm man aus der erst einen Tag später zu kaufenden Ausgabe der *Bild am Sonntag*, Carmen Thomas sei bei ihrer Moderation am Vorabend „miserabel“ gewesen.

Einem Medienvirus gleich verschleppte *Bild* eine andere, bis heute mehr als zweifelhafte Geschichte, in der es um angeblich für Pornofilme getötete Kinder geht. Neben *Bild* beteiligten sich auch der *Kölner Express* und die *Münchener Abendzeitung* an der Verbreitung eines grauenhaften Berichts, der angeblich von der europäischen Pädophilenszene handelt. „3 deutsche Kinder für Pornos ermordet“, titelte etwa *Bild* und legte mit einem Bericht über die „grausamen Hintermänner“ nach. Alles basierte auf der Behauptung eines Engländers einem britischen Sender gegenüber, in Hoofddorp bei Amsterdam seien Filme gedreht worden, in denen Jungen vergewaltigt und getötet worden seien. Nur eines gab es nicht für diese Behauptung — Beweise. Zwar meldeten deutsche Nachrichtenagenturen, aufgeweckt durch die reißerische Berichterstattung, laut Bundeskriminalamt seien „offenbar“ keine deutschen Kinder unter den angeblich nahe Amsterdam zu Tode gequälten Opfern. Doch die Unwiderlegbarkeit der Behauptung machte die Story zu einem Selbstläufer, auch wenn der Amsterdamer Polizeisprecher Klaas Wilting sagte: „Das ist eine alte Geschichte, die wir schon einmal genau untersucht haben, und zwar ohne Ergebnis. Natürlich ist es fast unmöglich, solche Gerüchte zu widerlegen.“

Dabei erinnerte die Geschichte ein wenig an das Strickmuster, mit dem die Welt schon ein Jahrzehnt zuvor in Aufruhr versetzt worden war. Da berichteten auch seriöse Zeitungen wie die *Frankfurter Rundschau*, der *Münchener Merkur* und die *Süddeutsche Zeitung* sowie Fernsehsender wie das ZDF über einen „Handel“ mit den Organen von Babys in Lateinamerika. Als lebende Organlieferanten sollten die Kleinkinder angeblich aus Paraguay an Labors in die Vereinigten Staaten verkauft werden. „Babys für Organbank adoptiert?“ fragte etwa die *Frankfurter Rundschau*. Ein Förderer dieser damals bei näherem Hinsehen völlig unhaltbaren Geschichte war der sowjetische Geheimdienst KGB. Der wollte damit das Ansehen der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg schädigen. Erstmals tauchte die unglaubliche Story im Januar 1987 in Honduras auf. Sie wurde zwar sogleich dementiert, doch ein richtiges Gerücht wäre keines, wenn es sich so leicht widerlegen ließe. Zu jenem Zeitpunkt gab es auch noch keine Spur, die zum sowjetischen KGB führte. Dieser trat erst am 5. April 1987 in Aktion, als die Moskauer *Prawda* die Geschichte aufgriff und - wider die Wahrheit - behauptete, Tausende Kinder aus Honduras seien als lebende Organspender für die Nachkommenschaft reicher amerikanischer

Familien in die Vereinigten Staaten verschleppt worden, wo ihnen Augen, Herzen und Nieren entnommen worden seien. Nun schürte der KGB das Feuer, das entfacht schien. Und die sowjetische Nachrichtenagentur Tass betrieb die Desinformationskampagne weltweit. Kommunistische Zeitungen in aller Welt heizten das antiamerikanische Klima mit immer neuen Hetzgeschichten über den angeblichen Organhandel an. Von der französischen KP-Zeitung L'Humanité bis in die Schweiz wurden auf einmal gar „Masthäuser“ ausgemacht, in denen Babys eigens für die Organentnahme gezüchtet wurden. Mehr als 100 „Tatsachenberichte“ - auch in seriösen Medien - übernahmen anschließend solche Behauptungen. Nicht einer der Redakteure machte sich die Mühe, die Fakten zu überprüfen. Die Geschichte war einfach zu gut, um unwahr zu sein. Und so wurden die Dementis unterschlagen und Behauptungen auch ohne Überprüfung verbreitet. Solche Geschichten passten ja auch wunderbar in das Dritte-Welt-Klischee, in der böse Industriestaaten die armen Nationen ausplünderten. Die reißerische Story gelangte wieder und wieder in deutsche Medien und war natürlich auch für *Bild* ein gefundenes Fressen.

Immerhin hat *Bild* mittlerweile einen eigenen Fehlerkasten geschaffen, in dem unter der Rubrik „Korrektur“ wie auch in der *New York Times*, auf deren Spuren das Springer-Blatt nun wandelt, neueste Einsichten zu verfälschten Meldungen mitgeteilt werden. Diesen hätte sich vielleicht auch die Nachrichtenagentur DPA gewünscht, als sie in einem Fußballbericht schrieb: „Der Erfolg hat viele Fehler.“ Väter hatte es eigentlich heißen sollen. Solche Hör- und Schreibfehler sind jedoch nur allzu menschlich. Eine der schönsten Kostproben stammt ebenfalls von DPA, hieß es dort doch in einem Bericht über einen mittelalterlichen Fürsten, der in einer „Hunnenschlacht“ fiel, dieser sei in einen „Brunnenschacht“ gefallen. Solange Meldungen telefonisch diktiert werden, sind solche Fehler verzeihlich und anders zu bewerten als etwa eine Geschichte, in der *Geo* über die letzten freilebenden Pandas in China berichtete, die jedoch in Wirklichkeit in einem Freigehege fotografiert worden waren.

Vielfach wird übersehen, dass Falschmeldungen nicht in jedem Fall auf Sensationslust, Schlamperei oder politischen Absichten basieren. Oftmals stecken hinter der Verbreitung von „Enten“ auch konkrete finanzielle Manöver. Als auf dem Frankfurter Börsenparkett eine Liaison zwischen der Commerzbank und der Hongkonger Shanghai Bank kolportiert wurde, verteuerte sich die deutsche Aktie - gegen den Trend - auf einen Schlag um fast fünf Prozent. In jenen Tagen kursierte auch eine - ebenfalls unwahre - Meldung über eine Herzattacke des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl. Das Gerücht hatten britische Börsenprofis gestreut. Immer wieder versuchen Börsianer von der britischen Insel, die Finanzmetropole Frankfurt mit solchen geschickt platzierten Falschmeldungen zu verwirren. Manchmal haben sie dabei sogar Erfolg. Die ebenfalls aus London kommende Nachricht, die Deutsche Bundesbank werde eine Verschiebung des Euro-Starts beantragen, hatte die Frankfurter Wertpapierbörse jedenfalls über Stunden in Atem gehalten.

Polizeiliche Rüffel

Es ist ungewöhnlich, dass deutsche Polizeidienststellen die Bevölkerung auch über „Zeitungsenten“ aufklären. Diesen Weg beschritt die Hamburger Polizei. Sie trat damit einer – nach eigenen Angaben - „Falschmeldung“ der *Hamburger Morgenpost* auf der Titelseite entgegen. Diese hatte über eine angeblich fortdauernde Erpressung des Deutschen Tennisbundes berichtet, obwohl der „wahre Sachverhalt“, so die Polizei, auch den „Reportern der oben genannten Zeitung bekannt war“. Sechsmal hatte nach Polizeiangaben ein offenbar verwirrter Mann bei der Telefonzentrale des Deutschen Tennisbundes angerufen, drohte mit einer Bombe, verlangte die Räumung eines Veranstaltungsortes und forderte zwischendurch auch Millionen. In dem Polizeischreiben heißt es dazu: „Der Anrufer hat deutlich gemacht, dass sein alleiniges Interesse darin bestand, die Veranstaltung zu stören... Hamburger Medien waren über die telefonischen Drohungen und die Bewertung der Polizei zeitgerecht informiert. Es gab einen Konsens, dass eine Berichterstattung einzig und allein dem verwirrten Täter eine öffentliche Bühne bereiten und Trittbrettfahrer dazu animieren würde, ähnliche Veranstaltungen auf die gleiche Weise zu stören.“

Die *Hamburger Morgenpost* schien aus dem polizeilichen Rüffel nichts gelernt zu haben. Wie sonst kann man es erklären, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Bußgeld gegen zwei Redakteure des Blattes verhängte, weil sie die Unrichtigkeit einer „Tatsachenbehauptung zumindest billigend in Kauf“ genommen hatten. Zuvor hatte der Polizeireporter des Boulevardblattes in einem Artikel geschrieben, am Rande eines Aktionstages im Hamburger Stadtteil Schanzenviertel sei der Fernsehjournalist Oliver Neß in eine Rangelei mit der Polizei verwickelt gewesen. Neß bestritt nicht nur das. Nach seinen Angaben hatte er sich zum fraglichen Zeitpunkt nicht einmal am Tatort aufgehalten. Auch der Hamburger Polizeipräsident stützte die Aussage der Fernsehjournalisten. Der Deutsche Presserat, das mit Verlegern und Vertretern der Journalistenverbände besetzte Selbstkontrollorgan der Druckmedien, rügte die *Hamburger Morgenpost* deshalb für ihr Verhalten.

Nicht nur deutsche, auch österreichische Polizeireporter stehen mitunter auf Kriegsfuß mit ihren „Informationen“. So berichtete die Wiener *Neue Kronen-Zeitung* über ein Geständnis in einem fünf Monate zurückliegenden Mordfall. Ein 54 Jahre alter Südtiroler Lokführer habe gestanden, eine 18 Jahre alte Frau mit einem Stein erschlagen zu haben, weil sie sich gegen erzwungenen Oralsex gewehrt habe. Spektakulär, reißerisch und auflagensteigernd war die Meldung allemal, doch die Zeitung *Dolomiten* entlarvte sie als eine Zeitungsente. Und auch der ermittelnde Staatsanwalt Markus Mayr sagte, es gebe „keine neuen Hinweise“.

Beispiele für einen Journalismus, der sich selbst die Ereignisse schafft, über die er berichtet, sind zahlreich. Doch publik wird so etwas allenfalls, wenn der Reporter sich auch strafbar gemacht hat. Ein solcher Fall ereignete sich in Frankfurt. In Ermangelung einer fetten Sensation griff ein Reporter zum Mobiltelefon und behauptete gegenüber der

Einsatzleitung der Frankfurter Polizei, er sei Mitarbeiter eines privaten Fernsehsenders und habe gesehen, wie ein Mann in den Main gefallen sei. Fast 40 Retter eilten mit Sirenengeheul herbei und wollten den Verunglückten aus dem kalten Wasser retten. Doch sie suchten nach einem Phantom. Die Polizei ermittelte dann über das Mobiltelefon den Anrufer. Der Journalist kam später ins Gefängnis.

Der Glockenschwindel

Ohnehin ist der Grat zwischen wahrer und unwahrer, lauterer und unlauterer Berichterstattung schmal. Ist es nun richtig, dass die Hälfte der chinesischen Parteikader bestechlich ist, oder aber berichtenswerter, dass die Hälfte von ihnen unbestechlich ist? Unwahr ist, dass bei der Hälfte aller Bauvorhaben der öffentlichen Hand Korruption mit im Spiel ist. Wahr ist vielmehr, dass bei der Hälfte der Bauvorhaben keine Korruption im Spiel ist. Diese Art der Berichterstattung könnte man beliebig fortsetzen und dennoch nicht lügen. Die Kunst all jener, die Bilanzen erstellen, Parteitagsreden schreiben, Fünfjahrespläne erstellen, Neujahrsansprachen vorbereiten oder Sprecher einer Kriegspartei sind, ist die Reduzierung der Wahrheit auf den positiven, den für die Auftraggeber nützlichen Teil. Überall wird soviel gelogen, dass auch dementiert werden muss. Oder sollte man besser sagen: Wahr ist, dass nirgendwo soviel gelogen wird wie überall?

Beispiel dafür ist die Berichterstattung über ein und dasselbe Ereignis in verschiedenen Ländern. Um gegenwärtig noch tätige Journalisten nicht in Misskredit zu bringen, hier ein historisches Beispiel. Im Ersten Weltkrieg berichtete die *Kölnische Zeitung* darüber, dass sich Antwerpen den deutschen Truppen ergeben habe; Überschrift: „Als man den Fall Antwerpens gemeldet hat, wurden die Glocken geläutet.“ Gemeint hatte die *Kölnische Zeitung* natürlich, dass die deutschen Glocken bei der „freudigen“ Nachricht erklangen. Auch die französische Tageszeitung *Le Matin* hatte die Überschrift in der *Kölnischen Zeitung* gelesen und berichtete: „Wie die *Kölnische Zeitung* meldet, hat man die Antwerpener Geistlichen gezwungen, die Glocken zu läuten, als die Festung eingenommen wurde.“ Unter Berufung auf *Le Matin* berichtete die Londoner *Times*: „Wie *Le Matin* aus Köln meldet, wurden die belgischen Priester, die sich geweigert haben, beim Fall Antwerpens die Glocken zu läuten, ihres Amtes enthoben.“ Nun folgte auch der italienische *Corriere della Sera*: „Wie die *Times* unter Berufung auf Berichte meldet, die ihr aus Köln (über Paris) zugegangen sind, wurden die unglücklichen Priester, die sich geweigert haben, bei der Einnahme Antwerpens die Glocken zu läuten, zu Zwangsarbeit verurteilt.“ Nun könnte man meinen, der Wahnsinn habe hier ein Ende gefunden. Doch die Nachrichtenspirale drehte sich weiter. Es gab ja schließlich etwas Neues zu berichten. Also greift *Le Matin* wieder den Ball auf, den man sich vom *Corriere della Sera* zugespielt fühlt: „Nach einem Bericht des *Corriere della Sera*, der ihm über Köln und London zugegangen ist, hat sich bestätigt, dass die unglücklichen Priester für ihre heldenhafte Weigerung, die Glocken zu läuten, von den barbarischen Eroberern Antwerpens damit bestraft wurden, dass man sie mit dem Kopf nach unten wie lebendige Glockenschwengel in die Glocken hängte.“

Journalisten leben von Neuigkeiten. Und wenn es keine Neuigkeiten gibt, dann müssen sie eben erfunden oder zumindest manipuliert werden. Im schlimmsten Falle aber helfen auch Gerüchte.

Brodelnde Gerüchteküche

So druckte der angesehene *Boston Globe* einen Bericht, demzufolge der frühere sowjetische Staatschef Leonid Breschnew auf dem Weg nach Massachusetts sei, um sich dort einer Krebstherapie zu unterziehen. Nun hatte ein findiger Zeitgenosse tatsächlich in den Computer des Krankenhauses den Patientennamen „Breschnew“ eingegeben, anschließend telefonisch Nachrichtenagenturen und die Bostoner Polizei unterrichtet. Das Weiße Haus in Washington hatte zwar keine Kenntnis von dem Vorgang, erhielt aber von der Bostoner Polizei auf Nachfrage die Bestätigung, dass ein entsprechender Anruf eingegangen sei. Und so veröffentlichte der *Boston Globe* die Ente, denn die Polizei hatte die Nachricht ja „bestätigt“.

Erinnern Sie sich noch an die schlimmen Waldbrände an der französischen Riviera? Sollten die Wälder dort wieder einmal brennen und Berichte über den Einsatz der Löschflugzeuge gedruckt werden, dann glauben Sie folgender „wahrer Begebenheit“ nicht, die von einer ganzen Reihe französischer Zeitungen als angebliche Tatsache wiedergegeben wurde: „Die für die Bekämpfung von Waldbränden eingesetzten Canadair-Flugzeuge hätten beim Wassertanken versehentlich mehrere Schwimmer eingesaugt. Hierauf seien die Unglücklichen direkt in die Flammen geschleudert worden.“ Eine Luftfahrtzeitschrift behauptete, in den verbrannten und von Canadair überflogenen Waldgebieten habe man einen Toten in Badehose entdeckt. Man muss diese „wahre“ Geschichte wohl nicht weiter kommentieren.

Auf viele Gutgläubige trafen auch einige Spaßvögel, die eine neue Sportart erfanden und mit dieser Fiktion Zeitungen und Fernsehsender wie etwa RTL narren. Markus Lunkenheimer, Joachim Eckert und Peter Krähe wollten sich eigentlich nur selbst mal im Radio hören und erfanden deshalb die neue Sportart „X-Treme-Haptic“, bei der sie angeblich mit schwarz gefärbten Schwimmbrillen durch Wald und Flur zogen und mit geschärften Tastsinnen die Welt neu erlebten. Nachdem der Radiosender SWF3 Spaß an der Geschichte gefunden hatte und eine Reportage sendete, ging es Schlag auf Schlag. Von öffentlich-rechtlichen bis zu den Privatsendern (RTL-Talkshow „Hans Meiser“ mit dem Sendethema „Lieber verrückt als so wie ihr“) wollte jeder die neuen Sportler in die Sendung holen. Und weil ein Fernsehsender nicht ohne Fernsehbilder auskommt, wurden „Haptik-Seminare“ und „Tast-Touren“ durch Saarbrücken veranstaltet. Sogar ein eigenes Outfit und ein Logo wurden entwickelt. Dabei war es der reine Unsinn - von Redakteuren auf Quotenjagd begierig aufgesogen.

Wie schrieb doch Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay „Das digitale Evangelium“ über die Sucht vieler Journalisten, solche Geschichten zu verbreiten: „Manche Redaktionskonferenzen gleichen daher Kabinettsitzungen, bei denen über den Aufmacher von morgen diskutiert wird, als hinge das Schicksal der Nation davon ab. Man hat oft den Eindruck, dass Journalisten bei ihrer Arbeit kaum einen Gedanken an ihre Leser wenden; worauf es ankommt, ist das Urteil ihrer Konkurrenten, einer winzigen Zielgruppe, von der aber ihre Karriere abhängt.“

Totgesagte leben länger

Von den Medien Totgesagte leben länger. An dieser Weisheit durfte sich schon Mark Twain erfreuen. Als er die Nachricht über seinen Tod in einer amerikanischen Zeitung las, erhielt er vom zuständigen Redakteur die Antwort: „Was gedruckt ist, ist gedruckt. Wir nehmen nie etwas zurück. Diese Blöße geben wir uns nicht. Alles, was wir tun können, ist, eine neue Geburtsanzeige von Ihnen hereinzunehmen. Preis: ein Dollar.“

Etwa zur gleichen Zeit - im Jahre 1858 - wurde der deutsche Schriftsteller Fritz Reuter von der *Stralsunder Zeitung* mit der Nachricht von seinem Ableben überrascht. Er schrieb daraufhin an die Redaktion: „Da ich einen leicht begreiflichen Widerwillen gegen das Lebendigbegrabenwerden habe, sind Sie wohl so freundlich, mich aus Nr. 268 Ihrer geehrten Zeitung wieder auszugraben. Zumal mich besondere Gründe veranlassen, wenn's Gott gefällt, noch länger unter den Lebenden zu weilen.“

Seit Mark Twain und Fritz Reuter hat sich an solchen peinlichen „Zeitungsenten“ nichts geändert. Die Berliner Boulevardzeitung *B. Z.* berichtete: „Kinkels Schwiegervater in Dahlemer Villa verblutet.“ Angeblich, so hieß es auf dem Titel, hatte die Polizei den Vater des früheren Außenministers Klaus Kinkel tot aufgefunden. Doch der damals 92 Jahre alte Mann lebte. Das merkte auch die *B. Z.*, änderte den Text in einer späteren Ausgabe und ließ Chefredakteur Franz Josef Wagner eingestehen: „Wahnsinnig peinlich“.

„Hellwach durch die SZ“ - dieser Werbeslogan der *Süddeutschen Zeitung* wurde für Professor Albert Görres zu einer bitteren Wahrheit. Vor Jahren widmete die Zeitung ihm einen 94 Zeilen langen Nachruf. Das ansonsten als stets gut informiert geltende Feuilleton des Blattes ließ seine Leser unter anderem wissen: „Professor Albert Görres war Ordinarius für medizinische Psychologie und Psychotherapie an der TU München. Er ist nun, nach 77 Lebensjahren, gestorben, geduldig bis zum Tode.“ Doch die *SZ* war schneller als der Tod. Görres lebte. Ganze 14 Zeilen („Wir bedauern das Versehen“) war der Zeitung die Richtigstellung des langen Artikels wert. Immerhin aber schickte der Feuilletonchef seine Sekretärin zur Familie Görres nach Hause, die dann dort den ganzen Tag Kondolanzrufer eines Besseren belehrte und sich im Namen der *Süddeutschen Zeitung* entschuldigte.

Es war nicht das erste Mal, dass die *Süddeutsche Zeitung* der Zeit weit voraus war. So hatte sie 1979 Max Reinhardts Sohn Gottfried für tot erklärt, der seinen Nachruf aber immerhin 15 Jahre überlebte. Und im November 1987 meldete die *Süddeutsche*: „Der ehemalige Außenminister der UdSSR, Wjatscheslaw Molotow, ist nach offiziellen Angaben im Alter von 96 Jahren gestorben.“ Nun ja, eigentlich war es keine echte Falschmeldung. Nur war der ehemalige Außenminister zum Zeitpunkt der Veröffentlichung schon seit einem Jahr und zwei Tagen tot.

Es kommt häufiger als allgemein bekannt vor, dass jemand in den Medien die Nachricht von seinem eigenen Tod vernimmt. Da musste sich der 88 Jahre alte tschechische

Jugendbuchautor Jaroslav Foglar jedenfalls erst mal in die Hand kneifen, um sicher zu sein, dass er nicht träumte. Die Rundfunknachrichten verbreiteten nicht nur die Nachricht von seinem Tod, sondern lieferten auch gleich noch eine Würdigung seines Lebenswerks. Die Falschmeldung basierte auf einem Missverständnis. Ein alter Freund aus Pfadfindertagen hatte Foglar im Krankenhaus besuchen wollen, wo dieser sich von einer Infektion erholte. Dort teilte man ihm mit, der Patient sei „schon weggebracht“ worden. Das stimmte auch, denn Foglar war in die Universitätsklinik verlegt worden. Sein Freund dachte jedoch an das Schlimmste und rief die Nachrichtenagentur CTK an. Und die prüfte den Wahrheitsgehalt nicht nach, sondern ging damit gleich auf Sendung. Dabei gedachte der optimistische Foglar seiner Mutter nachzueifern, die immerhin erst im Alter von 102 Jahren verstorben war.

Auch ein gewisser Gerd Moritz dürfte nicht eben glücklich gewesen sein, als er aus dem *Hamburger Abendblatt* die Nachricht von seinem Tod erfuhr. In der Reederei Hadag las man die Mitteilung - und kondolierte der Familie des 64 Jahre alten Mannes, eines ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Reederei, mit einer Anzeige. Einen Tag später fand man eine weitere Anzeige, diesmal erfreulicheren Inhalts, in der Zeitung. Darin hieß es nun, der Verstorbene „erfreut sich bester Gesundheit“. Der totgesagte Gerd Moritz fuhr daraufhin zuerst einmal in den Urlaub nach Sylt, „der Erholung wegen“, wie *Focus* bemerkte.

Ein langes Leben wollen wir auch gern Franz Beckenbauer gönnen, über den am 30. Januar 1997 der Bayerische Rundfunk berichtete: „Bayern trägt Staatstrauer, Franz Beckenbauer ist tot.“ Niemand dementierte diese Äußerung, und so zog sie ihre Kreise. Den „Kaiser“ störte das alles nicht. Er hörte erst von seinem Ableben, als sich der Bayerische Rundfunk bei ihm für die Peinlichkeit entschuldigte.

Es vergeht kein Tag ohne tödliche Falschmeldung. Der Aktualitätsdruck verleitet manche Medien zur Vorwegnahme der Ereignisse. So erschien das Schweizer Boulevardblatt *Blick* am 1. Juni 1963 mit der Schlagzeile: „Ein großer Papst ist gestorben.“ Papst Johannes XXIII. segnete aber erst zwei Tage später das Zeitliche.

Und Konrad Adenauer musste gleich zweimal seinen eigenen angeblichen Tod überleben. Im März 1956 erfand die schwedische Zeitung *Dagens Nyheter* diese Meldung, und am 13. April 1967 kam es wieder zu einem solchen Missgeschick. Zum letztgenannten Zeitpunkt war Adenauer wirklich schwer erkrankt, und die Nachricht wäre keine Sensation gewesen. Nur spielte ein Toningenieur des WDR-„Mittagsmagazins“ zufällig das Largo von Händel, nachdem ein Moderator zuvor angekündigt hatte: „Wir erwarten ernste Nachrichten aus Rhöndorf“, dem Wohnsitz Adenauers. Der wachhabende Offizier im Bonner Verteidigungsministerium ließ daraufhin vorsichtshalber gleich die Bundesflagge auf halbmast setzen. Das sah auch der britische Verteidigungsminister, der gerade Bonn besuchte, unterrichtete seine Regierung, und so kam es, dass London sogleich dort weilenden deutschen Abgeordneten das tiefste Beileid aussprach. Indes, Adenauer verstarb erst sechs Tage später.

Am 12. November 1993 mussten sich die australischen Radiosender ABC, 2UE-Radio

und der Fernsehsender Channel Seven dafür entschuldigen, dass sie den Tod der britischen „Queen Mom“ gemeldet hatten. Die im Jahre 1900 geborene Mutter der britischen Königin erfreute sich in Wahrheit bester Gesundheit und trank wie an jedem Tag eine Flasche Champagner der Marke Krug. Verursacht worden war die „Ente“ durch den Probelauf eines Nachrufs auf die damals 93 Jahre alte „Queen Mom“ beim britischen Fernsehsender Sky. Ein Sky-Angestellter sah den Film auf dem Bildschirm, dachte, man sei auf Sendung, und informierte einen Freund beim australischen Radio. Es war eine wahrlich peinliche „Ente“.

Zählebig und unternehmungslustig überlebte die Mutter der britischen Königin auch eine weitere Todesmeldung in eigener Sache, etwa jene von der BBC. Diese ließ im November 1994 im Bildschirmtext die Eilmeldung über den angeblichen Tod verbreiten, woraufhin im Buckingham Palace und in Clarence House, dem Wohnsitz der Königinmutter, zahlreiche Anrufe bestürzter Bürger eingingen. Die BBC bat schriftlich sowohl die Königin als auch ihre Mutter um Vergebung. Und im Sommer 2000 feierte die alte Dame ihren hundertsten Geburtstag.

Ein schlimmes Missgeschick passierte auch mit einem ähnlich berühmten Zeitgenossen. Am 20. Oktober 1993 berichtete das Dritte Fernsehprogramm des staatlichen italienischen Senders RAI fälschlich über den Tod des italienischen Filmregisseurs Federico Fellini. Nach einem Schlaganfall im August befand sich der bekannteste italienische Regisseur und Oscar-Preisträger („La Dolce Vita“, „Achtzehn“) zwar in stationärer Behandlung, lebte aber. Es war peinlich für RAI, die „Ente“ einige Stunden später dementieren zu müssen.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man vielleicht darüber lachen. Denn auch der japanische Kaiser Hirohito machte solcherlei Erfahrungen. Am 26. September 1988 meldete die Tageszeitung *Mainichi Daily News* seinen Tod. Der 124. japanische Tenno verstarb jedoch erst am 7. Januar 1989 und wurde immerhin 88 Jahre alt.

Immerhin erging es ihm nicht wie dem früheren salvadorianischen Präsidenten Napoleon Duarte, dessen vermeintliche Todesnachricht nicht nur zu einer Schweigeminute im Parlament führte, sondern auch zu einer drei Tage dauernden Staatstrauer. Duarte hatte zwar Magenkrebs - lebte aber noch weitere fünf Monate nach der Falschmeldung.

Auch der *Spiegel* ist manchmal schneller als die Wirklichkeit. Im Mai 1999 ereignete sich in Bonn ein tragischer Unfall. Der für die Leitung der Abteilung Informationstechnik im Bundeswirtschaftsministerium zuständige Referatsleiter wurde auf der Straße liegend aufgefunden - unterhalb des geöffneten Fensters seiner Wohnung im dritten Stock des Gebäudes. Er wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, operiert und befand sich außer Lebensgefahr, als die *Spiegel*-Internet-Redaktion in einer „Panorama“-Meldung schon darüber berichtete, es sei ein „rätselhafter Tod“ gewesen, und behauptete, man suche einen Schuldigen „mit dem Baseballschläger“. Nicht nur, dass der Mann lebte. Auch wies die Art der Verletzungen auf einen Unfall hin.

Der österreichische Pianist Friedrich Gulda soll seine Todesmeldung, die am 28. März 1999 von der Nachrichtenagentur AFP verbreitet wurde, selbst in die Welt gesetzt haben -

nur um im Alter von 69 Jahren einmal zu sehen, was denn so nach seinem Tod über ihn berichtet werden würde. Angebliche Todesursache auf dem Züricher Flughafen war ein Schlaganfall. Und was in den Meldungen über sein Lebenswerk stand, war beruhigend. Als Klassik- und auch als Jazzpianist habe er sich hervorgetan. Und immerhin habe er sich stets für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt.

Relativ selten lassen Journalisten Tote auch wieder auferstehen. Die Südtiroler Zeitung *Dolomiten* schickte am 30. Juni 1997 den 1982 im belgischen Zolder tödlich verunglückten Formel-I-Rennfahrer Gilles Villeneuve wieder auf die Piste und behauptete, er habe auf Anhieb den vierten Platz beim Grand Prix von Frankreich in Magny Cours erreicht. Eine Woche später berichtigte man das Versehen. Die Redaktion hatte Gilles mit dessen Sohn Jacques Villeneuve verwechselt. Es war nicht die einzige Richtigstellung dieses Tages. Am Ende der Berichtigung hieß es: „Zum Schluss noch eine kleine Anmerkung: Das Bild auf Seite 13 zeigt nicht, wie geschrieben, einen Mechaniker, sondern einen Feuerwehrmann der CEA.“

Es sind Missgeschicke wie sie in jeder Redaktion vorkommen können. Schlimmer dagegen sind jene „Enten“, die im Quoten- und Auflagenkampf mehr oder weniger bewusst zu rein propagandistischen Zwecken oder aber aus Dummheit verbreitet werden.

Der Kummer mit Tom

Ähnlich wie Hans-Joachim Schilde dem Magazin *Focus* ein Interview mit Taslima Nasrin bescherte, lieferte ein Schweizer bis zu seiner Enttarnung vielen Redakteuren das, wovon sie träumten. Tom Kummer begann seine Karriere Ende der achtziger Jahre in Hamburg bei *Tempo*. Später folgten Geschichten für das Magazin des *Tages-Anzeigers*, *Sports*, *Geo Saison*, die *Weltwoche*, die Berliner Seiten der *FAZ* und das Magazin der *Süddeutschen Zeitung*. Kummer suggerierte Authentizität - die es in Wahrheit nicht gab. Gespräche mit Pamela Anderson oder Johnny Depp? Frei erfunden! „Borderline“-Journalismus nennt sich diese neue Art der Unterhaltung, die zur Entlassung zweier verantwortlicher Redakteure der *Süddeutschen Zeitung* führte. Tom Kummer wird als einer der Meister des virtuellen Interviews in die Geschichte eingehen.

Aufgeflogen war er durch ein Gespräch mit der Hollywood-Schauspielerin Christina Ricci. Sie galt als besonders zurückhaltend. Doch Kummer bot dem *SZ-Magazin* ein offenes Interview mit ihr an. Ganz allmählich dämmerte es vielen Redakteuren, dass auch Gespräche Kummers mit Sharon Stone, Kim Basinger, Brad Pitt und vielen anderen märchenhafte Storys ohne einen Funken Wahrheit waren.

Kummer suchte den Journalismus dadurch zu erweitern, indem er Künstlichkeit und Fakten vermischte. Das hatte das Magazin der *Süddeutschen* auch schon zuvor und ohne Kummers Hilfe praktiziert. Eine knackige Exklusivreportage, in der ein Mitarbeiter des blutrünstigen früheren ugandischen Diktators Idi Amin in der Nähe des Gardasees aufgespürt wurde, war ebenso ein Spiel mit dem gutgläubigen Leser (der nur in einer kleinen Notiz erfuhr, dass es eine Satire sein sollte) wie die Fragestellung, ob der pöbelnde Welfenprinz Ernst August nicht vielleicht an einer adelsbedingten Erbkrankheit litt. Mit letztgenannter Geschichte wurde das *SZ-Magazin* jedenfalls weithin zitiert.

Je fetziger und respektloser solche Geschichten sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um Erfindungen handelt. Die *Welt* fragte ihre Leser dazu: „Gibt es wirklich jemanden, der glaubt, dass Michael Douglas einem deutschen Freien in Hollywood nicht nur ein Interview gibt, sondern ihm auf die Frage nach der ehelichen Treue »ich kann's manchmal nicht lassen« antwortet? Oder dass Sharon Stone einem anderen freien deutschen Schreiber gegenüber von dem »Abenteuerspielplatz zwischen meinen Beinen« spricht? Oder Madonna davon, dass sie »für einen wirklich starken Höhepunkt eine harte Hand auf dem Hintern« braucht?“ Nein, nicht Journalisten, sondern PR-Unternehmen steuern und kontrollieren heute den Zugang zu den großen Stars. Und sie schreiben sogar vor, „welche Retuschen Zeitschriften an Starfotos vornehmen müssen. Bei einem Bild von Robert Redford etwa müssen der »faltige Teil zwischen Unterlippe und Kinn« geglättet, »die Venen auf seiner Nase und die Falten am Kehlkopf und Hals« entfernt werden“. Angebliche Exklusivinterviews stammen heute entweder aus Gruppeninterviews oder Hollywood-Pressekonferenzen. Und daran hielt sich Tom Kummer nicht.

Nun befand sich Tom Kummer bei seinem Vorgehen auch außerhalb der SZ-Redaktion nicht eben in schlechter Gesellschaft. So erwies sich eine mehrfach preisgekrönte britische Fernsehdokumentation mit einem „Exklusivinterview“ des kubanischen Präsidenten Fidel Castro als Fälschung. Die Zeitung *Guardian* enthüllte, die von Carlton TV und ITV ausgestrahlten angeblichen Originaldokumente seien aus Archivmaterial zusammengeschnitten worden. Carlton TV hatte zuvor behauptet, ein „nervenaufreibendes Jahr“ damit verbracht zu haben, bei Castro um Gehör zu bitten. Das Interview fand jedoch nie statt. Der Autor des Films, Marc de Beaufort, hatte - wie sich bald herausstellte – auch weitere mit Preisen ausgezeichnete Filme gefälscht.

Retuschiert

Eigentlich waren es Wasserspuren. Doch nach dem Massaker an Touristen vor dem Hatschepsut-Tempel im mittelägyptischen Luxor im November 1997 war eher Blut gefragt. Und so mutierte in der „Tagesschau“ des Schweizer Fernsehens DRS die Wasser zur Blutlache. Rolf Prohala, Chef der „Tagesschau“, nannte das im nachhinein „eine blöde Geschichte“. Die Schweizer Zeitung *Blick* druckte ebenfalls das rot eingefärbte Foto, und auch die Sendung „Schweiz Aktuell“ färbte in der Technik fleißig nach. Als es herauskam, entschuldigten sich alle. Angeblich, so hieß es von *Blick* bis „Schweiz Aktuell“, sei es nur ein Versehen der Technik gewesen.

Routinemäßig werden Fotos heute zur qualitativen Verbesserung nachgearbeitet. Unter dem Titel „Bilder, die lügen“ zeigte das Bonner Haus der Geschichte eine Ausstellung berühmter historischer Fotografien, an denen in Wirklichkeit gewaltig manipuliert worden war. Dort sah man etwa eine Aufnahme Lenins, der im Mai 1920 auf dem Moskauer Swerdlow-Platz eine Rede an die Rote Armee hielt. Unter ihm, auf einer Treppe, stand Genosse Trotzki mit seinem Käppi. Das war die Originalaufnahme. Als die Geschichtsschreibung sich änderte und Trotzki wegretuschiert wurde, fehlte der Genosse mit dem Käppi auf dem Bild. Statt seiner sah man nun fünf hölzerne Stufen. Das Bild war gut retuschiert, denn der Betrachter merkte nicht, dass hier etwas fehlte.

Schlampiger gingen da schon jene Geschichtsfälscher vor, die nach dem „Prager Frühling“ im Mai 1968 Alexander Dubček aus einem Gruppenbild mit Staatspräsident Swoboda heraus schnitten. Sie übersahen dabei jedoch eine Schuhspitze, die weiterhin aus dem Nichts ragte. Heute sind die Methoden verfeinert. „Morphing“ nennt man die Veränderung von Gesichtern mit Computern. Der technischen Manipulation sind dabei keine Grenzen mehr gesetzt. So blickte eine gewisse Nicole Clicquot Ponsardin über Jahrzehnte hin mit sauertöpfischer Miene von den metallischen Korkenabdeckungen der französischen Champagnerflaschen Marke „Veuve Clicquot“ in die Gesichter der Genießer. Doch 1997 befand das Champagnerhaus, dass die im Alter von 70 Jahren abgebildete Dame fortan verjüngt zum Trinken animieren solle. Und so wurde die kalifornische Digitalfirma Industrial Light & Magic (ILM) damit beauftragt, das Alter der Frau auf 27 Jahre zu drücken. In jenem Alter hatte Frau Ponsardin im Jahre 1805 die Kellerei übernommen. Die Elite der Bildmanipulateure, die schon für mehr als 100 Kinofilme digitale Trickbilder entworfen hatte, brauchte für die Verjüngungskur nur wenige Stunden.

Solche Erfrischungskuren lieben offenkundig auch jene, die von Berufs wegen neutral informieren sollten: Presseämter und Öffentlichkeitsarbeiter der Bundesländer. Am 2. März 2000 wurde in Leipzig die Ausstellung mit dem Titel „Bilder, die lügen“ eröffnet. Dort gab es auch eine zeitgenössische Bildfälschung zu sehen: ein Foto vom Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton im thüringischen Eisenach 1998, Seite an Seite mit Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Vogel. Leider sah man in der Originalaufnahme links hinter Clinton ein unschönes Protestplakat, das einige Jugendliche dummerweise just in jenem Moment in die Höhe hielten, als der Pressefotograf den

Auslöser betätigte. So etwas passte nicht in eine offizielle Broschüre des Landes Thüringen. Und so wurde aus dem frechen Transparent in der Zuschauermenge durch Retuschieren eine jubelnde Menschenmasse. Die Verantwortlichen für das Vertuschungswerk wurden nicht zur Rechenschaft gezogen - angeblich konnte die Staatskanzlei nie herausfinden, wer damals Hand angelegt hatte.

Die Zeitschrift *Die Aktuelle* machte ihrem Namen alle Ehre, als sie fünfeinhalb Monate vor der Niederkunft ein Foto des ersten Kindes der jüngsten monegassischen Fürstentochter veröffentlichte. Wie auch *Neues Blatt*, *Frau aktuell* und *Neue Post* hatten die Bildredakteure Prinzessin Stephanie ein Baby in den Arm montiert. Natürlich sah der Säugling auf jedem Bild anders aus - war doch Mutter Stephanie stets die gleiche, der Vater jedoch jeweils ein anderer Bildredakteur.

Mehr noch als Fotos werden jedoch Fernsehbilder oder ganze Beiträge gefälscht. In gleich 14 Länder wurde der preisgekrönte Dokumentarfilm „The Connection“ verkauft, den der schon erwähnte Marc de Beaufort gedreht, die zum ITV-Verbund gehörende britische Anstalt Carlton produziert und das Independent Television ausgestrahlt hatte. Er zeigte, wie das kolumbianische Cali-Kartell Rauschgift nach Großbritannien schmuggelte und dort an Minderjährige verkaufte. De Beaufort sprach vor der Kamera angeblich mit einem ranghohen Führer des Cali-Kartells. Der Film schien realistisch. Schluckte da nicht ein menschlicher „Maulesel“, ein Drogenkurier, vor den Augen der Kamera ein Päckchen Heroin, das dann nach London gebracht werden sollte? Die Kritiker waren begeistert und lobten den Film über alle Maßen. Die Royal Television Society schwärmte damals: „Eine außergewöhnliche Reise in die Welt des Drogenhandels.“ In Wahrheit war es Märchenstunde, was die Zuschauer sahen. Denn das angeblich heruntergewürgte Heroin entpuppte sich als Pfefferminzbonbon, der „Maulesel“ war ein Freund der Filmmitarbeiterin Adriana Quintana. Er wurde für seine Statistenrolle bezahlt. Und der vermeintliche Drogenbaron war ein pensionierter Bankangestellter. Es war die Zeitung *Guardian*, die das alles aufdeckte. Und der ehemalige BBC-Kriegsreporter und Abgeordnete Martin Bell forderte ein Disziplinarverfahren gegen die Royal Television Society, da sie dem Film zwei Preise verliehen hatte.

Ethik und Journalismus - Publizistische Grundsätze

Die im Grundgesetz verbürgte Pressefreiheit beinhaltet auch die Freiheit und Unabhängigkeit der Information, Kritik und Meinung. Doch Journalisten, Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften und Verleger stehen nicht über den Gesetzen. Sie haben eine Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und eine Verpflichtung für das Ansehen der Medien. Der Deutsche Presserat hat deshalb einen Pressekodex zusammengestellt. Er gilt als „Berufsethik“ der Journalisten. Oberste Gebote sind demnach die Achtung von Wahrheit, Wahrung der Menschenwürde und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit. Alle Nachrichten, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, müssen mit „der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt“ hin überprüft werden. Der Sinn von Nachrichten und Informationen darf nicht durch Bearbeitung, Überschriften oder Bildbeschriftung entstellt oder verfälscht werden. Zudem müssen unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen als solche gekennzeichnet werden. Stellt sich nachträglich eine veröffentlichte Information als falsch heraus, so müssen jene Medien, die sie veröffentlicht haben, sie unverzüglich richtigstellen. Wer sich Nachrichten beschafft, darf dabei keine unlauteren Methoden anwenden. Immer wieder ist es vorgekommen, dass Journalisten Telefone abgehört haben oder durch Bestechung an Informationen zu gelangen suchten. Wohl deshalb hat der Deutsche Presserat diese Passage ausdrücklich in den „Pressekodex“ aufgenommen. Selbstverständlich, aber offenbar weithin nicht beachtet ist auch die Verpflichtung, die vereinbarte Vertraulichkeit zu wahren. Wer „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ eine Hintergrundinformation mitteilt, sollte sicher sein dürfen, dass sein Name nicht veröffentlicht wird. Zudem dürfen Informationen ohne ausdrückliche Zustimmung des Übermittelnden nicht veröffentlicht werden. Auch dürfen redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter beeinflusst werden. Wer täglich über Börsenkurse berichtet, selbst aber ein Aktiendepot unterhält, wird sich von einem trennen müssen - der Berichterstattung oder den Aktien.

Unbegründete Behauptungen und Beschuldigungen dürfen nicht veröffentlicht werden. Die Intimsphäre eines Menschen muss geachtet werden. Vor allem die „Regenbogenpresse“ scheint offenkundig immer wieder Schwierigkeiten mit einem weiteren Punkt des Ehrenkodex zu haben: Unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt und Brutalität ist zu unterlassen. Der Deutsche Presserat rügte etwa die Darstellung einiger Medien von Opfern der „Concorde“-Katastrophe, bei der alle Passagiere und die Besatzung kurz nach dem Start in Paris ums Leben gekommen waren. Der Verbandsvorsitzende Weischenberg sagte im Rundfunk: „Leute mit allen Einzelheiten, mit persönlichen Schicksalen im Foto abzubilden, ist sicherlich problematisch.“ Man habe eine extreme Form von Personalisierung erlebt, bei der sich ihm teilweise der Magen umgedreht habe, sagte Weischenberg.

Wer über medizinische Themen berichtet, darf beim Leser/Zuschauer nicht „unbegründete Befürchtungen“ oder Hoffnungen wecken: „Forschungsergebnisse, die sich

in einem frühen Stadium befinden, sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.“ Dennoch findet man immer wieder Berichte, in denen es beispielsweise heißt, der Durchbruch bei der Krebstherapie sei gelungen.

Eigentlich bedürfte es keiner Erwähnung, dass Bestechlichkeit dem Berufsethos widerspricht. Trotzdem mahnt der Deutsche Presserat in seinem „Pressekodex“: „Die Annahme und Gewährung von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein könnten, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinträchtigen, sind mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar. Wer sich für die Verbreitung oder Unterdrückung von Nachrichten bestechen lässt, handelt unehrenhaft und berufswidrig.“ Bei der *New York Times* hat man diesbezüglich den hausinternen Ehrenkodex noch enger gefasst. Deren Mitarbeiter dürfen keine bezahlten Reden vor Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft halten. Wirtschaftsredakteuren ist der Besitz von Aktien von Firmen untersagt, über die sie berichten oder möglicherweise berichten werden. Geschenke dürfen nicht angenommen werden. Auch Fahrtkosten und Hotelübernachtungen dürfen nicht von Unternehmen bezahlt werden, über die berichtet wird.

Nun formuliert der Pressekodex lediglich die berufsethischen Grundsätze der Medien. Und der Deutsche Presserat ist nur ein Organ der Selbstkontrolle, nicht jedoch ein Gericht. Wie aber kann man sich juristisch gegen unlautere oder falsche Berichterstattung wehren?

Über den Autor

Udo Ulfkotte, Jahrgang 1960, studierte Rechtswissenschaften, Politik und Islamkunde. Er hat lange Jahre als Redakteur bei der FAZ und für europäische Geheimdienste gearbeitet; seine Spezialgebiete sind Sicherheitsmanagement, Spionage- und Terrorismusabwehr, Organisierte Kriminalität, der Nahe Osten sowie die Politik der Geheimdienste. Viele Jahre lehrte er zunächst an der Universität Lüneburg, danach in San Francisco *Security Management*. Er bereiste mehr als sechzig vorwiegend nahöstliche und afrikanische Staaten, in denen er auf die Hintermänner der islamistischen Terrorgruppen traf. Mit engagierten Büchern wie *Vorsicht Bürgerkrieg*, *SOS Abendland*, *Verschlusssache BND*, *Marktplatz der Diebe*, *So lügen Journalisten* und *Raus aus dem Euro - Rein in den Knast* hat er sich als Bestsellerautor einen Namen gemacht. 2003 erhielt er den Annette-Barthelt-Preis für seine jahrelangen Recherchen über Terror und Islamismus.